

Tim Guldemann: Warum mir der Sonderfall Schweiz peinlich ist

Nummer 10 – 6. März 2014 – 82. Jahrgang
Fr. 8.50 (inkl. MwSt.) – Euro 6.90

DIE WELTWOCHEN



Liebesgrüsse aus Moskau

Wladimir Putins Stärken überfordern den Westen.

Von Hansrudolf Kamber

Chefdiplomat Rossier: «Es wird nicht einfach»

Der Schweizer Unterhändler spricht über seine Verhandlungen mit der EU.

Von Philipp Gut

Die unersättliche Frau

Nymphomaninnen: Eine ewige Männerfantasie. *Von Beatrice Schlag*





Wenn Sie hier geschäften,
sollten Sie einen unserer
6 Standorte in der Schweiz besuchen.

Mittelstandsbank. Die Bank für KMUs.

Ganz gleich, ob Sie mit Asien, Europa oder Amerika geschäften – als exportorientiertes Unternehmen haben Sie spezielle Anforderungen an Ihre Bank. Verlassen Sie sich auf das umfassende Know-how einer starken, weltweit vertretenen Bank mit 140 Jahren Expertise und 100 000 betreuten Firmenkunden. Neu bieten wir Ihnen auch in der Schweiz über Ihre gesamte Wertschöpfungskette konkrete Optimierungsmöglichkeiten in allen Phasen der Zusammenarbeit: von den ersten Verkaufsverhandlungen bis zum Zahlungseingang.

Lernen Sie uns kennen. Weitere Informationen, auch zu unseren 6 Standorten in der Schweiz:
www.commerzbank.ch

COMMERZBANK 
Die Bank an Ihrer Seite

Intern

Auch Wochen nach der Abstimmung über die Masseneinwanderung steht die Schweizer Politik unter Strom. Viele Fragen sind offen. Wie geht es jetzt weiter mit den EU-Verhandlungen? Welche Konsequenzen sind zu erwarten? Werden der Bundesrat und die Diplomaten an der Aussenfront den Volkswillen wirklich umsetzen? Solche Zweifel empfinde er schon fast als ehrverletzend, sagt Chefdiplomat Yves Rossier im Gespräch mit *Weltwoche*-Vize Philipp Gut. Rossier bereitet sich auf harte Verhandlungen vor. Man hat den Staatssekretär und brillanten Analytiker auch schon entspannter gesehen. Trotzdem bleibt er cool:



Argumente? Protest gegen Köppel.

«Ich bin ein Beamter, ich arbeite nicht nach Gefühl», sagt der studierte Philosoph und Kenner des deutschen Idealismus. Seite 28

Gleich an zwei Fronten ist Rossiers Kollege Tim Guldemann, Schweizer Botschafter in Berlin, tätig. Während er im Auftrag von Bundespräsident Didier Burkhalter für die OSZE auf der Krim vermittelt, bewegt er die Gemüter in der Schweiz mit seinem Auftritt vor den SP-Genossen im Zürcher Volkshaus. In seiner Rede sprach Guldemann unter anderem von einem «Parasitenstatus der Schweiz in Europa», wie die NZZ berichtete. Alt Botschafter Carlo Jagmetti forderte darauf in einem Leserbrief eine «angemessene Reaktion» auf Guldemanns Schweiz-Bashing, denn er unterminiere so die eigene Verhandlungsposition. Wir bringen das umstrittene Referat, das Guldemann in Mundart hielt, in einer gekürzten Fassung. Es lebe die sportliche Debatte! Seite 32

In Hollywood kommt es nur selten vor, dass preisgekrönte Schauspieler auf grosse Teile ihrer üblichen Gagen verzichten, nur um im Werk eines bestimmten Regisseurs mitzuspielen. Beim Filmemacher Wes Anderson («The Royal Tenenbaums», «Rushmore», «Moonrise Kingdom») hingegen stehen namhafte Darsteller wie Bill Murray, Edward Norton, Jude Law oder Tilda Swinton regelmässig Schlange, um auch nur die kleinste Rolle zu übernehmen. Unser Reporter Claas Relotius traf den 44-jährigen Texaner zum Interview in Berlin. Er begegnete dabei einem ebenso eigenwilligen wie humorvollen Mann, der im Gespräch verriet, wie er während der Dreharbeiten zu seinem neusten Film, «The Grand Budapest Hotel», in einem polnischen Restaurant vermeintlich dem Tod ins Auge blickte. Seite 70

Die Schweizer Bischöfe überraschen durch Kreativität. Sie haben eine Umfrage des Papstes zur kirchlichen Familienpolitik still und heimlich abgeändert und in ein fulminantes Plädoyer für die Homo-Ehe umgedeutet. Hinter dem Manöver steckt, wie unsere Recherche zeigt, ein Homosexuellen-Lobbyist, der im Dienst von den Bischöfen steht. Seite 36

Die Vortragstournee von *Weltwoche*-Chef Roger Köppel stösst auf anhaltendes Interesse – innerhalb und ausserhalb der Vortragssäle. In St. Gallen wurde Köppel mit originellen («Göppel gege Köppel») und weniger originellen («Verpiss dich») Transparenten empfangen. Linksalternative Kreise protestierten mit einer Fahrrad-Einlage gegen die Redefreiheit. Vielleicht werden die Argumente der Gegner noch etwas ausgereifter. Am 4. (Luzern) und 7. März (Zürich) bietet sich die nächsten Gelegenheiten.

Ihre *Weltwoche*



DIE MÄR VON DER ZINSWENDE
Was Anleger rund um Immobilien-Investments wissen sollten.

dp payoff

Impressum

Herausgeberin: Weltwoche Verlags AG, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich

Redaktion: Telefon 043 444 57 00, Fax 043 444 56 69, E-Mail: redaktion@weltwoche.ch
E-Mail: leserbriefe@weltwoche.ch
Verlag: Tel. 043 444 57 00, Fax 043 444 56 07, E-Mail: verlag@weltwoche.ch

Internet: www.weltwoche.ch

Abo-Service: Tel. 043 444 57 01, Fax 043 444 50 91
E-Mail: kundenservice@weltwoche.ch
Jahresabonnement Inland Fr. 235.– (inkl. MwSt.)
Probeabonnement Inland Fr. 40.– (inkl. MwSt.)
Weitere Angebote für In- und Ausland unter www.weltwoche.ch/abo
E-Mail-Adressen: vorname.name@weltwoche.ch

Gründer: Karl von Schumacher (1894–1957)
Verleger und Chefredaktor: Roger Köppel
Stv. Chefredaktor: Philipp Gut (Leitung Inland)
Produktionschef: Lukas Egli
Redaktioneller Berater: Urs Paul Engeler

Redaktion:
Rico Bandle (Leitung Kultur), Alex Baur, Urs Gehriger, Christoph Landolt, Christian Mundt, Daniela Niederberger, Alex Reichmuth, Markus Schär, Beatrice Schlag (Los Angeles), Florian Schwab, Mark van Huissingel

Redaktionelle Mitarbeiter:
Miroslav Barták, Peter Bodenmann, Silvio Borner, Henryk M. Broder, Peter Hartmann, Pierre Heumann, Peter Holenstein, Hansrudolf Kamer, Peter Keller, Wolfram Knorr, Dirk Maxeiner, Christoph Mörgeli, Franziska K. Müller, Daniele Muscionico, Deborah Neufeld, Kurt Pelda, Peter Rüedi, Kurt Schiltknecht, David Schnapp, Hildegard Schwaninger, Martin Spieler, Jeroen van Rooijen, Sacha Verna (New York), Sami Yousafzai (Pakistan/Afghanistan), Kurt W. Zimmermann

Produktion: Benjamin Bögli, Roy Spring
Bildredaktion: Laura Kolodziej (Leitung), Joël Hunn, Raffaella Bachmann (Assistentin)
Layout: Daniel Eggspühler (Leitung), Silvia Ramsay
Korrektorat: Cornelia Bernegger und Rita Kempter (Leitung), Viola Antunovits, Gregor Szyndler, Dieter Zwicky
Sekretariat: Miriam Schoch (Leitung), Inga-Maj Hojajj-Huber

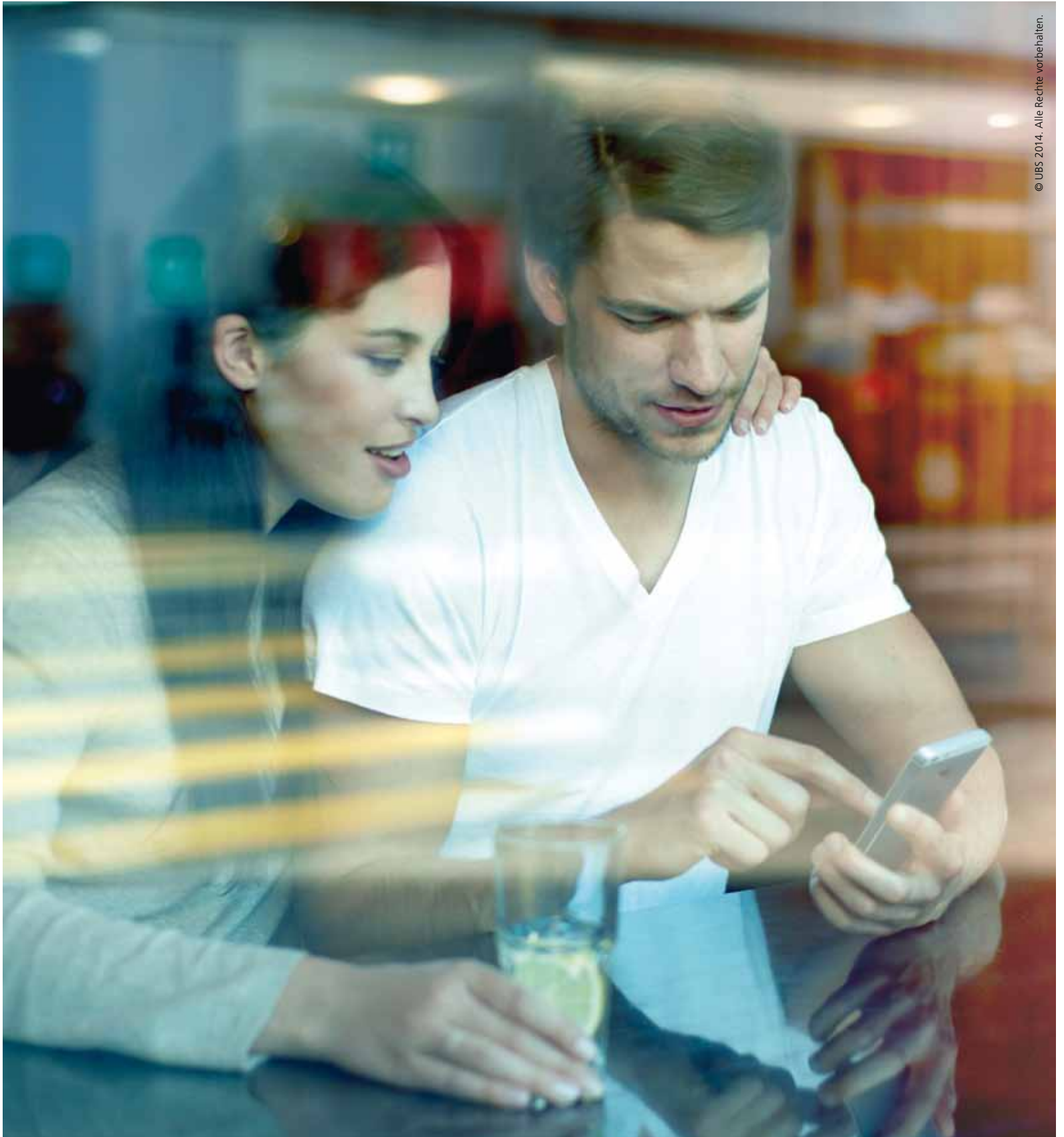
Marketing: Guido Bertuzzi (Leitung)
Anzeigenverkauf: Stephan Schwab (Leitung), Fabian Keller, Brita Vassalli
Anzeigeninnendienst: Samuel Hofmann (Leitung)
Tel. 043 444 57 02, Fax 043 444 56 07
E-Mail: anzeigenid@weltwoche.ch
Online-Vermarktung: Aextra
Tarife und Buchungen: info@adextra.ch
Druck: Ziegler Druck- und Verlags-AG, Rudolf-Diesel-Strasse 22, 8404 Winterthur

Die Wiedergabe von Artikeln und Bildern, auch auszugsweise oder in Ausschnitten, ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion gestattet.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen.

Der *Weltwoche*-Inhalt ist gedruckt auf Recyclingpapier, das aus 100 % Altpapier hergestellt wird. Es schont Ressourcen, Energie und somit die Umwelt.

Shortcut: Mit dem iPhone *Weltwoche*-Artikel empfehlen und aufbewahren sowie Zusatzinhalte entdecken. www.weltwoche.ch/shortcut





© UBS 2014. Alle Rechte vorbehalten.

Immer dabei: *UBS Mobile Banking.*

www.ubs.com/mobile

Wir werden nicht ruhen



Putin

Warum mischt sich die Schweiz einseitig in fremde Konflikte ein?

Von Roger Köppel

Bundespräsident Didier Burkhalter's Aussenpolitik bleibt rätselhaft. Nach der Abstimmung über die Masseneinwanderungsinitiative am 9. Februar nahm es der Neuenburger auf sich, überstürzt nach Berlin und Paris zu fliegen. Die hektische Reisediplomatie war ein Fehler, weil die präsidentiale Tournee im Ausland zwingend als Eingeständnis von Fehlern oder Schwächen gewertet werden musste. Aus welchem Anlass würde eine Merkel, würde ein Hollande kurzfristig in die Schweiz fliegen? Bundespräsident Burkhalter hob den Volksentscheid auf die oberste Eskalationsstufe, zu Unrecht. Er hätte zu Hause bleiben und, wenn schon, einen Diplomaten vorschicken sollen.

Auf den Irrtum folgt die Inkonsequenz: Wenn man das präsidentiale Signal aussendet, die Schweiz müsse sich nach dem Volksentscheid in Europa aktiv erklären, dann sollte man bei dieser Prioritätenordnung bleiben. Doch was macht Burkhalter? In seiner Eigenschaft als Vorsitzender der OSZE zieht er den Schweizer Botschafter in Berlin, Tim Guldemann, als Sonderbeauftragten aus Deutschland ab, um ihn zur Schlichtung des Konflikts um die Ukraine nach Kiew zu entsenden. Der normale Schweizer ist verwirrt: Braucht die Schweiz ihre besten Leute jetzt nicht in Europa? Ist die EU für Burkhalter nicht mehr wichtig?

Mal so, mal anders.

Der nächste Irrtum bahnt sich an. Die NZZ berichtet, dass sich die «Schweizer Diplomatie» mit Guldemann in Kiew «offensichtlich nicht um eine absolute Neutralität bemüht», sondern «im Grundsatz die Position des Westens bzw. der nicht-russischen Koalition in der OSZE» vertrete. Die These erscheint plausibel, zumal Tim Guldemann nachweislich grosse Sympathien für die Europäische Union hegt und immer für eine engere Anbindung der Schweiz an dieses Konstrukt plädierte.

Will Burkhalter absichtlich für die EU gegen Russland weibel'n lassen? Möchte er sich via Ukraine bei der EU beliebt machen nach dem von ihm abgelehnten Volksentscheid? Es wären wunderliche Motive, aber vermutlich ist genau dies der Fall. Burkhalter's Schleuderdiplomatie ist nicht gut für die Schweiz.

Die Schweiz müsste, wenn schon, in der Ukraine strengste Neutralität bewahren. Auf keinen Fall sollte sie im allgemeinen Chor der Antirussen mitheulen. Ein uralter Grundsatz unserer Aussenpolitik besagt, dass sich die



«Aura eines russischen James Bond».

Schweiz nicht in fremde Händel einmischen solle. Ihre Stärke ist die Neutralität, gleiche Distanz zu allen Seiten. Das ist anstrengend, aber vernünftig. Es bringt der Schweiz nichts, Putin und Russland gegen sich aufzubringen. Es ist auch sachlich falsch. Man muss Putin und Russland nicht verherrlichen. Aber die Schweizer Diplomatie sollte sich auf den Standpunkt respektvoller, freundlicher Distanz stellen.

Die Russen sind ein stolzes, aber auch ein sensibles Volk. Sie haben das Gefühl, vom Westen nicht die ihnen gebührende Anerkennung zu bekommen. Die Klage ist zum Teil berechtigt. Immerhin haben die christlichen Russen entscheidend mitgeholfen, Europa zweimal von



übermütigen Eroberern zu befreien, im 19. Jahrhundert von Napoleon, im 20. Jahrhundert von Hitler. Putin hat erstaunliche Leistungen erbracht, die im Westen zu wenig gewürdigt werden.

Mag ja sein, dass der kantige Machtvirtuose, den die Aura eines russischen James Bond umgibt, nicht die Idealbesetzung für den Schweizer Bundesrat abgäbe. Umgekehrt aber wünschen wir den Russen auch nicht, dass sie unter dem anarchischen System einer Kollegialregierung leben sollen. Jedes Land hat seine Eigenheiten und seine Herausforderungen. Putin verkörpert für eine Mehrheit der Russen das, was sie sich unter einem für ihr Land geeigneten Staatsoberhaupt vorstellen. Bevor wir dies kritisieren, sollten wir uns die Mühe geben, es zu verstehen. Das wäre auch die Haltung, mit der sich Unterhändler Guldemann den Russen nähern sollte. Moralische Selbstgerechtigkeit ist keine Schweizer Tugend.

Was ist von Putin zu halten? Ich habe enormen Respekt vor ihm. Man hat heute vergessen, dass Russland in den neunziger Jahren an einen wodkaranken Mann im Stadium des fortgeschrittenen Deliriums erinnerte. Verrückte Populisten trumpften auf. Ein Absturz wie der von Deutschland vor der Machtergreifung Hitlers wurde für möglich gehalten.

An der Spitze wankte der Trinker Jelzin. Hinter, unter und neben ihm begannen dubiose Gestalten, den verwesenden Leichnam des sowjetischen Imperiums für sich zu zerlegen. Russland drohte sich aufzulösen. Profiteure und Oligarchen griffen zu. Die Implosion des Kommunismus hatte ein schwarzes Loch in jeder Hinsicht hinterlassen.

In dieses Vakuum stiess der asketische Kraftmensch Putin. Er hat das Land wieder aufgerichtet. Russland ist nicht San Marino. Es ist eine Weltmacht vor dem Comeback, fast ein Reich, das mindestens so stolz ist auf sich wie die Vereinigten Staaten. Putins Patriotismus ist grossrussisch, vermutlich nicht aggressiv nach aussen gerichtet, aber an den alten Grenzen des Zarenreichs orientiert oder an Stalins Empire. Wobei der neue Herrscher auf die kommunistische Ideologie verzichtet, die schon unter dem Nationalsozialisten Stalin keine entscheidende Rolle mehr spielte.

Sind Putins Bewegungen auf der Krim verwerflich? Der «postnationale» Westler staunt über die eiskalten Schachzüge Moskaus, die virtuos durchtriebene Machtpolitik so kurz nach den Olympischen Spielen, die Putin als schwelgerische Huldigung an sein Russland inszenierte. Es ist naiver Grössenwahn, wenn die EU meint, die Ukraine geräuschlos auf ihre Seite zu ziehen. Durch ihre unbedachten, jahrelangen Avancen an Kiew hat sie die Konflikte nur angeheizt. Putin macht, was die USA auch tun würden: Er markiert machtvoll Präsenz in der Einflussphäre seines Staates. Alle Grossmächte sind Räuber. Russland kehrt zurück.



Nacht des Glamours: Lupita Nyong'o. Seite 56



«Selbstverzwergung»: Tim Guldemann. Seite 32



Weibliche Wesen mit unbändiger Lust: Seite 58



Flaute: Solarkraftwerk Puerto Errado. Seite 50

Kommentare & Analysen

5 Editorial

- 11 Kommentar Vollständige Pulverisierung
- 11 Im Auge Jean-Pierre Adams, 32 Jahre im Koma
- 12 Fall «Carlos» Wer steht gerade?
- 12 Abstimmungen Der totalitäre Professor
- 13 Personenkontrolle Graf, «Carlos», Bünger, Riklin etc.
- 13 Nachruf Alain Resnais, Regisseur
- 14 Brief aus Berlin Die Kunst des Schweigens
- 15 Benchmark Schweiz Achtung, Abwehrschlacht
- 16 Mörgeli Aber bitte mit Fachbeamten
- 16 Bodenmann EU-kompatible Lex Amstutz
- 17 Ausland Erdogan im Rückwärtsgang
- 18 Die Deutschen Putin & Sarrazin
- 18 Wirtschaft Schon Rousseau hat gewarnt
- 19 Medien Wozu es Frauen braucht
- 19 Gesellschaft Kranker Oscar
- 20 Leserbriefe/ Darf man das?

Hintergrund

22 Liebesgrüsse aus Moskau

Präsident Putin arbeitet an Russlands Vergrößerung

25 Krim Symbol des Widerstands

28 Rossier: «Es wird nicht einfach»

Wie geht es weiter mit der EU, Herr Staatssekretär?

31 Schweiz Widerlegung von Falschbehauptungen

32 Die Lebenslüge des Kleinstaats

Botschafter Guldemann über die Schweiz am Wendepunkt

34 Forschung Verheimlichte Fakten über EU-Programme

35 Bildung Das «Erasmus»-Programm bleibt zweifelhaft

36 Die Bischöfe hofieren die Schwulen

Wie eine Umfrage des Papstes umgedeutet wurde

38 Lustig ist das Parlamentarier-Leben

Von Apéro zu Apéro: Hochbetrieb rund ums Bundeshaus

41 Völkerrecht Falsche Tendenz in Strassburg

42 Verkehrspolitik Gas geben für die Fussgänger

45 Justiz Vor sozialem Gewissen wird gewarnt

46 Bitcoin ist nicht böse

Wo das digitale Geld besser als staatliches Papiergeld ist

48 Banken Willkommen auf dem US-Grill

50 Das Solardebakel von Calasparra

Unstimmigkeiten beim Vorzeigeprojekt in Spanien

54 Ansturm auf Europas Aussenposten

In den Exklaven Ceuta und Melilla wird aufgerüstet

56 Schutz im Partyzelt

Tom Kummer über die glamouröseste Party in der Oscar-Nacht

58 Die unersättliche Frau

Nymphomanie – die Fantasie ist nicht totzukriegen

62 Origineller, intelligenter, besser

«Die Besserköner»-Autor Wolfgang Koydl über die Schweiz



«Der Weg in die Zukunft braucht Ausdauer
und Orientierung.»

Simone Niggli-Luder

Seit 100 Jahren verlässt sich die Nordostschweizer Bevölkerung auf Axpo. Die Stromversorgung für unsere Kunden zuverlässig und nachhaltig sicherzustellen, ist uns Aufgabe und Verpflichtung. Wir danken den Kantonen Aargau, beiden Appenzell, Glarus, St. Gallen, Schaffhausen, Thurgau, Zug, Zürich und ihrer Bevölkerung für ihr Vertrauen.

Damals, heute, morgen: www.axpo.com



«Ich bin ein Freund von Zeitreisen»: Filmemacher Wes Anderson. Seite 70

Interview

70 «Mischung aus Schopenhauer und Schwarzenegger»

Kult-Filmemacher Wes Anderson über Nostalgie, die Heilkraft von polnischem Wodka und sein jüngstes Werk «Grand Budapest Hotel»

Stil & Kultur

64 Stil & Kultur Reinhold Messner

66 Bestseller

66 Der vergessene Vater

«Der Graf von Monte Christo», Held der Abenteuerliteratur

69 Bühne Das Theater Basel erklärt die Hälfte der Schweizer zu Rassisten

69 Jazz Vincent Peirani & Emile Parisien

74 Top 10

74 Kino «Saving Mr. Banks»

75 Fernseh-Kritik «Arena»

76 Namen Neues von der Zürcher Bahnhofstrasse

77 Hochzeit Devina Weiss und Dominik Schenk (Teil 1)

77 Thiel Drohhülsen

78 Stilkritik Jennifer «J. Law» Lawrence

79 Die Liste Beutel für Kultivierte

79 Klassiker Patent Ochsner

79 Hat das Stil? Jeroen van Rooijen antwortet

80 Wein Inniskillin Vidal Niagara Peninsula Gold Icewine Oak Aged 2006

80 Zu Tisch Restaurant Lampart's, Hägendorf

81 Auto Porsche 911 Turbo S

82 MvH trifft Zoë Jenny, Schriftstellerin

Autoren in dieser Ausgabe

Wolfgang Koydl



Sein neues Buch «Die Besserköner» sorgt für Aufsehen; darin erklärt Koydl, was die Schweiz in seinen Augen so besonders macht. In dieser Ausgabe verrät der Schweiz-Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung*, wie er nach dem Umzug von London nach Zürich die Eidgenossen verstehen lernte. Seite 62

Orlando Figes



Weit über Fachkreise hinaus bekannt wurde der britische Historiker mit seinem Buch über die Geschichte der russischen Revolutionen («Die Tragödie eines Volkes»). In seinem Beitrag schreibt Orlando Figes, warum die Erinnerung an den Krimkrieg die Russen noch heute mit Stolz erfüllt. Seite 25



Öffentlicher Vortrag von Roger Köppel

Die Schweiz und Europa

Eine Standortbestimmung nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative

Zürich, 11. März
Zurich Marriott Hotel
zuerich@weltwoche.ch

Nur noch wenige Plätze!

Beginn: 19 Uhr, Türöffnung: 18 Uhr
Eintritt frei, Anmeldungen an:
zuerich@weltwoche.ch

Das <grüne Burma> auf dem Irrawaddy in den Sommermonaten erleben

17 Tage ab Fr. 3990

Suite Hauptdeck, Rabatt von Fr. 2000.– bereits abgezogen



Es het solangs het
Rabatt* bis Fr. 2000.–

*Abhängig von Auslastung und Wechselkurs

- **Blühendes Burma im Sommer zum Hitpreis**
- **Angenehme Temperaturen**
- **Luxuriöses Suitenschiff RV Thurgau Exotic 2**** für 28 Gäste**
- **20 m²-Suiten mit Wohn- und Schlafzimmer**

Rangun–Bagan–Mandalay

- 1. Tag Schweiz–Rangun** Flug via Bangkok nach Rangun.
- 2. Tag Rangun** Nach Ankunft 1. Teil der Stadtrundfahrt. Einschiffung. Nachmittags Besuch der Shwedagon Pagode.
- 3. Tag Rangun–Ma U Bin** 2. Teil der Stadtrundfahrt. Mittags «Leinen los!». Fahrt durch den Twante Kanal.
- 4. Tag Danupyu** Rundfahrt mit Fahrrad-Rikschas. Besuch Mönchskloster, Zigarren-Manufaktur. Fahrt Irrawaddy Delta.
- 5. Tag Myan Aung–A Kauk Taung** Am Morgen Rundgang durch Myan Aung zum Stadtzentrum mit lokalem Markt.
- 6. Tag A Kauk Taung–Shwe Daung** Passage Klippen von A Kauk Taung. Nachmittags Busfahrt nach Shwe Daung. Stadtrundfahrt Pyay (Prome).
- 7. Tag Thayet Myo** Rundgang durch die ehemalige Grenzstadt zwischen Süden und Norden.
- 8. Tag Minhla–Magwe** Besichtigung der Festung von Minhla. Nachmittags Busausflug in die Umgebung von Minhla.
- 9. Tag Magwe** Rundfahrt mit Fahrrad-Rikschas, Besuch von Markt, Eisenschmiede, Myat Thalon Pagode. Schifffahrt.
- 10. Tag Sale–Tan Gyi Taung** Spaziergang durch Sale. Fahrt auf den Tan-Gyi-Taung Berg. Abends Elefantentanz einer lokalen Theatergruppe.

Shwedagon-Pagode



RV Thurgau Exotic 2****

Im Kolonialstil in Burma gebautes Holzschiff für max. 28 Gäste. Elegant eingerichtet überzeugt das Schiff durch die familiäre Atmosphäre. Die grosszügigen Suiten verfügen über Klimaanlage, DU/WC, Föhn, Safe. Sie erstrecken sich über die gesamte Breite des Schiffes, so dass sich der Blick auf beide Ufer bietet. Im Restaurant finden alle Gäste gleichzeitig Platz. Eine kleine Salonbar befindet sich auf dem überdachten Sonnendeck. **Nichtraucher-schiff** (Rauchen auf dem Sonnendeck erlaubt).

- 11. Tag Bagan** Besichtigung einiger der wichtigsten Tempel und Pagoden. Abends traditionelles Puppentheater an Bord.
- 12. Tag Yandabo** Rundgang durch das Dorf mit vielen familiär geführten Töpfereien.
- 13. Tag Amarapura** Schifffahrt am Morgen. Busausflug nach Amarapura. Sonnenuntergang bei der U-Bein-Brücke, der längsten Teakholzbrücke der Welt.
- 14. Tag Sagaing–Ava–Mingun** Busfahrt in die Sagainghügel und zur Ruinenstadt Ava. Besichtigungs-Rundfahrt mit Pferd-kutschen. Schifffahrt vorbei an Mandalay nach Mingun. Besuch Mingun Tempel. Abends Tanzaufführung.
- 15. Tag Mandalay** Stadtrundfahrt mit Mahamuni Pagode, Teakholzkloster und Handwerksbetrieben. Besuch Kuthodaw Pagode. Abschieds-Cocktail an Bord.
- 16. Tag Mandalay–Bangkok** Ausschiffung und Transfer zum Flughafen. Rückflug via Rangun und Bangkok.
- 17. Tag Zürich** Am Morgen Ankunft und ind. Heimreise. *Programmänderungen vorbehalten.*

Mandalay–Bagan–Rangun

Gleiches Programm in umgekehrter Richtung.

Bagan



Reisedaten 2014 **Rabatt**

Mandalay–Rangun	Rangun–Mandalay
15.07.–31.07. 2000	29.07.–14.08. 2000
12.08.–28.08. 2000	26.08.–11.09. 2000
09.09.–25.09. 2000	23.09.–09.10. 1500

Daten/Preise für die Wintersaison 2014/15 finden Sie im Internet oder bestellen Sie den Katalog.

Unsere Leistungen

- Flusskreuzfahrt mit Vollpension an Bord
- Flüge ab/bis Zürich mit Thai Airways oder anderer IATA Gesellschaft in Economy Class
- Transfers, Hafentaxen
- Alle Landausflüge und Stadtrundfahrten
- Thurgau Travel Schiffsmanagement
- Lokale deutschsprachige Reiseleitung

Nicht inbegriffen

Trinkgelder, Visum Fr. 80.–, Getränke, Versicherungen (wir empfehlen eine Jahresversicherung von Elvia), Treibstoff-zuschläge vorbehalten, Auftragspauschale Fr. 35.– pro Auftrag (entfällt bei Buchung über www.thurgautravel.ch)

Preise p. P. in Fr. (vor Rabattabzug)

Einzelkabine Hauptdeck	5990.–
Suite Hauptdeck	5990.–
Suite Oberdeck Mitte	6390.–
Suite Oberdeck vorn	6790.–
Front-Suite Oberdeck, Privatbalkon	7790.–
Zuschlag Business Class	auf Anfrage

Expeditionsreisen mit RV Thurgau Exotic 1

Chindwin: Bagan–Paungbyin–Mandalay
04.08.–21.08. **ab Fr. 4290.–** **Rabatt 1700.–** abgezogen
18.08.–04.09. **ab Fr. 4490.–** **Rabatt 1500.–** abgezogen

Upper Irrawaddy: Mandalay–Bhamo–Bagan
18 Tage ab Fr. 3990.– **Rabatt 2000.–** abgezogen
Abreisedaten: 21.07. **2000** 01.09. **1500** 15.09. **1300**
29.09. **1000** 13.10. **600**

(Suite Hauptdeck, Vollpension, Flüge, Übernachtungen in 4-Sterne-Hotels, alle Ausflüge)

Informationen unter www.thurgautravel.ch

Suite Oberdeck



Online navigieren
thurgautravel.ch

Gratis-Nr. 0800 626 550
verlangen Sie Jeannine Büsser

Rathausstrasse 5 | 8570 Weinfelden
Tel. 071 626 55 00 | Fax 071 626 55 16 | info@thurgautravel.ch



Thurgau Travel
Aussergewöhnliche Reisen
zu moderaten Preisen



KKL Luzern:

Bolshoi Symphony Orchestra

Nur sehr selten ergibt sich die Gelegenheit, das weltberühmte Bolshoi Symphony Orchestra auf Tournee zu erleben. Am 3. April gastiert es in Luzern – zusammen mit Mischa Maisky, dem wohl berühmtesten Cellisten der Gegenwart.



Mischa Maisky wird als der grosse Romantiker unter den Cellisten gefeiert. Sein Spiel ist voller Leidenschaft, brennend vor Intensität und zugleich seelenvoll im Klang. Im KKL Luzern interpretiert er das berühmteste und für viele auch schönste aller Werke für Cello und Sinfonieorchester: das h-Moll-Konzert von Antonín Dvořák.

Begleitet wird Mischa Maisky vom Bolshoi Symphony Orchestra, dem legendären Klangkörper des Moskauer Bolschoi-Theaters. Das Orchester eröffnet den Konzertabend mit Dvořáks «Carnival Overture» und präsentiert im zweiten Konzertteil dessen Sinfonie Nr. 6 in D-Dur.

Platin-Club-Spezialangebot

Dvořák-Gala

Bolshoi Symphony Orchestra
Mischa Maisky, Cello

Datum:

Donnerstag, 3. April 2014, 19.30 Uhr

Veranstaltungsort:

KKL Luzern, Konzertsaal

Konzerttickets um 15% reduziert:

Kat. I	Fr. 132.–	(statt Fr. 155.–)
Kat. II	Fr. 124.–	(statt Fr. 145.–)
Kat. III	Fr. 115.–	(statt Fr. 135.–)
Kat. IV	Fr. 94.–	(statt Fr. 110.–)
Kat. V	Fr. 64.–	(statt Fr. 75.–)
Kat. VI	Fr. 51.–	(statt Fr. 60.–)

Bestellung/Vorverkauf:

Online-Buchung mit Promotions-Code «Platin-Club», oder erwähnen Sie den Rabatt bei tel. Bestellung. Das Angebot ist nicht kumulierbar. Bearbeitungsgebühr pro Bestellung: Fr. 9.80. tickets@obrassoconcerts.ch. Tickethotline: 041 361 62 62

Veranstalter:

Obrasso Classic Events GmbH
www.obrassoconcerts.ch

www.weltwoche.ch/platinclub



Vollständige Pulverisierung

Von Peter Keller — Das Volk zieht die Notbremse. Doch Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf gibt unverdrossen Gas: gegen den Schweizer Finanzplatz.

Die Szene war fast filmreif: Um exakt 17.15 Uhr landete am Dienstag vergangener Woche Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf (BDP) auf dem Flugplatz Lugano-Agno. Zu Fuss hastete die Finanzministerin ins nahe Gemeindehaus. Unter Pfiffen von Lega-Politikern: Sie werfen der Bundesrätin vor, die Interessen der Schweiz und insbesondere des Tessins zu verraten.

Gut zwei Stunden später war das Treffen mit der Tessiner Regierung bereits wieder zu Ende. Vor die Medien trat allerdings Paolo Beltraminelli, Präsident des Staatsrates. Frau Widmer-Schlumpf wolle sich nicht selber äussern, sie stecke mitten in Verhandlungen mit Italien. Genau davor fürchtet sich die Südschweiz: Wie die Beispiele in Frankreich (Erbschaftssteuer) oder Deutschland (Abgeltungssteuer) gezeigt haben, schauen am Schluss Abkommen heraus, die der Schweiz vor allem schaden.

Für das sonst schon gebeutelte Tessin steht viel auf dem Spiel. Über 60 000 Grenzgänger fluten den Arbeitsmarkt, und sie geniessen Privilegien: In ihrem Heimatland müssen die Italiener keine Einkommenssteuer bezahlen. Dafür überweist die Schweiz 38,8 Prozent der Quellensteuer nach Rom, insgesamt über 60 Millionen Franken. Bundesrätin Widmer-Schlumpf macht keine Anstalten, an dieser einseitigen Situation etwas zu ändern. Ein am Treffen beteiligter Tessiner Politiker beschreibt die Bundesrätin als total resistent. «Sie hat ihre Vorstellungen und schaut weder nach links noch nach rechts. Unsere Anliegen stiessen auf kein Gehör.» Italien brauche nur abzuwarten, um Zugriff auf die Auslandkonti seiner Staatsbürger zu bekommen, ohne dafür bei den Grenzgängern entgegenkommen zu müssen.

Demokratischer Warnschuss

Der Entscheid vom 9. Februar war ein Votum für mehr Souveränität in der Schweizer Aussenpolitik. Mit Verweis auf diesen demokratischen Warnschuss liessen sich verschiedene für die Schweiz schwierige Dossiers elegant ausbremsen – wenn der Bundesrat nur wollte. Aber nichts da. Finanzministerin Widmer-Schlumpf setzt ihre Agenda und damit die Demontage des Schweizer Finanzplatzes unverdrossen fort.

Künftig sollen ausländische Aufsichtsbehörden Einsicht in Dossiers von Privatkunden nehmen dürfen, die ihr Geld bei einer Auslandsbank in der Schweiz liegen haben. Damit



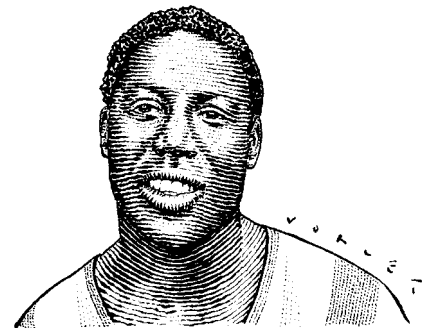
Aktivismus: Bundesrätin Widmer-Schlumpf.

fällt ein weiterer, wichtiger Baustein des Bankgeheimnisses. Bisher wurden solche Daten im Rahmen eines Amtshilfegesuchs ausgehändigt – unter Anwesenheit der schweizerischen Finanzmarktaufsicht (Finma).

Diese Schutzklausel wird nach dem Willen Widmer-Schlumpfs verschwinden, was den international ausgerichteten Finanzplatz nochmals kräftig durchschütteln wird. Von den rund 300 in der Schweiz ansässigen Banken sind gut ein Drittel Tochterfirmen von Auslandsbanken, die vom bisherigen Bankgeheimnis profitiert haben. Das Finanzdepartement (EFD) will nun Vor-Ort-Kontrollen ohne Vorbehalte zulassen. Dies entspreche «internationalen Standards», heisst es lapidar aus dem EFD. Eine höfliche Umschreibung dafür, dass die Schweiz auf Vorrat Standortvorteile preisgibt.

Das mittelfristige Ziel der Finanzministerin ist ohnehin die vollständige Pulverisierung des Bankgeheimnisses, immer unter Verweis auf die OECD, die Widmer-Schlumpf noch links überholen will: «Wir können nicht einfach warten, bis alle den automatischen Informationsaustausch eingeführt haben.» Aktivismus bis zur Selbstpreisgabe. Damit geraten auch Schweizer mit Auslandkonti ins Visier der Behörden. Die Steuervögte weiten ihr Territorium aus. Bald auch auf die Schweizer Bankkunden im Inland.

Wenn der Hund bellt



Jean-Pierre Adams, 32 Jahre im Koma.

Sie waren eines dieser neuen Vorzeigepaare: Sie blond und schön, er ein schwarzer Modellathlet, Verteidiger in der «Equipe Tricolore», der Nationalmannschaft, als Adoptivkind aus dem Senegal in Frankreich gelandet. Bernadette Adams sagt, Jean-Pierre habe jetzt einige graue Haare bekommen, sonst sei er alterslos. Sie beobachtet ihren Mann sehr genau: «Sehen kann er nicht, aber er fühlt, riecht, hört, und wenn ein Hund bellt, zuckt er zusammen.» Am 17. März sind es 32 Jahre her, seit Jean-Pierre Adams in den verhängnisvollen Schlaf gefallen ist. Er betrat auf eigenen Füessen das Spital in Lyon, um sich einer routinemässigen Knieoperation zu unterziehen, das Übliche für einen 34-jährigen Fussballprofi. Danach ist er nie mehr aufgewacht.

Es steht aktenkundig fest, dass der Anästhesist, der Adams Narkose durchführte, gleichzeitig acht Patienten überwachte und sich besonders um den Fall eines in Lebensgefahr schwebenden Kindes kümmerte. Das verwendete Narkosepräparat galt als problematisch. Adams wurde von einem unerfahrenen jungen Chirurgen operiert und anschliessend in ein ungeeignetes Bett gelegt. Nach einem halben Jahr schoben ihn die ratlosen Ärzte in das Krankenhaus an seinem Wohnort Chalon im Burgund ab. Adams wurde von einer Spitalinfektion befallen, und das Knie wurde nochmals geöffnet. Schliesslich nahm ihn Bernadette mit nach Hause in den «Mas du bel athlète dormant», wie sie das Heim nennt. Erst nach elf Jahren sprach ihr das Gericht eine Entschädigung zu. Der Fussballverband zahlt Adams eine monatliche Rente, die Stars Platini, Papin und Zidane organisierten Benefizspiele. Mittlerweile ist Adams Grossvater. Bernadette, seine lebenslängliche Krankenschwester, lebt im gleichen Zimmer, wäscht ihn, kleidet ihn an und wacht Tag und Nacht über seinen Schlaf. Letztes Jahr haben ihn Neurologen eingehend untersucht und schwere irreparable Schädigungen des Gehirns bestätigt. «Wenn Jean-Pierre sterben wollte, würde er mir ein Zeichen geben», sagt Bernadette.

Peter Hartmann

Wer steht gerade?

Von Alex Reichmuth — Niemand weiss, wann «Carlos» wieder zusticht.

In den Berichten über «Carlos» drehte sich zuletzt alles um Kosten und Gerechtigkeit. Dabei müsste es um Sicherheit gehen. Der 18-Jährige hat vor drei Jahren einen Jugendlichen mit einem Messer beinahe umgebracht. Seit einigen Tagen befindet sich «Carlos» wieder in einer offenen Massnahme, wie schon vor dem letzten August. Er lebt in einer Wohnung, lernt, arbeitet und wird sozialpädagogisch betreut. Das Bundesgericht hatte zuvor angeordnet, «Carlos» aus der geschlossenen Unterbringung zu entlassen, in der er sich seit einigen Monaten befand. In der Freizeit geht «Carlos» wohl erneut dem Thai-Box-Training bei Shemsi Beqiri nach, der kürzlich in eine brutale Schlägerei mit Rivalen verwickelt war.

Ein psychiatrisches Gutachten hat «Carlos» 2012 eine hohe Rückfallgefahr attestiert. Ein neues Gutachten konnte nicht erstellt werden,



Unverantwortlich: «Carlos».

weil sich der Jugendliche konsequent verweigert hat. Niemand kann also sicher sein, nicht dessen nächstes Opfer zu werden. Dass er vor kurzem in seiner Zelle alles kurz und klein geschlagen hat, konnte die Bedenken auch nicht zerstreuen.

Alex Baur hat letzte Woche an dieser Stelle die neue Lebenssituation des «störrischen Zöglings» begrüsst. In der ersten Auflage des «Sondersettings», so mein Kollege, habe «Carlos» «eine positive Entwicklung durchgemacht». Man reibt sich die Augen. Noch im September schrieb Baur, schon der gesunde Menschenverstand sträube sich dagegen, einen Gewalttäter zu entschärfen, «indem man ihn zur Kampfmaschine ausbildet».

Natürlich darf man niemanden einsperren, um ihn angeblich vor den Medien zu schützen. Aber es ist auch unverantwortlich, einen Gewalttäter zu entlassen, dessen Bedrohungspotenzial man nicht kennt. Wer steht gerade, wenn «Carlos» wieder zusticht?

Der totalitäre Professor

Von Urs Paul Engeler — Der Zürcher Staatsrechtler Andreas Auer zetert gegen die Demokratie und bereitet den Boden für autoritäre Staatsformen.

Entweder liest niemand mehr die *Neue Zürcher Zeitung*. Oder Gastbeiträge von Professoren werden mittlerweile als irrelevant überblättert. Das Erste wäre irgendwie bedauerlich. Das Zweite ist ziemlich wahrscheinlich.

Wie auch immer: Was der Zürcher Staatsrechtslehrer Andreas Auer am 27. Februar unwidersprochen abgesondert hat, hätte eine landesweite Empörung verdient. In seiner Wut über das Ja zur Initiative «gegen die Masseneinwanderung» (MEI) greift er die politischen Grundlagen der Schweiz frontal an.

Auer hielt bis Juli 2013 an der Universität Zürich als ordentlicher Professor Vorlesungen. Zuvor tat er das Gleiche in Genf. Um seine Rente etwas aufzubessern, arbeitet er heute als Konsulent bei der Rechtsanwaltsfirma Umbricht in Zürich. Daneben lässt er auf der Website des «Zentrums für Demokratie» in Aarau sich als dessen «Gründungsdirektor» und «früheres Direktionsmitglied» feiern. Das ist eine schamlose Täuschung des Publikums.

Denn Professor Auer will die direkte Demokratie nicht sichern oder gar stärken, sondern am liebsten abschaffen. So steht es in seinem Hasskommentar in der NZZ. «Das Volk», schreibt er erstens voller Abscheu, sei «eine mathematische Konstruktion, eine der direkten Demokratie innewohnende Fiktion, denn die Summe jener Aktivbürger, die am Stichtag eine Mehrheit bilden, ist keine organische Gesamtheit und kann weder denken noch diskutieren, noch handeln».

«Das Volk als Staatsorgan», so stänkert er zweitens, sei eine unfassbare Masse, die keine Verantwortung übernehmen könne: Es zeichne sich «vor allem darin aus, dass es für seine Entscheide nicht zur Rechenschaft gezogen werden kann. Denn wer sind sie denn, diese 1463954 Stimmbürger, die mit einem Vorsprung von knapp 20000 Stimmen das Resultat herbeigeführt haben? Niemand weiss es, und niemand darf es wissen. Und selbst wenn man es wüsste, könnten die Ja-Sager weder kollektiv noch individuell zur Rechenschaft gezogen werden.»

Drittens, doziert er weiter, habe das Volk völlig willkürlich in die «Grundkompetenzen der Exekutive» eingegriffen: die «Einleitung des Gesetzgebungsverfahrens und Führung der Aussenpolitik».

Schliesslich empfiehlt er, sich von den Instrumenten der direkten Demokratie zu distanzieren. Sie gäben nur den «Rechtspopulisten von nah und fern» Auftrieb. «Liberalen Kreise und Wirtschaftsvertreter hingegen, die dem Volk ins-

tinktiv ein gewisses Misstrauen entgegenbringen, finden im Schweizer Nein zur Personenfreizügigkeit ein willkommenes Argument, um sich einer «blauäugigen» Übernahme direktdemokratischer Institutionen mit Nachdruck zu widersetzen.» Damit die Ungeheuerlichkeit dieses Satzes und dessen fatale Rückwirkungen auf die Entwicklungen in der Schweiz nicht überlesen wird, sei die Forderung gleich nochmals abgedruckt: «Liberalen Kreise und Wirtschaftsvertreter hingegen, die dem Volk instinktiv ein gewisses Misstrauen entgegenbringen, finden im Schweizer Nein zur Personenfreizügigkeit ein willkommenes Argument, um sich einer «blauäugigen» Übernahme direktdemokratischer Institutionen mit Nachdruck zu widersetzen.»

Serie von Irrtümern

Müsste Professor Auer bei einem der letzten seriösen Staatsrechtslehrer die Prüfung ablegen, er würde mit seiner Serie von Irrtümern scheitern. Die Volksinitiative ist gemäss Verfassung das Recht, den Prozess der Gesetzgebung einzuleiten; ebenso ist die Mitsprache des Volks in der Aussenpolitik verbrieft. Die Bürgerinnen und Bürger, ob sie nun mit Ja oder mit Nein stimmten, haben ihre Motive in Leserbriefen, Blogs und den öffentlichen Diskussionen deutlich gemacht. Sie sind nicht eine anonyme Masse, wie Auer spottet. Sie übernehmen auch automatisch Verantwortung, indem sie, mit der Gesamtheit der Einwohner, die wirtschaftlichen und politischen Folgen des Entscheids mittragen. Es käme ja auch niemandem ernsthaft in den Sinn, dass nur die siegreichen Befürworter (oder die Verlierer) eines Ausbaus der Bahninfrastruktur (Fabi) dessen Finanzierung zu bewältigen hätten.

Die direkte Demokratie besteht im Mehrheitsentscheid, der nach intensiver bis harter Diskussion bewusst gefällt wird. Dem Verdikt und dessen Konsequenzen fügen sich gemäss unantastbaren Spielregeln alle. Eine höhere Legitimität für politische Entscheide gibt es nicht.

Genau an dieser Basis will Professor Auer rütteln. Er zieht die Legitimität von Volksentscheiden grundsätzlich in Zweifel und redet einer starken Führung von oben das Wort. Die autoritären Staatsformen, die Auer vorzieht, gründen entweder auf dem Gottesgnadentum, mit dem Fürsten und Könige ihre Macht rechtfertigten, oder auf purer Gewalt – die nur mit Gegengewalt gebrochen werden kann.

Dem direkten Demokraten ist ein Ja zur MEI lieber als ein Gemetzel auf dem Maidan mit seinen verheerenden Folgen.

Personenkontrolle

Graf, «Carlos», Bünger, Riklin, Schlatter, Leupi, Gehring, von Burg, Kaufmann, Aeschi, Brunner

Als der Zürcher Justizdirektor **Martin Graf** (GP) im November die Inhaftierung des Zöglings «Carlos» und die Aufhebung des famosen Thai-box-Settings rechtfertigte, betonte er: «Ich hätte mit beiden Varianten gut leben können» – also auch mit dem Box-Setting, das seiner Meinung nach zwar zu teuer, aber erfolgreich gewesen sei. Es gelte nun, so Graf weiter, den Entscheid der Gerichte abzuwarten. Das Bundesgericht hat entschieden und die Inhaftierung als verfassungswidrig gerügt. Der Zögling kam wieder in sein Box-Setting – für das der Justizdirektor jetzt aber plötzlich nichts mehr übrig hat. In



Ärger: Justizdirektor Graf.

mehreren Interviews kritisierte Graf nun das höchstrichterliche Verdikt scharf und liess seinem Ärger über die Rückversetzung von «Carlos» freien Lauf. Die Moral von der Geschichte: Was auch immer passieren mag, Wendehals Graf, der sich als volksnaher Macher in Szene setzt, trägt keine Verantwortung. (axb)

Das Foto, das der Zürcher FDP-Politiker **Pablo Bünger** auf Twitter gestellt hat, zeigt eine Schlange von Wartenden im Zürcher Schipfe-Quartier. Weshalb stehen die Leute an? Hat CVP-Nationalrätin **Kathy Riklin** (CVP) ihre günstige Stadtwohnung für eine kleine Familie oder ein Paar geräumt? Dieser Schritt wäre konsequent, denn SVP-Gemeinderätin und Millionärin **Hedy Schlatter** hat auf einen Fingerzeig von Finanzdirektor **Daniel Leupi** (Grüne) ihre städtische Wohnung sofort bereitwillig frei gemacht. Doch Riklin, die auch noch Liegenschaften am Zürichberg, am Luganersee und in der Surselva besitzt, denkt nicht daran, freiwillig umzuziehen, wie sie letzte Woche gegenüber der «Rundschau» bekräftigte. «Es gibt keinen Grund, den Vertrag aufzulösen.» Die Massen, die für die Wohnungsbesichtigung Schlange standen, hoffen allesamt auf eine 118 Quadratmeter grosse 5,5-Zimmer-Maisonette-Wohnung in Riklins Nachbarhaus. Wer von der städtischen Liegen-



«Kein Grund»: CVP-Politikerin Riklin.

schaftenverwaltung den Zuschlag bekommt, bezahlt eine Miete von 2757 Franken und spart damit gegenüber dem üblichen Preis gut und gerne 2000 Franken pro Monat. (cal)

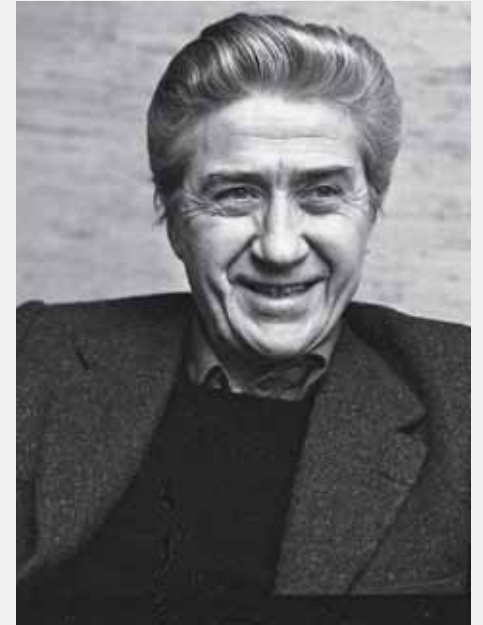
Die Umweltorganisation WWF nimmt für sich in Anspruch, sich auf wissenschaftliche Fakten abzustützen. Das scheint **Barbara Gehring**, Geschäftsführerin der Sektion Schaffhausen, in einer Kolumne in den *Schaffhauser Nachrichten* aber ausser Acht gelassen zu haben. Einige Tage zuvor hatte **Christian von Burg** von der Aktion für vernünftige Energiepolitik (Aves) gegenüber der gleichen Zeitung gesagt, die Strahlung um Fukushima sei kleiner als die natürliche Strahlung im Wallis. Diese Aussage sei «äusserst zynisch», schrieb Gehring nun. Auf Nachfrage der *Weltwoche* musste die WWF-Frau zwar eingestehen, dass von Burg wissenschaftlich gesehen richtig liegt. Dennoch dürfe sie in einer Kolumne einen solchen Zynismusvorwurf machen. Dieses Recht macht ihr auch niemand abspenstig, es gilt ja die Meinungsfreiheit. Ob solche Kolumnen aber das Vertrauen in den WWF stärken, ist eine andere Frage. (are)

Während sich mit dem 65-jährigen **Hans Kaufmann** (SVP) ein erprobter Politiker in den Ruhestand verabschiedet, machen sich am unteren Ende der parlamentarischen Altersskala unübersehbare Ambitionen bemerkbar. Diese Woche bestellte **Thomas Aeschi**, 35-jähriger SVP-Nationalrat aus dem Kanton Zug, einen Fotografen ins Bundeshaus. Im Vorzimmer des Nationalratssaals und in der Eingangshalle bat er verschiedene Fraktionskollegen und Parteipräsident **Toni Brunner** um ein gemeinsames Foto «für meinen Wahlkampf». (cmu)



Im Wahlkampf: SVP-Nationalrat Aeschi.

Nachruf



Hochartifiziell: Regisseur Resnais.

Alain Resnais (1922–2014) — Er wird mit der Nouvelle Vague in Verbindung gebracht, obwohl er mit ihr kaum etwas zu tun hatte. Der Irrtum entstand, weil auch er in der Zeit des Aufbruchs mit seinem Spielfilm-Erstling «Hiroshima mon amour» (1959) Furore machte. Resnais verbrachte die Kriegsjahre in Nizza. Erfahrungen, die sein späteres Werk prägen sollten.

Die Notwendigkeit des Erinnerns wurde zu seinem grossen Thema, angefangen bei seinen Dokumentarfilmen, von denen «Nuit et brouillard» (1955) über die Deportation und Ermordung der Juden sein bedeutendster wurde. Für das Festival Cannes ausgewählt, wurde der Dokfilm aufgrund einer deutschen Intervention zurückgestellt (!). Für «L'année dernière à Marienbad» (1961), nach einem Roman von Alain Robbe-Grillet, erhielt er in Venedig den Goldenen Löwen und war damit als hochartifizeller Cineast etabliert. Auch wenn er hier mit literarischen Chiffren spielte, ging es auch um das Durchröntgen des Bewusstseins, zwischen Vergangenheit und Hoffnung lavierend.

Die Menschen in «Marienbad» mochte man Abstraktionen und Modelle nennen, Scheingeschöpfe waren sie nicht. Ob in «Muriel» (1963), «La guerre est finie» (1966) oder «La vie est un roman» (1983) – immer variantenreicher durchleuchtete er sein Thema. So faszinierend seine Filme im Erzählerischen wie im Visuellen sind – und oft verschachtelt – waren und bleiben sie nicht jedermanns Sache. Resnais war elitär und stand dazu. Noch mit über neunzig Jahren drehte er. Erst kürzlich lief auf der Berlinale «Aimer, boire et chanter». Er liebte das Kino über alles. *Wolfram Knorr*

Die Kunst des Schweigens

Von Thilo Sarrazin — Ein kleiner Leitfaden zur politischen Kommunikation. Abgespult am Fall eines der Pädophilie verdächtigten deutschen Bundestagsabgeordneten.



Eine Legende besagt, ein erfolgreicher Politiker müsse auch ein guter Redner sein. Sicherlich hat rhetorisches Talent einem Politiker noch nie geschadet. Das war es dann aber auch: Stalin

war ein schlechter Redner, Hitler ein guter, Helmut Kohl war ein schlechter Redner, Helmut Schmidt ein guter. Cicero erlangte vor 2000 Jahren einen bis heute andauernden Weltruhm als Rhetoriker, in den Niederungen der römischen Politik eilte er dagegen von Niederlage zu Niederlage. Und den Verteidigungsminister Gutenberg schützte aller rhetorische Glanz nicht vor der Plagiatsdebatte.

Der ehemalige Bundespräsident Wulff war ein angenehmer Redner, ein mittleres Talent, dessen Stimme man gerne lauschte. Er scheiterte nicht an seinen Reden, sondern an seinem Kommunikationstalent. Nicht Banalitäten rund um Hauskredite und Hotelrechnungen erzwangen seinen Rücktritt, sondern die dabei deutliche werdende Unfähigkeit, seine Worte zweckrational und situationsbezogen mit hinreichender Genauigkeit zu wählen. Die wabernden Wortbilder seiner Selbstverteidigung, immer wieder neue schreckliche Schiefheiten, machten am Ende deutlich, dass er den Kommunikationsanforderungen seines Amtes nicht gewachsen war. Darum wurde sein Rücktritt als Bundespräsident unvermeidlich.

Erfolgreiche politische Kommunikation muss nicht glanzvoll sein. Im Gegenteil, zur «richtigen» Genauigkeit der politischen Kommunikation gehören oft die gezielte Unschärfe und die schreckliche Banalität. Angela Merkel, eine der glanzlosesten Rednerinnen, die man sich vorstellen kann, vermeidet immer wieder mit Meisterschaft in nichtssagenden Bandwurmsätzen alle Untiefen, welche die jeweilige Situation bereithält. Sie kommt über weite Distanzen, weil sie quasi unfallfrei kommunizieren kann, und auch Helmut Kohl war Grossmeister einer Unfälle vermeidenden Bandwurmkommunikation.

Langeweile ist bei politischer Kommunikation nicht verboten. Sie ist viel ungefährlicher als ein kurzatmiger Wortwitz oder eine emotionale Redefigur, die auf die Folgen nicht aus-

reichend achtet. Die Worte eines wichtigen Amtsträgers sind wie die Artillerie im Felde. Sie muss sparsam und gezielt, punktuell, aber vernichtend eingesetzt werden. Sonst kommt es zu Flurschäden, und im schlimmsten Fall wird man zum Opfer der eigenen Schrapnells.

Der kommunikationsstarke Politiker weiss vor allem, wann und wozu er schweigen muss. Leider scheint diese Fähigkeit in der deutschen Politik immer knapper zu werden. Zwei Dinge gehören zum erfolgreichen Schweigen: Rollensicherheit und die Fähigkeit, sich hinter eine Sache zurückzunehmen. Beides setzt voraus, dass man unterscheiden kann zwischen der eigenen Person mit all ihren Ängsten, Hoffnungen und Gefühlen und dem Amt, das man verwaltet.

Politiker mit dieser Fähigkeit scheinen in der ersten Garde der deutschen Politik immer knapper zu werden. Das zeigte sich am Kommunikationsdesaster der letzten Wochen rund um die Bestellungen eines SPD-Bundestagsabgeordneten bei einem kanadischen Bilderversand. Es mag sein, dass pädophile Neigungen zu vermuten sind, wenn ein erwachsener Mann Bilder nackter Knaben bestellt. Es mag sein, dass dies einen strafrechtlichen Anfangsverdacht auf den Besitz von Kinderpornografie begründet. Dafür gibt es polizeiliche Ermittlungsbehörden und Staatsanwaltschaften.



Schuldig oder unschuldig – egal: SPD-Chef Gabriel.

Es ist auch sicherlich richtig, dass das Bundeskriminalamt das vorgesetzte Innenministerium informieren muss, wenn es in einer Liste von Verdächtigen einen prominenten Politiker entdeckt. Und richtig war es, dass der so in Kenntnis gesetzte Staatssekretär seinen Chef, den im Oktober 2013 amtierenden Bundesinnenminister Friedrich, informierte. Dieser hätte schweigen oder seine Chefin, die Bundeskanzlerin, informieren können. Er aber informierte einen Unbeteiligten und Unzuständigen, den SPD-Vorsitzenden Sigmar Gabriel, um Schaden vom prospektiven Koalitionspartner abzuwenden. Durch diesen eklatanten Mangel an Rollensicherheit disqualifizierte er sich für hohe Staatsämter und musste ganz zu Recht sein erst wenige Wochen altes Amt als Landwirtschaftsminister aufgeben.

Ein Desaster, wenn er unschuldig ist

Gabriel hätte die Information in seiner Brust begraben können. Das tat er aber nicht, sondern er informierte gleich eine ganze Schar von Vertrauten. Einer von ihnen, der heutige SPD-Fraktionsvorsitzende Oppermann, rief gleich den Präsidenten des Bundeskriminalamts an, um den Verdacht zu verifizieren. Eine immer grössere Zahl wusste von den Verdachtsmomenten, ohne dass sichtbar etwas geschah. So ging das über drei Monate.

Der Verdächtige legte sein Bundestagsmandat nieder und zog sich ins Ausland zurück. Die Staatsanwaltschaft konnte bei Hausdurchsuchungen belastendes Material nicht finden. Es hatte aber auch genügend Zeit gegeben, dieses zu beseitigen. Ein Desaster, wenn der Betroffene schuldig ist – denn ohne Material kann man die Schuld nicht beweisen –, und ein Desaster, wenn er unschuldig ist – denn das kann er jetzt auch nicht mehr beweisen.

Gabriel war unter Druck und ging in die Offensive. Schuldig oder unschuldig – ganz egal: Pädophile gehören nicht in die SPD, und so kündigte Gabriel ein Parteiausschlussverfahren an. Der Verdächtige wehrt sich jetzt, und der Präsident des Bundesgerichtshofs sprang ihm in einem Aufsatz in der *Zeit* öffentlich bei. Diese Affäre ist noch nicht zu Ende, und in ihrem Mittelpunkt steht nicht die vermutete Pädophilie eines SPD-Politikers.

Eine zukunftsweisende Reform wäre es, angehenden Politikern den zweijährigen Aufenthalt in einem Trappistenkloster vorzuschreiben, damit sie die Kunst des Schweigens von Grund auf erlernen.

Thilo Sarrazin ist ehemaliger deutscher Bundesbanker und Bestsellerautor. Er schreibt einmal pro Monat exklusiv für die *Weltwoche* über den deutschen Wahlkampf.

Achtung, Abwehrschlacht!

Von Pascal Gentinetta — Die Schweiz steht auf vielen Ranglisten an der Spitze. Wie lange noch? Etatisten, Wachstumskritiker und Umverteiler greifen mit gefährlichen Volksinitiativen an.



Egal, welche globale Benchmark man nimmt, überall steht die kleine Schweiz frech an der Spitze. Wenn sich so viele seriöse Studien einig sind, muss ja wohl etwas Wahres

daran sein: Als eine der wettbewerbsfähigsten Nationen der Welt konnte die Schweiz die Finanz- und Schuldenkrise der letzten Jahre besser als alle anderen überstehen. Heute steht unser Land als Magnet für Talente aus aller Welt da, als Hort der Spitzeninnovation und als attraktiver Unternehmensstandort. Wird dies aber künftig so bleiben?

Greift man zum Beispiel auf den «Global Benchmark Report» des dänischen Wirtschaftsdachverbands zurück, stellt der Schweizer Patriot mit Genugtuung fest, dass sein Land mit Abstand an der Spitze steht. Diese Studie untersucht, wie gut OECD-Länder für die Herausforderungen der Globalisierung gewappnet sind. Die Studie misst dabei die Länder anhand von 86 Kategorien, die fünf Erfolgsfaktoren abbilden, nämlich erstens, wie gut ein Land sich aus der Globalisierung ergebende Chancen ergreifen kann, zweitens, wie fähig ein Land ist, eine höhere Produktivität und Innovation zu schaffen, drittens, wie stark es auf qualifizierte Arbeitskräfte zurückgreifen kann, viertens, wie ausgewogen und effizient sein öffentlicher Sektor ist, und fünftens, inwiefern es ein tiefes, attraktives Kostenniveau für Unternehmen gewährleisten kann.

Trumpf: Eigenständigkeit

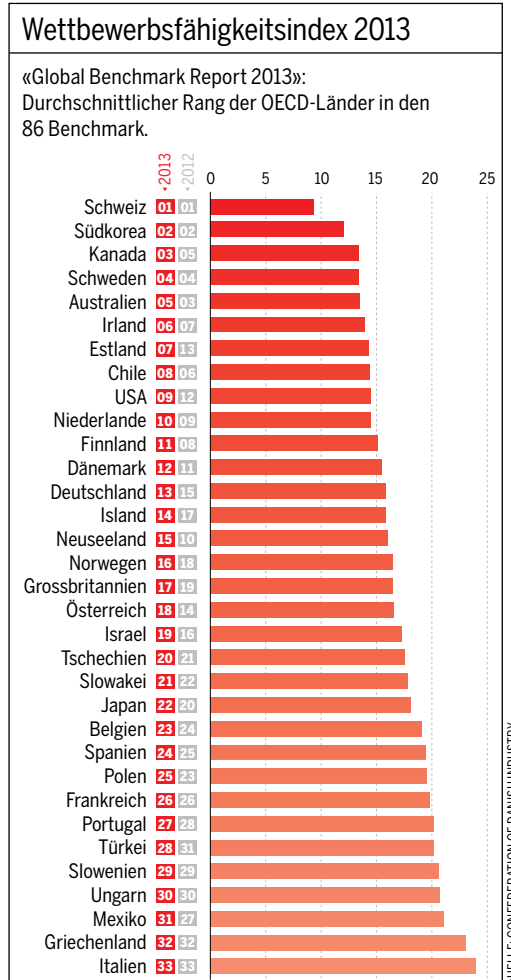
Ist die Schweizer Spitzenposition gesichert? Nein, auf keinen Fall! Einerseits stehen andere Nationen unter dem Druck des intensiven Standortwettbewerbs nicht still. Andererseits hat es die Schweiz, als souveräner Staat, in der Hand, ihre Rahmenbedingungen eigenständig zu verändern, positiv oder negativ. Unabhängig davon, was Konkurrenten tun, kann schon heute eine Prognose abgegeben werden, wie sich die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz tendenziell in den nächsten Jahren entwickeln dürfte. Es gibt ernsthafte Gründe zur Besorgnis.

Blickt man auf die bevorstehende wirtschaftspolitische Agenda, steht ein Potpourri an Vorlagen auf dem Programm, das von Eta-

tisten, Umverteilern, Protektionisten und Wachstumskritikern vorangetrieben wird. Die Ecopop-Initiative wird, über die Masseneinwanderungsinitiative hinaus, die Erschließung von qualifizierten Arbeitskräften dieser Welt nicht vereinfachen.

Schüsse ins eigene Knie

Die Mindestlohninitiative wird das Kostenniveau der Unternehmen nicht senken. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung und die Erbschaftsinitiative werden keine Werbung für die Ansiedlung vermögender Personen sein. Der Atomausstieg ohne gleichzeitige Energiemarktöffnung, die ökologische Steuerreform und die «Grüne Wirtschaft»-Initiative werden die Energiekosten nicht senken und damit unserem Werkplatz keinen Dienst erweisen. Die stark umverteilende Grundeinkommensinitiative sowie das sozialausbauende AHV-plus-Projekt werden das Demografie-Ungleichgewicht in den Sozialversicherungen



Frech an der Spitze: Noch steht die Schweiz gut da.

nicht lösen und damit kein Geschenk für eine besonnene Finanzpolitik sein. Die Goldinitiative wird den nötigen Handlungsspielraum einer unabhängigen, starken Schweizerischen Nationalbank nicht schonen.

Eine Fassadenlösung im EU-Steuerstreit wird den Konzernstandort Schweiz nicht verbessern. Banken und Versicherungen werden aus der in Gang gesetzten und kaum zu stoppenden Regulierungswut nicht gestärkt hervorgehen. Weder die protektionistische Initiative zur Ernährungssicherheit noch die monopolstärkende Einheitskasse werden Wettbewerbsstärke und Innovationskraft der strukturell belasteten Sektoren Landwirtschaft und Gesundheit erhöhen.

Die Initiative «Keine Spekulation mit Nahrungsmitteln» wird den Rohstoffhandel aus der Schweiz nicht fördern. Und mit der Initiative für eine «vernünftige» Gesundheitsfinanzierung wird auf einen Schlag eine «All-sündensteuer» – auf nicht erneuerbare Energie

Die Schweiz als vermeintliche Krisengewinnlerin setzt sich der Gefahr der Selbstzufriedenheit aus.

über Zucker und Fett bis hin zu Alkohol, Tabak, Spielen und Betäubungsmitteln – eingeführt. Damit steht unser Land vor einer massiven wirtschaftspolitischen Defensivschlacht.

Gemessen an den 86 Kriterien des «Global Benchmark Reports» der dänischen Wirtschaft wird keine dieser zahlreichen Vorlagen die Position der Schweiz verbessern, sondern alle werden sich früher oder später negativ auf ihre Wettbewerbsfähigkeit auswirken. Gleichzeitig gibt es aber keine Spur von wachstumstreibenden Offensivprojekten – wie im letzten Jahrzehnt die Telekom-Marktöffnung, die Einführung der disziplinierenden Schuldenbremse, die standortstärkenden Unternehmenssteuerreformen oder substanzielle neue Marktzugänge dank dem Abschluss der EU-Bilateralen –, die ausgleichend wirken könnten. Selbst neue Freihandelsabkommen scheinen innerhalb der Wirtschaft nicht mehr unumstritten zu sein.

Während gegenwärtig die durch die Finanz- und Verschuldungskrise geschüttelten Länder zu einschneidenden Anpassungen gezwungen werden, setzt sich die Schweiz als vermeintliche Krisengewinnlerin der Gefahr der wirtschaftlichen Selbstzufriedenheit aus und riskiert punkto wirtschaftspolitischen Elans ins Hintertreffen zu geraten. Ohne Dagegenhalten ist der wirtschaftliche Abstieg der Schweiz mittelfristig programmiert.

Pascal Gentinetta ist Ökonom und Wirtschaftsberater und war langjähriger Vorsitzender der Geschäftsleitung von Economiesuisse.

Aber bitte mit Fachbeamten

Von Christoph Mörgeli

Einer der 43 889 neuen Schweizer Bürger des Jahres 2007 hiess Jürgen Udo Bockelmann. Der Öffentlichkeit ist Bockelmann auch bekannt als Schlagersänger Udo Jürgens. Sein Recht auf freie Meinungsäusserung nahm der österreichische Wahlschweizer nach Annahme der Massenzuwanderungsinitiative wie folgt wahr: «Das hat mich geschockt und enttäuscht», offenbarte er der *Bild*-Zeitung. «Ich habe mich nach dieser Entscheidung für die Schweiz geschämt.»

Für seine Schamhaftigkeit war Udo Jürgens («Es lebe das Laster») bislang nicht bekannt. Jetzt aber verurteilt er die «antieuropäische Haltung der Eidgenossen». Es sei doch grossartig, «einem Kontinent anzugehören, der die grösste Kulturdichte der Welt bildet». Offenbar findet es unser Souverän aber weniger grossartig, einem Staat anzugehören, der die grösste Menschendichte der Welt bildet. Wenn es nach Udo ginge, hatte man am 9. Februar erst gar nicht abstimmen dürfen: «Ich bin absolut gegen Volksabstimmungen, wenn es um komplexe Sachfragen geht. Man darf nicht alles das Volk entscheiden lassen, dazu sind vom Volk gewählte Politiker und die Fachbeamten da.»

Na dann Servus, Herr Hofrat. Küsst die Hand, Frau Landeshauptfrau. Aber bitte nicht bei uns. Das Problem unserer laschen Einbürgerungspraxis besteht darin, dass die Neuschweizer die direkte Demokratie nicht mit der Muttermilch aufgesogen haben. Die erste Politisierung von Udo Jürgens geschah dummerweise in der Hitlerjugend. Und da war die direkte Demokratie nicht gerade Pflichtfach. Dafür triefen seine späteren Lieder nur so von Sozialkitsch. Gegen Spiessbürger, Umweltsünden, Atomkraft, Wetrüsten oder Männerherrschaft.

Mit dem Song «Die riesengrosse Gier» geisselt Udo Jürgens neuerdings die «flimmernden Kurse», die «Renditen» und das «Kapital». «Die Menschen hungern, und die Börse hungert nach dem Höchstgebot.» Donnerwetter. Als Prolet war der schwerreiche Rolls-Royce-Fahrer von der Goldküste bislang nicht bekannt. Vielmehr wurde ihm seine Übersiedlung in die Schweiz vielfach als Steuerflucht ausgelegt. Die bessere Steuersituation verdankt er dem hiesigen Volk. Also weder den «Politikern» noch den «Fachbeamten». Merke: Politik sollte etwas mit der Wirklichkeit der Menschen zu tun haben. Bei Udos Schnulzentexten und Politikmentaren ist das definitiv nicht der Fall.

Der Autor ist Historiker und SVP-Nationalrat.

EU-kompatible Lex Amstutz

Von Peter Bodenmann — Im Gegensatz zu Simonetta Sommaruga hat Avenir Suisse begriffen, wie es geht.



Überstrukturiert: Bundesrätin Sommaruga.

Adrian Amstutz ist Fraktionschef der SVP. Er ist federführend in der Umsetzung der oberklampig formulierten SVP-Initiative.

Vor sechs Wochen nahm Wasserfallen junior in der «Arena» des Schweizer Fernsehens Adrian Amstutz in die Zange. Die Moderatorin doppelte nach: «Sagen Sie denen doch bitte die Zahl, bitte.»

«Ich habe ganz klar gesagt, ein System wäre die erste Phase der Bilateralen. Damals hatten wir Zahlen zwischen 42 000 und 46 000. Das wäre die Hälfte ...» Man muss als Demokrat siegreiche Initianten – unabhängig davon, ob sie Franz Weber oder Adrian Amstutz heissen – ernst und somit beim Wort nehmen. Dies im Gegensatz zu Adrian Amstutz, der die angenommene Initiative von Franz Weber wie einen Emmentaler Käse löchern will.

Wie man das von Amstutz definierte Ziel erreicht, ist nicht Sache der SVP, sondern vorerst Sache von Bundesrat und Parlament. Drei Jahre haben sie Zeit, um neue Spielregeln einzuführen. Und wenn das Parlament ein Gesetz macht, das der SVP nicht in den Kram passt, dann kann die SVP das Referendum ergreifen.

Genau gleich wie Franz Weber, der hoffentlich die von Amstutz und Co. ausgeheckte verfassungswidrige Umsetzung der Zweitwohnungsinitiative erfolgreich mit einem Referendum bekämpfen wird. Anders als die SVP, welche die notwendigen Unterschriften

gegen das Fatca-Abkommen nicht zusammenbekommen hat.

Inzwischen hat selbst Avenir Suisse begriffen, dass man die Einwanderung ohne Preisgabe der Personenfreizügigkeit, und somit ohne Aufgabe der Bilateralen, halbieren kann. Etwa indem man die Schweiz steuerlich für reiche Ausländer und deren Holdings weniger attraktiv macht. Chapeau. Leider ist die zuständige Bundesrätin überstrukturiert und überfordert zugleich. Deshalb hat sie immer noch keinen Plan B. Deshalb ist sie bisher nicht in der Lage, den Begriff EU-kompatible Umsetzung zu buchstabieren, geschweige denn einen halbwegs griffigen Massnahmenkatalog einer möglichen Lex Amstutz zu formulieren.

Das Problem der Schweiz ist nicht die SVP. Und schon gar nicht Adrian Amstutz. Das Problem der Schweiz ist die für das Dossier zuständige SP-Bundesrätin. Zusammen mit Didier Burkhalter fehlt ihr jene Beweglichkeit, die es braucht, um den Puck nach einer selbstverschuldeten Niederlage aus dem eigenen Verteidigungsdrittel herauszubekommen.

Gut, dass wenigstens Avenir Suisse halbwegs begriffen hat, wie man eine SVP-Initiative umsetzen kann. Verständlich, denn deren Chef Gerhard Schwarz ist ein gebürtiger Vorarlberger.

Der Autor ist Hotelier in Brig und ehemaliger Präsident der SP Schweiz.

Erdogan im Rückwärtsgang

Von Hansrudolf Kamer — Der Sultan kämpft mit allen Mitteln um den Machterhalt. Freiheit und Demokratie ringen um Luft. Der Islamismus türkischer Prägung ist beschädigt.



Noch immer scheint die Sonne über Anatolien, das unter Recep Tayyip Erdoğan einen enormen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt hat. Noch immer sind die Zeichen starken Wachstums

hier unübersehbar. Es wird gebaut, was das Zeug hält. Zwischen den touristischen Zentren um Belek und dem aus allen Nähten platzenden Antalya gibt es neben unfertigen Grossbauten auch Bauleichen. Die Strassen und Autobahnen werden immer besser, und die Vehikel, die sie bevölkern, immer teurer. Abseits der Heerstrasse jedoch herrscht Vernachlässigung und Armut.

Am Mittelmeerstrand entstehen neue Luxusbungalows, die im Sommer superreichen Russen und Arabern Dollars und Euros aus der Tasche ziehen sollen. Weiter östlich an der Küste soll mit russischer Hilfe das erste von drei geplanten Atomkraftwerken entstehen. Noch ist die Party nicht zu Ende.

Diese Dynamik und das Versagen der alten Elite ebneten dem Islamisten Erdoğan den Weg an die Macht und verliehen ihm ungeahnte politische Durchschlagskraft. Die Gunst der Stunde, ein grosser Nachholbedarf und türkischer Arbeitswille machten das vergangene Jahrzehnt zu einer Erfolgsstory. Überdurchschnittliche Expansion, niedrige Inflation, solide Finanzierung – es gab an Erdoğan wenig herumzumäkeln. Immer mehr Türken rechneten sich einer wachsenden Mittelklasse zu, Islamismus hin oder her.

Seit gut einem halben Jahr greift Unsicherheit um sich. Die Proteste gegen das Bauvorhaben im Gezi-Park in Istanbul, Erdogans unzimperliche Polizeimethoden und der Korruptionsskandal zwingen den Sultan zu riskanten Abwehraktionen. Der seit längerem schwelende Machtkampf mit der Bewegung des islamistischen Exilpredigers Fetullah Gülen lähmt die Regierungspartei AKP.

Ein Vertrauensverlust ist eingetreten. Das türkische Pfund hat so viel an Wert verloren, dass die Zentralbank zum Ärger Erdogans die Zinsen ungewohnt drastisch anheben musste, um Kapitalabflüsse zu stoppen und die Lage zu stabilisieren. Das wiederum hat viele westliche Prognostiker veranlasst, die türkischen

Wachstumsaussichten zurückzustufen. Erdogans Vorliebe für Verschwörungstheorien fand ihren Ausfluss in der Bemerkung, eine dunkle ausländische «Zinslobby» treibe an den Kapitalmärkten die Refinanzierungskosten der Türkei in die Höhe.

Einstiger Verbündeter

Mit seiner Selbstherrlichkeit hat sich Erdoğan den einstigen Verbündeten Gülen zum Feind gemacht. Es begann damit, dass er 2011 die Gülen-Anhänger aus den Wahllisten der AKP entfernte. Dann schaltete er auch die verbliebenen Liberalen aus. Selbst die Gefolgsleute des gemässigten Präsidenten Abdullah Gül wurden in der AKP kaltgestellt. Die nachfolgende Verwaltungsreform diente als Vorwand, um die Gülen-Clique auch aus der Beamtenschaft hinauszuerwerfen.

Das Ganze kulminierte in der fast vollständigen «Säuberung» des Polizei- und Justizapparats. Viele Journalisten wurden eingebuchtet. Die Informationsvermittlung im Internet wurde unter Kontrolle gestellt, die nominell unabhängige Notenbank bedroht. Vor zwei Wochen verabschiedete man in Ankara das Gesetz zur Justizreform, das der Exekutive mehr Einwirkungsmöglichkeiten auf die Laufbahn von Staatsanwälten und Richtern gibt.

Ob die Bürokratie nach diesem politischen Aderlass noch richtig funktioniert, steht in den Sternen. Erdogans Machtbasis wirkt plötzlich brüchig. So schliesst sich der Kreis: Nachdem er den Gesinnungsgenossen Gülen gebraucht hatte, um mit seiner Hilfe die Militärkaste auszuschalten, braucht Erdoğan nun das Offizierskorps, um seinen einstigen Alliierten abzuwehren. Schon vor der Urteilsverkündung im sogenannten Ergenekon-Prozess hatte sich Erdoğan persönlich für den zu lebenslanger Haft verurteilten damaligen Generalstabschef eingesetzt.

Nach Jahren des Schweigens meldet sich das Militär in der politischen Arena zurück. Ein hoher Berater Erdogans räumte ein, viele Offiziere seien nur wegen fabrizierter Anklagen verurteilt worden. Nun rief die Führung der Streitkräfte die Justiz dazu auf, die Verfahren wieder aufzurollen. Erdoğan stimmte eilfertig zu.

Doch das Offizierskorps ist nicht mehr dasselbe, das einst im Dienst des Staates eingriff, um eigene Pfründe zu verteidigen und das Erbe Atatürks zu retten. Erdoğan kann sich nicht mehr sicher fühlen. Durch den Kampf mit Gülen ist die islamistische Bewegung in der Türkei beschädigt worden und hat viel an Attraktivität verloren. Wie stark, wird sich an den kommenden Wahlen ablesen lassen – bei den Gemeindewahlen Ende März und den Präsidentenwahlen im August.

Nachdem nun Präsident Obama, einst Erdogans bester Freund, ziemlich offen die Militärs in Ägypten unterstützt, könnte es dem Sultan dämmern, dass seine Modellfunktion als demokratietaugliche Version des Islamismus für den Westen stark an Wert verloren hat. Er müsste sich etwas Neues einfallen lassen.



Erdogan müsste sich etwas Neues einfallen lassen: Demonstranten in Ankara.

Putin & Sarrazin

Von Henryk M. Broder — Klügere und Stärkere auf der Krim und im Berliner Ensemble.



Hilflos, ratlos und entgeistert schauen deutsche Politiker dem Gerangel um die Krim zu. Man hat wortreich die «Revolution» in der Ukraine unterstützt und

dabei übersehen, dass man vor der Höhle eines Bären tanzte, der für solcherlei Spässe kein Verständnis hat. Nun ist die Party vorbei, und der langjährige «Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit», Andreas Schockenhoff, sagt: «Wir sollten nicht aus der Hüfte mit irgendwelchen Sanktionen drohen.» Die Kanzlerin verurteilt «die klare Verletzung der Souveränität und der territorialen Integrität der Ukraine» und – plädiert für die Einberufung einer «Fact Finding Mission» mit dem Ziel, «einen politischen Dialog zu beginnen». Der Europaabgeordnete für den Kreis Gütersloh, Elmar Brok, CDU, appelliert an die Autoritäten in der Ukraine, «sich nicht provozieren zu lassen». Während der «lupenreine Demokrat» (Gerhard Schröder über Wladimir Putin) macht, was er will, drohen die «wehrhaften Demokraten» im Westen mit Selbstentlebung. Das ist die grosse Kunst des Appeasements. Putin zeigt sich davon so beeindruckt wie ein Panzerfahrer, dem eine Entenfamilie über den Weg läuft.

Ortswechsel: Im Foyer des traditionsreichen «Berliner Ensemble», wo schon Bertolt Brecht seine Stücke aufführte, soll das neue Buch über den «Tugendterror» von Thilo Sarrazin vorgestellt werden. Es kommt nicht dazu. Ein Dutzend Randalierer aus der alternativen Berliner Szene übernimmt die Leitung der Matinee. Sie brüllen («Sarrazin, du Opfer!»), trillern und lehnen jedes Angebot der Sprecherin des Hauses ab, sich an der Diskussion über das Buch zu beteiligen. Die Frau vom Theater bittet die Besucher, per Handzeichen abzustimmen, «ob wir die Veranstaltung machen». Das ist praktizierte Basisdemokratie, ergebnisoffen.

Derweil sitzen Sarrazin und seine beiden Interviewer auf der Bühne wie Zuschauer des eigenen Untergangs. Natürlich kommt niemand im Publikum auf die Idee, die Störer zu packen und aus dem Saal zu befördern. Das wäre ja Gewalt. Und niemand ruft die Polizei, denn das wäre Kumpanei mit der Staatsgewalt. Der Klügere gibt nach, aber der Stärkere setzt sich durch. Auf der Krim und im Berliner Ensemble.

Schon Rousseau hat gewarnt

Von Silvio Borner — Es ist mit dem Volkswillen wie mit dem Willen Gottes: Alle können sich darauf berufen. Und am Schluss ist der ach so mächtige Volkssouverän total auf sich selbst zurückgeworfen.

Im Jahr 1848 setzte eine liberale Elite die schweizerische Bundesverfassung durch. Nicht mit einer Volksinitiative, sondern nach einem siegreichen Bürgerkrieg. Seither ist die Schweiz eine Willensnation und steht als solche im Gegensatz zu Staatsgebilden, die auf Religionen, Ideologien oder Ethnien gründen. Die Schweiz war von Anfang an mehrsprachig, multikulturell, neutral und als Staatenbund föderalistisch.

Allerdings: Die direkte Demokratie spielte auf Bundesebene keine Rolle, und der vom Parlament gewählte Bundesrat war vollständig liberal (freisinnig). Erst seit 1878 kann sich das Volk direkt zu Totalrevisionen der Bundesverfassung äussern. Die Volksrechte von Referendum und Initiative sind also erst im Laufe der Zeit ausgebaut worden.

Solch eine direkte Mitwirkung des Stimmvolks in Sachfragen kann die Demokratiequalität sicher verbessern, aber nur bis zu einem gewissen Grad. Die meisten Demokratien der Welt befinden sich heute noch links von diesem Demokratie-Optimum und könnten von mehr direkter Mitsprache profitieren.

Dagegen haben der US-Bundesstaat Kalifornien und die Schweiz dieses Optimum wohl überschritten. Warum? Volksabstimmungen versprechen augenblickliche *quick fixes* von komplexen Problemen und dynamischen Entwicklungen. Solche Momentaufnahmen des Volkswillens müssen zu zeitlichen und inhaltlichen Inkonsistenzen führen, weil der anonymen und häufig zufälligen Volksmehrheit die weitere Kontrolle über den Lauf der Dinge notwendigerweise entgleitet. Das spielt aber keine Rolle, weil diese geheime und anonyme Mehrheit ohnehin von jeglicher politischen Verantwortung befreit ist. Die nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative in Gang gekommene Suche nach «Verantwortlichen» ist daher absurd.

Weil jedoch schon kurz nach der Volksabstimmung nicht mehr klar ist, was der Volkswille unter den veränderten Verhältnissen bedeutet, operieren alle Parteien mit dem Argument der Missachtung des Volkswillens und entledigen sich so jeglicher Verantwortung. Einen klar definierten, demokratisch eindeutig legitimierten, zeitlich konsistenten und von Interessen unabhängig umsetzbaren Volkswillen gibt es schlicht und einfach nicht!

Es ist mit dem Volkswillen wie mit dem Willen Gottes: Alle können sich darauf berufen, wohl wissend, dass der Angerufene stumm bleiben wird. Am Schluss ist der ach so mächtige Volkssouverän total auf sich selbst zurückgeworfen. Davor hat schon Rousseau ausdrücklich gewarnt und wollte deshalb die direkte Demokratie auf kleinste, überschaubare Gemeinschaften beschränken.

Volksentscheide sind Kollektiventscheide, und Kollektive haben keinen eigenen, von Individuen unabhängigen Willen. Man kann lediglich viele Einzelne durch Wahlen oder Sachabstimmungen Mehrheiten bilden lassen. Dabei spielt aber das Verfahren eine zentrale Rolle. Bei gleichen Präferenzen der Stimmberechtigten kommt je nach Wahlsystem oder Abstimmungsverfahren etwas ganz anderes heraus. Was eine Mehrheit entscheidet, ist zum Vornherein verfahrensabhängig.

Einfache Mehrheiten für einfache Ja/Nein-Dichotomien sind so ziemlich das Primitivste, was man sich vorstellen kann. Dafür sprechen eigentlich nur die Einfachheit des Verfahrens und die populäre Nachvollziehbarkeit des Ergebnisses. Jeder erfahrene Sitzungs- oder Versammlungsleiter weiss, dass eine kluge Tagesordnung, gut inszenierte Diskussionsverläufe und das geschickte Einbringen von Alternativen viel wichtiger sind und das Ergebnis der Schlussabstimmung vorbestimmen.

«Wollen Sie das Abkommen kündigen?»

Auch bei Volksabstimmungen gilt: Worüber, wann und wie abgestimmt wird, ist viel wichtiger als das Auszählen der abgegebenen Stimmen. Hätte man 1991 das Volk gefragt: «1. Wollen Sie der EU beitreten? – 2. Wollen Sie den EWR annehmen? – 3. Wenn Sie beidem zustimmen, was hat Vorrang?», dann wäre der EWR deutlich angenommen worden. Aber weil der Bundesrat – in strategischer Absicht oder aus purer Dummheit – den EWR als Vorstufe zum Beitritt deklariert hatte, stimmten viele EWR-Befürworter bei der Frage zwei trotzdem dagegen, weil die Frage eins gar nicht gestellt wurde.

Ebenso wäre eine ehrliche Fragestellung am 9. Februar gewesen: «Wollen Sie das Freizügigkeitsabkommen mit der EU kündigen und neu verhandeln?»



Wozu es Frauen braucht

Von Kurt W. Zimmermann — Das Medienunternehmen SRG will eine Frauenquote einführen. Ist das eine kluge Idee?

Ich lese sie jeden Sonntag. Am letzten Sonntag etwa schrieb sie gegen die «Katerstimmung», welche die Wirtschaft nach der Einwanderungs-Abstimmung zelebrierte.

Sonntagsblick-Chefin Christine Maier ist die einzige Frau hierzulande, die eine grosse Zeitungsredaktion führt. Alle anderen Frauen in der Presse sind zweite oder dritte Garnitur. Sie leiten allenfalls Frauenhefte wie die *Annabelle* oder Randblätter wie die *Wochenzeitung*.

Beim Staatsfunk sieht es nur wenig besser aus. Es gibt hier zwei Spitzenfrauen. Lis Borner ist Chefredaktorin von Radio SRF. Nathalie Wappler ist Kulturchefin von Radio und Fernsehen. Beide führen rund 250 Mitarbeiter.

Da der Staatsfunk politische Korrektheit liebt, hat er nun ein Problem erkannt. Bis ins Jahr 2020 will die SRG den Frauenanteil im Kader auf dreissig Prozent anheben. So beschloss es letzte Woche der Verwaltungsrat.

SRG-Generaldirektor Roger de Weck orchestrierte diesen Staatsakt mit seinem gewohnt majestätischen Führungsgebaren. Wir können uns so richtig vorstellen, wie er dem Verwaltungsrat seine Quote als epochal-historischen Durchbruch verkaufte. Es gab denn, welche Überraschung, im Gremium keine einzige Gegenstimme.

So fragen wir uns, ob eine Frauenquote in einem Medienhaus sinnvoll ist. Ich denke schon.

Bevor ich das begründe, betrachten wir die Frauenquoten in den Leitungsfunktionen einiger ausgewählter Medien.

Wo Journalisten Ideen haben müssen

Bei der *Schweizer Illustrierten* beträgt der Frauenanteil im Kader 42 Prozent, bei der *Annabelle* 38 Prozent, bei «10 vor 10» sind es 33 Prozent, bei der *Sonntagszeitung* und bei der «Tageschau» sind es 27 Prozent, in der *Blick*-Gruppe 17 Prozent, bei der *NZZ* 13 Prozent und beim *Tages-Anzeiger* 4 Prozent.

Auffallend ist: Der Frauenanteil in der Führungsetage ist umso tiefer, je höher der Stellenwert der Aktualität ist. Bei zeitloseren Titeln und Sendungen hingegen sind mehr Frauen in der Verantwortung.

Warum das so ist, ist einfach zu erklären. Frauen braucht es dort, wo es Kreativität braucht. Im Tagesjournalismus braucht es nicht viel Kreativität. Hier diktiert die Chronik der laufenden Ereignisse das Geschäft. Anders ist es bei Wochenzeitungen, Magazinen und entsprechenden Sendegefässen. Hier müssen Journalisten Ideen haben.



Problem erkannt: *Sonntagsblick*-Chefin Maier.

Frauen haben Ideen. Ich war vor Zeiten mal Chefredaktor der *Sonntagszeitung*. Der Frauenanteil in meinem Führungsteam lag bei fast fünfzig Prozent. Bekannte Namen wie Beatrice Schlag, Catherine Duttweiler oder Rita Flubacher waren darunter. Doch ich will mich hier nicht als Frauenversther aufspielen, der ich nicht bin. Mein hoher Frauenanteil war eher Zufall als Absicht.

Aber der Effekt war eindeutig. Die *Sonntagszeitung* galt damals weitherum als Titel, der immer wieder überraschende Themen und Blickwinkel lieferte. Diese Originalität war zu hohem Mass das Verdienst der Frauen im Kader. Eine Frauenquote in Medienhäusern ist darum keine schlechte Idee. Natürlich sollte es eine freiwillige Quote sein. Der Staat hat hier nichts verloren.

Ein freiwilliges Quotenziel von dreissig Prozent setzte sich letztes Jahr auch die Redaktion des *Tages-Anzeigers*. Die Kulturjournalistin Simone Meier wurde darum zur Frauendelegierten gewählt. Frau Meier absolvierte dann reihenweise Medienauftritte, bei denen sie sich feiern liess. Bis sie die Frauenquote durchgesetzt habe, so tönte sie heroisch, brauche sie drei Jahre.

Wenige Wochen später kündigte die heroische Journalistin Simone Meier quotenlos ihren Job beim *Tages-Anzeiger*. Sie hatte ein besseres Angebot von der Konkurrenz bekommen.

Kranker Oscar

Von Beatrice Schlag — Hollywoods öddestes Spektakel.

Die Academy Awards sind langweilig. Warum sagt man das seit zig Jahren, ohne dass sich etwas an der endlosen Preisverleihung ändert? Letztes Jahr sorgte der grossartige Seth



MacFarlane für einen Skandal: Sein Eröffnungssong «We Saw Your Boobs» («Wir sahen deine Brüste») wurde als frauenfeindlich gewertet. Er war nicht frauenfeindlich, wenn man einen Funken Humor hat. Aber man sollte keinen für provozierende Komik gefeierten Künstler als Präsentator einladen und sich eine sittsame Darbietung erhoffen.

Dieses Jahr setzte man auf Ellen DeGeneres, eine der beliebtesten und witzigsten Talk-Gastgeberinnen des Landes, die sich schon vor Jahren als Lesbe geoutet hatte und garantiert nichts sagen würde, was irgendwem als frauenfeindlich aufstossen könnte. Tat sie auch nicht. Dafür versuchte sie krampfhaft, die steife Veranstaltung durch kumpelhaften Umgang mit den Stars aufzulockern. Sie trommelte Celebrities aus den vorderen Reihen zusammen für ein Handy-Gruppenbild und verteilte Pizza, was der Show vermutlich einen jugendlichen Touch geben sollte. Leider wirkte es nicht erfrischend, sondern nur bemüht. Und in die Pizza zu beissen, wagte kaum jemand, weil Kauen bekanntlich alles andere als telegen ist.

Aber die Präsentatoren sind für die Langleweiligkeit nur bedingt verantwortlich. Sie können nichts ausrichten gegen Stars, Regisseure, Kostümbildnerinnen und Kameraleute, die endlose Listen von meist unbekanntem Mitarbeitern und Geldgebern herunterleiern, ohne deren Hilfe sie nie zu einem Oscar gekommen wären. Warum wird ihnen das nicht verboten? Sie waren schon Wochen zuvor nominiert worden und hatten reichlich Zeit, sich zu bedanken. Warum lassen sich Stars ihre Kleider und ihren Schmuck sponsern und sehen, wenn auch zumeist untadelig, trotzdem nur selten unvergesslich aus? Und vor allem: Warum hat kaum einer von denen, die ausgezeichnet werden, etwas zu sagen, woran man sich später noch erinnert? Warum erlauben sich Preisträger in einer ansonsten bis ins letzte Detail inszenierten Show, als Dank nur Tränen und Floskeln anzubieten?

Mehr zum Thema: Seite 56

«Nach der Abstimmung gegen die Masseneinwanderung läuft die Sabotage auf vollen Touren.» Bruno Ackermann



«Eine Funktionärsherrschaft wie in der EU bildet sich heraus.»

«Fraternisierender Haufen»

Nr. 9 – «Sabotage von oben»; Roger Köppel über Bundesbern nach der angenommenen Initiative gegen Masseneinwanderung

In der EU werden «Stimmvieh» und Rechtsstaat ausgeschaltet. Die Rettung des «alternativen» Euro hilft nur den Banken. Diese stossen, ohne gerichtliche Folgen, illiquide Aktien an ihre Kunden ab. Staatsschulden werden mit Schulden bezahlt, Unternehmen verstaatlicht. Steuern und Arbeitslosigkeit steigen. Millionen junger Menschen sind ohne Arbeit. Es besteht eine antidemokratische, feudalistische Funktionärsherrschaft. Parlamente werden entmachtet. Wegen seiner «Verpflichtungen» verarmt Deutschland. Die Notenbanken drucken Geld, um mittels Inflation über die Runden zu kommen. Der direkte Diebstahl am Volk via Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) zwecks Beschlagnahmung von privaten Bankguthaben und Aktien zur Tilgung von Staats- und Bankschulden wird legitimiert. Und was passiert in der Schweiz? Eine Funktionärsherrschaft wie in der EU bildet sich heraus. Linke und «Rechte» sind ein fraternisierender Haufen. Direkte Demokratie und Volkssouveränität werden von Bundesrat und Parlament ad absurdum geführt. Kompetenzen und Gerichtsbarkeit möchte man nach Brüssel verschachern. Die Schweizerische Nationalbank solidarisiert sich mit den westlichen (Privat-) Notenbanken über das Liquidität-Swap-Abkommen (das bedeutet unbeschränkte Geldlei-

he). Damit wird der Franken zur wertlosen Einheitswährung. Wir verlieren die Währungssouveränität! Die Loyalität von Bundesrat und Funktionären gilt ausnahmslos der EU. Kein Widerstand zugunsten der Schweiz. Nach der Abstimmung gegen die Masseneinwanderung läuft die Sabotage wieder auf vollen Touren. Es herrscht Verrat! Bruno Ackermann, Adligenswil

Das Schweizer Volk hat sich richtig entschieden. Die ganze Schweiz hat gewonnen. Die Mehrheit des Schweizer Stimmvolks und siebzehn Stände haben sich dafür ausgesprochen, dass den Argumenten der Stellen und der Panikmache von diversen Verbänden nicht zu glauben sei. Wie erwartet hören wir nun das Geheul von EU-Funktionären, welche die Meinung ihres Stimmvolks ohnehin geringschätzen. Darum wollen sie auch keine Volksabstimmungen in den EU-Ländern. Nur, diese (leeren) Drohungen aus Brüssel können uns unbekümmert lassen. Von der Personenfreizügigkeit haben ohnehin vor allem die EU-Staaten profitiert, was aufgrund des Lohngefälles natürlich ist. Diese Abstimmung ist eine wichtige Zäsur. Seit Jahren hat sich die Schweiz leider immer nur den EU-Forderungen in Bezug auf die Steuerfragen und den Luftverkehr ohne Gegenwehr angepasst. Jetzt weiss auch die EU: Mit der Schweiz kann nicht einfach Schlitten gefahren werden. Wir lassen uns nicht mehr erpressen. Dieses Signal ist wichtig und sollte auch in Brüssel ankommen. Patrick Schäfli, Liestal

Früher hiess es: «Seid ein einzig Volk von Brüdern und Schwestern.» Heute zählen nur noch die Bundesräte und die Bundesbeamten, welche keinen Mut mehr haben, zu ihrem Volk zu stehen. Frage: Woher beziehen diese Herrn und Damen ihr Gehalt? Von der EU? Oder vom Schweizer Volk (Steuergelder)? Schön wäre es, wenn die EU nicht immer die Nase in unsere Angelegenheiten stecken würde. Die hat vor ihrer Haustür genug zu wischen.

Willy Wirz, per Mail

Manche Kommentare erstaunen mich sehr, da ich in einem EU-Land lebe. Ich kann Ihnen versichern, dass jedes EU-Land sich selbst regiert (gut oder schlecht) und von Verlust von Souveränität keine Rede sein kann. Würde man nicht von so vielen Projekten wissen, die von der EU finanziert werden – man würde gar nicht merken, dass ein Land zur EU gehört. Die ganze Schwarzmalerei finde ich unglaublich übertrieben. Besonders wenn Herr Köppel sagt, man könne als Schweizer unmöglich für die EU sein. Demnach ist ein Italiener kein Italiener mehr, und ein Franzose hört auch auf, Franzose zu sein, seit das Land in der EU ist! Bitte, lieber Herr Köppel, überbieten Sie sich nicht! Sie haben genug Niveau, um nicht solche populistischen Aussagen zu machen! Gehen Sie mal nach Brüssel, und schauen Sie sich die EU von innen an, vielleicht wird dort gar Kritik gerne entgegen genommen. Aber nachher hoffe ich, dass Sie etwas sachlicher über die EU schreiben!

Suzette Preiswerk da Mota Veiga, P-Manteigas

«Hier irrt Sarrazin»

Nr. 9 – «Die Rache der Hypermoralisten»; Thilo Sarrazin über «Tugendterror»

Rousseaus gigantisches Werk, 24 Bände Literarisches und 65 Bände Briefe, wird in Deutschland und Österreich, etwa von Otto von Habsburg, auf die immer gleichen Gemeinplätze verkürzt, so dass daraus etwa «Stalins Folterkeller» (Sarrazin) oder Pol Pot resultiert. Das Rousseau-«Verständnis» der Aristokraten und Linken trug mit dazu bei, dass namentlich Deutsche eher Chinesisch verstehen als die schweizerische Demokratie. Es gibt offensichtlich ein Interesse daran, Demokratie so zu definieren, dass unmittelbare Volksmitsprache mit «niedrigen Instinkten» (Martin Schulz) beziehungsweise einem «ersten Schritt nach Auschwitz» gleichgesetzt wird. Rousseaus aphoristische Ausführungen über die Güte des Menschen und die Korruptierbarkeit desselben durch Eigentum und Reichtum erfolgten auf der Basis der Westschweizer Schule des Naturrechts und eines über den Calvinismus domestizierten Menschenbildes. Nichts empörte Rousseau stärker als die Beseitigung direkter Volksmitsprache (immerhin 6000 Genfer Handwerker und Uhrmacher) durch eine korumpierende Aristokratie. Trotz damals be-

deutender Ungleichheiten hielt Rousseau die Landsgemeinderepubliken der Deutschschweiz und die Korporationen des Oberwallis für Wegweiser der Demokratie. Eindrucksvoll sein Verfassungsentwurf für Korsika ohne Hauptstadt und ohne Staatsoberhaupt, eine ländliche Republik von Gleichen. Im Stadt-Land-Gegensatz traute Rousseau dem Berghirten mehr Freiheitsgeist zu als dem städtischen Kaufmann – darin irrte er wohl. Marx und Engels haben zwar das Grab von Rousseau besucht, sich aber wie Sarrazin und Otto von Habsburg wohl nie gründlich genug mit dessen «eigenössischen» Vorstellungen von Demokratie befasst. *Pirmin Meier, Rickenbach*

«Es geht um die Gesundheit»

Nr. 9 – «Fehler im Operationssaal»; Alex Reichmuth über den Zürcher Kardiologen Thomas Lüscher

Show-Eingriffe sind in der Medizin zur Selbstverständlichkeit geworden. Nach dieser Live-Übertragung aus der Kardiologie des Universitätsspitals Zürich drängen sich aber wichtige Fragen auf. Laut Fachleuten hat der Zürcher Chefkardiologe seine Patientin gefährdet: Er habe den Katheter zu tief in die Herzgefässe eingeführt und damit ein lebensbedrohliches Herzflimmern verursacht, er habe den falschen Stent gewählt und übermässig Kontrastmittel eingesetzt. Wenn so viele Fehlhandlungen dokumentiert sind, ist eine Qualitätskontrolle zwingend nötig. Auch die organisatorischen Abläufe sind zu hinterfragen, weil der Defibrillator nicht unmittelbar zur Verfügung stand. Wer prüft die Arbeitsqualität dieses Chefarzts? Das Universitätsspital Zürich, die Universität Zürich, der Zürcher Regierungsrat? Genügt der Zürcher Chefkardiologe noch den Qualitätsansprüchen der hochspezialisierten Medi-

zin? Ist die Patientensicherheit in der Kardiologie des Universitätsspitals Zürich noch gewährleistet? Zur Klärung dieser Fragen braucht es ein unabhängiges Expertenteam aus dem Ausland, das keine Repressionen fürchten muss. Es geht hier um die Gesundheit und Sicherheit unserer Bevölkerung.

Margrit Kessler, Präsidentin Schweizerische Stiftung SPO Patientenschutz und Nationalrätin Grünliberale SG

«Heroische Symbolfigur»

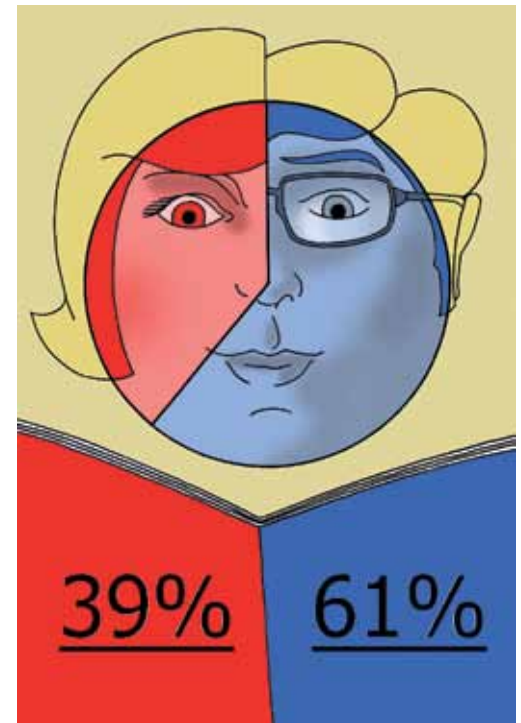
Nr. 9 – «Der falsche Prophet»; Edward Lucas über Edward Snowden

Edward Snowden hat nicht nur seine Karriere aufgegeben, wie der Journalist schreibt. Er riskierte und riskiert sein Leben durch seine Enthüllungen. Kürzlich verspätete sich mein Weiterflug in Costa Rica, und ich kam mit einem amerikanischen Ingenieur ins Gespräch. Er kennt persönlich hohe Militärs bei der Marine, die unisono für ein simples Eliminieren von Snowden seien. Der habe die Ehre Amerikas beschmutzt. So kann man, wenn man ohnmächtig ist, ein Problem auch zu lösen versuchen. Für mich bleibt Edward Snowden eine heroische Symbolfigur, die wieder einmal deutlich macht, dass man dem Staat nicht alles anvertrauen und an ihn nicht alles delegieren darf. Schön, in einem Land zu leben, wo man noch einiges aussprechen kann, was man denkt. Tragen wir Sorge dazu. *Robert Wilhelm, Uttwil*

Edward Lucas macht also Reklame für das, was er in seinem neuen Buch über Edward Snowden offenbar schreibt. Hat er für sein Engagement nicht schon andere potente Geldgeber? Darum verstehe ich seinen Wortschwall noch viel weniger, mit dem er uns weismachen will, dass Spionage unter Freunden doch ganz in Ordnung sei, einfach schon deshalb, weil sie ja ohnehin viele trieben. Würde er denn auch dem Satz zustimmen, laut dem Stehlen unter Freunden doch ganz okay sei, da es ja sowieso viele Diebe gäbe? Und will er uns wirklich glauben machen, die NSA-Aktivitäten dienen zu nichts anderem als zur Terrorabwehr? Anders gefragt: Sind die Staats- und Regierungsspitzen etwa in Deutschland oder Brasilien denn Terrorverdächtige? Man kennt ja diese Art des Vorgehens von fragwürdigen staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen: Wenn Wahrheiten ans Licht kommen, die man lieber unter dem Deckel gehalten hätte, heisst die Devise: «Verwirrung stiften, Zweifel säen.» Aber eben, das weiss man ja heute, und niemand fällt mehr auf diese Taktik herein; jedoch werden dabei natürlich jene entlarvt, die sich zu solchem Tun hergeben. Die anderen aber, die solche Umtriebe aufdecken, verdienen unsere grösste Achtung: Danke, Mr. Snowden! Und das sage ich als jahrzehntelanger Bewunderer des amerikanischen Volkes – nicht aber Washingtons. *Martin Huber, Hochwald*

Darf man das?

Leser fragen, die Weltwoche antwortet



Darf ich die Weltwoche fragen, wie viele (in Prozent) Abonnenten der Weltwoche weiblich sind? *Karin Thurnheer, St. Margrethen*

Natürlich dürfen Sie. Ich habe das grosse Vergnügen, mich täglich mit den vielen Leserinnen der Weltwoche zu beschäftigen und diese zu analysieren. Rein beruflich, natürlich! Wir haben 77 000 Leserinnen pro Ausgabe gemäss der nationalen Leserschaftsforschung der Wemf. Dies macht einen Anteil von 39 % an der Gesamtleserschaft. Bei unseren Leserinnen kommen wir ins Schwärmen, denn sie sind überaus intelligent, aktiv, belesen und vielseitig interessiert: 30 % besitzen eine höhere Schulbildung, 61 % sind erwerbstätig, 31 % arbeiten in leitender Funktion oder sind selbstständig, 70 % interessieren sich sehr stark für Literatur, 76 % für Essen und Gastronomie, 78 % für Politik, 52 % für Wirtschaft, 68 % für Kunst und Kultur, 55 % für Rock und Pop, 60 % für die aktuellste Mode. Und zum Schluss das Allerwichtigste: Von diesen 77 000 tollen Frauen lesen 100 % jede Woche die Weltwoche.

Stephan Schwab, Leiter Anzeigenmarkt

Ihre Fragen zum modernen Leben mailen Sie uns bitte an darfmandas@weltwoche.ch. Oder schreiben Sie an Redaktion Weltwoche, Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich. Jede veröffentlichte Zuschrift wird mit einem Weltwoche-Abonnement honoriert. Nicht veröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.


**CRESTA
PALACE**
Frühlingsbote
SKI-(S)PASS CHF 25.–

Grosser SPA-, Pool- und Therapie-Bereich sowie Kinderclub.
 Direkt bei Skilift, Gondelbahn, Skischulen und Loipen.
 7 Tage Zi./Frühstück ab CHF 1225.– im DZ/Person
 Ab 2 Nächten:
 Skipass für CHF 25.– pro Person/Aufenthaltsstag
 Wintersaison bis 6. April 2014

★ ★ ★ ★

CRESTA PALACE · CH-7505 Celerina/St. Moritz
 T +41 (0)81 836 56 56 · www.crestapalace.ch
 Elisabeth und Hanspeter Herren


das Bergjuwel

Putins Stärke

Russlands Präsident lernt aus dem Verhalten seiner Gegner. Er sitzt fest im Sattel und hat die Show in Sotschi über die Bühne gebracht. Nun arbeitet er an Russlands nationaler Vergrößerung. *Von Hansrudolf Kamer*

Der Kontrast ist augenfällig: Während Wladimir Wladimirowitsch Putin die Krim bedroht und im Osten der Ukraine Unruhe schürt, joggen Obama und Biden mit Hemd und Krawatte entspannt durch das Weisse Haus. Sie drehen ein Video für das Sportprogramm «Let's Move» der First Lady.

Ein Teil der Stärke von Russlands starkem Mann ist die Schwäche und unbekümmerte Borniertheit seiner Gegenspieler. Er weiss sie auszunützen. So ist er dabei, die zweite Runde im Kampf um die Ukraine zu gewinnen, nachdem der Westen nach der ersten vorschnell triumphiert hat.

Es ist nun wirklich nicht neu, dass das Schicksal der Ukraine für Russland ein zentrales Anliegen ist. Erst seit gut zwei Jahrzehnten ist sie unabhängig, eine Folge des Zusammenbruchs der Sowjetunion. Das ist eine sehr kurze Zeitspanne. Gründungsmythos ist die Kiewer Rus, die in grauer Vorzeit existierte und ungefähr die europäischen Gebiete Russlands, die Ukraine und Weissrussland umfasste.

Krim-Khanat, Kosakenstaat, Aufteilung zwischen Österreich-Ungarn und Russland waren weitere Stationen, bis sie nach dem Ersten Weltkrieg und den Revolutionswirren in die Sowjetunion einverleibt wurde. Russland hat deshalb die Trennung nie verwunden. Imperiale Politik gehört trotz aller Schwächeanfänge zum russischen Selbstverständnis und war immer nur mit der Ukraine denkbar.

Putins Nationalismus und die Politik zur Wiederherstellung von Russlands Grösse tragen dem Rechnung. Doch die Ukraine als unabhängiger Staat ist auch Teil der fragilen europäischen Ordnung, die nach dem Kalten Krieg und der Implosion der Sowjetunion errichtet wurde und Schlimmeres verhinderte. Das westliche Interesse liegt darin begründet.

Vom Umsturz in Kiew überrumpelt

Von einem amerikanischen Präsidenten, einem britischen Premierminister, einem französischen Staatschef darf man verlangen, dass ihnen das bewusst ist. Stattdessen entsteht der Eindruck westlicher Nonchalance. Obama insbesondere betreibt Aussenpolitik mit der linken Hand. Die deutsche Bundeskanzlerin, der schwedische und der polnische Aussenminister sind von anderem Kaliber und sind sich über die Bedeutung der Ukraine für die europäische Politik im Klaren. Auch sie wurden indes vom Umsturz in Kiew überrumpelt.

Man hätte darauf vorbereitet sein können. Die Demonstrationen auf dem Maidan dauerten schliesslich Monate. Seit der orangen Revolution vor zehn Jahren und dem gescheiterten Versuch des damaligen US-Präsidenten Bush, der Ukraine und Georgien die Perspektive einer Nato-Mitgliedschaft zu eröffnen, weiss der Westen nicht, was er will. Wie weit nach Osten soll die Nato reichen, wie weit die Europäische Union? Was ist mit Russland? Regieren heisst vorausschauen.

In Putins Perspektive agieren Nato und EU als expansive Körperschaften, dehnen sich auf Kosten Russlands nach Osten aus. Die betroffenen Nationen, ex-sowjetische Staaten und ehemalige osteuropäische Satelliten, pflegen aber eigene Vorstellungen. Sie haben sich aus eigenem Entschluss den westlichen Organisationen angeschlossen. Und diese Entscheidung hat sehr wohl mit dem dominanten Gehabe des alten und neuen Russland zu tun.

Ein Teil der Stärke Putina ist die Schwäche und Borniertheit seiner Gegenspieler.

Moskau lebt seit je im eigenen Universum der neun Zeitzonen und hat Mühe, die Umwelt wirklich zu verstehen. Wäre Russland attraktiver, als es ist, wäre die Wandlung des grössten Landes der Erde zu einer grossen Nation mit grossem Einfluss auf die Geschehnisse der Welt viel leichter. Der Umsturz in der Ukraine wäre nicht geschehen. So ist Putin gezwungen, ein altes, nicht einmal sonderlich raffiniertes Spiel zu spielen. Das Spiel muss nur jenem der Gegner überlegen sein.

Nach dem Kurzkrieg um Georgien 2008 entliess Moskau Abchasien und Südossetien in die Unabhängigkeit und entlarvte den Westen als Papiertiger, der gross redet, aber nichts tut. Putin kam ohne nachhaltigen Schaden davon. Die Nato-Ambitionen am Kaukasus waren damit gestorben. Putin hatte, aus seiner Sicht, die Ost-Expansion des Westens fürs Erste gestoppt.

Amerikas Rückzug aus dem Irak, seine missglückte Mission in Libyen, der absehbare Abzug aus Afghanistan, das Zögern und das folgende Fiasko um Syrien, die Schwierigkeiten mit Ägypten, das Nachgeben gegenüber dem Iran, das kühle Verhältnis zu Israel, die Euro-Krise, die amerikanische Abrüstung – das alles bestärkte Putin in seiner Meinung über die



Klassische russische Taktik: Präsident Putin.



Dekadenz des Westens und darin, dass der Zeitpunkt für die «Sammlung russischer Erde» günstig sein könnte. Selber überstand er die Demonstrationswelle im eigenen Land ohne Schaden.

Putin ist kein wilder, aber ein überzeugter Nationalist. Von supranationalem Gedanken gut hält er nur so viel, als er es für seine Ziele einsetzen kann. Er weiss, was er will, und glaubt zu wissen, wie er Russlands Stellung in der Welt verbessern kann. Er will keine Neuaufgabe des Kalten Kriegs. Seine vielzitierte Äusserung, er halte die Auflösung der Sowjetunion für eine der grössten Katastrophen des 20. Jahrhunderts, steht in einem Kontext, den man gewöhnlich vergisst: Er meinte, es sei eine Tragödie, dass damals plötzlich Russen im Ausland strandeten ohne jegliche Hilfe. Das ist im Grunde nur Nationalismus pur.

Putin hielt die UdSSR für einen maroden Staat ohne Bezug zur Bevölkerung. Sein Ziel ist es nicht, sie wieder aufleben zu lassen, doch die grossrussische Ambition ist sichtbar. Er hat Lob übrig für seine Vorgänger Jelzin und Gorbatschow, für deren Versuche, Russland zu reformieren. Putin ist Pragmatiker, und sein System ähnelt jenem Chinas mit der Kontrolle über Wirtschaft und Gesellschaft.

Zur alten sowjetischen Zentralplanung will er nicht zurück. Der unvollständige und gelenkte Markt und der kaum existente Rechtsstaat generieren aber Korruption, machen sein System krisenanfällig und verhindern die notwendige Diversifizierung und Modernisierung der russischen Wirtschaft. Das Ausland bleibt skeptisch bezüglich Investitionen, die Russen schaffen viel Geld ins Ausland.

KGB bot Karrieremöglichkeiten

Putin hat einen sowjetischen Hintergrund, der ihn noch heute prägt. Der 62-Jährige stammt aus einfachen Verhältnissen, wuchs in einer Gemeinschaftswohnung im damaligen Leningrad auf. Seine Mutter war Fabrikarbeiterin, sein Vater Marinesoldat, der auf Unterseebooten Dienst tat, dann mit Truppen des Innenministeriums im Zweiten Weltkrieg focht.

Früh begann er mit Judo. Bei körperlicher Ertüchtigung lässt er sich bis heute gerne filmen. Der Super-Macho – sichtbarer Kontrast zu der alten Kremlgarde und zu Jelzin. Er studierte internationales Recht an der Universität Leningrad. Dort lernte er Anatoli Sobtschak kennen, den späteren Oberbürgermeister, der beim Putsch der alten Garde gegen Gorbatschow und beim Aufstieg Jelzins eine wichtige Rolle spielte.

Putin zauderte nicht lange und trat nach dem Uni-Abschluss dem KGB bei. Weshalb? Wie er selber sagt, waren die Karrieremöglichkeiten gut. Ihm gefiel der Patriotismus der Tschekisten, die alles, auch ihr Leben, für Russland aufs Spiel setzten. Den Zusammen-

bruch der DDR erlebte er als KGB-Offizier in Dresden. Seine Deutschkenntnisse hat er sich in jener Zeit erworben. Erst am zweiten Tag des Putsches gegen Gorbatschow im Jahr 1991, als sich das Scheitern abzeichnete, demissionierte er aus dem KGB. Mit Bedauern, wie er später sagte, denn er habe die beste Zeit seines Lebens mit den Organen verbracht.

Als Sobtschak in Petersburg nicht mehr gewählt wurde, wechselte Putin in die Präsidentschaftsverwaltung nach Moskau. Dort ging es schnell aufwärts. Seine kühle Effizienz und seine «Doppelbegabung» empfahlen ihn Jelzin: Putin war Berater demokratischer Politiker, aber zugleich Geheimdienstler ohne Skrupel. Er wurde Chef des FSB, der Nachfolgeorganisation des KGB. In den turbulenten Zeiten, die Russland damals durchmachte, war diese Kombination karrierefördernd.

Wie tief gründet Putins demokratische Überzeugung? Wohl nicht sehr tief. Das geflügelte Wort vom «lupenreinen Demokraten»,

Obamas rote Linien sieht Putin als inhaltsleere Äusserungen eines Medien-Präsidenten.

das der damalige deutsche Bundeskanzler Schröder prägte, hat einen ironischen Touch. Wer Putin argumentieren hört, vernimmt die Stimme eines Autokraten, der demokratische Gepflogenheiten bestens versteht, sie aber nur als Instrument sieht. Zweifel, dass er genau das Richtige tut, hat er nicht. Er braucht sich deshalb auch nicht den *checks and balances* zu unterwerfen, die das Korsett der Demokratie sind. Gewaltenteilung ist ihm – ist Russland – schon als Konzept fremd.

An den gegenwärtigen westlichen Führern hat Putin Mass genommen. Er schätzt sie wohl richtig ein und vermutet wenig Durchhaltewillen. Russlands andauernde reale Schwäche kaschiert er durch sein Auftrumpfen, er nützt die westlichen Unzulänglichkeiten maximal aus und sichert sich den Applaus zu Hause. Der Krimkrieg ist populär, so wie es einst das harte Vorgehen in Tschetschenien war. Das ganze Manöver ist aus einem Guss.

Sein Erfolg ist allerdings relativ. Der Georgien-Krieg war militärisch ein Fiasko und offenbarte grosse Defizite bei den russischen Streitkräften. Nach geschlagener Schlacht, im Oktober 2008, leitete Putin die umfassendste Militärreform seit Jahrzehnten in die Wege.



«Ich habe die Homo-Ehe erfunden.»

Dabei lief nicht alles nach Wunsch. Im November 2012 wurde der Verteidigungsminister entlassen und durch einen Putin-Vertrauten und erprobten Manager ersetzt. Dieser brachte aber die Offiziersgarde gegen sich auf, was der Reform nicht gut tat.

Inzwischen sind die organisatorischen Veränderungen als Kernstück der Reform umgesetzt. Sie verkünden das Ende der grossen Mobilisierungsarmee und legen den Grundstein für moderne Streitkräfte, die sich in regionalen und lokalen Konflikten einsetzen lassen. Wieweit das alles in der Praxis funktioniert? Die Krim-Krise lässt kaum Schlüsse zu.

Geburt der Breschnjew-Doktrin

Das Geschehen nach dem Machtwechsel in Kiew erinnert an sowjetische Zeiten. Moskau sprach von einem Staatsstreich, ausgeführt von faschistischen Banditen. Es verweigerte die Anerkennung der neuen Regierung, hielt versprochene Wirtschaftshilfe zurück und versetzte Streitkräfte an der ukrainischen Grenze in eine höhere Bereitschaft.

Dann wurde plötzlich das Schicksal der Russen in der Ukraine zum Motiv. Chaos muss verhindert werden. Ähnlich hatten einst die Sowjets beim Einmarsch in Prag 1968 argumentiert – die Breschnjew-Doktrin von der beschränkten Souveränität sozialistischer Länder war geboren. Die Sorge um Umsturz und Unruhe in Kabul diente als Argumentationslinie beim Einmarsch in Afghanistan an Weihnachten 1979. Die *Prawda* intonierte damals: Hände weg von Afghanistan! Die einzigen Hände, die damals zugriffen, waren sowjetische.

Nun waren und sind die Russen auf der Krim überhaupt nicht bedroht, weder von Faschisten noch andern ungemütlichen Gesellen. Ruhe herrschte in Donezk und Charkow im Osten, so lange, bis sie gestört wurde – durch organisierte prorussische Aktivisten.

Von der Duma in Moskau lässt sich Putin die Ermächtigung zum militärischen Eingreifen geben. Ohne zu zögern, besetzen Truppen der Schwarzmeer-Flotte Flughäfen, Gebäude der staatlichen Verwaltung und Radio- und TV-Stationen. Provokation, Manipulation, Überraschung – klassische Elemente russischer Taktik. Die Lage kann von Kiew aus nicht mehr kontrolliert werden. Und eine Invasion war es auch nicht. Die Truppen waren schon dort.

Was immer Putin schliesslich tut – er kann die Krise auch wieder abblasen, so schnell er sie fabriziert hat. Oder er kann sie nutzen, um die Ukraine ganz gefügig zu machen. Jedenfalls will er die neue ukrainische Regierung destabilisieren. Diese ist nicht sattelfest und konnte ihre Autorität bisher nicht durchsetzen. Ihr Zustandekommen ist auch nicht lupenrein. Die Unruhe auf der Krim und im Osten hindert sie daran, ihre Reformverspre-

chungen zu erfüllen, die Staatsverwaltung auszumisten und die Wirtschaft zu sanieren. Wenn das nicht gelingt, wird auch die zweite Revolution scheitern, und Putin kann sich zufrieden zurücklehnen. Bleibt die Ukraine korrupt, autoritär und im russischen Orbit, dann hat er sein Ziel erreicht, mit klassischen Geheimdienstmethoden und psychologischer Kriegführung. Er hatte nie die Absicht, den dritten Weltkrieg auszulösen.

Der Westen ist sich über das Schicksal der Ukraine nicht einig. Vielleicht kann Putin ihn einigen – eine weitere Reminiszenz an den Kalten Krieg –, doch scheint es nicht so. Amerika unter Obama und Europa driften auseinander. Mitglied der EU oder der Nato wird die Ukraine auf absehbare Zeit nicht. Der Westen kann und will die Ukraine, die nach Jahrzehnten der Misswirtschaft pleite ist, nicht sanieren.

Der Westen sieht sich gezwungen, für seine Prinzipien verbal einzustehen: Selbstbestimmungsrecht der Völker, territoriale Integrität bestehender Staaten, Schutz vor brutalen Autokraten – die in der Uno-Charta verankerte Schutzverantwortung, bisher eine selektiv praktizierte Verpflichtung. Diese Prinzipien sind wichtig, auch wenn sie nicht immer durchgesetzt werden können.

Kann Putin die dritte Runde gewinnen?

Putin nimmt diese Bekundungen und vor allem die «Warnungen», die Obama, Kerry und der deutsche Aussenminister pausenlos ausstossen, nicht ernst. Obamas «rote Linien» sieht er als inhaltsleere Äusserungen eines Medien-Präsidenten. Vielmehr überzeugt ihn die militärische Abrüstung und die Kriegsmüdigkeit der Amerikaner, die in Meinungsumfragen regelmässig ermittelt wird.

Der Nato-Generalsekretär Fogh Rasmussen erklärte in Brüssel, die russischen Aktionen verstiessten gegen Völkerrecht – dazu muss keine internationale Grenze überschritten werden – und stellten eine Bedrohung für den Frieden und die Sicherheit in Europa dar. Diese unstreitig richtige Beschreibung des Sachverhalts wurde von besorgten Friedensfreunden in Europa sogleich als gefährlich und krisenverschärfend gebrandmarkt. Putin kann sich auch hier bestätigt fühlen.

Doch geht der Krug zum Brunnen, bis er bricht. Putin kann die zweite Runde in der Krise um die Ukraine gewinnen. Doch was ist mit der dritten? Russlands Wirtschaft stagniert, Putins Reform kommt nicht vom Fleck. Die Erneuerung Russlands ist so nicht zu bewerkstelligen. Das Ansehen seines Landes im internationalen Konzert ist ihm nicht ganz gleichgültig, obwohl er einen muskulösen Nationalismus lebt. Nationale Grösse braucht äussere Bestätigung. Der Westen könnte, wenn er nur wollte, hier einige Dinge zurecht-rücken. ○

Symbol des Widerstands

Die Krim gehörte bis 1954 zu Russland. Dass sie heute ukrainisch ist, ist ein Problem. Erinnerungen an den Krimkrieg erfüllen die Russen noch heute mit grossem Stolz. *Von Orlando Figes*



Ohne Erkennungszeichen: unbekannte Truppen auf der Krim.

Es sind beunruhigende Nachrichten: Pro-russische Bewaffnete stürmen das Parlament in Simferopol, Flughäfen werden von Soldaten in russischer Uniform besetzt, russische Militärtransporter und Hubschrauber sind im Einsatz. Alles scheint auf einen neuen Krimkrieg hinzudeuten.

Sein Verlauf wäre absehbar. Die Russen beziehungsweise ihre lokalen Stellvertreter organisieren einen Staatsstreich, um die Interessen der russischsprachigen Mehrheit auf der Krim zu schützen, und lassen dann in einem

Der Verlauf eines neuen Krimkriegs wäre absehbar. Die Ukraine verliert, Russland gewinnt.

Referendum über eine Abspaltung von der Ukraine abstimmen. Vielleicht wird die Krim sich Russland anschliessen, ungeachtet aller Proteste von Krimtataren und Ukrainern. In der Folge könnte die prorussische Bewegung auf die Südost-Ukraine übergreifen, deren Industrie stark von Russland abhängig ist. Die Ukraine verliert, Russland gewinnt.

Dass Moskaus Augenmerk sich nach der Revolution in der Ukraine vor allem auf die Halbinsel Krim richten würde, konnte niemanden überraschen. Sie ist die einzige Regi-

on der Ukraine mit einer klaren russischen Mehrheit. Seit dem Untergang der Sowjetunion ist die Tatsache, dass die Krim zur Ukraine gehört, ein grosses Problem in den Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland und für viele Russen (auf der Krim und ausserhalb) ein Ärgernis.

Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und Partnerschaft, in dem die Stationierung der russischen Schwarzmeerflotte in Sewastopol geregelt wird, gibt den Russen so weit gehende militärische Befugnisse, dass er von vielen Ukrainern als Bedrohung für die Unabhängigkeit des Landes angesehen wird. 2008 wollte die ukrainische Regierung den 2017 auslaufenden Pachtvertrag zunächst nicht verlängern, doch unter dem Druck einer drastischen Gaspreis-Erhöhung lenkte sie ein und verlängerte den Vertrag bis 2042. Wie es nun weitergehen wird, ist völlig offen.

Aus russischer Sicht ist das Ganze umso ärgerlicher, als die Krim bis 1954 zu Russland gehörte. Vor sechzig Jahren, am 27. Februar 1954, wurde die Krim von Nikita Chruschtschow (nach nur fünfzehn Minuten Diskussion im Präsidium des Obersten Sowjets) der Ukraine zugesprochen, und zwar anlässlich des 300. Jahrestages des Vertrages von 1654, der die Einheit von der Ukraine mit Russland herstellte. >>>



Elf Monate hielten die russischen Truppen aus: Krimkrieg 1853–56.

In jener Zeit der «Brüdervölker» gab es keine realen Grenzen zwischen den Sowjetrepubliken, deren Territorien meist willkürlich am grünen Tisch festgelegt worden waren. Mit dem Ende der Sowjetunion lebte der Nationalismus jedoch wieder auf. Die Russen in der Ukraine fühlten sich allein gelassen und klammerten sich an die Krim als Symbol ihrer nationalistischen Ressentiments.

Amalfiküste des Schwarzen Meers

Für Russland ist die Krim ausserordentlich bedeutsam. Wladimir I., Grossfürst von Kiew, liess sich 988 in Chersones, der antiken hellenischen Stadt bei Sewastopol, taufen und gab damit den Anstoss zur Christianisierung der Kiewer Rus, jenes Reichs, von dem Russland seine religiöse und nationale Identität herleitet.

Die Krim, über 500 Jahre von Türken und tatarischen Stämmen beherrscht, wurde 1783 schliesslich von Russland annektiert. Hier verlief die für das Zarenreich so wichtige Scheidelinie zwischen Russland und der muslimischen Welt. Katharina die Grosse verwendete lieber die griechische Bezeichnung Taurida für die Halbinsel als das tatarische «Krym», um auf diese Weise einen Bezug zur hellenistisch-byzantinischen Kultur herzustellen. Die Zarin verteilte Land an russische Adlige, die an der Südküste, deren Schönheit an die Amalfiküste erinnert, herrschaftliche Paläste errichteten. Die klassizistischen Gebäude, mediterranen Gärten und Weinberge sollten Träger einer neuen christlichen Kultur in dem vormals heidnischen Land sein.

Die tatarische Bevölkerung wurde allmählich verdrängt und durch russische Siedler und andere orthodoxe Christen ersetzt – Grie-

chen, Armenier, Bulgaren. Alte tatarische Städte wie Bachtschissarai wurden degradiert, neue Städte wie Sewastopol ganz im neoklassizistischen Stil errichtet. Russische Kirchen ersetzen Moscheen. Und mit grosser Begeisterung entdeckte man christliche archäologische Zeugnisse, byzantinische Ruinen, asketische Höhlenkirchen und Klöster und erklärte auf diese Weise die Krim zu einem heiligen Ort, zur Wiege des russischen Christentums.

Im 19. Jahrhundert war die Schwarzmeerflotte der Angelpunkt der imperialen russischen Macht. Von Sewastopol aus kontrollierte Russland das gesamte Schwarze Meer einschliesslich des Kaukasus, faktisch auch den Bosphorus und die Dardanellen und damit den

Von Sewastopol aus kontrollierte Russland das gesamte Schwarze Meer einschliesslich des Kaukasus.

Zugang zum Mittelmeer. Grossbritannien reagierte alarmiert, sah seine Interessen im Nahen Osten (den Verbindungsweg nach Indien) bedroht. Nach der Niederwerfung des polnischen Aufstands 1830 und der ungarischen Revolution 1848 durch zaristische Truppen erlebte Europa eine grosse Russophobie. Die britische Presse forderte, dass den Russen ein Denkmäler erteilt werden müsse. Und Napoleon I. brannte darauf, Revanche für die schmachvolle Niederlage von 1812 zu üben.

Das war der Hintergrund des Krimkriegs (1853–56), der ausbrach, nachdem Zar Nikolaus I. mit Frankreich in einen komplizierten Disput über den Zugang zu den christlichen Stätten im Heiligen Land geraten war und sich zum Beschützer der orthodoxen Untertanen

des Sultans auf dem Balkan erklärt hatte. Nikolaus I. hätte den Konflikt vermeiden können, war aber von der Berechtigung der russischen Sache überzeugt und warf dem Westen Doppelmoral vor – in anderen Ländern zu intervenieren, wo immer es ihm passe, aber Russland anzugreifen, wenn dieses sich genau wie er selbst verhielte.

Belagerungsmentalität

Briten und Franzosen entsandten Truppen zur Krim, die den russischen Flottenstützpunkt zerstören sollten. Es war ein militärisches Fiasko, genau wie der berühmte Angriff der Leichten (Kavallerie-)Brigade, bei dem 600 britische Reiter von der russischen Artillerie auf den Höhen von Sewastopol niedergemäht wurden. Doch dann begann die Belagerung durch die Alliierten. Elf Monate hielten die russischen Truppen aus – verewigt in Tolstois «Sewastopoler Erzählungen» –, bis sie sich den deutlich überlegenen Alliierten geschlagen geben mussten. Ihr heroisches Opfer wurde zu einem starken Symbol russischen Widerstandsgeistes.

Diese Belagerungsmentalität prägt noch immer den russischen Charakter von Sewastopol. Erinnerungen an den Krimkrieg lösen bei Russen noch heute grossen Stolz und antiwestliche Ressentiments aus. Obwohl der Krieg mit einer Niederlage für Russland endete, haben die Russen in ihren eigenen Augen den moralischen Sieg davongetragen. Zar Nikolaus I. ist einer von Putins Helden, weil er gegen alle Grossmächte für die russischen Interessen kämpfte. Sein Porträt hängt im Vorzimmer des Präsidenten im Kreml.

Wenn ein neuer Krimkrieg vermieden werden soll, muss Putin zurückhaltender agieren als sein Zarenheld. Für die Konflikte in der Ukraine gibt es politische Lösungen. Sollte es gelingen, bis zu den Wahlen am 25. Mai Frieden zu bewahren, täte die neue ukrainische Regierung gut daran, im Rahmen einer föderalen Neuordnung des Landes der Krim grössere Autonomie zuzugestehen. Mit seiner Behauptung, diese Wahlen seien «illegal», sorgt Janukowitsch jedoch für Verunsicherung, und wenn er sich dabei auf den Kreml stützen kann, besteht wenig Hoffnung auf eine friedliche Beilegung dieses Konflikts.

Aus dem Englischen von Matthias Fienbork

Orlando Figes ist Professor für russische Geschichte am Kirkbeck College an der University of London und Autor von «Krimkrieg. Der letzte Kreuzzug». Berlin Verlag, 2010

«Generalmobilmachung klingt komisch»

Wie ich die vergangene Woche auf der Krim erlebt habe.

Tagebuch von Margarita Mikolaychik

Donnerstag, 27. Februar — Auf dem Weg zur Universität biegt mein Bus plötzlich in eine Umfahrungsstrasse ein. Das Stadtzentrum sei blockiert, sagt der Fahrer. Es gelingt mir, einen Blick der Gegend zu erhaschen, die ans Parlament der Krim angrenzt. Leute mit Videokameras stehen dort und Journalisten. Habe ein ungutes Gefühl. Eine Demonstration oder wahrscheinlich zwei Demonstrationen, eine für die Russen und eine, die von den Tataren organisiert ist. Ich hoffe, dass unsere Demos nicht so gewalttätig verlaufen werden wie diejenigen auf dem Maidan in Kiew.

Zu meiner Vorlesung kommen etwas weniger Studenten als üblich. Einigen war es unmöglich, aus den umliegenden Dörfern nach Simferopol zu kommen.

So rasch wie möglich nach Hause

Das Dozententreffen beginnt drei Stunden früher als sonst. Ich sehe die erschrockenen Gesichter meiner Kollegen. Wir wissen nicht, ob morgen ein normaler Unterrichtstag sein wird oder nicht. Die Vorsitzende geht die Traktandenliste schneller als sonst durch, sie weiss: Jeder will so rasch wie möglich nach Hause.

Die Geschäfte im Stadtzentrum sind geschlossen. Verdächtig aussehende Männer stehen herum. Einige tragen Sankt-Georgs-Bänder, ein russisches Symbol militärischer Tapferkeit, was mir ein beruhigendes Gefühl gibt. Und doch: Die Lage ist so angespannt, dass ich beschliesse, mein Treffen in der City abzusa-gen, da ich die Zeit in der City totschiagen müsste und Angst habe, ermordet zu werden, wenn ich mich länger im Zentrum aufhalte. Auf dem Heimweg erhalte ich eine SMS: «Morgen kein Unterricht.» Was ist eigentlich los?

Zu Hause schalte ich den Fernseher an. Wladimir Konstantinow, der Sprecher des Parlaments, erklärt die Agenda. So soll am 25. Mai ein Referendum über eine Ausweitung der Kompetenzen der Autonomen Republik Krim stattfinden. Die Referendums-Idee tönt vernünftig, aber mir wäre ein früherer Abstimmungstermin lieber.

Als Wiktor Janukowitsch plötzlich auf einem russischen Fernsehkanal auftritt und sagt, er sei der einzig legitime Präsident der Ukraine und werde seine Aktivitäten fortsetzen, denke ich mir zunächst, dass er dumm sei. Glaubt er wirklich, dass ihn irgendjemand respektieren oder ihm folgen wird, nachdem er das Land in Korruption versenkt, so viel gestohlen und die Berkut-Soldaten der Gnade des Feuer ausstossenden Maidan überlassen hat? Doch dann realisiere ich, dass er nicht dumm ist. Es ist ein

weiterer geschickter Zug des russischen Präsidenten. Rechtlich gesprochen, ist Janukowitsch immer noch der Präsident des Landes ...

Freitag, 28. Februar — Als Erstes dringt heute Morgen die Nachricht in meine Welt ein, dass die Menschen in den russischen Uniformen ohne Insignien den Flughafen Simferopol besetzt haben. Keine Aggressionszeichen. Es stellt sich heraus, dass sie auch Belbek eingenommen haben, einen Militärflughafen in der Nähe von Sewastopol, sowie andere strategische Einrichtungen auf der Krim.

Ich wähle einen ukrainischen Kanal. Die neue Regierung der Ukraine verurteilt das Eindringen der Russischen Föderation. Dann BBC: Nie zuvor hätten sich die Bürger der Krim so sicher gefühlt wie jetzt mit der russischen Präsenz auf der Halbinsel, sagt Professor Megranian. Vollkommen richtig. Komisch, dass sich die BBC entschlossen hat, auch die prorussische Seite zu zeigen. Ich erinnere mich, dass es bei der Krise in Georgien im Jahr 2008 nur antirussische Darstellungen gab. Bedeutet das, dass die internationale Gemeinschaft dieses Mal flexibler sein wird und Russland nehmen lässt, was ihm während 200 Jahren gehört hat?

Samstag, 1. März — Ich denke über die Zukunft der Krim nach. Eine Annexion durch Russland scheint mir unwahrscheinlich. Der

Status quo ist aber nicht akzeptabel, unter anderem deshalb, weil die neue Regierung in Kiew die sprachlichen Rechte der Russisch sprechenden Bevölkerung nicht respektiert. Viele Menschen auf der Krim und im Osten der Ukraine wollen, dass Russisch als offizielle Sprache anerkannt wird, zusammen mit Ukrainisch. Wenn es möglich ist, dass Kanada zwei offizielle Sprachen hat, Belgien drei, die Schweiz sogar vier – wo liegt das Problem?

Sonntag, 2. März — Generalmobilmachung: Klingt komisch, weil die Ukraine kaum eine richtige Armee hat. Zudem kann ich mir nicht vorstellen, dass Russen aus Russland und Russen aus der Krim gegeneinander kämpfen.

Montag, 3. März — Meine Stadt kehrt zur Normalität zurück. An der Universität finde ich nur wenige, die etwas gegen die russischen Aktionen auf der Halbinsel einzuwenden haben.

Dienstag, 4. März — Auch die Vorlesungssäle füllen sich wieder. Sogar nach zehn Uhr sehe ich keine Zeichen russischer Militärpräsenz auf den Strassen. Die Halbinsel wartet gespannt auf das Referendum.

Margarita Mikolaychik wohnt in Simferopol. Die 31-jährige Übersetzerin und Psychologin unterrichtet an der Taurida National V.I. Vernadsky University Englisch. Aus dem Englischen von Pierre Heumann



«Keine Aggressionszeichen»: militärische Grenzwa-che auf der Krim.

«Ich staune, dass man jetzt staunt»

Wie geht es weiter mit den EU-Verhandlungen? Welche Konsequenzen sind zu erwarten? Wird der Bundesrat den Volkswillen umsetzen? Setzt sich die Schweizer Diplomatie wirklich für die Unabhängigkeit des Landes ein? Chefdiplomat Yves Rossier steht Rede und Antwort. *Von Philipp Gut*

Herr Rossier, ich nehme an, im Aussen-departement ist man erfreut über den Ausgang der Abstimmung vom 9. Februar.

Ich weiss nicht, was die Kolleginnen und Kollegen abgestimmt haben. Ich weiss nur, was ich abgestimmt habe.

Verraten Sie es uns.

Ich stimme fast immer gemäss den Empfehlungen von Bundesrat und Parlament. Warum sollte ich denn über die Abstimmung erfreut sein?

Es gab eine wünschenswerte Klärung. Die Schweiz hat deutlich gemacht, dass sie unabhängig bleiben will. Das macht es einfacher für Sie. Jetzt haben Sie einen klaren Auftrag vom Volk.

Wenn abgestimmt wurde, ist die Sache geregelt: «Roma locuta, causa finita», wie die Römer sagen. Der Bundesrat hat sich sofort an die Arbeit gemacht, und die Initiative wird umgesetzt. Eine ganze andere Frage ist, welche Konsequenzen die Abstimmung auf unsere Verträge mit der EU hat.

Wir kommen darauf zurück. Bleiben wir bei der angesprochenen Frage. Der Bundesrat hat vergangene Woche eine Motion von Christoph Blocher angenommen, laut der er der EU «aktiv mitteilen» muss, dass die Schweiz unabhängig bleibt, dass sie kein Mitglied der EU werden will, dass sie nicht Mitglied des Binnenmarkts ist und dass sie weder automatisch EU-Recht übernimmt, noch sich einem EU- oder EWR-Gericht unterstellt. Das kommt einer kleinen europapolitischen Revolution gleich und bedeutet auch einen Neustart für Sie persönlich. Sie hatten vorgeschlagen, die Schweiz solle sich stärker an die EU binden und «fremde Richter» akzeptieren.

Die Frage wegen der EU-Mitgliedschaft ist eine rein innenpolitische Debatte, für die EU ist die Frage eines Beitritts belanglos. Der Bundesrat hat mehrmals betont, dass er keinen EU-Beitritt anstrebt, und unsere bilateralen Marktzugangsabkommen betreffen nie den Binnenmarkt als Ganzes, sondern nur einzelne Sektoren. Die einzige Frage, welche die EU jetzt interessiert, lautet: «Wird die Schweiz sich an das Freizügigkeitsabkommen halten, ja oder nein?»

Es ist doch relevant, in welchem Verhältnis die Schweiz zur EU und zu deren stark politisch reglementiertem Binnenmarkt steht.



«Die Freiheit der Schweiz stand nie auf dem Spiel»: Staatssekretär Rossier.

Wir müssen entscheiden, was wir wirklich wollen. Wenn Sie Teil des Binnenmarkts sind, dann müssen Sie auch die dort geltenden Regeln übernehmen. Sie können nicht die Vorteile ohne die Pflichten haben. Das ist tatsächlich ein Entweder-oder. Natürlich kann die Schweiz entscheiden, dass sie die Binnenmarktregeln nicht übernimmt. Aber dann muss sie Hürden für den Marktzugang in Kauf nehmen.

Durch die Annahme der Motion Blocher verpflichtet sich der Bundesrat, der EU unmissverständlich zu kommunizieren, dass die Schweiz eben nicht Teil des Binnenmarkts ist. Das war bisher schwammig und eher in der Schwebe.

Nein, das war nicht schwammig. Die Schweiz ist – wie erwähnt – nicht Teil des gesamten Binnenmarkts, sie hat sektorielle Abkommen geschlossen. In diesen Bereichen gelten die Bedingungen des Binnenmarkts, mitsamt der Übernahme von EU-Recht. In anderen Sektoren haben wir gar keine Abkommen. Schliesslich gibt es Kooperationsabkommen, die andere Lösungen vorsehen. Der einzige Weg, ganz im Binnenmarkt aufzugehen, war der EWR von 1992. Das ist seit zwanzig Jahren erledigt.

Liest man die Antwort des Bundesrats auf den Blocher-Vorstoss genau, so lässt die Regierung dennoch eine Hintertür für eine stärkere Anbindung offen. Was gilt denn jetzt?

Heute gibt es kein institutionelles Abkommen. Die EU hat das Mandat dazu noch nicht verabschiedet. Sie erinnern sich: Eine solche institutionelle Anbindung ist die Bedingung für weitere sektorielle Abkommen, beispielsweise im Elektrizitätsbereich. Doch das hat derzeit keine Priorität, alle diese Verhandlungen sind auf Eis gelegt. Die EU interessiert momentan nur, ob wir das Freizügigkeitsabkommen einhalten.

Sie haben vom Bundesrat den Auftrag, einen solchen institutionellen Rahmen zu entwickeln und auszuhandeln. Interpretieren Sie den Volksentscheid vom 9. Februar auch als Nein zu diesem Annäherungskurs?

Meine Aufgabe ist es nicht, den Volkswillen zu interpretieren. Es gibt jetzt einfach eine neue Verfassungsbestimmung, und die wird umgesetzt.

Der Bundesrat schwärmte nach der Abstimmung sofort in europäische Hauptstädte aus. Muss es immer gleich die höchste Eskalationsstufe sein?

Soll denn der Bundesrat nicht mehr reden? Nach der Abstimmung wurden Fragen gestellt, und es ist normal, dass wir darauf antworten. Kontakte zwischen den Regierungen gibt es tagtäglich, das scheint mir eher business as usual zu sein. Erstaunlich

wäre, wenn die Bundesräte nicht mehr ins Ausland gingen.

Wer das Schweizer Fernsehen einschaltet, erhält seit Wochen den Eindruck, das Land stehe vor dem Untergang. Mit fiebriger Angstlust werden immer neue Schreckensszenarien entworfen. Hand aufs Herz: Das ist doch Mumpitz. Die Schweiz und die EU verbinden starke Interessen.

Es ist nicht mein Job, zu sagen, wer schwarz-malt und wer nicht. Nach solchen Abstimmungen gehen die Emotionen immer hoch. Aber tatsächlich gibt es sehr viele gemeinsame Interessen. Sie können nichts gegen die Interessen des andern tun, ohne zugleich den eigenen Interessen zu schaden. Wir müssen uns jetzt auf eine Zeit der Unsicherheit einstellen, die nicht allzu kurz ausfallen dürfte. Es sind Konsequenzen zu erwarten, nicht nur für die Freizügigkeit, sondern auch für andere Abkommen. Vieles hängt davon ab, welche Entscheidungen wir selber treffen.

Was empfehlen Sie?

Die Unsicherheit um jeden Preis so schnell wie möglich verlassen zu wollen, kann auch

«Ich bin ein Beamter, ich arbeite nicht nach Gefühl.»

gefährlich sein. Das führt nicht unbedingt zum besten Ergebnis.

Sie wollen abwarten?

Auf keinen Fall. Aber wir können jetzt nicht sichere Antworten auf alle Unsicherheiten verlangen. Tatsache ist, dass die EU den Dialog und die Verhandlungen in mehreren Bereichen ausgesetzt hat. Wir müssen nun zuerst dafür sorgen, dass die Gespräche nicht allzu lange auf Eis gelegt werden.

Nach dem Treffen mit Ihrem EU-Gegenpart David O'Sullivan regten Sie die Fantasie der Journalisten an, indem Sie sagten, Sie hätten eine «Idee» oder eine «Ahnung», wie man die Initiative umsetzen könne, ohne die Personenfreizügigkeit zu gefährden.

Das war ein Problem bei der Übersetzung aus dem Französischen. Ich habe gesagt, eine tragfähige Antwort brauche Zeit. Aber wenn ich den Initiativtext mit dem Freizügigkeitsvertrag vergleiche, so scheint das auf den ersten Blick nicht vereinbar zu sein.

Einen konkreten Plan haben Sie noch nicht?

Der Dialog ist in vielen Belangen unterbrochen oder sistiert worden. Das ist das erste Problem, das behoben werden muss. Die zweite Etappe wird im Sommer erreicht sein, wenn der Bundesrat ein Konzept vorlegt. Ende Jahr wird die Vorlage dann in die Vernehmlassung gehen.

Im Bundeshaus munkelt man bereits von einer «Kompromisslösung». Denkbar wäre

ein Drei-Kreise-Modell: Zuerst hätten die Inländer Vorrang, dann EU-Bürger, schliesslich kämen Personen aus Drittstaaten. Ist das eine Variante?

Es gibt tausend mögliche Varianten. Entscheidend wird für mich diejenige sein, für die sich der Bundesrat entscheidet. Alles andere interessiert mich nicht.

Diplomaten handeln nach möglichst präzisen Instruktionen der Politik. Welchen konkreten Auftrag gab Ihnen der Bundesrat nach der Abstimmung?

Die Aufträge sind klar. Zuerst müssen wir prüfen, ob die Initiative so umgesetzt werden kann, dass sie mit der Freizügigkeit vereinbar ist. Wenn nicht, kommen weitere Lösungen ins Spiel. Überall wird es darum gehen, das beste Ergebnis für die Schweiz zu finden.

Die EU stoppte als erste Massnahme das Studentenaustauschprogramm «Erasmus». Bei der gemeinsamen Forschung zeigt sich, dass die Schweiz viel weniger profitiert als vom Bund behauptet. Das sind doch eher Marginalien.

Den Forschern geht es weniger um den Mittelzufluss, als vielmehr darum, dass die Schweiz vernetzt ist mit den grossen EU-Strategieprogrammen. Diese Grossprojekte betreffen den ganzen Kontinent, sie garantieren die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Forschung etwa gegenüber den USA. **Der Schweizer Wissenschaftsstandort hält eine starke Position inne, die beiden Eidgenössischen Technischen Hochschulen sind in internationalen Rankings besser klassiert als jede deutsche Universität. Diese Qualität ist doch nicht erst mit den EU-Grossprogrammen entstanden.**

Die Teilnahme der Schweiz an diesen Forschungsprogrammen bedeutete einen qualitativen Sprung. Das Ranking unserer Eidgenössischen Technischen Hochschulen ist auch eine Folge der führenden Rolle, die sie in den europäischen Forschungsprogrammen übernommen haben. Aber die Frage erübrigt sich, denn die ersten Ausschreibungen für das neue Programm starten demnächst – ohne die Schweiz als gleichberechtigte Partnerin.

Sie halten das für verheerend?

Ich mag solche Adjektive nicht. Darüber müssen Sie mit den Betroffenen reden. Wir haben schon zweimal als gleichberechtigter assoziierter Staat vollumfänglich mitgemacht, also gehe ich davon aus, dass die Abkommen in unserem Interesse liegen. Wir haben sie nicht deshalb abgeschlossen, um der EU ein Geschenk zu machen.

Die Schweiz setzt dem Powerplay der EU nichts entgegen. Warum eigentlich nicht? Müsste sie nicht auch ihre Kräfte spielen lassen?

Wie denn?

>>>

Man könnte den Gotthard sperren. Oder den Preis für die hochsubventionierten Durchfahrten verzehnfachen.

Das können wir tun. Aber wem schaden wir damit? Wir sind mit der EU so eng verflochten, dass Massnahmen, mit denen wir auf die Interessen der EU zielen wollten, rasch uns selbst weh tun würden. Und wir würden das im Verhältnis wohl stärker spüren als die EU. Denken Sie, eine Sperrung des Gotthards hätte keine Folgen, zum Beispiel für die SBB? Und hätten hohe Zugangshürden für Grenzgänger nicht Auswirkungen auf unsere Firmen? Unsere bilateralen Verträge decken immer die Interessen der EU und der Schweiz ab – deshalb müssen wir uns bewusst sein, dass es immer auch die Schweiz treffen würde, wenn wir der EU schaden wollten.

Die Reaktion der EU zeigt doch: Die Verknüpfung verschiedener Abkommen und die Guillotineklausel waren ein Fehler.

Das war kein Fehler. Das war eine Bedingung der EU, auf die wir eingetreten sind. Siescheinen zu vermuten, dass wir bestimmen könnten, wie sich der Verhandlungspartner verhalten muss. Aber die Gegenseite ist genauso souverän wie wir.

Das stelle ich nicht in Abrede. Ich stelle nur fest, dass sich diese Verknüpfung nicht als besonders vorteilhaft erweist.

Es war immer glasklar, dass diese Verträge eng verknüpft sind, nicht nur politisch, sondern auch rechtlich. Ich staune, dass man jetzt darüber staunt. Wenn Sie heiraten wollen, können Sie auch nicht sagen: «Ja, ich heirate dich, aber ich will nicht mit dir zusammenwohnen.» Es ist doch kein Fehler, mit seiner Frau zusammenzuleben!

Sie sehen die Beziehung der Schweiz zur EU etwas gar intim.

Ich sehe es ganz nüchtern – auch das weitere Vorgehen. Die erste Frage ist, ob sich die Schweiz vertragskonform verhält. Wenn ja: Kein Problem, dann ist die Sache erledigt. Wenn nein, dann gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder wird das Abkommen neu verhandelt. Oder das Abkommen wird von einer Seite gekündigt. Dann stellt sich erstens die Frage, was mit dem Personenverkehr passiert. Haben wir eine totale rechtliche Leere? Oder gibt es irgendeine andere Form der Kooperation? Zweitens steht auch zur Debatte, was mit den übrigen Abkommen geschieht. Bei einer Kündigung des Freizügigkeitsabkommens fallen auch die anderen Abkommen der Bilateralen I nach sechs Monaten automatisch weg. Und auch andere Abkommen könnten betroffen sein. Werden alle Abkommen dann neu verhandelt? Kommt die EU ebenfalls mit neuen Forderungen – 40-Töner, Nachtfahrverbot et cetera? Schliesslich

wird es um die zukünftigen Abkommen gehen, beispielsweise im Elektrizitätsbereich. **Sie werden sich Gedanken über mögliche Szenarien machen.**

Dafür ist es zu früh.

Was sagt Ihr Bauchgefühl, welches könnte ein gangbarer Weg sein?

Ich bin ein Beamter, ich arbeite nicht nach Gefühl. Falls es zu einer Neuverhandlung des Freizügigkeitsabkommens kommt, braucht es nicht nur das Einverständnis der Kommission, sondern auch der 28 Mitgliedstaaten. Das wird nicht einfach sein.

Unser Nachbarstaat Liechtenstein ist sogar Mitglied des EWR und konnte dennoch Spezialbedingungen aushandeln.

Sie können die Schweiz nicht mit Liechtenstein vergleichen. Das wäre genauso fehl am Platz wie ein Vergleich mit den USA. Das sind ganz andere Grössenordnungen.

Das Beispiel Liechtenstein zeigt doch, dass es Spielraum gibt.

Welchen Spielraum? Liechtenstein ist Mitglied des EWR und somit verpflichtet, den ganzen EU-Rechtsbestand zu übernehmen. Ist dies für Sie eine vorteilhafte Lösung für die Schweiz?

Sie gehen davon aus, dass sich die EU nicht bewegen wird?

Das kann man im Moment nicht wissen. Es hängt vom Meinungsbildungsprozess in



FM 93.6
RADIO 1 DIE WELTWOCHEN

ROGER GEGEN ROGER



ZWEI STANDPUNKTE, ZWEI MEINUNGEN.

LIVE AUS DEM KAUFLEUTEN IN ZÜRICH

10. MÄRZ 2014 · 18:00 BIS 18:50 UHR · TÜRÖFFNUNG 17 UHR

EINTRITT CHF 15.- INKL. WELCOME-DRINK

NUR MIT ANMELDUNG UNTER [TICKETS@RADIO1.CH](mailto:tickets@radio1.ch) (PLATZZAHL BESCHRÄNKT).



den Mitgliedstaaten ab, vom Ausgang der Europawahlen, von der neuen Kommission und so weiter. Wer jetzt schon eine Antwort hat, den würde ich gern kennenlernen.

In der Bevölkerung ist ein gewisser Zweifel spürbar, ob der Bundesrat und die Berner Diplomaten den Volksentscheid wirklich umsetzen.

Diese Frage finde ich fast schon ehrverletzend. Die Regierung gewinnt oder verliert eine Abstimmung – danach wird nach dem Volkswillen gehandelt. Das sind die Spielregeln. Sonst müsste man den Bundesrat, das Parlament und die Bundesverwaltung nach jeder Volksabstimmung, die nicht gemäss der Empfehlung der Bundesbehörden ausgeht, vollständig auswechseln.

Der bilaterale Weg wurde immer als Weg der Unabhängigkeit verkauft. Langsam merken die Leute, dass er zu einer immer stärkeren Verschmelzung führt.

Diese Verschmelzung mit den Nachbarländern ist eine Tatsache!

Wo «bilateral» draufsteht, ist Anbindung drin.

Wie immer Sie das nennen wollen: Die Beziehungen zur EU sind sektoriell geregelt. Man hat den Marktzugang in bestimmten Bereichen gesucht, wo die Schweiz ein Interesse hatte, und das Volk hat ihn jedes Mal gutgeheissen.

Glauben Sie persönlich an die Unabhängigkeit der Schweiz, auch in Zukunft?

Ich habe nie daran gezweifelt. Warum sollte ich das tun?

Die meisten Länder in Europa haben einen andern Weg beschritten.

Jedes Volk entscheidet selber, ob es der EU beitreten will oder nicht. Darin besteht die Ausübung der Souveränität. Ich frage Sie: Sind Sie weniger frei, weil Sie geheiratet haben? – Nein. Solange Sie nicht gezwungen worden sind, ist es Ihr freier Entscheid. Ich halte es mit dem deutschen Philosophen Immanuel Kant: Freiheit heisst nicht Unbestimmtheit, sondern die Fähigkeit, sich zu verpflichten. Ich bin dann frei, wenn ich mich in Freiheit engagiere und mich mit freiem Willen zu etwas verpflichte. Die Freiheit der Schweiz stand nie auf dem Spiel. Und sie wird auch nie auf dem Spiel stehen.

Ein EU-Beitritt würde Schweizer Kernerrungenschaften zerstören. Der Föderalismus würde stark beschnitten, und die direkte Demokratie auf Bundesebene würde wegfallen.

Wir haben uns 1992 gegen den EWR entschieden. Die Frage ist erledigt. Ich bleibe dabei: Würden wir uns je anders entscheiden, wäre es trotzdem ein Entscheid in Freiheit. ○

Phantom-Ängste

Ist am 9. Februar die Schweiz untergegangen? Ach was. Eine Widerlegung der beliebtesten Falschbehauptungen.

Von Christian Mundt und Florian Schwab



An die Bedürfnisse angepasst: Fachkräfte.

Die benötigten Fachkräfte können nicht mehr in die Schweiz kommen.

Der vom Volk angenommene Verfassungsartikel verlangt, dass sich die Höhe der Kontingente an den Bedürfnissen der Wirtschaft orientieren muss. Auch SVP-Parlamentarier sagen, dass so in einem Jahr auch einmal 100 000 Personen netto zuwandern könnten – in einem anderen Jahr dafür nur 20 000. Diejenigen Ausländer, die bereits in der Schweiz leben, sind von der Initiative nicht betroffen. Diese regelt nur die Zuwanderung. Je nach Umsetzung könnte es sogar möglich sein, dass Fachkräfte aus sogenannten Drittstaaten einfacher einwandern können.

Die Verhandlungen mit der EU über die institutionelle Anbindung und sogar das Freihandelsabkommen von 1972 sind gefährdet.

Die Vorstellung von einem institutionellen Rahmenabkommen beruht auf dem Missverständnis, dass die EU die Schweiz als Teil ihres Binnenmarktes ansieht. Die Schweiz hat mit der Abstimmung bekräftigt, dass sie nicht zum Binnenmarkt gehören will. Dann braucht es dieses Abkommen in der geplanten Form nicht. Als souveränes Gebilde kann die EU – wie auch die Schweiz – das Freihandelsabkommen kündigen. Bei Importen in der Höhe von knapp 140 Milliarden und Exporten von knapp

118 Milliarden liegt das Freihandelsabkommen aber in beiderseitigem Interesse.

Unsere Universitäten und Forscher werden international isoliert.

Die EU-Forschungsförderung ist ein bürokratisches Mammutprogramm mit zweifelhaftem Nutzen. Die internationale ChampionsLeague definiert sich über herausragende Publikationen und Resultate – nicht über das geschickte Ausfüllen von Förderformularen.

Für Schweizer wird es schwieriger, sich im EU-Raum niederzulassen.

Es ist nicht sicher, dass das Freizügigkeitsabkommen gekündigt wird. Selbst in diesem Fall dürften unsere Manager, Forscher und Fachleute auch in Zukunft mit Handkuss in der EU willkommen sein. Anders als in umgekehrter Richtung handelt es sich bei Schweizer Emigranten nämlich tatsächlich nur um Hoch- und Höchstqualifizierte – sowie um Rentner, die im EU-Raum ihre hohe Franken-Rente ausgeben. Wer wird denn diese vertreiben wollen?

Das wirtschaftspolitische Klima ist vergiftet. Ausländische Manager wandern ab.

Sollte das Image der Schweiz als Wirtschaftsstandort tatsächlich gelitten haben, so liegt dies daran, dass der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse harmlose Initiativen wie die Minder- und Masseneinwanderungsinitiative skandalisiert. Er bewirtschaftet regelrecht die Furcht davor. Ist Economiesuisse tatsächlich am Wohl der Schweizer Wirtschaft gelegen, dann sollte sie ihre Energien in Zukunft auch dafür verwenden, den Blick der internationalen Wirtschaftselite für die Vorteile der Schweizer Demokratie zu schärfen.

Der drohende Absturz des Stromabkommens schadet der Schweiz und erschwert die Energiewende.

Bereits heute ist der Strommarkt international vernetzt. Bereits heute fliesst Strom von der Schweiz ins Ausland und umgekehrt. Ein Kappen der grenzüberschreitenden Leitungen wäre für beide Seiten ein Nachteil, weil die Schweiz in der Mitte des europäischen Stromnetzes eine Transitfunktion übernimmt und gleichzeitig ein wichtiger Partner im Stromhandel ist. Im geplanten Abkommen geht es hingegen um den Marktzugang für Elektrizitätsunternehmen in Europa. Auf die Versorgungssicherheit oder die Energiewende hat der Stopp der Verhandlungen keine Auswirkungen. ○

Die Lebenslüge des Kleinstaats

Die Geschichte der modernen Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. Doch jetzt stehen wir an einem Wendepunkt. Der «Sonderfall» wird zur Peinlichkeit. Die direkte Demokratie macht die Politik unberechenbar. Die Schweizer leiden unter schizophrener Realitätsverweigerung. Von Tim Guldimann

Die Abschottung, die das Volk am 9. Februar beschloss, hat für mich eine grössere Bedeutung, als in der ganzen Debatte vor und nach dem Abstimmungssonntag zum Ausdruck kam. Der Entscheid markierte eine historische Wende, die sich schon längere Zeit andeutete: Die politischen Grundlagen des Erfolgsmodells Schweiz, der innenpolitische Konsens und der aussenpolitische Kompromiss mit der EU, sind sehr brüchig geworden. Heute ist nicht klar, wie wir weiterkommen.

In den letzten 150 Jahren war die Schweiz in Europa eine einmalige Erfolgsgeschichte. Jetzt, behaupte ich, stehen wir aber an einem Wendepunkt: Der Erfolg des letzten Jahrhunderts ist keine Garantie für den künftigen Erfolg – im Gegenteil. Zu unserer bisherigen Erfolgsgeschichte führten drei einzigartige Faktoren. Sie machen zusammen den «Sonderfall» aus. Ich finde diesen Begriff peinlich, denn wir sind nichts Besonderes, wir sind mit unserer historischen Entwicklung einfach anders als die anderen. Und dieses Anderssein begründete die Faktoren für unseren Erfolg.

National begrenzte Politik

Jetzt verwandeln sich aber diese drei – miteinander verbundenen – Faktoren ins Gegenteil, zum politischen Hindernis für die Zukunft. Erstens: Wir haben eine politische Kultur, die dank der direkten Demokratie im Volk verankert ist. Unsere Politik entwickelt sich von unten nach oben. Das garantierte uns bisher eine enorme Stabilität und Kontinuität, auch nach aussen. Die Aussengrenze der alten Eidgenossenschaft des 16. Jahrhunderts deckt sich weitgehend mit der heutigen Landesgrenze. Die Schweiz war in dieser Tradition für das Ausland immer berechenbar.

Heute sind wir nicht mehr berechenbar, wenn unklar ist, was die nächste Volksabstimmung bringt. Das gefährdet die Glaubwürdigkeit für die anderen Regierungen und das Vertrauen in die Schweiz als Vertragspartner. Und das gefährdet das Vertrauen der Wirtschaft in die Rahmenbedingungen unseres Investitionsstandorts. Das ist keine Kritik an der direkten Demokratie. Aber: Wir brauchen dringend einen neuen innenpolitischen Konsens, um Stabilität und Vertrauen zurückzugewinnen.

Zweitens: Die politische Abgrenzung verschonte uns vor zwei Weltkriegen – ein Glücksfall auf unserem Kontinent. Die Europakarte von 1942, mit der Dominanz des Dritten Reiches und der Schweiz als «kleinem Stachelschwein»,



«Schweizerische Selbstverzwergung»: Botschafter Guldimann.

hat sich in unser kollektives Bewusstsein eingepreßt. Und da sehen wir die Parallele zur Lage der Schweiz auf der heutigen Europakarte.

Die politische Abgrenzung als Erfolgsrezept der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts kombinierten wir nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgreich mit einem enormen Wirtschaftsaufschwung. Das führte auch zu einer starken Verflechtung mit der Umwelt. In den letzten fünfzig Jahren profitierten wir stark vom europäischen Friedensraum, ohne uns politisch daran zu beteiligen.

Unsere Politik und unser politisches Denken bleiben national begrenzt. Gleichzeitig sind wir als Gesellschaft in Europa voll integriert – viel stärker als die meisten anderen Europäer. Das ist schizophren. Mit dieser schizophrenen Abgrenzung verbindet sich eine schweizerische Selbstverzwergung: unsere Kleinstaatideologie. Der Kleinstaat war das Leitmotiv vieler Reden des letztjährigen Bundespräsidenten Ueli Maurer. Diese Vorstellung ist zentral für unser Selbstverständnis: Wir wollen damit erklären, warum wir Probleme haben, uns gegenüber dem Ausland durchzusetzen – statt dass wir das Problem in der Abgrenzung sehen.

Der Kleinstaat ist die Lebenslüge der Nation. Die Schweiz ist kein Kleinstaat. In Europa gibt es dreissig Staaten mit einer kleineren Bevölkerung als die Schweiz mit ihren acht Millio-

nen Einwohnern. Unter den 28 EU-Staaten finden sich nur sechs Volkswirtschaften, die grösser sind als die Schweiz, 22 haben wirtschaftlich eine geringere Bedeutung. Und weltweit stehen wir, was die Bevölkerung angeht, unter den 195 Staaten genau in der Mitte und zählen zu den zehn Prozent der grössten Wirtschaftsnationen. Die Abgrenzung, die früher so erfolgreich war, verfängt sich heute in einer schizophrenen Realitätsverweigerung. Um weiterzukommen, müssen wir aus diesem Kleinstaat-Syndrom zu einem politischen Selbstbewusstsein zurückfinden, das unserer objektiven Weltoffenheit entspricht.

Drittens: Früher waren die Ausländer, also die europäischen Grossmächte, an unserem Ab-

«Wir sind nichts Besonderes, wir sind einfach anders als die anderen.»

seitsstehen, unserer Einheit und unserer Unabhängigkeit immer interessiert. Frankreich unterstützte die Eidgenossenschaft schon im 16. Jahrhundert darin, die Unabhängigkeit vom Deutschen Reich zu erlangen. Diese Unabhängigkeit bestätigten die Grossmächte im Westfälischen Frieden von 1648. Und Grossbritannien verhinderte, dass sich die anderen

Grossmächte in den Sonderbundskrieg von 1847 einmischten. Das half, den neuen Bundesstaat von 1848 zu schaffen.

So bildete das beidseitige Interesse die Grundlage unserer Neutralität. Sie wurde deshalb 1815 beim Wiener Kongress und 1919 nach dem Ersten Weltkrieg bei der Friedenskonferenz in Versailles bestätigt und bekräftigt. Heute aber stösst unser Abseitsstehen in Europa auf Unverständnis, vor allem bei den Regierungen. Unterstützung bekommen wir vorwiegend von Europakritikern und Rechtspopulisten. Aber von ihnen können wir beim Lösen unserer Probleme keine Hilfe erwarten.

Drei Viertel wollen den Bilateralismus

Darum behaupte ich: Die politischen Probleme, die wir lösen müssen, sind erstens der Verlust des innenpolitischen Konsenses, zweitens unsere schizophrene Abgrenzungsideologie und drittens – damit verbunden – unser ungelöstes Verhältnis zur EU. Dem lässt sich entgegenhalten: Wir haben doch eine supererfolgreiche Wirtschaft, da kann uns nichts passieren. Aber die erfolgreiche Wirtschaft löst unsere politischen Probleme nicht. Unser Wirtschaftsmodell wird in Frage gestellt, von zwei Seiten. In erster Linie von rechts: «Stoppt die Masseneinwanderung!» Dieser Protest ist so erfolgreich, weil die Einwanderung Probleme schafft.

Die eindruckliche Wirtschaftsentwicklung dank der Personenfreizügigkeit hat andererseits auch soziale Schattenseiten. Die soziale Schere öffnet sich weiter. Denn im ärmeren Teil der Gesellschaft bleibt nicht viel übrig vom Wirtschaftswachstum, weil sich der Kuchen aufgrund der Einwanderung ja auf mehr Leute verteilt. Das stärkt eine allgemeine Wachstumskritik, welche die Abschottungsinitiative auch für links-grüne Wähler attraktiv machte.

Die Schweiz ist ein Einwanderungsland geworden, mit einer Nettozuwanderung von fast einem Prozent der Bevölkerung pro Jahr – mehr als in den klassischen Einwanderungsländern Kanada und Australien. Ich bin sicher, die Mehrheit bei uns will nicht, dass die Schweiz ein Einwanderungsland ist, denn eine Nettozuwanderung im Ausmass einer mittelgrossen Stadt pro Jahr wirkt bedrohlich. Trotzdem sind wir eines.

Die Gegner der Initiative argumentierten wirtschaftlich. Ihre Argumente kamen vielleicht im Kopf an, aber nicht im Bauch. Denn auf der emotionalen Ebene verbinden sich zwei negative Empfindungen. Einerseits erfahren wir den gesellschaftlichen Wandel im Alltag als Heimatverlust und lasten ihn den Einwanderern an. Andererseits gibt es die Bedrohung von aussen. Die ganze Debatte spielt sich ja in der allgemeinen Verunsicherung durch die Finanz- und Verschuldungskrise ab. Die Krise ist nicht bei uns im Wohnzimmer angekommen, unsere Wirtschaft ist ja erfolgreich. Umso mehr müssen wir uns vor dieser Bedrohung schützen, uns also abschotten.

Das alles macht es fast unmöglich, an der innenpolitischen Front einen Konsens zu finden, der sich mit der Personenfreizügigkeit vereinbaren lässt. An der aussenpolitischen Front müssen wir deshalb das Problem lösen, wie wir unsere Beteiligung am Binnenmarkt sichern, also den Bilateralismus mit Brüssel garantieren. Denn ein EU-Beitritt ist bekanntlich für die allermeisten ausgeschlossen.

Es geht um die grundsätzliche Frage: Können wir überhaupt noch einen Kompromiss finden, also einen Ausweg aus dem Widerspruch zwischen zwei politischen Positionen, die eigentlich nicht kompatibel sind, aber jede für sich logisch und legitim? Da ist einerseits die Position der europäischen Gemeinschaft, der die einzelnen Staaten ihre Souveränität abgegeben haben, andererseits die Position der Schweiz als souveräner, selbständiger, unabhängiger Staat. Beides sind nachvollziehbare Positionen.

Wir Schweizer wollen selber bestimmen, wie wir leben wollen. Wir zeigen uns zwar dafür offen, mit dem Ausland Verträge abzuschliessen – unter gleichberechtigten souveränen Vertragspartnern. Aber wir lehnen es ab, dass uns andere etwas vorschreiben, schon gar mit fremden Richtern. Trotzdem wollen die meisten mitmachen, gemäss Umfragen wollen drei Viertel in unserem Land den Bilateralismus fortsetzen. Der Rest teilt sich in Blocher-Anhänger und Beitrittsgläubige. (Ich weiss, ich gehöre zu einer kleinen Minderheit, die bald Artenschutz beantragen muss.)

Wir brauchen deshalb in der Schweiz einen neuen Konsens. Entweder gründen wir eine Links-Mitte-Allianz mit einer sozialliberalen Strategie, oder wir enden de facto in einer Links-rechts-Verweigerungsallianz. Die linke Sympathie für die Ecopop-Initiative deutet bereits darauf hin. Ich plädiere für die sozialliberale Allianz, auch wenn ich weiss, dass dies vor allem wegen der Schwäche der politischen Mitte nicht einfach ist. Mein Argument ist vor allem ökonomisch. Für unsere wirtschaftliche Zukunft stellt sich grundsätzlich die Frage: Wie können wir sicherstellen, dass der Innovationsvorsprung unserer Wirtschaft und damit auch ihr Produktivitätsvorsprung grösser bleibt als die Lohndifferenz zur asiatischen Konkurrenz?

Auf jeden Fall gilt nicht, was sich bei Friedrich Schiller nachlesen lässt. Wilhelm Tell behauptet da: «Ein jeder zählt nur sicher auf sich selbst.» Der wackere Stauffacher entgegnet: «Verbunden werden auch die Schwachen mächtig.» Aber unser Nationalheld widerspricht: «Der Starke ist am mächtigsten allein.» Im 21. Jahrhundert ist das eine Illusion – aber auch Stauffacher hat unrecht: Schwach sind wir nicht.

Tim Guldemann ist Schweizer Botschafter in Berlin. Derzeit vermittelt er im Auftrag von Bundespräsident Didier Burkhalter für die OSZE in der Krim-Krise.

FÜR SIE FÜGEN WIR ZUSAMMEN



5

Der Blick fürs
grosse Ganze –
Weitere Gründe, weshalb Sie
bei uns goldrichtig sind auf
www.cic.ch/5



BANQUE CIC | SUISSE |

Die Bank der Privat- und Geschäftskunden

Basel, Fribourg, Genf,
Lausanne, Locarno, Lugano,
Neuchâtel, Sion, Zürich

www.cic.ch

Bund verheimlicht Fakten

Aus den Forschungsprogrammen der EU fliesst viel weniger Geld in die Schweiz, als der Bund und die Hochschulen behaupten. Hiesige Wissenschaftler profitieren nur marginal. Das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) verschweigt die Zahlen. Von Alex Reichmuth



Versteckspiel: Forschungslabor an der EPF Lausanne.

Vertreter der Hochschulen sehen nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative den Forschungsplatz Schweiz in Gefahr. Denn die EU hat die Schweizer Beteiligung am europäischen Forschungsprogramm «Horizon 2020» und am Studentenaustausch «Erasmus+» auf Eis gelegt. Vorläufig darf die Schweiz nur noch als Drittland teilnehmen. Bisher war sie als sogenannt assoziiertes Land dabei.

Die Schweizer Hochschulen und die wissenschaftlichen Akademien haben den Bundesrat in einem offenen Brief aufgefordert, «alle möglichen und erdenklichen Massnahmen» zu ergreifen, um die Beteiligung an den Programmen zu sichern. Von der EU fliesse massiv mehr Geld zurück, als die Schweiz an Beiträgen bezahle. Die Schweiz habe beim 7. EU-Forschungsrahmenprogramm, das von 2007 bis 2013 dauerte, «pro investierten Franken jeweils Forschungsmittel in der Höhe von bis zu Fr. 1.50 zurückgewinnen können», schrieben die Wissenschaftsvertreter. «Wenn die Schweiz einen Franken in kompetitive EU-Programme steckt, erhält sie einen Franken und fünfzig Rappen zurück», behauptete auch Patrick Aebischer, Präsident der ETH Lausanne, gegenüber der *Basler Zeitung*.

Solche Aussagen stützen sich einzig auf eine Zahl, die das Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation (SBFI) 2012 publi-

zierte. Das SBFI hielt damals zwar fest, dass «der absolute Rückfluss aus dem 7. Forschungsrahmenprogramm derzeit nicht geschätzt» werden könne, weil der Rückfluss über das offizielle Ende des Programms hinaus noch einige Jahre andauere. Das SBFI dividierte aber den voraussichtlichen Anteil der Schweiz an den verteilten EU-Geldern durch den Schweizer Anteil am Budget des Programms. So errechnete es einen «Rückflusskoeffizienten» von Fr. 1.52. Das Staatssekretariat wies aber explizit darauf hin, diese Zahl bedeute nicht, dass pro überwiesenen Franken tatsächlich Fr. 1.52 zurückflössen. Denn die EU-Bürokratie frisst einen Teil der eingenommenen Beiträge weg, so dass die total ausbezahlte Summe etwa zehn Prozent tiefer liegt als die eingenommene.

Nun hat aber der *Tages-Anzeiger* letzte Woche einen Rückflusskoeffizienten von nur 1,2 beim 7. Forschungsrahmenprogramm veröffentlicht. Die Zahl erschien in der Grafik zu einem Artikel über die EU-Forschungsförderung. Das bedeutet, dass unter Berücksichtigung des Aufwandes für die EU-Bürokratie lediglich etwa acht Prozent mehr Geld an Schweizer Forscher zurückfließen als einbezahlt – also weit weniger als die seit Wochen herumgebotenen fünfzig Prozent.

Wie kommt der *Tagi* auf diese Zahl? Auf Nachfrage bezieht sich der federführende

Journalist auf Experten des SBFI. Offenbar wollte die Kommunikationsabteilung des Staatssekretariats aber noch verhindern, dass der aktuell ermittelte Rückflusskoeffizient von 1,2 öffentlich wird. Man wolle diese Zahl «lieber nicht sehen», sei ihm gesagt worden, so der Journalist. Er gab nach, zumindest teilweise, verschwieg die brisante Zahl im Artikel und versteckte sie in der zugehörigen Grafik.

Mit keinem Wort erwähnt

Die *Weltwoche* fragte bei SBFI-Mediensprecher Dani Duttweiler nach. Dieser bestätigte den aktuellsten Rückflusskoeffizienten von 1,2 am Telefon. Dass man den *Tagi*-Journalisten von einer Publikation dieser Zahl abhalten wollte, bestritt Duttweiler. Man habe lediglich darauf hingewiesen, dass es sich um einen unsicheren, weil geschätzten Wert handle. Der 2012 vermittelte Rückflusskoeffizient war jedoch ebenfalls ein Schätzwert.

Die Bestätigung Duttweilers erstaunte. Die *Weltwoche* stand zuvor tagelang zum Thema Rückfluss an EU-Forschungsgeldern im Kontakt mit dem Bund. Dass es einen aktuellen Schätzwert von 1,2 gibt, wurde indes vom SBFI mit keinem Wort erwähnt. Es handle sich um einen Wert, der erst in den letzten Tagen ermittelt worden sei, versuchte sich Duttweiler herauszureden.

Noch seltsamer wurde die Sache einen Tag später: Martin Fischer, Leiter der SBFI-Kommunikation und Vorgesetzter von Duttweiler, stellte in Abrede, dass Duttweiler die Zahl von 1,2 bestätigt habe. Richtig sei vielmehr, dass bisher von der EU 200 Millionen Euro mehr an die Schweiz zurückgeflossen als einbezahlt worden seien. Allerdings: Vergleicht man dies mit den vom Bund insgesamt geleisteten Beiträgen von 2447 Millionen Franken, ergibt sich, über den Daumen gepeilt, eben doch ein Rückflusskoeffizient von 1,2.

Das Versteckspiel beim SBFI ist befremdend: Während Wochen behaupten Exponenten der Wissenschaft, die Teilnahme an den EU-Forschungsprogrammen lohne sich hochgradig – mit Verweis auf eine einschlägige Zahl des SBFI von 2012. Das Staatssekretariat aber verschweigt und vertuscht, dass es einen aktuelleren Schätzwert gibt. Der Grund dieser Verschleierung scheint offensichtlich: Die öffentlich geschürte Angst um den Forschungsplatz Schweiz kommt den Interessen von Bundesbern entgegen. Die Fakten stören da nur. Verantwortungsvolle Information sieht anders aus. ○

Partysemester für Elitekinder

Der Ausschluss der Schweiz aus dem «Erasmus»-Programm ist kein Grund zum Trauern. Mit dem steuerfinanzierten Studentenaustausch wird Geld von unten nach oben umverteilt. Der Nutzen bleibt zweifelhaft. *Christoph Landolt*

Die Schweiz darf ab dem Studienjahr 2014/2015 nicht mehr am EU-Studentenaustauschprogramm «Erasmus» teilnehmen. Dies verkündete EU-Arbeitskommissar László Andor letzte Woche vor dem EU-Parlament. Es ist die erste handfeste Folge des Ja zur Masseneinwanderungsinitiative. Konkret bedeutet das, dass der Bund vierzig Millionen spart, die er bis anhin in einen EU-Topf überweisen musste, und andererseits, dass aus diesem Topf kein Geld mehr an Schweizer Studenten fliesst.

Eigentlich eine kleine Sache, müsste man meinen. Doch im akademischen Milieu herrscht Grabesstimmung. Trotziges Nichtwahrhabenwollen dominiert bei den Jungsozialisten (sie haben eine Petition mit dem Titel «Zukunft statt Isolation» gestartet). Trauer um den «Tod für die internationale Dimension der Schweizer Hochschullandschaft» ist beim «schockierten» Verband der Schweizer Studierendenschaften angesagt.

Das Jammern und Wehklagen ist jedoch übertrieben. Der Studentenaustausch ist keine Brüsseler Erfindung. Studenten konnten bereits vor «Erasmus» an eine fremde Uni gehen und werden dies auch weiterhin tun. Der Nutzen des EU-Programms wird in den Grabreden allzu rosig dargestellt, denn es hat nichts daran geändert, dass ein Austauschsemester in vielen Fällen die Studienzeit um ein Jahr verlängert. Die Anrechnung von Kursen, die an der Gast-Uni besucht wurden, ist ein bürokratischer Spiessrutenlauf geblieben.

Geändert hat sich durch «Erasmus» indes die Finanzierung. Ein Schweizer Student, den es zum Beispiel ins sonnige Granada zieht, lebt dank dem tiefen andalusischen Preisniveau zwar ohnehin schon viel billiger, als wenn er zu Hause geblieben wäre. Unabhängig von seiner finanziellen Situation bekommt er obendrauf auch noch ein sogenanntes «Erasmus»-Stipendium von monatlich 250 Euro. Insgesamt schütten die EU und ihre Partnerländer pro Jahr 450 Millionen Euro aus.

Das sei eine bescheidene Investition, der ein viel höherer Nutzen gegenüberstehe, wenden die «Erasmus»-Profiteure ein. Ein Austauschsemester fördere die persönliche Entwicklung, man werde selbständiger, lerne, in einer anderen Kultur zurechtzukommen, werde weltoffener.

In Wahrheit geht es wohl der Mehrheit der «Erasmus»-Studenten nicht um Weiterbildung. Unser Mann in Granada etwa (Name

der Redaktion bekannt) muss nicht übermässig mit dem Gastland in Berührung kommen. Als einer von 2000 Austauschstudenten in der Stadt – Granada ist nicht die beste, aber die beliebteste Ziel-Uni der EU – reicht es, wenn er sich in die «Erasmus»-Szene integriert. An jeder Ecke werben Plakate für die nächste «Erasmus»-Party. Solche Feiern sind nicht auf das sonnige Südspanien beschränkt: Zur Suchwortkombination «Erasmus+Party» findet die Suchmaschine Google 6,6 Millionen Resultate. Die deutsche *Zeit* nannte das Programm deshalb den «grössten Sauf- und Sex-Exzess Europas».

Nichts für Arbeiterkinder

Zweifellos ist so ein Studentenaustausch eine grosse Bereicherung – für den, der das Vergnügen hat, nicht für den Staat. Warum die Allgemeinheit für ein Partysemester bezahlen muss, ist schleierhaft und wird noch fragwürdiger, wenn man sich vor Augen hält, wer da für wen bezahlt. Bekanntlich wimmelt es an den Unis von Akademikersprösslingen, Arbeiterkinder dagegen sind dünn gesät. Statistiken zum sozioökonomischen Hintergrund der Austauschstudenten gibt es nicht. Mehrere ehemalige «Erasmus»-Studenten bestätigen aber, dass unter den jungen Leuten, die es sich leisten können, ihre Studienzeit für einen

Auslandaufenthalt zu verlängern, sehr wenige sind, die aus bescheidenen Verhältnissen kommen. Das bedeutet also, dass der Metzger und die kaufmännische Angestellte bezahlen, während der Arztsohn und die Anwaltstochter profitieren. «Erasmus» ist deshalb auch eine grossangelegte paneuropäische Umverteilungsmaschine, die Geld von unten nach oben schaufelt.

Doch den EU-Eliten geht es nicht in erster Linie darum, ihren eigenen Kindern Subventionen zuzuschauen. Sie erhoffen sich von «Erasmus», dass in ihren Nachfolgern eine europäische Identität keimt. Dank der «Erasmus-Generation» werde Europa bald von Politikern geführt, die komplett unterschiedlich sozialisiert worden seien, schwärmt der deutsche Politologe Stefan Wolff.

Wer für die Welt von morgen gerüstet sein will, sammelt seine Auslandsfahrung besser in Asien und Amerika als in Andalusien. Statt in Malmö oder Malaga europäischen Geist eingeflösst zu bekommen, sollten die Studenten in Mexiko oder Manila Weltgewandtheit lernen. Das «Erasmus»-Aus könnte die «internationale Dimension der Schweizer Hochschullandschaft» am Ende stärken. Sämtliche Hochschulrankings sind sich einig, dass die besten Universitäten der Welt nicht in der EU zu finden sind. ○



Fördert die persönliche Entwicklung: Austauschsemester.

Die Bischöfe hofieren die Schwulen

Die Schweizer Bischofskonferenz hat eine Umfrage des Papstes zur kirchlichen Familienpolitik heimlich in ein Plädoyer für gleichgeschlechtliche Partnerschaften umgedeutet. Ein Schwulenaktivist und Anhänger des Gender-Mainstreamings bestimmt die bischöfliche Agenda. *Von Philipp Gut*



Rosa Brille: Umfrageleiter Bünker.

Merkwürdiges spielt sich zurzeit im Schoss der katholischen Kirche ab. Genauer: in deren helvetischem Ableger, der offiziell durch die Schweizer Bischofskonferenz (SBK) vertreten wird. Dabei geht es um so brisante Themen wie Homosexualität oder Empfängnisverhütung, mit denen sich die Kirche seit ihren Anfängen vor zwei Jahrtausenden herumschlägt. Die Hauptakteure der Geschichte sind Papst Franziskus, die Schweizer Bischöfe und ein Schwulen-Lobbyist, der im Dienst der Bischöfe steht.

Worum geht es?

Der neue Papst will es wissen. Im Oktober dieses Jahres veranstaltet er in Rom eine weltweite Versammlung – eine sogenannte Synode – über die kirchliche Familienpolitik. Wie vor solchen Grosskonferenzen üblich, versandte der Vatikan auch diesmal einen Fragebogen an die Bistümer, um im Vorfeld den Stand der

Dinge zu erforschen (im Kirchenlatein «status quaestionis»).

Fragen des Papstes sind etwa: «Welche Erfahrungen wurden in den letzten Jahrzehnten in Bezug auf die Ehevorbereitung gemacht? Welchen besonderen Beitrag haben Ehepaare und Familien leisten können, um zur Vorbereitung einer heute glaubwürdigen ganzheitlichen Sicht von Ehe und Familie beizutragen? Welche kritischen Situationen der Familie in der heutigen Welt können zu einem Hindernis für die Begegnung des Einzelnen mit Christus werden?»

Suggestivfragen zur Homo-Ehe

Die Schweizer Bischöfe gaben sich nicht mit der Beantwortung durch die Kirchenleute zufrieden, sie fragten auch die Laien um ihre Meinung. Dabei stiessen sie auf grosses Interesse: Rund 25 000 Gläubige haben bis Ende letzten

Jahres teilgenommen. Die Resultate einer ersten Auswertung liegen bereits vor, eine detailliertere Analyse ist in Gang.

Allerdings: Fast noch interessanter als die Antworten (wir kommen darauf zurück) sind die gestellten Fragen. Bei näherer Betrachtung zeigt sich nämlich ein erstaunlicher Befund: Die Umfrage der Schweizer Bischöfe weicht in wesentlichen Punkten vom päpstlichen Fragebogen ab. Doch davon erfährt die Basis nichts. Die SBK erweckt vielmehr den Anschein, als handle es sich bei ihrer Befragung um die offizielle Umfrage des Vatikans. Papst Franziskus, so schreibt sie, wolle «mit Hilfe einer weltweiten Umfrage» unter anderem erfahren, ob auch Geschiedene, die wieder heiraten wollen, oder homosexuelle Paare gesegnet werden sollten.

Da staunt der Laie, verbietet doch die katholische Lehre die Spende des Ehesakraments an die erwähnten Personenkreise. Des Rätsels Lösung liegt nicht etwa bei einem überraschenden Sinneswandel des Papstes, sondern bei den Schweizer Bischöfen. Diese haben, unter dem Deckmantel päpstlicher Autorität, die einschlägigen Fragen frei dazu erfunden.

So fragen die Bischöfe: «Kennen Sie Methoden der natürlichen Schwangerschaftsverhütung? Ziehen Sie das Verwenden künstlicher Methoden der natürlichen Methode zur Schwangerschaftsverhütung vor?» Davon steht im vatikanischen Original kein Wort. Auch die folgende Frage ist ein Kuckucksei, das die SBK Papst Franziskus unterschiebt: «Finden Sie es richtig, dass kirchlich Verheiratete, die zivil geschieden wurden und danach zivil eine neue Ehe eingehen, die Sakramente nicht empfangen dürfen?»

Die Frage erstaunt nicht bloss durch ihren abweichenden Inhalt, sondern auch durch die suggestive Formulierung («Finden Sie es richtig ...?»). Ähnlich tendenziös ist die folgende Frage, die man im päpstlichen Originalwortlaut ebenfalls vergeblich sucht: «Wünschen Sie sich, dass die Kirche gleichgeschlechtliche Partnerschaften anerkennt und segnet?»

Wie kommt die Bischofskonferenz dazu, die Umfrage derart zu frisieren? Die Spur führt nach St. Gallen, zum Schweizerischen Pastoralsoziologischen Institut. Dessen Leiter Arnd Bünker hat die Befragung im Auftrag der SBK durchgeführt und auch bereits eine erste Auswertung vorgenommen, die nicht minder tendenziös ist. Eine Mehrheit von gut 60 Prozent unterstützte «den Wunsch nach einer kirchli-

chen Anerkennung und Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften», streicht Bünker heraus. Nach diesem «Wunsch» hat der Papst indes gar nicht gefragt. Er entspringt der Fantasie von Studienleiter Bünker. Beim «Dauerthema der Verhütung», das der Vatikan ebenfalls nicht anspricht, offenbare sich die «lange bekannte dramatische Differenz zwischen Lehramt und den Umfrage-Teilnehmenden», so bilanziert Bünker weiter.

Die Präsentation der Ergebnisse mündet in ultimativ vorgetragene Forderungen. Es sei dringend notwendig, den Status der kirchlichen Lehre über die Familie «neu zu bewerten», schreibt die SBK (alias Bünker). Und weiter: «Die Verabsolutierung einzelner Normen und Vorgaben der Kirche gegenüber konkreten Lebenserfahrungen und Lebenssituationen der Menschen muss aufgebrochen werden.»

Der Vorgang ist bemerkenswert. Die Schweizer Bischöfe kapern eine offizielle päpstliche Umfrage, wie sie standardmässig vor jeder Synode stattfindet, und biegen sie in ein politisches Statement gegen die offizielle vatikanische Lehrmeinung um.

Pikant auch: Die SBK lässt ihre Familienpolitik ausgerechnet von einem Schwulenaktivisten und erklärten Anhänger des Gender-Mainstreamings (also des Versuchs, die natürlichen Unterschiede zwischen den Geschlechtern ein-

zuebnen) ausarbeiten. Der Deutsche Bünker, der im westfälischen Münster und im brasilianischen Belo Horizonte Theologie und Sozialpädagogik studiert hat, lobbyiert in Schrift und Tat für Schwulenangelegenheiten. In Münster betreute er das «Projekt einer Queer-Gottesdienstgemeinde», zusammen mit der AG Schwule Theologie. Dabei ging es, wie Bünker in einem Aufsatz schreibt, auch darum, eine «queer-gemässe» Liturgie zu entwickeln.

Zwist unter den Bischöfen

Regelmässig publiziert Bünker auch in der Reihe «Werkstatt Schwule Theologie». Als Dozent an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster bot er ein Unterseminar mit dem Titel «Gender, Sex und Zärtlichkeit in einer globalisierten Welt» an. Dabei wurden unter anderem folgende Fragen erforscht: «Wie gestaltet das gesellschaftlich dominante System der heterosexuellen Zweigeschlechtlichkeit das Leben der Menschen, und wie wird so eine Leitvorstellung im Zuge der Globalisierung verändert? Wie wird zum Beispiel Homosexualität in Europa und wie wird Homosexualität in Lateinamerika wahrgenommen? Und wie im Vatikan?»

Die *Weltwoche* hat die Bischofskonferenz mit den Recherchen konfrontiert und ihr sieben konkrete Fragen dazu gestellt (die Fragen finden sich auf www.weltwoche.ch). Auf keine die-

ser sieben Fragen ging die Bischofskonferenz ein, sie begnügte sich mit einer ausweichenden Pauschalantwort.

Umfrageleiter Arnd Bünker rechtfertigt die Änderungen und die hinzugefügten Fragen. Die Bischöfe seien frei, eine eigene Umfrage nach ihren Methoden bei den Gläubigen durchzuführen. Inhaltlich seien die von ihm selber formulierten Fragen durchaus in der päpstlichen Umfrage «angelegt» gewesen. Auch dort werde deutlich, «dass insbesondere die Zweigeschlechtlichkeit und die Ehe zwischen Mann und Frau als gefährdete Selbstverständlichkeiten vermutet werden».

Mit Verlaub: Wer in den päpstlichen Fragebogen eine Infragestellung der «Zweigeschlechtlichkeit» und der «Ehe zwischen Mann und Frau» hineinliest, der trägt eine dunkelrosa gefärbte Brille. Bei der Bischofskonferenz rumort es denn auch hinter den Kulissen. Gegenüber dem Online-Magazin *Kath.net* distanzierte sich das Bistum Chur von der manipulierten Schweizer Umfrage und deren Stossrichtung. Sie hätten «nichts mit der selbst gemachten Version der Bischofskonferenz zu tun» gehabt, zitiert *Kath.net* einen Bistumssprecher. Diese sei «eigenmächtig: ohne Zusage der Bischöfe erstellt» worden.

Nicht bekannt ist, was Papst Franziskus zu der kreativen Interpretation seiner Umfrage meint. ○

EMMA THOMPSON

TOM HANKS



«DIE REDEDUELLE, DIE SICH TOM HANKS UND EMMA THOMPSON LIEFERN, SPRÜHEN VOR ESPRIT!»

NZZ am Sonntag

«ZWEI FORMIDABLE SCHAUSPIELER IN BESTFORM – HINREISSEND!»

Schweizer Illustrierte Style

DISNEY PRÄSENTIERT

SAVING MR. BANKS

JETZT IM KINO



Ferienlagerstimmung: Ankunft von SVP-Politiker Freysinger.

Lustig ist das Parlamentarier-Leben

Während der Session wird das Bundeshaus zum Bienenhaus. Aber auch darum herrscht Hochbetrieb: Überall finden Anlässe für die umworbenen Volksvertreter statt. Wer will, findet für jede Gelegenheit die passende Einladung. *Von Christian Mundt*

Montag, 3. März, 14.30 Uhr. Ruedi Lustenberger eröffnet in seiner Funktion als Präsident des Nationalrats und höchster Schweizer die Frühjahrssession in der Grossen Kammer. Es ist Session – das Bundeshaus erwacht zum Leben. Vier Mal im Jahr verwandelt sich der Bundespalast jeweils während dreier Wochen zum Machtzentrum der Schweizer Politik. In den sonst ruhigen, ja verlassen Sälen kehrt Leben ein. Politiker und Funktionäre, Medienvertreter und Lobbyisten, Bundesräte und Beamte – aus allen Landesteilen kommen sie für drei Wochen in Bern zusammen.

Schlafmangel und Augenringe

Das Treiben erinnert an ein Bienenhaus: Im Nationalratssaal herrscht ein ständiges Kommen und Gehen. Und ähnlich dem Summen der Bienen sorgen die Gespräche der Parteienvertreter für einen ständig wahrnehmbaren Grundton –

bis der Präsident mit der Glocke klingelt und seine Ratskollegen zu etwas mehr Ruhe auffordert. Nach etwa zwei Minuten erreicht der Lärmpegel aber wieder das vorherige Niveau. Die Sessionswochen im Berner Bundeshaus starten jeweils am Montagnachmittag. In der ersten und zweiten Sessionswoche ist donnerstags um 13 Uhr Schluss. Nur in der dritten Woche steht an allen Arbeitstagen etwas auf dem Programm.

Am Freitag finden die Schlussabstimmungen statt. Der Ständerat ist gegen neun Uhr fertig, im Nationalrat wird bis zirka elf Uhr gearbeitet. Dienstagnachmittags ist kein Ratsbetrieb – Zeit für Fraktionssitzungen. Dass im Bundeshaus zwischenzeitlich etwas Ferienlagerstimmung aufkommt, liegt weniger am Programm. Dieses ist in der Regel mit vielen zu behandelnden Geschäften gut gefüllt. Vielmehr sind es die Weisswein- und Rotwein-

flaschen, die parteiübergreifend für Stimmung sorgen. Fast täglich werden schon kurz nach dem Frühstückskaffee die ersten Korken gezogen. Während sich die einen Ratsmitglieder zur Vorbereitung der Ratsgeschäfte oder zur Bearbeitung von Pendenzen ins Arbeitszimmer zurückziehen, treffen sich andere zum Anstossen in der «Galerie des Alpes», einen Stock unter der Wandelhalle. Atemberaubend der Blick auf die Berner Alpen, bequem die Sofas, direkter Lift in die Wandelhalle.

Trotzdem: An der einen oder anderen langatmigen Ratsdebatte können die morgendlich müde wirkenden Gesichter und die gegen Ende der Woche wachsenden Augenringe genauso wenig liegen wie an der körperlichen Arbeit, die das Drücken der Ja- oder Nein-Taste mit sich bringt. Eher sorgen die vielen Veranstaltungen rund um die Session für akuten Schlafmangel bei denjenigen Parlamenta-

riern, die auf allen Hochzeiten tanzen – respektive an jedem Sessionsanlass teilnehmen. Sessionsanlässe finden an jedem Tag statt. Egal ob zum Frühstück, zum Mittag- oder zum Abendessen: Wer will, findet für jede (Ess-)Gelegenheit die passende Einladung.

Hotels bieten Sonderkonditionen

Dabei hätten sie es gar nicht nötig, die Parlamentarier. 115 Franken bekommen sie für die Mahlzeitenentschädigung. Pro Tag. 180 Franken bekommt zudem, wer mehr als 25 Kilometer vom Bundeshaus entfernt wohnt, als Übernachtungsentschädigung. Auch in Bern findet man dafür ein Hotelzimmer inklusive Frühstück. Als Parlamentarier sowieso: Verschiedene Hotels bieten ihren Gästen aus den Räten Sonderkonditionen. Viele Volksvertreter haben nach einigen Jahren im Rat nicht nur ihr Stammhotel, sondern auch gleich ihr Stammzimmer.

Die Absender der Einladungen zu den Sessionsanlässen sind vielfältig. Die meisten werden von Interessenverbänden organisiert. Ganz vorne mit dabei ist der Wirtschaftsdachverband Economiesuisse. Beim «Kaminfeuergespräch» oder beim «Sessionscocktail» soll in ungezwungener Atmosphäre der «Gedankenaustausch» zwischen Wirtschaft und Politik stattfinden. Als Dachverband der Wirtschaft organisiert Economiesuisse auch Anlässe für Mitgliedsverbände oder Untergruppen, beispielsweise für die Rohstoffhändler oder für kleinere Berufsverbände.

Es sind jedoch nicht nur die Wirtschaftsverbände, die die Parlamentarier mit gutem Essen und erlesenen Weinen in den teuren Berner Restaurants von einem Anliegen zu überzeugen versuchen. Mindestens so aktiv im Veranstalten von Anlässen sind Gruppierungen und Vereine von der anderen Seite des Interessenspektrums. Weibeln Wirtschaftsverbände tendenziell für weniger Regulierung (oder eine Ausnahme in dem Bereich, der sie gerade betrifft), wollen andere möglichst viele Regeln, am besten verbunden mit einigen Millionen an Subventionsgeldern. Um beispielsweise die Ratsmitglieder von den Vorteilen der Elektroautos zu überzeugen, wird ihnen ein solches für mehrere Tage zur Probefahrt ausgeliehen. Gratis, versteht sich.

Immer populärer werden die parlamentarischen Gruppen. Für so ziemlich jedes Anliegen gibt es eine mehr oder weniger aktive parlamentarische Gruppe: Für die Gotthard-Alpentransversale, für Langsamverkehr, für Kommunalpolitik, für Raumentwicklung, für die Textilwirtschaft, für Wald und Holz oder für den Weinbau. Jeweils präsiert von einem National- oder Ständerat, versuchen diese innerparlamentarischen Interessenvertreter, möglichst viele ihrer Kollegen für ihr Anliegen zu mobilisieren. Am einfachsten geschieht dies natürlich beim Mittag- oder Abendessen während der Session, häufig gleich in Zusammenar-

beit mit einer nahestehenden Organisation. Irgendjemand muss ja bezahlen.

Klein ist die Auswahl an Orten für die Zusammenkünfte. Insbesondere für die Frühstücksanlässe am frühen Morgen und die Mittagessen zwischen 13 und 15 Uhr ist die Nähe zum Bundeshaus entscheidend. So kommt es ab und an vor, dass ein hungriger Nationalrat beim Eintritt ins nahe Luxushotel nicht sicher weiss, zu welchem der dort parallel stattfindenden Informationsanlässe mit Referat und Lunch er sich nun angemeldet hat. Die Organisatoren der verschiedenen Nachtessen buhlen regelrecht um ihre Teilnehmer. Vom Apérowein bis zum Dessert wird alles möglichst genau geplant, damit die hochrangierten Gäste nicht immer «diese gleiche braune Bratensauce» im immer gleichen Hotel essen müssen. Es gibt aber auch Anlässe, die wieder abgesagt werden müssen – weil die Parlamentarier wegen zu vieler gleichzeitig stattfindender Termine nicht kommen können.

Schon kurz nach dem Frühstückskaffee werden die ersten Korken gezogen.

Je nach Parteibuch und Einstellung ist man nicht überall willkommen. Als Glencore vor einem Jahr Parlamentarier sämtlicher Couleur einlud, hagelte es wegen einer Aussage von CEO Ivan Glasenberg nicht nur mediale Kritik. Im Parlament wurden sogleich auch Fragen zu den Praktiken der Firma eingereicht.

Wer die drei Wochen des Zusammenkommens, des Essens und Trinkens dann überstanden hat, muss als Parlamentarier weiterhin nicht darben. Mehrmals rufen zwischen den Sessionen die parlamentarischen Kommissionen für ihre Arbeit nach Bern. Oder an einen anderen Ort. So tagte die Wirtschaftskommission unlängst in Zermatt, die Aussenpolitische und die Sicherheitspolitische Kommission in Genf beziehungsweise Winterthur. Je nach Parlamentsmandat darf man auf Kosten der Steuerzahler auch nach Wien zur OSZE oder nach Brüssel zur EU reisen. Aber auch Interessengruppen und Verbände laden gerne auf eine Reise ein, um so für ihre Anliegen zu werben.

Auch innerhalb der Schweiz kommt man als Mitglied der eidgenössischen Räte in den Genuss von Luxuseinladungen. So werden die Mitglieder der Kulturkommission ans Filmfestival in Locarno eingeladen, inklusive Übernachtung im nahen Fünfsternehotel. Egal ob Tickets für Konzerte, Einlass ans Pferdeturnier CSI oder ans Schwingfest: Für Parlamentarier stehen die Chancen gut, gratis und franko teilnehmen zu können. Offen bleibt die Frage, ob solche Einladungen bereits Missbrauch darstellen. Im Grundsatz gilt: Erlaubt ist alles, was an einem Abend konsumiert werden kann. ○

Einladungen

Apéros und Dinners

Eine Auswahl aus dem reichhaltigen Angebot für unsere Parlamentarier.

Dienstag, 11. März 2014

13–15 Uhr — Einladung der Schweizerischen Public-Affairs-Gesellschaft zum Beitrag von Armee und Luftwaffe zur Sicherheit der Schweiz, Apéro riche, «Hotel Bellevue Palace».

Ab 18.30 Uhr — Informationsseminar zu schwedischem «Snus», Buffet-Nachtessen in der schwedischen Botschaft.

Mittwoch, 12. März 2014

13–15 Uhr — Veranstaltung des Landwirtschaftlichen Klubs zum Thema Bienengesundheit, Mittagessen im Restaurant «Schmiedstube».

13–15 Uhr — Parlamentarische Gruppe Pflege informiert über die gesetzliche Anerkennung der Verantwortung in der Pflege, Mittagessen, Hotel «Kreuz».

13–15 Uhr — Parlamentarische Gruppe Elektromobilität: Ausstellung von Elektroautos mit Möglichkeit zur Probefahrt, anschliessend Apéro riche im Restaurant «Schmiedstube».

13–15 Uhr — Parlamentarische Gruppe Italianità: gemeinsames Mittagessen im Restaurant «Lorenzini».

13–15 Uhr — Parlamentarische Gruppe Kairo; «für das leibliche Wohl wird gesorgt», Parlamentsgebäude.

Montag, 17. März 2014

Ab 19 Uhr — Treffen der Gruppe Handel und Industrie, Apéro, Nachtessen und Impulsreferate, «Hotel Bellevue Palace».

Ab 19 Uhr — Parlamentarische Gruppe für Polizei- und Sicherheitsfragen: Gedankenaustausch beim Apéro und Nachtessen, Kulturcasino Bern.

Ab 19 Uhr — Parlamentarische Gruppe Region Basel: Vorträge und Diskussionsrunde zur globalen und nationalen Ernährungssicherheit, Apéro und gemeinsames Abendessen «Hotel Bellevue Palace».

Zusammengestellt von Christian Mundt



Roger Köppel:

Voller Einsatz für eine selbstbewusste und erfolgreiche Schweiz.

Die Weltwoche: Die einzige Zeitung, die sich nicht für unsere Volksentscheide entschuldigt.



**Probeabo: www.weltwoche.ch/probeabo oder
Telefon 043 444 57 01**



Essay

Völkerrechtlicher Rasenmäher

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte befasst sich immer intensiver mit Fragen, in denen von Verletzung der Menschenrechte keine Rede sein kann. Damit schwächt er seine Legitimation und schadet vor allem sich selbst. *Von Martin Schubarth*

Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) wurde geschaffen als Reaktion auf die massiven Menschenrechtsverletzungen der Nazis. Seither können Staaten bei Verletzungen der in der EMRK garantierten Menschenrechte vor einem internationalen Gericht, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR), zur Rechenschaft gezogen werden. Dieser Aufgabe ist der EGMR in den letzten fünfzig Jahren in beeindruckender Weise nachgekommen. In der Wahrnehmung dieser ihm ureigenen Aufgabe liegt auch heute noch seine berechtigte Legitimation. erinnert sei aus jüngerer Zeit nur an jenen Fall, bei dem der EGMR der Sache nach die CIA wegen Entführung und Folter verurteilt hat (el-Masri, Mazedonien, Urteil vom 13.12.2012); ein Fall, der die Bedeutung des EGMR zeigt, war doch der amerikanische Supreme Court zu feige, sich dieses schrecklichen Falles anzunehmen.

Der EGMR befasst sich aber seit längerer Zeit immer intensiver mit Fragen, in denen von Verletzung der Menschenrechte keine Rede sein kann, und kommt so immer häufiger zu Verurteilungen, die in vielen Ländern als fragwürdig empfunden werden. So wurde die Schweiz verurteilt, weil die Schweizer Gerichte in zutreffender Anwendung schweizerischen Rechts einen illegalen Hausbesetzerverein, der seit Jahren Gesetze verletzt hatte, aufgelöst hatten (Verein Rhino, Schweiz, Urteil vom 11.10.2011). Der Sache nach schuf der EGMR damit ein «Menschenrecht» (!) auf Fortführung gesetzwidriger Vereinstätigkeit. Mit einer solchen Perversion der Menschenrechte schwächt der Gerichtshof seine Legitimation und schadet damit vor allem sich selbst.

Der Rechtsstaat wird verkannt

Ein neuer Fall, der letztes Jahr Aufsehen erregt hat und der demnächst auf Begehren der Schweiz vor der Grossen Kammer neu aufgerollt wird, ist die Causa Gross, Schweiz (Urteil vom 14.5.2013). Hier wurde die Schweiz – wegen Verletzung von Menschenrechten! – verurteilt, weil die schweizerische Gesetzgebung hinsichtlich des assistierten Suizids zu wenig präzise sei; die Beschwerdeführerin, die sich vergeblich um einen assistierten Suizid bemüht hatte, sei deshalb wegen Ungewissheit über ihre Zukunft in erheblicher Weise geängstigt worden. Es handelt sich um eine ältere

Frau, die seit Jahren den Wunsch zu sterben hat, ohne an einer schweren Krankheit zu leiden.

Der Fall macht in mehrerer Hinsicht deutlich, wie leicht, um nicht zu sagen skrupellos, der EGMR sich verrennt. Das Urteil ist mit einer knappen Mehrheit von vier zu drei Richtern zustande gekommen. Hier fragt man sich: Wenn drei der beteiligten Richter mit guten Gründen keine Verletzung von Menschenrechten erblicken können, müsste dies die anderen Richter nicht zu grösserer Zurückhaltung bewegen?



Ureigene Aufgabe: CIA-Opfer el-Masri.

Dieser Entscheid bedeutet, falls er bestätigt wird, dass aufgrund eines richterlichen Strassburger Verdiktes der Staat die Abgabe von tödlich wirkenden Mitteln an gesunde Menschen zu regeln hätte, wobei unklar bleibt, ob eine Regelung, die eine solche Abgabe strikte verbietet, von der Strassburger Richtermehrheit geschluckt würde. Es besteht danach also ein Menschenrecht auf klare gesetzliche Regelung dieser Materie. Das ist nicht nachvollziehbar. Die EMRK schützt in erster Linie das menschliche Leben, und ein Staat, der seinen Schutzpflichten, die er gegenüber seinen Bürgern hat, nicht hinreichend nachkommt, kann sich

wegen Verletzung des Rechts auf Leben verantwortlich machen. Die EMRK schützt auch das Recht auf Selbstbestimmung. Aber kann sich daraus die – menschenrechtlich geschützte! – Pflicht des Staates ergeben, die Abgabe tödlich wirkender Mittel klar zu regeln?

Die Richtermehrheit übergeht – und das ist typisch für die Strassburger Richtermentalität –, dass es Fragen gibt, die im gesellschaftlichen Diskurs eines Staates erörtert werden müssen und sich erst dann gesetzlich regeln lassen, wenn eine mehrheitsfähige Lösung gefunden wird. Fragen des assistierten Suizids sind äusserst delikat, wie die Diskussionen der letzten Jahre gezeigt haben. Wenn ein Staat deshalb nicht zu klareren Lösungen kommt, als dies heute in der Schweiz der Fall ist, darf man ihm dies nicht vorwerfen.

Die abweichende Auffassung der Richtermehrheit ist typisch für ein in Strassburg verbreitetes Denken, das die Bedeutung der Demokratie und ihrer Institutionen für einen funktionierenden Rechtsstaat verkennt. Dahinter steckt eine im Völkerrecht verbreitete Mentalität: Man beruft sich auf den Vorrang des Völkerrechts und vor allem der vom EGMR abschliessend definierten Menschenrechte. Völkerrechtler pflegen mit dem völkerrechtlichen Rasenmäher alle demokratischen Probleme wegzuschneiden, um sich dann mit ihresgleichen auf der so präparierten Spielwiese ungestört zu tummeln.

Merkwürdig berührt, dass der EGMR nur gerade zwei Staaten – Belgien und Luxemburg – anführen kann, die eine detailliertere Regelung für die Euthanasie und den assistierten Suizid getroffen haben. Dies steht im Widerspruch zu seiner sonst üblichen Argumentation, es bestehe in den Rechtsordnungen der Europaratsstaaten eine gewisse Tendenz, die man dann zum massgebenden europäischen Recht erhebe; eine allerdings unhaltbare Argumentation, da auch eine einheitliche Regelung in 46 europäischen Staaten nicht bedeutet, dass die abweichende Regelung des 47. Staates EMRK-widrig wäre.

Martin Schubarth war von 1982 bis 2004 Bundesrichter.

Gas geben für die Fussgänger

Die in Bern oben machen doch, was sie wollen: Das gilt zumindest für die Verkehrspolitik. Bundesrätin Doris Leuthard will den Autofahrern mehr Geld wegnehmen, um es für Fussgängerunterführungen und Velowege auszugeben – dabei lehnt das Volk dies ab. *Von Markus Schär*



Auf Kosten der Autofahrer: Bundesrätin Leuthard beim Velofahren.

Ob Fussgänger, Velofahrer oder Zugpendler: Für alle schüttet der Bund grosszügig das Geld der Automobilisten aus. Eine ÖV-Drehscheibe im Busbahnhof Muttenz für 6 Millionen Franken. Eine S-Bahn-Haltestelle in Frauenfeld-Langdorf für 11 Millionen. Eine Veloschnellroute durch Winterthur samt Masterplan für den Bahnhofsbereich für insgesamt 28 Millionen. Und natürlich der umstrittene Bahnhof Bern, wo der Neubau einer Station des Regionalverkehrs Bern-Solothurn und die Publikumsanlagen für die SBB insgesamt 775 Millionen kosten sollen (*Weltwoche* Nr. 4/2014). Diese teuren Bauvorhaben und Dutzende mehr stehen in einer 106-seitigen Botschaft, die der Bundesrat letzte Woche dem Parlament schickte.

Allen diesen Projekten ist gemein: Sie stehen als Priorität A im Programm Agglomerationsverkehr. Sie erhalten damit einen Anteil von 35 Prozent der Kosten aus dem Infrastrukturfonds, den der Bund mit den Treibstoffsteuern speist. Und das heisst: Diese Projekte entstehen auf Kosten der Autofahrer. Dabei sprach sich das Volk noch nie für eine solche Querfinanzierung aus – ja, es lehnte sie sogar ausdrücklich ab.

Die Professorin fand, wie bestellt, einen Riesentopf, aus dem Geld in Strömen fliessen konnte.

Sogar die «Milchkuh-Initiative», die nächsten Montag eingereicht werden soll, rüttelt nicht am Umstand, dass die Abgaben der Automobilisten auch für den Bau von Fussgängerunterführungen, Velorouten oder Bahnstationen fliessen sollen: Sie beansprucht einfach den ganzen Ertrag der Treibstoffsteuern – statt wie bisher nur die Hälfte – für den Strassenverkehr, inklusive Bauten für den Langsamverkehr, die ihm angeblich auch dienen.

Dabei gilt für kaum ein Politikfeld – von der Sommerzeit einmal abgesehen – die Bauernregel so sehr wie für das Fördern der Fussgänger und der Velofahrenden: Die in Bern oben machen doch, was sie wollen. 2001 verlangte Bundesrat Moritz Leuenberger von seinem Bundesamt für Strassen (Astra) ein «visionäres» Leitbild für den Langsamverkehr: Es sollte dessen Anteil am Gesamtverkehr erhöhen, wie üblich mit viel Geld von anderen Leuten, also mit einem millionenschweren Anschlagprogramm. Das lehnten Kantone und Autolobby

aber vehement ab. So pochte der Strassenverkehrsverband darauf, dass «die Förderung des Fuss- und Veloverkehrs nicht Bundessache ist und es auch nicht werden soll». Im Februar 2004 schmetterte das Volk denn auch den Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Avanti – für sichere und leistungsfähige Autobahnen» mit 63 Prozent Nein ab: Der Gegenvorschlag sah einen Fonds zur Finanzierung des Strassenverkehrs vor, aus dem sich auch Beiträge an «Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Agglomerationen» hätten abzweigen lassen, ausdrücklich sowohl für die Strasse als auch für die Schiene.

Die Kantone und das Volk zerfetzten die Pläne des Verkehrsministers – also beauftragte er Professorin Helen Keller, eine Verfassungsgrundlage dafür zu suchen. Die renommierte Staatsrechtlerin musste in ihrem 141-seitigen Gutachten einräumen, dass die Bundesverfassung die Zuständigkeit für den Strassenbau, ausser für die Nationalstrassen, nun einmal ausdrücklich den Kantonen zuweise. Aber sie fand, wie bestellt, einen Riesentopf, aus dem Geld in Strömen fliessen konnte: die Erträge der Mineralölsteuer, die das Parlament 2004 aufgrund des neuen Finanzausgleichs (NFA) neu verteilte.

«Der Bund übernimmt nur die Aufgaben, welche die Kraft der Kantone übersteigen», schreibt seither die Verfassung vor – «nur» setzte das Parlament ausdrücklich noch ein. Allerdings, schloss die Staatsrechtlerin scharfsinnig, könnten die Kantone auch mit den Milliarden, die ihnen aus der Treibstoffsteuer zufließen, nicht alle Projekte bezahlen. Deshalb der Dreh: Der Bund müsse entscheiden, also Bauprogramme festlegen, Projekte genehmigen und Subventionen zumessen.

Neun neue Wörter in der Verfassung

Am 28. November 2004 stimmte das Volk darüber ab, ob es die Aufgaben neu verteilen wollte. Der Bund bekam so, als wichtigste Neuerung, allein die Zuständigkeit für die Nationalstrassen, die Kantone übernahmen dafür die ungeteilte Verantwortung beispielsweise für «Verkehrstrennung und Niveauübergänge ausserhalb von Agglomerationen»



Astronautenehe

und vor allem für Wohnheime von Invaliden – dies gab als einziges Thema im Abstimmungskampf zu reden.

Niemand sprach über die Aufgaben, die Bund und Kantone weiter gemeinsam erfüllen sollten – oder auch neu: Als wichtigste Verbundaufgabe kam der Agglomerationsverkehr dazu, dank einer unscheinbaren Ergän-

Das Bundesamt blies sein Budget zwischen 2004 und 2012 von 14 auf 20 Millionen Franken auf.

zung der Verfassung, der Ertrag der Treibstoffsteuern fliessen auch für «Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur in Städten und Agglomerationen». Wer glaubt, dieser Formulierung schon einmal begegnet zu sein, täuscht sich nicht: In der NFA-Vorlage, der das Volk fast mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmte, verbarg sich die Bestimmung, die es neun Monate zuvor mit demselben Mehr abgeschmettert hatte.

Neun neue Wörter in der Verfassung, auf die kaum jemand geachtet hatte, genügten der Bundesverwaltung. Sie hielt damit einen Fuss in die Türe zu den Agglomerationen – und sie stiess sie bald mit Milliardenströmen auf. Kaum jemand in den Kantonen, die bis dahin die Hoheit über die Landstrassen für sich beanspruchten, mochte noch auf das viele Geld aus Bern verzichten.

Das Bundesamt für Strassen konnte jetzt seine Abteilung für den Langsamverkehr ausbauen, auch ohne Auftrag und gegen den Widerstand von Kantonen und Volk. Sieben Leute beschäftigen sich heute damit, Velos zu zählen, Abstellplätze zu planen oder historische Wanderwege zu pflegen, denn der Langsamverkehr soll sich immer noch, wie einst Moritz Leuenberger forderte, zum «gleichberechtigten dritten Pfeiler des Personenverkehrs» entwickeln.

Ein Jahrzehnt millionenschwerer Förderung führte dazu, dass sich die durchschnittliche Tagesdistanz zu Fuss oder per Velo um hundert Meter von 2,7 auf 2,8 Kilometer erweiterte. Das sind immer noch acht Prozent der gesamten Mobilität, ja der Anteil geht sogar leicht zurück, da das Pendeln mit dem ÖV weit schneller wächst.

Das Bundesamt für Raumentwicklung blies sein Budget zwischen 2004 und 2012 von 14 auf 20 Millionen Franken auf, die Personalausgaben schnellten um 40 Prozent hoch. Vor allem flossen ab 2007 die Milliarden in die Städte. Eine Evaluation im Auftrag des Bundesrates erkannte 2011, die Agglomerationspolitik sei «zwar auf Kurs, aber noch nicht am Ziel». Sie bemängelte den starken Fokus auf das Thema «Siedlung und Verkehr» – aber das hielt die Raumplaner des Bundes nicht davon ab, beim nächsten Agglomerationsprogramm wieder

schwergewichtig darauf zu setzen.

36 Projekte hoffen auf Geldsegen aus Bern

Fast zwei Milliarden Franken will der Bundesrat für die Vorhaben einsetzen, die er letzte Woche vorstellte. 41 Projekte balgten sich um die 1,68 Milliarden, die für die nächsten vier Jahre zur Verfügung stehen: Wenn der Bund allen einen Beitrag von rund vierzig Prozent gäbe, müsste er acht Milliarden ausschütten. Deshalb wählten die Raumplaner die Massnahmen mit dem besten Kosten-Nutzen-Verhältnis aus, so auch die eingangs erwähnten Projekte. Nicht weniger als 36 Projekte aber soll irgendwann der Geldsegen aus Bern beglücken, auch eine Personenunterführung im Bahnhof Baden für 8 Millionen, einen Bushof in Herisau für 9 Millionen oder drei Velo-Brücken in Basel für insgesamt 30 Millionen.

Dafür reichen die Mittel nirgends hin. Auch darum stellte Verkehrsministerin Doris Leuthard letzte Woche ihre Ideen für einen Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds vor – also einen reich gefüllten Topf, wie ihn das Volk vor zehn Jahren beim Gegenvorschlag zur Avanti-Initiative abschmettert. Der Bundesrat will den Mineralölsteuerzuschlag von 30 auf 45 Rappen pro Liter erhöhen, also die Autopendler auf dem Land zugunsten der Langsamverkehrenden in den Städten stärker belasten. Die 700 Millionen an zusätzlichen Einnahmen sollen dem dringend nötigen Unterhalt der Nationalstrassen dienen, aber eben auch dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur in den Agglomerationen.

Die Autofahrer sollten den Bundesrat daran erinnern, dass er noch letzten Sommer versprochen hatte, das Geld der Autofahrer solle, «mit enger Zweckbindung», für die Autofahrer fliessen – nicht für Fussgänger oder Velofahrer. ○

SCHWEIZERISCHE
Gewerbezeitung
DIE ZEITUNG FÜR KMU

Morgen Freitag in der KMU-Presse:

- **KMU-Rating 2011–2013**
SVP und FDP sind KMU nahe
- **Altersreform 2020**
Alain Bersets frisierte Zahlen
- **Finanzdienstleistungsgesetz**
Institut und Produkt trennen

www.gewerbezeitung.ch



Syrische Familien in Not

Haneen und ihre Mutter mussten wie Millionen Syrer fliehen und brauchen dringend Hilfe.

Das UN World Food Programme (WFP) ist vor Ort und unterstützt syrische Mütter und Kinder mit Ernährungshilfe. Jede Woche benötigen wir dafür 30 Millionen Euro.



wfp.org/de

World Food Programme

**Helfen Sie uns helfen:
wfp.org/de**

Bekämpft den Hunger - weltweit

Vor sozialem Gewissen wird gewarnt

Ein Hausbesitzer zeigte sich kulant gegenüber einer Mieterin, die zum Sozialfall geworden ist. Das hätte er besser sein lassen. Als Dank hat er nun einen unsinnigen Prozess am Hals: Eine sozial engagierte Anwältin verlangt die Halbierung der Miete – rückwirkend auf drei Jahre. *Von Alex Baur*

An Interessenten fehlte es wahrlich nicht, als Michael P. im Sommer 2010 seine Liegenschaft zur Vermietung ausschrieb: Einfamilienhaus mit sechs Zimmern, 400 Quadratmeter Garten, Bach-Anstoss und Gartenhaus. Es handelt sich um ein einfach, aber schmuck renoviertes Bauernhaus in der Gemeinde Niederhasli ZH. Kostenpunkt: monatlich 2350 Franken, exklusive Heizkosten – im Einzugsgebiet der Stadt Zürich ein Schnäppchen.

Michael P. entschied sich spontan für eine alleinstehende Mutter mit zwei Kindern. Dass sie dunkelhäutig war und aus Südamerika stammte, war für ihn kein Thema. Der Betreuungsauszug war in Ordnung, und sie überzeugte ihn davon, dass sie den kinderfreundlichen Wohnraum dringender brauche als andere. Er nahm noch eine Reihe von Erneuerungen vor: dreifach verglaste Minergie-Fenster, neue Isolation (dreissig Zentimeter) im Deckenbereich, neuer Verputz, neue Ölheizung.

Die Mieterin hätte gerne noch eine topmoderne Küche gehabt. Doch als ihr Michael P. vorrechnete, dass er in diesem Fall den Mietzins um hundert Franken erhöhen müsste, wollte sie nichts mehr davon wissen. Er zeigte sich gleichwohl grosszügig und ersetzte Kochherd, Geschirrspüler und Kühlschrank. Als die Frau auch noch das Gartenhäuschen ausgebaut haben wollte, erklärte er ihr, dass dies aus baurechtlichen Gründen nicht möglich sei. Kleine Verbesserungen im Innern könne sie allenfalls selber vornehmen.

Das lief gut, bis Ende 2012 die Mietzinse ausblieben. Michael P. schickte der Frau die Kündigung. Wie sich herausstellte, lagen stapelweise Betreibungen gegen sie vor, ihr Geschäft war in Konkurs gegangen, sie lebte von der Sozialhilfe. Doch das Sozialamt von Niederhasli bekniete Michael P., die rechtskräftige Kündigung zurückzuziehen, man werde für die Miete garantieren. Auf die Schnelle liess sich keine neue Wohnung finden, zumal die minderjährige Tochter der Mieterin inzwischen selber Mutter geworden war. Michael P. liess sich erweichen – was er noch schwer bereuen sollte.

Zu viele Bienen im Garten

Gemäss den Richtlinien des Sozialamtes war das Sechszimmerhaus für die unterdessen verbeiständete Mutter und deren Nachwuchs zu gross und zu teuer. Das Amt wies die Frau an, bis Mitte 2013 eine günstigere Bleibe zu finden. Doch das war einfacher gesagt als getan. Es passierte nichts, bis im Sommer der Mietzins wie-



Abstruse Mängelliste: Bauernhaus in Niederhasli.

der ausblieb. Stattdessen flatterte Michael P. Ende Oktober unverhofft eine «Mitteilung» des Bezirksgerichtes Dielsdorf ins Haus: Die Winterthurer Anwältin Yvonne Dürst hatte eine Klage gegen ihn anhängig gemacht mit dem Antrag, den Mietzins wegen angeblicher Mängel auf 1175 Franken zu halbieren – und das rückwirkend bis 2011. Bis auf weiteres werde der Mietzins auf einem Sperrkonto deponiert.

Die Klage stützt sich im Wesentlichen auf eine einseitige maschinengeschriebene «Bestandesaufnahme», die weder einen Briefkopf noch eine Adresse, weder ein Datum noch eine Unterschrift trägt. Gemäss einem handschriftlichen Vermerk soll das ominöse Papier «durch eine Fr. H. Schoch» vom Mieterverband «vor ca. 14 Monaten» erstellt worden sein. Demnach soll das Haus miserabel isoliert sein, mehrere Steckdosen funktionierten nicht, die Heizung werfe einen «schwarzen, schädlichen Russ» ab, der Garten sei wegen zu vieler Bienen unbenutzbar. Fazit: «Allgemeinzustand der Grundelementaren [sic!] Bedürfnisse ziemlich lausig und unprofessionell». Gerügt werden sodann separat eine blockierte Wasserleitung und ein Wasserschaden im Gartenhaus.

Für Michael P. waren die geltend gemachten Mängel nicht ganz neu. Nur kann er schriftlich belegen, dass diese entweder längst behoben, von der Mieterin selber verschuldet wurden

oder abstrus sind. So wird im Mietvertrag explizit angeführt, dass es sich um einen Altbau mit suboptimaler Wärmedämmung handelt. Gemäss einem Handwerker-Rapport waren nicht die Steckdosen, sondern Kabel und Geräte der Mieterin defekt. Und die nigel-nagelneue Ölheizung konnte gar keinen «Russ abwerfen», weil sie die Mieterin nie brauchte – sie hatte den Öltank nicht gefüllt, sondern heizte stattdessen elektrisch. Tatsächlich war im Kältewinter 2012 einmal eine Wasserleitung kurz eingefroren, doch dafür konnte der Vermieter nichts. Er ist auch nicht verantwortlich für einen Wasserschaden im Gartenhaus, wo die Frau ein illegales Schönheitsstudio unterhielt.

Die Liste der Abstrusitäten liesse sich fortsetzen. Doch Anwältin Dürst scheint auf Zeit zu spielen. Einen Schlichtungstermin im letzten Januar liess sie platzen und auf Ende März verschieben. Auf Anfrage mochte sie keine Stellung zum Fall nehmen. Reagiert hat dagegen Daniel Frei (SP), der Sozialvorsteher von Niederhasli. Er habe Verständnis für den Hausbesitzer, erklärte er auf Anfrage, und werde nun sofort das Gespräch mit ihm suchen. Die Gemeinde habe mit der Klage nichts zu tun. Ob diese allenfalls vom Mieterverband finanziert wird, liess sich nicht klären. Dass die Sozialhilfebezügerin ihre Anwältin aus eigener Tasche zahlt, erscheint eher unwahrscheinlich. ○

Bitcoin ist nicht böse

Der Kurs der Internetwährung schwankt wild. Manche sprechen von einer geplatzten Blase. Doch allen Unkenrufen zum Trotz: Als Zahlungsmittel funktioniert das digitale Geld bereits heute. Dem staatlichen Papiergeld ist es in mancher Hinsicht überlegen. *Von Florian Schwab*

Unter dem Titel «Bitcoin ist böse» verdammt der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman im letzten Dezember die Computervährung Bitcoin. Damals wurde eine Einheit des Internetgelds auf der Handelsplattform Mt. Gox (ausgesprochen: «Mount Gox») für mehr als 1000 US-Dollar gehandelt. Seither ist viel passiert. Die japanische Handelsbörse Mt. Gox, auf der Benutzer mit US-Dollars Bitcoins kaufen konnten (und umgekehrt), hat Ende letzter Woche den Konkurs angemeldet. Anfang Februar hat Apple die letzte Applikation (App) mit Bitcoin-Zahlungsfunktion aus seinem Apple-Store verbannt. Angesichts solch schlechter Nachrichten ist der Bitcoin-Preis gegenüber seinem Höchststand um mehr als die Hälfte eingebrochen.

Der Kursverlauf von Bitcoin zeigt die typischen Charakteristiken einer Blase. Bei der Erfindung im Jahr 2008 konnte man eine Einheit des neuen Geldes für den Bruchteil eines US-Dollars kaufen. Angeheizt durch eine wachsende Nutzergemeinde und erstaunliche mediale Resonanz, stiegen die Preise exponentiell an. Allerdings befindet sich der Kurs seit vergangenem Dezember im mehr oder weniger freien Fall. Die Schwarzseher glauben sich bestätigt: «Die Bitcoin-Blase platzt», schrieb jüngst die von Anfang an kritische NZZ.

Demgegenüber machen die Bitcoin-Pioniere geltend, dass der Konkurs einer Handelsplattform noch lange nicht die Bankrotterklärung von Bitcoin bedeute. Der Zürcher Informatikingenieur und Wirtschaftsstudent Luzius Meisser, der den Verein Bitcoin Association Switzerland gegründet hat, relativiert: «Wenn eine Bank in Konkurs geht, bedeutet das ja auch nicht den Untergang des Schweizer Fränkens.» Der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Robert Shiller schrieb am vergangenen Wochenende in der *New York Times*, dass die aktuellen Turbulenzen von Bitcoin den Blick nicht davon ablenken sollten, dass Internetwährungen vielfältige Möglichkeiten zur Lösung ökonomischer Probleme bieten. (Bitcoin selber kann er allerdings wenig abgewinnen.)

Für den Zürcher Finanzprofessor Martin Janssen bleiben Währungen wie Bitcoin «eine interessante Idee». Seine Firma Ecofin hatte bereits in den 1990er Jahren gemeinsam mit der Credit Suisse ein ähnliches Konzept unter dem Namen Swiss NetPay AG entwickelt. «Die Nationalbank hatte die Idee damals genau durchschaut und die kleine Unternehmung als Zentralbank eingestuft», erinnert sich Janssen. In

Island startet in Kürze eine eigene «Kryptowährung» – so der Sammelbegriff für eine Vielzahl von Bitcoin-ähnlichen Experimenten. Jeder Isländer erhält Ende März ein Startguthaben solcher «Auroracoins». Im Gegensatz zu Bitcoin wird hier die halbe Geldmenge von Anfang an an die Bevölkerung verteilt. Bitcoin, bis anhin die unangefochtene Nummer eins unter den Internetwährungen, gehört in aktueller US-Dollar-Bewertung bereits zu den neunzig grössten Währungen der Welt – die Geldmenge ist als grösser als beim uruguayischen Peso oder beim serbischen Dinar.

Wie Goldschürfen

Woraus besteht eigentlich die Bitcoin-Idee, die über die letzten Monate fast ein Lieblingsthema der internationalen Wirtschafts- und Finanzpresse geworden ist und zu der sich Notenbanker, Wirtschaftsnobelpreisträger und Technik-Freaks eine intensive Debatte liefern?

Der Erfinder von Bitcoin ist ein anonymes Softwareentwickler mit dem Pseudonym Satoshi Nakamoto. Im November 2008 beschrieb er seine Idee in einem Artikel mit dem Titel «Bitcoin. A Peer-to-Peer Electronic Cash System». Das Ziel seien einfache Internetzahlungen «direkt von einer Partei zu einer anderen, ohne die Notwendigkeit einer zwischengeschalteten Finanzinstitution». Nakamoto konzipierte Bitcoin als anonymes Zahlungsmittel, das nicht

Das Ziel sind Internetzahlungen ohne eine zwischengeschaltete Finanzinstitution.

von einer zentralen Institution herausgegeben wird. Er schrieb ein für jeden einsehbares (Open-Source-) Computerprogramm, das die Computer der Bitcoin-Nutzer miteinander vernetzt. Auf allen teilnehmenden Computern wird jede Transaktion nachvollzogen und überprüft – und anschliessend mit roher Rechenleistung vor Manipulationen gesichert. Als Anreiz zum Mitrechnen winken Transaktionsgebühren und auch neu geschöpfte Bitcoins – in Anlehnung an das «Goldschürfen» wird dieser Prozess «Mining» genannt. Für das Mining müssen die Computer Berechnungen anstellen, deren Kompliziertheit durch das Programm so angepasst wird, dass über die Zeit immer weniger Bitcoins «geschöpft» werden, bis am Ende das Maximum von 21 Millionen erreicht ist – schätzungsweise im Jahr 2140.

Sind die Bitcoins erst einmal erschaffen, dann lassen sie sich wie digitales Bargeld oder ein Internet-Nummernkonto einsetzen: Man kann damit im Internet und auch zunehmend in physischen Läden Güter und Dienstleistungen kaufen. Den Weg einer Überweisung vom Befehl eines Nutzers bis zum Mining zeichnet die untenstehende Grafik nach. Ein Bitcoin lässt sich für Transaktionen in fast beliebig kleine Bruchteile zerlegen.

Viele Nutzer horten und erschaffen Bitcoins auch mit der spekulativen Erwartung, dass der Wert zunehmen werde. Sie handeln Bitcoins auf Börsen wie der nun insolventen Mt. Gox gegen andere Währungen. «Viele frühe Nutzer haben die Hoffnung, durch Bitcoin reich zu werden», sagt Allan Hertmanowski, ein gelernter Elektriker, der sein Arbeitspensum mit dem Ziel reduziert hat, in Zürich demnächst den ersten Kiosk zu eröffnen, wo man mit Bitcoins bezahlen kann. Darin soll auch ein Bitcoin-Automat aufgestellt werden, wo Kunden mit Banknoten Bitcoins kaufen können. In den nächsten Tagen wird Hertmanowski zu-



Unabhängiges, in sich geschlossenes Zahlungssystem.

dem im Zürcher Café «Schoffel» im Niederdorf ein solches Gerät testweise in Betrieb nehmen. Nach einem befristeten Test im Zürcher Einkaufszentrum Viadukt ist es der zweite Versuch in der Deutschschweiz. In Spanien, wo sich breite Bevölkerungsschichten vor der Enteignung durch die Euro-Krise fürchten, gibt es bereits über hundert Automaten.

Der Wert eines Bitcoins bestimmt sich allein dadurch, ob er als Zahlungsmittel einsetzbar ist. Bitcoins sind durch kein physisches Gut gedeckt wie beispielsweise durch Gold. Dies trifft allerdings auch auf die staatlichen Währungen zu, die spätestens seit dem Ende des Bretton-Woods-Systems im Jahr 1971 reine Papiergeldwährungen (*fiat money*) sind. Ökonomen sprechen davon, dass das Papiergeld seinen Wert durch das Vertrauen in die zukünftige Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft erlange. Ähnliches gilt für Bitcoin. Niemand vermag derzeit zu sagen, ob ein fairer Bitcoin-Preis näher bei 10 als bei 1000 US-Dollar oder gar bei 10000 US-Dollar liegt. Die Preisfindung auf dem Markt ist in vollem Gang – ein Totalverlust bleibt ebenso möglich wie ein anhaltender Kursanstieg.

Von der Idee her ist Bitcoin besser als Wertaufbewahrungsmittel geeignet als herkömmliche staatliche Papiergeldwährungen, da es deflationär angelegt ist: Die Menge an Bitcoin soll langsamer wachsen als das Angebot an Gütern und Dienstleistungen, wodurch man sich mit einem Bitcoin jedes Jahr ein bisschen

mehr leisten kann. Demgegenüber hat jemand, der seit dem Jahr 1900 einen US-Dollar unter der Matratze hortet, einen Wertverlust von mehr als 95 Prozent hinzunehmen. Der Bitcoin-Nutzer bleibt vor keynesianischen Inflations- und Geldentwertungsexperimenten verschont – in Zeiten eines wild schwankenden Bitcoin-Kurses freilich ein eher theoretischer Vorteil.

«Schwierig, Bitcoin zu regulieren»

Nach Einschätzung des Schweizer Bitcoin-Pioniers Luzius Meisser hat Bitcoin gegenüber herkömmlichen Zahlungsmethoden gewichtige Pluspunkte. So lassen sich Bitcoins innerhalb von nur zehn Minuten weltweit verschicken, ohne dass Transaktionskosten anfallen – eine herkömmliche Banküberweisung in die USA dauert dagegen mehrere Tage, in manche Länder gar mehrere Wochen.

Die Preisfindung ist in vollem Gang – ein Totalverlust ist ebenso möglich wie ein Kursanstieg.

Bitcoin-Transaktionen lassen sich nicht rückgängig machen und sachgerecht aufbewahrte Bitcoins nicht gegen den Willen des Besitzers entwenden, was Meisser als «starken Schutz der Eigentumsrechte» ansieht. Es gibt keine Finanzinstitution, die sich in den Tausch unter zwei Parteien einmischen und diesen auch

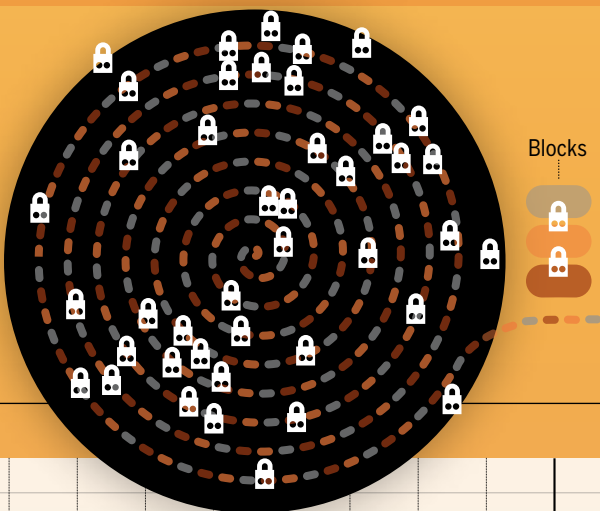
wieder rückabwickeln kann – auch staatliche Kapitalverkehrskontrollen werden damit verunmöglicht. Bei einer Befragung vor einem Senatsausschuss gab die neue Fed-Chefin Janet Yellen zu Protokoll, dass die Federal Reserve keinen Einfluss auf Bitcoin habe: Die Innovation spiele sich ausserhalb des Bankensektors ab. «Es ist schwierig, Bitcoin zu regulieren, da es nicht von einer zentralen Instanz herausgegeben wird.» Bitcoin sei ein «dezentrales, global ausgerichtetes Unterfangen».

Im Gegensatz dazu muss man bei sämtlichen herkömmlichen Bezahlformen im Internet die Dienste eines Finanzintermediärs in Anspruch nehmen: Bei der beliebten Kreditkartenzahlung gibt man dem Kartenherausgeber viel über sich preis und muss sich bei jedem Kauf zweifelsfrei identifizieren.

Bitcoin hingegen funktioniert mit Pseudonymen. Ein Nutzer kann beliebig viele Konten mit Fantasienamen eröffnen und mit jedem dieser «Nummernkonten» Bitcoins tauschen. Dabei wird jede Transaktion für alle sichtbar protokolliert, aber eben nur unter dem betreffenden Pseudonym, das nicht ohne weiteres einer realen Person zuzuordnen ist. «Im grössten Bitcoin-Account liegen rund 144000 Bitcoins» in Wert von rund 72 Millionen Franken, erklärt Meisser, «das heisst aber nicht, dass der Besitzer dieses Pseudonyms der reichste Bitcoin-Nutzer ist. Es ist nicht unüblich, grössere Guthaben auf mehrere Konten zu verteilen.» Die totale Anonymität ist aller-

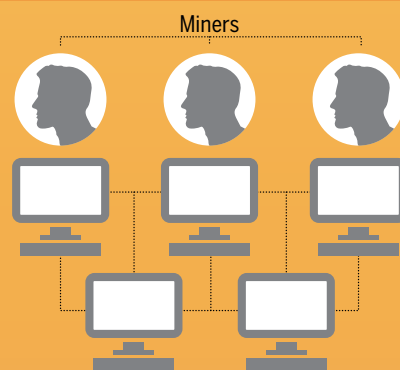
2 BITCOIN-NETZWERK (SPEICHERUNG)

Die Überweisung wird an das Bitcoin-Netzwerk geschickt, überprüft und an die Blockchain angefügt – ein öffentliches Archiv aller gültigen Transaktionen.



3 MINING (VERARBEITUNG)

Die Blockchain wird mit roher Rechenleistung abgesichert. Um eine Transaktion rückgängig machen zu können, müsste ein Angreifer schneller rechnen können als alle anderen im Netzwerk. Als Belohnung fürs Mitrechnen (Mining) winken Transaktionsgebühren und neu zugeteilte Bitcoins.



Früher konnte man mit einem normalen PC mitrechnen. Heute wird die Rechenarbeit von eigens dafür gefertigten, spezialisierten Chips erbracht, die wesentlich effizienter sind.

Alle 10 Minuten wird ein Block von Transaktionen bestätigt. Will man sicher sein, dass eine Transaktion gelungen ist, sollte man diese Bestätigung abwarten.



QUELLE: REUTERS; BIS 12.13 KURSE VON MT.GOX, SEIT 1.14 KURSE VON LOCAL BITCOINS

dings wohl nur für beschlagene Computerspezialisten erreichbar, da ohne Schutzmassnahmen die Gefahr besteht, dass Computer ausgespäht werden. Zudem hinterlässt man ohne besondere Verschleierungstechniken Spuren im Internet.

Am meisten verbreitet ist Bitcoin bei Internet-Services. So kann man Internetadressen und Speicherplatz mit Bitcoin kaufen und auf Internetseiten Waren und Dienstleistungen für Bitcoins verkaufen. «Es ist möglich, eine Website ausschliesslich mit Bitcoins zu betreiben», sagt Meisser. Kein Wunder, boomt Bitcoin gerade dort, wo den Internetnutzern besonders an ihrer Anonymität gelegen ist. Kürzlich gab eine weltweit führende Website für pornografisches Material bekannt, dass sie 25 Prozent ihres Umsatzes in Bitcoin realisiere.

Auch weniger anrühige Anbieter setzen auf Bitcoin. Der weltweit operierende Lieferservice für Mahlzeiten Takeaway.com, der in der Schweiz die Website Lieferservice.ch betreibt, nimmt Bitcoin als Zahlungsmittel an. Barbara Wagner, Kommunikationsverantwortliche der Muttergesellschaft, erklärt, dass man den Bezahlservice auf Kundenwunsch eingeführt habe. Täglich wickelt das Portal in der Schweiz 500 Bestellungen ab, wovon rund 25 mit Bitcoins bezahlt würden. «Wir vermuten, dass in Zukunft mehr Kunden mit Bitcoins bezahlen werden.» Ein Redaktor von *Forbes* konnte Ende 2012 eine Woche lang ausschliesslich mit Bitcoins überleben. Heute lassen sich selbst Flugtickets und Automieten mit Bitcoins bezahlen.

Für jeden, der Bitcoin ausprobieren will, stellt sich die Frage, wie dem Schicksal der Mt.-Gox-Kunden zu entgehen sei. Der Markt scheint bereits eine Lösung gefunden zu haben: Seit kurzem gibt es in Deutschland eine Bitcoin-Börse, die von der Finanzaufsichtsbehörde Bafin beaufsichtigt wird. «Das Guthaben dürfte dort ungleich sicherer sein als bei Mt. Gox», sagt Meisser.

Die Finanzindustrie in der Schweiz sei eher zögerlich, beobachtet Meisser, obwohl viele Bankangestellte und andere Finanzspezialisten aus privatem Interesse in seinem Verein mitmachten. Ein wenig Bewegung kommt aber auch hierzulande in die Szene. Immer mehr Firmen akzeptieren Zahlungen in Bitcoin. Zudem haben sich die Erfinder einer verwandten Internetwährung mit dem Namen Ethereum, ein internationales Programmiererteam von vierzig Personen, entschieden, ihren Hauptsitz in Zug aufzuschlagen.

Die Bitcoin Association Switzerland organisiert regelmässig Treffen, an denen Interessierte auch Bitcoins erwerben können. www.bitcoinassociation.ch

Allan Hertmanowski, Gründer des Bitcoin Kiosks, hält monatliche Einführungskurse ab und unterstützt Firmen bei der Annahme von Bitcoin. www.bitcoinkiosk.ch

Die Website www.coinmap.org zeigt auf einer Landkarte sämtliche Geschäfte, die Bitcoin akzeptieren.

Willkommen auf dem US-Grill

Seit Jahrzehnten versuchen die USA, die Schweizer Bankbranche zu diskreditieren. Ihr Vorgehen ist doppelamoralisch, wie das jüngste Hearing in Washington wieder zeigte. Von Claude Baumann

Man muss sich das einmal vorstellen: Der Chef eines weltweit tätigen US-Unternehmens wie Apple oder McDonald's hätte vor einem Ausschuss des Schweizer Parlaments zu erscheinen. Dort würde er mit dreisten Vorwürfen überhäuft, ohne auch nur die geringste Chance zu haben, bei seinen Anklägern Gehör zu finden. Denn von Anfang an wäre klar, dass diese Vorstellung nur einem Ziel gälte, nämlich dem Unternehmen eine dicke Busse aufzubrummen, die wiederum den Eindruck erhärten sollte, alle amerikanischen Firmen seien kriminell.

Ein solches Schauspiel ereignete sich letzte Woche in den USA – mit umgekehrten Vorzeichen. Es waren vier Topmanager der Credit Suisse (CS), die «gegrillt» wurden, wie hiesige Medien nicht ohne eine gewisse Schadenfreude festhielten. Gegrillt? Was geschah da? Diese Frage blieb offen. CS-Konzernchef Brady Dougan stand alsbald «mit dem Rücken zur Wand», wobei es nicht bloss um Steuerhinterziehung und «schändliche Geschäftsmodelle» ging. Er musste sich von einem früheren US-Präsidentenskandidaten auch belehren lassen, wie unkooperativ unser Land sei: «Wir wissen, was die Schweiz ist und leider schon seit dem Verbergen von Nazi-Vermögen gewesen ist», fuhr John McCain als republikanischer Vertreter in

Die Amerikaner beherzigen die Standards, die sie der ganzen Welt auferlegen wollen, am wenigsten.

der Untersuchungskommission seinen Landsmann an. Eine kritische Rezeption in Schweizer Medien blieb aus. Stattdessen titelte der *Blick* mit einem Bild der oberen Gesichtshälfte Dougans: «Diese Augen zeigen keine Demut.»

Es geht hier nicht um die Frage, ob die oberste Führungscrew der CS über die Mächenschaften ihrer Untergebenen Bescheid wusste. Ebenso wenig besteht hier die Absicht, die vermutlich strafbaren Praktiken von manchen Schweizer Bankangestellten im Ausland reinzuwaschen, die ihren Kunden bei der Hinterziehung von Steuern geholfen haben. Auch der Umstand, dass gewisse Manager mit dreisten Buchhaltungstricks ihre Zahlen geschönt haben, steht nicht zur Debatte. Das alles ist zu ahnden. Dazu hat sich die CS auch verpflichtet. Doch gleichzeitig geht es nicht an, dass eine

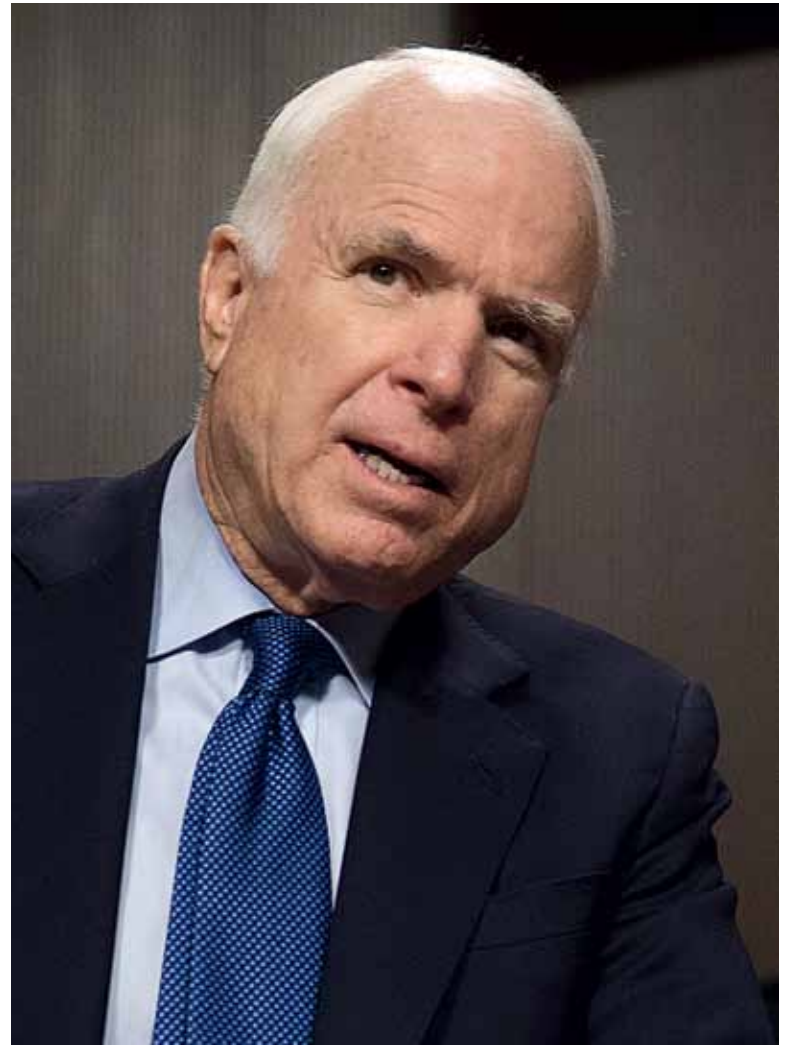
Grossmacht seit Jahrzehnten aus reinen Partikularinteressen die Finanzbranche eines Kleinstaates verteufelt und die vielen zehntausend ehrlichen Schweizer Bankangestellten pauschal diskreditiert.

Nimbus der Unbezwingbarkeit

Selbst wenn die meisten Medien die jüngste «Grillparty» als mediales Novum der Öffentlichkeit vorsetzten und sich bestenfalls an die Erfahrungen der UBS vor einigen Jahren erinnerten, so reicht diese Querele viel weiter zurück. Im Nachgang zum Zweiten Weltkrieg musste die Schweiz im Washingtoner Abkommen von 1946 weitreichende Zugeständnisse machen und den Alliierten 250 Millionen Franken Busse bezahlen. Gleichzeitig erhielt sie aber den Zugriff auf die in den USA blockierten Schweizer Vermögenswerte und wurde von der schwarzen Liste der Amerikaner gestrichen, die es ungefähr 2000 Unternehmen verbot, auf dem US-Markt tätig zu sein.

Das verlieh dem Schweizer Banksystem den Nimbus der Unbezwingbarkeit. Die Tatsache, dass die hiesigen Geldhäuser in den fünfziger Jahren dann noch zu einer phänomenalen Erfolgsgeschichte ansetzten und den Grundstein für die globale Bedeutung des Finanzplatzes legten, dürfte die Amerikaner aus der Fassung gebracht haben. Schon in den fünfziger Jahren verdächtigten sie die Schweiz, der Sowjetunion als Finanzdreh Scheibe für «düstere Mächenschaften» zu dienen. «Der schweizerischen Öffentlichkeit war kaum bekannt, dass von amerikanischer Seite sogar Schnüffler in die Schweiz geschickt worden waren», erklärt der Historiker Willi Loepfe und verweist auch darauf, dass US-Senatoren schon 1958 darauf pochten, ein Schweizer Bankier solle bei einem Hearing Auskunft über das Bankgeheimnis erteilen. Der Druck ging auch in den sechziger Jahren weiter. Loepfe spricht in diesem Zusammenhang von «heimtückischen Attacken» und erwähnt Theodore Fehrenbach, einen früheren Mitarbeiter des US-Militärnachrichtendienstes.

Dieser publizierte 1966 das Buch «The Swiss Banks», mit dem er gezielt die Schweizer Finanzbranche zu diskreditieren versuchte. «Ich benützte meine Geheimdiensttechniken, um hinter die extreme Gefälligkeit dieses scheinheiligen Geschäftsmodells zu gelan-



«Diese Augen zeigen keine Demut»: CS-Konzernchef Dougan, Republikaner McCain.

gen», gab er dem britischen *Daily Express* zu Protokoll und sorgte damals für Aufregung. Ende der sechziger Jahre stellte selbst die *Neue Zürcher Zeitung* fest, dass die Schweizer Banken in amerikanischen Comic-Strips lächerlich gemacht würden und gezielt als Werbeträger für Gangsterfilme dienten.

Zynischerweise war es der Kalte Krieg, der die Amerikaner doch zu einer gewissen Zurückhaltung gegenüber der Schweiz zwang, konnte sie doch mit ihren diplomatischen Diensten in internationalen Konflikten vermitteln. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs Ende der achtziger Jahre war der Damm gebrochen. Mit der losgetretenen Kontroverse um die nachrichtenlosen Gelder jüdischer Sammelkläger in der Schweiz war die nächste Eskalationsstufe erreicht. Die beiden Schweizer Grossbanken UBS und Credit Suisse bezahlten für die Beilegung dieses Konflikts mehr als eine Milliarde Franken und schufen so die besten Voraussetzungen für weitere «Feldzüge» der Amerikaner. Das bekam vor einigen Jahren die UBS zu spüren – der Rest ist Geschichte.

Das Vorgehen der USA gegen die Schweiz zeugt insofern von Doppelmoral, als die Amerikaner jene Standards, die sie am liebsten der ganzen Welt auferlegen würden, selber am wenigsten beherzigen. Dieselben Senatoren, die

das Schweizer Recht ignorieren, tolerieren im eigenen Land anonyme Konten und Briefkastenfirmen. Darüber hinaus drücken sie bei den Praktiken auf dem Finanzplatz von Miami beide Augen zu. Kein Banker im US-Sonnenstaat erkundigt sich nach der Herkunft der Gelder, die ihm aus dem Ausland zufließen. Die Schweizer Anwältin und Bankenkennerin Monika Roth sagt: «Steuerhinterziehung ist vermutlich noch einer der netteren Hintergründe für die Versteckspiele, die der dortige Finanzplatz anbietet.»

Briefkastenfirma in Nevada kein Problem

Mehr noch: Die Gründung einer Briefkastenfirma in den USA ist einfach. Mit einem Budget von 10 000 Dollar, Internet und einem Führerschein versuchte der australische Politologe Jason Sharman, in mehreren Ländern ein solches Unternehmen zu starten. Im US-Bundesstaat Nevada schaffte er es in einer Stunde. Zum Teil genügte eine Kopie des Führerscheins, die er als PDF-File via E-Mail den zuständigen Stellen senden konnte. In der Schweiz hatte er mit diesem Vorgehen keinen Erfolg. Nicht ohne Grund rangieren die USA im jährlichen «Financial Secrecy Index», einer Liste der ärgsten Steuerfluchtländer, auf den vordersten Rängen.

Vor diesem Hintergrund relativieren sich die an den Hearings vorgebrachten Anschuldigungen an die Adresse der Schweiz. Solche Anhörungen werden medial inszeniert, dienen sie doch den involvierten Politikern und Beamten zur Profilierung. Darum werde aus allen Rohren geschossen, würden Fakten verschwiegen, die entlastend seien, sagte der in den USA lehrende Schweizer Finanzprofessor Alfred Mettler zum *Tages-Anzeiger*. Dass Carl Levine, Leiter des Untersuchungsausschusses, fordert, noch härtere vorzugehen und mit mehr Gerichtsvorladungen aufzuwarten, passt ins Bild.

Letztlich kamen an dem Hearing keine neuen Fakten ans Licht. Selbst das Total der 22 000 verdächtigen US-Kunden der CS, die Geld am US-Fiskus vorbeigeschleust haben sollen, dürfte sich bei genauer Kontrolle auf 8000 verringern. Damit reduziert sich der «Deliktsbetrag» von zwölf Milliarden Franken auf bestenfalls vier Milliarden Franken. Insofern hatte CS-Präsident Urs Rohner am letzten Wochenende nicht unrecht, als er auf Radio SRF die Leistung seines Managements vor dem US-Senatsausschuss als «ausgezeichnet» beurteilte.

Willi Loepfe: Der Aufstieg des schweizerischen Finanzplatzes in der Nachkriegszeit. Wolfau-Druck, 2011. 471 Seiten

Das Solardebakel von Calasparra

Für 180 Millionen Franken liessen Schweizer Stromversorger das Solarkraftwerk Puerto Errado nahe dem spanischen Murcia bauen. Bei ihrem Meisterwerk unterschätzten sie die Launen der spanischen Sonne und Politiker. Ein Augenschein vor Ort. *Von Alex Baur und José Francisco Lozano (Bilder)*

Das Glück schien es gut zu meinen mit uns. Nach Murcia lichtete sich die Wolkendecke, und als wir nach einer halbstündigen Fahrt durch blühende Obstplantagen in Calasparra eintrafen, war der Himmel knallblau. Verheisungsvoll glitzerte die Sonne in den Spiegeln, die das Solarkraftwerk Puerto Errado* aufheizen. Auf einer Fläche von 65 Hektaren, was etwa 84 Fussballfeldern entspricht, so erfahren wir im Hochglanzprospekt, wird hier sauberer Strom für 15 400 Haushaltungen produziert. Den Treibstoff liefert, gratis und franko, die Natur. Was will man mehr.

Das vermeintliche Glück erweist sich indes, wie so vieles, was wir in diesen zwei Tagen in Calasparra erleben, als hinterhältiger Irrtum. Leider, so erklärte uns Isaac Hernández, der Chef des Solarkraftwerks Puerto Errado, werde die Anlage heute nicht mehr in Betrieb genommen. Der Himmel über Calasparra war an diesem Tag die meiste Zeit bedeckt gewesen, und die zwei Stunden Abendsonne reichten nur knapp aus, um die Produktion hochzufahren. Weil Dampfturbinen aber schneller altern und revidiert werden müssen, wenn sie dauernd rauf- und runtergefahren werden, verzichte man auf den ohnehin geringen Rest-Ertrag.

Wir nutzen die Zeit also für eine ausgedehnte Besichtigung von Puerto Errado – einem Bijou deutscher und schweizerischer Ingenieurskunst. Verstellbare Spiegel, die sich ständig nach dem Stand der Sonne richten, lenken die Strahlen auf Kollektoren, wo sie Wasser auf rund 280 Grad Celsius aufheizen. Über ein weitverzweigtes Leitungsnetz wird der Wasserdampf dann zu den beiden Dampfturbinen geleitet, welche die Generatoren antreiben. Das Prinzip hört sich simpel an, doch die richtige Temperatur und die richtige Konsistenz des Dampfes hinzukriegen, ist hohe Kunst, die ein komplexes computergesteuertes Netz an Reglern und Ventilen vollbringt.

Dampfturbinen haben etliche Vorteile gegenüber den marktüblichen Solarpanels, bei denen die Sonnenstrahlen direkt in Strom umgewandelt werden. Man braucht weniger und vor allem auch keine hochgiftigen Rohstoffe, was sich im Preis niederschlägt. Die Wärmekollektoren sind weniger kompliziert aufgebaut als Solarpanels und haben damit eine längere Lebenserwartung. Da sich der Dampf in Puerto Errado über rund zwanzig Minuten speichern lässt, wenn etwa eine Wolke über den Himmel zieht, ist die Stromproduktion weniger den Schwankungen ausgesetzt, die den

Netzbetreibern bei der Fotovoltaik Kopfzerbrechen bereiten. In Calasparra, wo auch ein Fotovoltaik-Kraftwerk von einer vergleichbaren Grösse steht, lässt sich das am praktischen Beispiel zeigen: Bei einer bloss um 50 Prozent höheren Spitzenleistung produzierte das Solar-Dampf-Kraftwerk Puerto Errado im letzten Jahr etwa doppelt so viel Strom (41,4 GWh) wie sein fotovoltaischer Konkurrent (21,2 GWh).

Zum Vergleich: Das Wasserkraftwerk Mühleberg (Wohlensee) produzierte im gleichen Zeitraum 157 GWh Strom, also knapp das Vierfache, während das AKW Mühleberg rund 2600 GWh Strom lieferte. Oder andersherum: Wollte man das kleinste Schweizer AKW durch

Während 7360 Stunden, also die meiste Zeit, produziert die teure Anlage nichts.

spanischen Solarstrom ersetzen, brauchte es 62 Anlagen in der Grösse von Puerto Errado 2. Nicht mit eingerechnet sind dabei allerdings die Verluste beim Transport durch eine 1400 Kilometer lange Überlandleitung, die es im Moment noch nicht gibt. Und dann wäre da noch ein zweites Problem: Auch in Spanien scheint die Sonne vor allem im Sommer – doch wir brauchen den Strom vor allem im Winter.

Die saisonalen Unterschiede sind auch im sonnenreichen Süden Spaniens drastisch. Im Spitzenmonat Juli produzierte Puerto Errado achtmal mehr Strom als im letzten Dezember. Das hat mit dem Einstrahlungswinkel der Sonne und der Länge der Tage zu tun – und mit dem Wetter. Nehmen wir zum Beispiel die Woche vom 16. bis zum 23. Februar. Die ersten drei Tage stand das Werk still wegen schlechten Wetters. Der 19. war ein perfekter Sonnentag: Nach einer Aufheizphase von knapp zwei Stunden produzierte das Werk zwischen 10 und 17 Uhr auf einer Turbine (die zweite wird nur im Sommer zugeschaltet) die volle Leistung (15 Megawatt). Der 20. Februar lief gut an, bis gegen 15 Uhr der Himmel wieder zumachte. Auch am folgenden Tag war tote Hose, danach ging es wieder bergauf. Der 23. Februar wäre perfekt gewesen, leider etwas zu perfekt – wegen eines Überangebots an Windenergie im Netz musste Puerto Errado seine Tagesproduktion um 30 Prozent drosseln.

Werkchef Isaac Hernández vertröstet uns auf den nächsten Tag – «mañana» wird das Wetter freundlicher sein. Und tatsächlich, nach 8 Uhr verzieht sich der Morgennebel aus den blühenden Obstplantagen, die Puerto Errado umgeben. Die Solarspiegel gleissen in der milden Wintersonne, dass es eine Freude ist, und auch das Gesicht des Betriebschefs hat



Der Fotovoltaik überlegen: Dampfspeicher in Puerto Errado.



Den Kapriolen des Wetters ausgesetzt: die Sonnenspiegel des Solar-Dampf-Kraftwerkes.

sich aufgehellt. Isaac – wir haben uns nach spanischer Sitte von Anfang an geduzt – brennt darauf, den Besuchern heute sein tadellos funktionierendes Hightech-Solkraftwerk zu zeigen. Schweizer Elektrizitätswerke – die EBL und die IWB aus den beiden Basler Halbkantonen, das EWZ und die EKZ aus Zürich sowie die Berner EWB – haben für Puerto Errado immerhin den stolzen Betrag von insgesamt 180 Millionen Franken hingeblättert.

Bescheidener Ertrag – enormer Verschleiss

Früher arbeitete Isaac in einem der Gaskombikraftwerke, die man benötigt, um die Stromengpässe bei Wind- und Sonnenflauten auszugleichen. Doch Puerto Errado ist für ihn mehr als ein Job: «Es ist doch schön, etwas Gutes für die Umwelt zu tun.» Isaac räumt ein, dass die Kapriolen des Wetters der grosse Haken an der Sache seien, den selbst die raffinierteste Technologie der Welt nicht aus der Welt schafft. Damit das Netz nicht zusammenbricht, muss man immer so viel Strom einspeisen, wie man rausnimmt – und das ist ziemlich schwierig, wenn man nie weiss, wie viel Strom gerade kommt. Eine einigermaßen wirtschaftliche Möglichkeit, den Strom in grossen Mengen über längere Zeiträume zu speichern, ist leider nach wie vor nicht in Sicht.

Immerhin, so versichert Isaac, seien die meteorologischen Prognosen heute so verfeinert, dass man die Produktion danach richten und planen könne. Heute zum Beispiel, so steht es auf dem Plan, den er auf seinen Bildschirm zaubert, soll Puerto Errado volle Winterlast fahren. Doch es ist, als führte der Teufel Regie: Während uns Isaac die Vorzüge computergestützter Vorhersagen erklärt, haben graue Wolken den Himmel überzogen.

Vielleicht ist es ja bloss ein gemeiner Zufall, die Ausnahme, welche die Regel bestätigt. Doch auch an diesem Tag braucht Puerto Errado nur Strom, ohne selber welchen zu erzeugen. Etwas ratlos sitzen die Ingenieure im Kommandoraum herum. Und das ist nun keine Ausnahme. Das Kraftwerk läuft im Jahr gerade mal während 1400 Stunden auf Volllast – während 7360 Stunden, also die meiste Zeit, produziert die teure Anlage nichts. Dass die Ausbeute in der Schweiz noch viel schlechter wäre, ist ein schwacher Trost.

Für Puerto Errado II wurden 65 Hektar fruchtbares Kulturland geopfert. In der sonnenreichen und trockenen Region von Murcia gäbe es zwar Brachland in Fülle, doch es eignet sich selten für Solarkraftwerke. Um diese einigermaßen effizient zu betreiben, braucht es eine leicht gegen Süden geneigte Hanglage

mit einem Anschluss ans Wassernetz – und solche Lagen werden naturgemäss auch landwirtschaftlich genutzt. Der Wasserverbrauch wurde dank einer ausgeklügelten Luftkühlung zwar auf ein Minimum beschränkt, doch ohne geht es nicht, zumal die Solarspiegel mindestens zweimal pro Woche gereinigt werden müssen. Wo es trocken ist, da gibt es naturgemäss immer auch viel Staub.

Ohne staatliche Abnahmegarantie und – unabhängig von Angebot und Nachfrage – ohne einen garantierten Preis von knapp 30 Eurocent pro Kilowattstunde wäre Puerto Errado ein gewaltiges Verlustgeschäft. Auf dem spanischen Markt wird mit einem durchschnittlichen Referenzpreis von 5 Eurocent pro kWh Strom gerechnet. Die Differenz von 25 Eurocent wird über Zwangsabgaben beglichen. Zwar prophezeit die Ökobranche seit drei Jahrzehnten den unmittelbar bevorstehenden Preiszerfall: Wenn der Ökostrom einmal in Massen produziert würde, so die Theorie, würde er auch billiger. Das mag auf den ersten Blick einleuchten. In der Praxis ging die Rechnung bislang nicht auf. Denn dem relativ bescheidenen Ertrag von Sonne und Wind steht ein enormer Verschleiss an Ressourcen (Land, Arbeit, Infrastruktur) entgegen. Und diese Ressourcen werden bei einer steigenden Nachfrage nicht billiger, sondern

Energiewende

Kasse leer

Eine Fachkommission des deutschen Parlaments fordert, die Ökostrom-Förderung abzuschaffen. Von Alex Reichmuth

Das hat den Protagonisten der deutschen Energiewende noch gefehlt: Die Kommission Forschung und Innovation empfiehlt, das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) abzuschaffen und damit die Förderung von Ökostrom zu stoppen. Die Kommission dient nicht irgendwelchen Industriekapitänen zu, sondern ist vom deutschen Bundestag ins Leben gerufen worden.

Das Fazit der Kommission zum Wind- und Sonnenstrom ist vernichtend. Von dessen Förderung gehe keine Innovationswirkung aus, stellt sie fest. Im Gegenteil errichte die Verbilligung finanzielle Barrieren gegen bessere Energietechnologien. Dabei wurde die Ökostrom-Förderung immer mit dem Argument propagiert, sie biete technologische Chancen. Weiter senke die Subventionierung nicht etwa den CO₂-Ausstoss, sagt die Kommission, weil dieser durch das Emissionshandelssystem sowieso beschränkt sei. «Das EEG sorgt also nicht für mehr Klimaschutz, es macht ihn aber deutlich teurer», so das Fazit.

Der Expertenbericht ist bemerkenswert, weil bis anhin noch kein offizielles Gremium die Widersprüche der deutschen Energiepolitik so offen angesprochen hat. Inhaltlich ist er nur das i-Tüpfelchen zu den fast täglich eintreffenden Hiobsbotschaften in Sachen Energiewende. Da ist einmal die Krise der Alternativstrom-Branche. Statt dass ein Jobwunder wahr wurde, wie von grünen Kreisen angekündigt, müssen Wind- und Solarkraftproduzenten Tausende von Angestellten entlassen. Im November waren in der Herstellung von Solarmodulen in Deutschland noch 4800 Personen beschäftigt, weniger als halb so viele wie Anfang 2012. Laut der Industriegesellschaft Metall sind 2013 auch bei der Offshore-Windindustrie 2000 Stellen verlorengegangen, weitere 1000 Arbeitsplätze sollen gefährdet sein. Im Januar hat der deutsche Windparkbetreiber Prokon Insolvenz angemeldet. Viele Kleinanleger, die den Schalmeienklängen angeblich lohnender Investitionen erlegen sind, müssen total 1,4 Milliarden Euro bei Prokon abschreiben.

Der künstlich verbilligte Ökostrom bringt auch die grossen Energieunternehmen in Nöte. Der Versorgungsriese RWE meldete im Januar Wertberichtigungen von 3,3 Milliarden Euro. Total beläuft sich

der Wertverlust der Energiekonzerne RWE, E.On, Vattenfall und EnBW gemäss der *Wirtschaftswoche* seit 2011 auf 6,4 Milliarden Euro. Viele Mitarbeiter landen auf der Strasse. RWE kürzt aus Geldnöten das eigene Engagement punkto erneuerbare Energien zusammen und streicht bis 2015 die Hälfte der zuletzt 1500 Stellen. Insgesamt will RWE bis 2016 gar 6750 Arbeitsplätze aufheben, ein Zehntel der Belegschaft. Und sollte die EU wie angedroht die Befreiung Tausender deutscher Unternehmen von der EEG-Stromzulage nicht mehr akzeptieren, droht Deutschland der Exodus ganzer Industriezweige.

Der private Stromkonsument ächzt schon heute unter den Abgaben für die Ökostrom-Förderung, die sich auf 22 Milliarden Euro jährlich beläuft. Um die Stromversorgung zu sichern, könnte laut *Wirtschaftswoche* innert zehn Jahren «ein mittlerer zweistelliger Milliardenbetrag» dazukommen. Denn Kohle- und Gaskraftwerksbetreiber müssen abgezogen werden, damit sie mit ihren unrentabel gewordenen Kraftwerken bereitstehen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht.

«Sehr profane Motive»

Es mehren sich die Stimmen, die das Energieschlamassel anprangern. Die «Sicherung eigener wirtschaftlicher Vorteile» erkannte BASF-Chef Kurt Bock in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* als eines der «sehr profanen Motive» für Klimaschutz und Energiewende. Selbst auf linker Seite stellt sich Ernüchterung ein. Alt-Kanzler Gerhard Schröder (SPD) plädiert dafür, die restlichen AKW nicht 2022 abzustellen, sondern erst zehn Jahre später. Derweil ärgert sich Oskar Lafontaine, Spitzenpolitiker der Linken, über die «Zerstörung der deutschen Kulturlandschaft» durch Windparks: «Das Fördersystem für erneuerbare Energien sorgt dafür, dass mit jedem neuen Windrad mehr Kohle verfeuert [...] wird.»

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) will nun die Ökostrom-Förderung revidieren und so retten. Die Abgeltungssätze sollen stark gesenkt werden. Das sind schlechte Nachrichten für Schweizer Elektrizitätsunternehmen, die Hunderte von Millionen Franken in deutsche Windparks investiert haben.

cher teurer. Kommt dazu, dass die ständig der Witterung ausgesetzten Wind- und Solaranlagen rapide altern und entsprechend schnell abgeschrieben werden müssen.

Spanien ist neben Deutschland der grösste Solarstrom- und Windstromproduzent Europas. Seit der Jahrtausendwende haben die Iberer den Ökostrom mit zweistelligen Milliardenbeträgen subventioniert. 2009 sorgte indes eine breit angelegte Untersuchung der Universidad Rey Juan Carlos in Madrid für einen Schock. Die Studie kam zum Schluss, dass der Ökoboost zwar vorübergehend und vor allem im Baugewerbe gegen 50 000 neue Arbeitsplätze geschaffen hatte – dass aber für jeden der hochsubventionierten *green jobs* 2,2 Stellen in der realen Wirtschaft verlorengegangen waren. Die Erklärung: Die massiv erhöhten Strompreise führten bei der Industrie, aber auch etwa im stromintensiven IT-Bereich zu einer Abwanderung ins Ausland. Wegen der witterungsbedingten Unzuverlässigkeit des vermeintlichen Ökostroms konnte Spanien seine Abhängigkeit von Öl- und Gasimporten zudem kaum reduzieren.

Ökostrom-Experiment ist gescheitert

Vom Atomausstieg redet in Spanien heute kaum noch jemand, die Laufzeiten der AKW wurden kürzlich auf unbestimmte Zeit verlängert. Hingegen gibt es Pläne, die Subventionen für Ökostrom massiv abzubauen. Betreiber von Kleinanlagen sollen sogar ganz auf Subventionen verzichten und darüber hinaus für die Regulierungskosten im Netz aufkommen. Die Lage ist ernst. Während die spanischen Stromgiganten auf einem Schuldenberg von 37 Milliarden Euro sitzen, sind die Staatskassen leer, siecht die Wirtschaft in der Euro-Krise vor sich hin. Allein die Ankündigung des neuen Stromgesetzes liess den spanischen Ökoboost platzen wie eine Seifenblase. Noch ist nichts definitiv, kein Politiker wagt, den ersten Stein zu werfen, doch im Grunde wissen sie alle, dass das Experiment gescheitert ist.

Im *municipio* von Calasparra empfängt uns Bürgermeister Jesús Navarro. Die Gemeinde im Hinterland von Murcia wurde vom Zusammenbruch der Öko-Bonanza besonders hart getroffen. Neben der Landwirtschaft gibt es hier nicht viel – ausser eben Sonne und Wind in Hülle und Fülle. Im Vertrauen auf die Versprechungen der Regierung verschuldeten sich viele Bauern bis über die Ohren, um ihre Einkünfte als Wind- und Sonnenfarmer aufzubessern. Rund ein Drittel der 60 000 spanischen Kleininvestoren, die auf Alternativenergie spekulierten, leben in der Gegend von Murcia. Und viele von ihnen stehen nun vor dem Ruin.

In Calasparra wurde eine Schule für Solarinstallateure aus dem Boden gestampft, für ihre Pionierrolle wurde die Gemeinde mit Orden ausgezeichnet. Das ist nun alles Makulatur. Jesús ist wütend – wütend auf die Regierung,



Gutes für die Umwelt: Werkschef Hernández (l.), Projektleiter Rothe (M.).



Eine Stadt vor dem Ruin: Calasparras Bürgermeister Jesús Navarro.

die sich nicht an Versprechen hält, aber wütend auch auf die Elektrizitätsriesen, die den Strompreis in astronomische Sphären getrieben hätten. Hundert Euro bezahle eine durchschnittliche Familie hier monatlich für den Strom – und das ist in dieser Weltgegend eine Stange Geld. Achtzehn Cent kostet die Kilowattstunde mittlerweile. Den Einwand, dass die Verteiler denselben Strom den Solarfarmern für 30 Cent abkaufen müssten und dass diese Rechnung irgendwie nicht aufgehen könne, lässt Jesús nicht gelten. Die Stromgiganten seien politisch verfilzt und verdienten sich auf Kosten des Volkes eine goldene Nase.

Der spanische Traum vom garantierten Öko-Profit scheint vorerst geplatzt.

Juan Ricardo Rothe, der mich als Projektleiter von Puerto Errado auf meinem Ausflug ins spanische Sonnenland begleitete, wirkt auf der Heimreise ziemlich nachdenklich. Das Solar-Dampf-Kraftwerk ist sein Kind. Im Auftrag der Elektra Baselland (EBL) leitete der sympathische Argentinier mit deutschen Wurzeln den Bau der Anlage, die im August 2012 planmässig ans Netz ging und seither ohne nennenswerte Pannen funktioniert. Darauf kann er stolz sein. Juan Ricardo brachte mir einen ganzen Stapel von Hochglanzprospekten über Puerto Errado mit. Doch die Realität, die wir vor Ort sahen, war etwas anders. Die Fragen, die mich interessieren, hatten die PR-Spezialisten der EBL sorgsam ausgeklammert.

Der 63-jährige Juan Ricardo Rothe befasst sich mit einer Reihe von Wind- und Solarprojekten in der europäischen Nachbarschaft, bei

denen die EBL einsteigen möchte. Die Baselbieter liegen damit voll im Trend. Schweizer Elektrizitätswerke buttern seit Jahren diskret Hunderte von Millionen in ausländische Ökoprojekte. Das hat zum einen damit zu tun, dass die Schweiz wetterbedingt für Wind- und Solaranlagen denkbar ungeeignet ist. Auf der anderen Seite sind die Kassen voll. Und das Bedürfnis, etwas fürs Image zu tun, ist gross.

Die Realität hat keine Chance

Die massive Subventionierung der Alternativenergie ohne Rücksicht auf Angebot und Nachfrage hat zu einer übermässigen Stromproduktion und zu einem Zerfall der Marktpreise geführt. Darunter leidet vor allem die Wasserkraft. Neue Investitionen rechnen sich kaum noch. Ein Beispiel dafür liefert das Projekt Chlus zwischen Küblis und Landquart im Bündner Prättigau. Mit Investitionen von 350 Millionen Franken liesse sich hier das Zehnfache an Strom produzieren, der in Puerto Errado anfällt. Anders als in Spanien wäre die Produktion in den Bündner Bergen zuverlässig und sogar regulierbar. Staudämme und Stollen halten zudem Hunderte von Jahren und müssen nicht auf 30 Jahre abgeschrieben werden. Doch bei einem kalkulierten Preis von 12 Rappen pro kWh rechnet sich das Projekt Chlus einfach nicht – obwohl der heimische Wasserstrom dreimal günstiger zu haben wäre als der Solarstrom im fernen Spanien.

Als die Industriellen Werke der Stadt Basel (IWB) im letzten Herbst ihre finanzielle Beteiligung an Puerto Errado auf null abschrieben, flackerte am Rheinknie eine kurze Debatte über den Irrwitz der Strom- und Subventionspolitik auf. In der restlichen Schweiz schien sich indes keiner gross um das Thema zu sche-

ren. Das grüne Image des Ökostroms ist derart mächtig, dass die ernüchternde Realität dagegen keine Chance hat. Vielleicht ist die Materie auch schlicht zu komplex, zu technisch, als dass man sich damit abmühen mag.

Juan Ricardo Rothe ist nicht nur ein erfahrener Ingenieur, sondern auch Ökonom. Er glaubt, dass der Wind- und Solarstrom durchaus einen Platz haben wird im Strommix und dass wir von den fossilen Brennstoffen wegkommen sollten. In Puerto Errado wird auch mit höheren Temperaturen experimentiert, die eine höhere Ausbeute brächten, aber auch mit Salzlösungen, in denen sich die Wärme etwas länger speichern liesse. Vielleicht wird dereinst sogar Solarstrom von Afrika nach Europa fließen, wer weiss. Aber selbst Rothe regt sich immer wieder auf über Politiker, die «hundert Prozent Ökostrom» verkünden und sich dabei keinen Deut um die Gesetze der Physik scheren.

Man kann es einem gewinnorientierten Unternehmen kaum verübeln, wenn es irrwitzige Subventionen abholt und dafür die von den Politikern gewünschten Systeme liefert, und mögen sie noch so ineffizient sein. Man kann sich allerdings fragen, ob es die Aufgabe von öffentlichen Schweizer Elektrizitätswerken ist, sich an solch spekulativen Auslandsgeschäften zu beteiligen. Der spanische Traum vom garantierten Ökoprotit scheint vorerst geplatzt. Vielleicht wären die Investoren etwas vorsichtiger gewesen, wenn sie ein Wörterbuch in die Hand genommen hätten, bevor sie die Millionen nach Spanien schickten – Puerto Errado heisst auf Deutsch «falscher Hafen».

* Puerto Errado wurde von der deutschen Firma Novatec entwickelt. Der Prototyp «Puerto Errado 1» wird heute zu Forschungszwecken genutzt, die in der Reportage beschriebene Anlage heisst offiziell «Puerto Errado 2».

Ansturm auf Europas Aussenposten

In den spanischen Nordafrika-Exklaven Ceuta und Melilla wird aufgerüstet. Kein Zaun scheint den Migranten hoch genug, um ihn nicht doch irgendwie zu bezwingen. Skepsis und Angst dominieren beiderseits der Grenze. Von Jan Marot



Asyl ist eine Illusion: Schmuggler in der spanischen Exklave Melilla.

Knapp vor dem Ziel ist Aufgeben keine Option. War es nie. Seit eineinhalb Jahren harret der Malier Mohamed L., 25, (seinen vollen Namen will er nicht nennen) im Bergland unweit von Fnideq, Grenzstadt mit 53 000 Einwohnern in Nordmarokko, aus. «Der höchste Zaun ist kein Hindernis, nach all den Entbehungen», sagt er. «Das schreckt niemanden ab.»

Vor fast drei Jahren sei er wegen des eskalierenden Konflikts zwischen Tuareg und Dschihadisten geflohen. Sein Traum als Ex-Soldat der malischen Streitkräfte sei die Fremdenlegion gewesen. Stolz zeigt er Fotos, die er aus dem abgegriffenen Spanisch-Wörterbuch holt. Darauf sieht man, wie er vor Legionären salutiert, die in Mali eingesetzt wurden. Unter der Bedingung «Keine Kamera!» führt er mich in den Wald nahe der Stadt: «Mit dem Fernsehen machten wir schlechte Erfahrungen.» Einmal seien die TV-Leute mit der Polizei im Schlepptau gekommen. Sie stellten «dumme Fragen» nach ihrer nächsten Strategie.

Knapp 300 seien es, die drei Kilometer entfernt vom mit rasiermesserscharfem Nato-Draht versehenen, bis zu sieben Meter hohen doppelten Grenzwall der spanischen Nordafrika-Exklave Ceuta (84 000 Einwohner) auf die Chance warten, EU-Territorium zu erreichen.

Es sind wohl weit mehr, die in lottrigen Behausungen aus löchrigen Plastikplanen über-

leben. Nur wenig Schutz vor Regen bieten diese. Keinen vor Kälte und dem Wind, der hier, wo der Atlantik auf das Mittelmeer trifft, permanent weht. Erkältungen könnten tödlich enden, sagt Mohamed L., «mangels Geld für Medizin». Wärme spendet ein kleines Feuer. Auf dem wird das wenige, was sie haben, gekocht: Reis, Couscous und was an Kleintieren gefangen wurde. Hunger ist ein ständiger Begleiter. Es wird gejagt und gebettelt. Arbeiten sei in Marokko unmöglich, klagt er. Zeige man sich öffentlich, folgt die Festnahme und Abschiebung: «Wir bewegen uns wie Schatten.»

«Weniger als fünf Minuten reichen, dann sind wir wie vom Erdboden verschluckt.»

Anders als am Monte Gurugú unweit der zweiten spanischen Nordafrika-Exklave Melilla (83 000 Einwohner) lebt man hier in kleinen Gruppen und nicht nach Religion oder Nationalität getrennt. Es wird Wache gehalten, das Nötigste stets griffbereit, um wegzulaufen: «Weniger als fünf Minuten reichen, dann sind wir wie vom Erdboden verschluckt», sagt der Malier.

Laut der spanischen Zeitung *El País* sollen um Ceuta und Melilla mehr als 30 000 Menschen

auf den grossen Sprung ins erträumte bessere Leben warten. Da Brüssel an die Partnerstaaten Nordafrikas die Aufgabe delegierte, die Migration zu bremsen, sieht man in Fnideq selbst keinen einzigen Menschen dunkler Hautfarbe. Sie wagen sich nur bis an die Stadtgrenze. Wo einzelne Geschäfte, Bäcker und Gemüsehändler nur muslimischen Migranten Nahrung spenden. Christen indes, die Ceuta bereits erreicht haben, erzählen von Verfolgung und Gewalt.

Tiefe Narben an beiden Händen

Wie Gordon G., 32, aus Liberia. Er verliess seine Heimat vor elf Jahren: «Guinea, Mali, Mauretanien und Algerien waren die Hölle.» Er ist zuversichtlich, Asyl zu erhalten. Die Wunden des Nato-Drahts sind zu tiefen Narben an seinen Händen verheilt. Dabei diene dieser «nur der Abschreckung», wie der spanische Premier Mariano Rajoy vom konservativen Partido Popular (PP) zuletzt auf EU-Kritik hin argumentierte. Auf Asyl hofft auch der Kameruner Romaric N., 23, der als Christ von der Odyssee durch muslimische Staaten berichtet und am 17. September 2013 vor den Herbststürmen schwimmend Ceuta erreichte. Der gelernte Mechaniker war Söldner. Er sei geflohen, so erzählt er, «weil er keinen moralischen Krieg führen wollte».

«Es war immer hart. Die gesamte Reise», sagt auch Kabái H., 21, Muslim aus Mali. Ende Dezember des Vorjahres setzte er in einem Spielzeug-Schlauchboot nach Ceuta über. Er sass nur einen Monat in Marokko fest. Seither ist er im Auffanglager Ceti interniert, das wegen steigender Zahlen an Migranten aus allen Nähten platzt. Wie man beim Ceti in Melilla betont, seien dort mehr als 1300 Menschen untergebracht (ausgelegt ist es für maximal 500), nachdem am 1. März 214 Migranten den Wall in einem Massenansturm bezwangen. Darunter die erste Frau, Mireille, 15, aus Kamerun, die mit gebrochenem Schlüsselbein beim vierten Versuch die Zäune überwand.

Auslöser des grössten Grenzzwischenfalls seit 2005 war eine Aktion des marokkanischen Militärs, das die provisorischen Lager der Migranten stürmte und niederbrannte, wie diejenigen, die es schafften, berichten. Alleine in Melilla versuchten 2014 mehr als 4000 Menschen die Grenze zu überwinden. Mehr als 600 mit Erfolg – und mit tiefen Schnittwunden. Sie küssten den Boden und hoben die blutenden Hände zum Victory-Zeichen. Ihr Ziel schien erreicht. Ihre Leiden würden belohnt, glaubten sie.

Auf das iberische Festland werden die wenigsten gelangen. Asyl ist in den meisten Fällen eine Illusion. Im Schnitt wurden 2012 und 2013 nur knapp 15 Prozent von etwa 3000 gestellten Anträgen positiv bewertet. Viele werden abgeschoben. Mitunter aus Ceuta und Melilla ohne Prüfung ihres Status direkt nach Marokko, wie NGOs wie Andalucía Acoge wiederholt – mit Video- und Fotomaterial belegt –, klagten und Acoge-Generalsekretär Mikel Araguás bestätigte. Das Gros erhält die schriftliche Aufforderung, das Land zu verlassen, und taucht unter.

Angst herrscht selbst bei der Guardia Civil, welche die Grenzpolizei stellt. Der gemeinsame Gegner schweisst Marokkaner und Spanier zusammen. Dabei beansprucht Marokko die Exklaven Ceuta und Melilla und eine Handvoll Eilande in Küstennähe für sich. Was zuletzt in der Petersilieninsel-Krise (2002) fast zur militärischen Eskalation führte. Spanien, seit Jahrhunderten im Besitz beider Städte, hat dafür kein Verständnis.

Beiderseits werden die Truppenkontingente aufgestockt. Dabei sind die Kontrollen am Übergang lax. Junge Marokkaner springen vor der Polizei über den mit etwa drei Metern eher niedrigen Zaun, nachdem sie Säcke mit Schmuggelplunder darüber geworfen haben. Das wird augenzwinkernd toleriert. Bei der Einreise nach Ceuta werden kaum Autos oder

Fussgänger durchsucht. Dabei ist das nahe Rif-Gebirge weltweit der grösste Haschisch-Produktionsort und die Exklave eine beliebte Route der Schmuggler.

«Ihre Frauen aufgestylt»

Der Fokus gilt denen, die illegal hineinkommen. «Ein Ansturm mehrerer Dutzend oder gar hundert Migranten ist ein bedrohlicher Anblick», sagt Francis, ein Mitglied der Guardia Civil. Auch er will anonym bleiben: «Greifen diese doch zu Stöcken und Steinen.» Verletzte gibt es gemäss den Innenministerien in Madrid und Rabat stets aufseiten der Grenz-wachen zu beklagen.

«Ein Ansturm mehrerer Dutzend oder gar Hundert Migranten ist ein bedrohlicher Anblick.»

Die Stimmung der Bevölkerung Ceutas ist angespannt. Grenzen zum Rassismus werden im Gespräch nicht seltener überschritten als reale von Migranten. Die Krise hat eine Rekordarbeitslosigkeit von mehr als 40 Prozent verursacht. Neid schürt Ängste um das bisschen Wohlstand: «Nur einer von zehn ist ein bedürftiger Flüchtling», echauffiert sich Rafael Ferrón vom Duty-Free-Shop am Hafen: «Schauen Sie sie sich an. Alle top gekleidet, ihre Frauen

aufgestylt.» Früher hätten jene «nur Drogen geschmuggelt». Kontakt gibt es kaum. Einheimische Berber und Spanier bleiben unter sich. «Alle lassen uns im Stich», sagt Javier Morales. Der Mittfünfziger ist Jurist der Stadtverwaltung und empört über die schwedische EU-Kommissarin für Inneres, Cecilia Malmström. Sie kritisierte die «übertriebene Gewalt» der Grenz-wache. «Sie hat keine Ahnung, was hier vor sich geht», ist er überzeugt. Und auch keine davon, «dass die forcierte Überwachung durch die europäische Grenzpolizei den Migrationsdruck an den Exklaven verstärkt».

Vergangenen Montag traf Malmström auf Innenminister Jorge Fernández Díaz (PP), um «Erklärungen für den Einsatz von Gummigeschossen» in Ceuta von Anfang Februar einzufordern. Mindestens fünfzehn Migranten waren am Strand von El Tarajal an der Grenze ertrunken. Abgebrannte Kerzen und vertrocknete Blumen erinnern im Kies an die in namenlosen Gräbern Bestatteten. Vor allem im Herbst und Winter sterben immer wieder Menschen. Sei es beim Versuch, schwimmend die Exklave zu erreichen, oder wenn Boote kentern.

«Die Anstürme werden zunehmen», ist sich Javier Morales von der Stadtverwaltung nach der Tarajal-Tragödie sicher: «Sie werden auf der anderen Seite, bei Benzú, den nächsten Angriff starten.» ○



Manche angesagten Heizsysteme haben so ihre Tücken. Heizen Sie besser mit Öl.

Auf eine moderne Ölheizung ist in jeder Situation Verlass. Der eigene Tank macht Sie unabhängig und schützt vor Versorgungs-Unterbrüchen. Eine moderne Ölheizung überzeugt aber auch hinsichtlich Kosten, Effizienz und Umwelt.

Weitere Informationen über die raffinierte Energie: Gratistelefon 0800 84 80 84 oder www.heizoel.ch

HEIZEN MIT ÖL
Die raffinierte Energie

Schutz im Partyzelt

Unser Autor war an der glamourösesten Party in der Oscar-Nacht. Und beobachtete, wie sich Hollywood vor dem Untergang rettet.

Von Tom Kummer

Verdammt, wo steckt eigentlich George Clooney?

Der Suchscheinwerfer eines Polizeihubschraubers durchlöchert die Dunkelheit über 8650 Sunset Boulevard: ein Parkplatz. Hier steht das mondänste Partyzelt Amerikas. Die Celebrity-Bibel *Vanity Fair* lädt zur Oscar-Party ein. Der Lichtkegel ruht jetzt auf zwei brasilianischen Paparazzi, die in Handschellen vor einem Streifenwagen knien. Sie haben womöglich versucht, ins Partygelände einzudringen. Irgendjemand habe «George Clooney!» geschrien.

Dieser Anblick macht sentimental – wie der eines Trachtenvereins.

Es ist Sonntagnacht, 22.30 Uhr. Die Oscars sind vergeben. Vor dem aufwendigsten Partyzelt aller Zeiten, entworfen vom Architekten Basil Walters, herrscht ein höllisches Gedränge aus Limousinen, Stars und Entourage. Deren Auftritt macht sentimental – wie der Anblick eines Trachtenvereins. Was ist vom Star-Dasein noch übriggeblieben?

Spike Jonze, Oscar-Gewinner für das beste Drehbuch, kriecht unerkannt über die Kühlerhaube einer eingekleiteten Limo und schlägt sich alleine und mit gezogenem iPhone zum Haupteingang durch. Dort erklärt ihm ein Aufpasser, dass hier keine Fotos geschossen werden dürfen. Auch das Twittern sollte unterlassen werden. Hier herrscht *Vanity Fair!*

Dabei stürzen die Perspektiven! Die Grenzen der Wahrnehmung verschwimmen. Nichts von dem, was der Reporter jetzt mit eigenen Augen sieht, ist bloss deswegen schon real. Vor zehn Minuten schrie ein Mensch hinter der grossen Abschränkung: «George Clooney!» Dann kam der Polizeihubschrauber mit der Nachtsonne.

Doch George ist mindestens 10 000 Kilometer entfernt von Hollywood, erzählt Kevin Huvane, Agent der Creative Artist Agency, im Inneren des Partyzelts, dort, wo das Rauchen elektronischer Zigaretten gestattet ist. Clooney sitzt in London bei seiner neuen Freundin, Amal Alamuddin, sie ist die Anwältin von Wikileaks-Gründer Julian Assange. Huvane ist Superagent, vielleicht der erfolgreichste im Hollywood der Gegenwart. Er macht gerade Pause in der VIP-Zone 3, hier mischen sich inoffizielle «Journalisten» wie die Schriftsteller Bret Easton Ellis oder Fran Lebowitz unter die



Wunderschön glänzen: Oscar-Gewinnerin Nyong'o.

Stars aus der Zone 2. Und alle spekulieren dann darüber, was wohl in der Hot Zone 1 geredet wird – jenem abgesperrten Bereich «For Oscar Nominees Only».

Irritierend klein

Huvane ist der Agent der Stunde. Er hat den ungeheuerlichsten Schauspielervertrag aller Zeiten ausgehandelt, und zwar für seine Klientin Sandra Bullock, die mit ihrem Auftritt in «Gravity» womöglich weit mehr als siebzig Millionen Dollar kassieren wird. Der Film hat gerade sieben Oscars gewonnen und weltweit bisher 700 Millionen Dollar eingespielt. Frau Bullock kassiert 15 Prozent der Einnahmen, minus die 20 Millionen Dollar, die sie als Vorschuss kassierte.

Ein schrecklich schöner Vertrag in diesen für Hollywood eher schwierigen Zeiten. Produktionen wandern in steuergünstigere Staaten ab oder gleich ganz nach Kanada. Nichts ist mehr stabil. Hollywood muss sich sammeln. Im Partyzelt finden. Kevin Huvane zieht jetzt genüsslich an seiner E-Zigarette, während er den Einmarsch von Oscar-Gewinner Matthew McConaughey beobachtet.

Wollte man Hollywoods Standing und Relevanz, den Glanz und Glamour seiner Stars allein an der *Vanity Fair*-Party messen – die amerikanische Filmbranche müsste sich nicht weiter sorgen. Doch die Zeiten sind schlecht, die kreative Krise ist gross. Vielleicht erschien einem die diesjährige Oscar-Show deswegen so irritierend klein, so bescheiden, fast unglamourös. Das Hollywood-System wankt – auch unter dem System «Silicon Valley».

Und die Einzigen, die das ändern können, sind Agenten wie Kevin Huvane. Sie verkörpern die Urform des Kunstkommerzes, eine Schattenmacht, die garantiert, dass die Unterhaltungsindustrie ihren grenzenlosen Appetit stillen kann. Sie sind «die Auftragskiller im Schweinesystem» (Robert De Niro), die im Hintergrund operieren, Pakete mit Studios und Geldgebern für ihre Klienten schnüren, damit die Stars und Sportstars in Filmen und Fernsehserien und die vielen Glamour-Rituale noch greller, geiler und teurer schimmern können.

Witzig, aber harmlos

Huvane und seine Agenten der Creative Artist Agency sind Teil des allmächtigen Syndikats, die unbekannte Elite Hollywoods, keine Stars, sondern *starmakers*. Sie nehmen fünfzehn Prozent von allem, was sie berühren. Und sagenhafte Bonusse zum Jahresende. Sie beherrschen eine eigene Sprache und Gestik, die Syntax des Erfolgs: «Nimm immer eine beherrschende Stellung im Partyzelt ein, umgebe dich immer mit einer loyalen Gruppe von Gefolgsleuten, kehre nie dem Schlachtfeld den Rücken zu. Halte dein Lächeln konstant, und lasse deine Zähne alle drei Monate aufhellen.»



Urform des Kunstkommerzes: Agent Huvane.

Jetzt wandert Huvanes Blick einer Art-Déco-Säule entlang, während er den Rauch aus seiner E-Zigarette in Richtung Zeltdecke bläst, dorthin, wo der Regen leicht durchgesickert ist. Der Rauch wandert zum Eingang, wo der Gastgeber steht, *Vanity Fair*-Chefredaktor Graydon Carter. Er hat sich für diesen Event das gute alte Label Impresario angeheftet, so wie vielleicht mal Steve Rubell zur grossen Zeit des legendären Partypalasts Studio 54.

Der Höhepunkt

Aber Carter sieht in seinem lächerlichen Kapitänanzug eher wie ein Mitglied des britischen House of Lords aus. Er umarmt jetzt die Oscar-Moderatorin Ellen DeGeneres, die vor vielen Jahren in einem *Vanity Fair*-Zelt ihre erste grosse Liebe fand, die Schauspielerin Anne Heche. Seither ist sie zur Vorzeigebesitzerin des amerikanischen Fernsehens aufgestiegen – das hat Folgen: Sie ist zwar immer noch witzig, aber harmlos. Sie liess die Stars während der Oscar-Show Pizzas essen, schoss Selfies, die dann Twitter lahmlegten. Was immer das bedeutet. Ihr Anblick macht sentimental.

Es ist verdammt lange her, seit es so was wie ein Anti-Establishment in Hollywood gab und die Mutigsten das System mit einer selbstzerstörerischen Ernsthaftigkeit attackierten. Als 1979 Michael Ciminos «Deer Hunter» den Oscar für den besten Film erhielt, demonstrierten am Abend nach der Oscar-Party einige hundert Menschen auf den Strassen von Los Angeles gegen die US-Aussenpolitik – darunter Michael Cimino, Robert De Niro und Meryl Streep.

Heute unterwandert sich das Establishment ganz von selbst, ist läppisch stolz darauf – und Samsung liefert die Technologie dazu. Einer der



Fotobombe: Hathaway (l.), Leto.

Höhepunkte der diesjährigen *Vanity Fair*-Party: Jared Leto, Oscar-Gewinner für die beste Nebenrolle, bombt das *Vanity Fair*-Porträt von Anne Hathaway (Fotobomben machen aus einem Bild etwas ganz anderes als eigentlich beabsichtigt).

Der Superagent Huvane steht jetzt auf, umarmt Brad Pitt (er wird von der CAA-Konkurrenz vertreten), Produzent von «12 Years a Slave», und lächelt dazu sein geheimnisvolles Agentenlächeln. In Huvanes Grinsen steckt diese perverse Mischung aus vorgespieldem Kulturpessimismus und Unverschämtheit, die den fatalistischen Humor von Hollywoods Agenten immer wieder so wunderschön glänzen lässt.

«12 Years a Slave» hat zirka einen Viertel des Bullock-Honorars gekostet. «Wäre er nicht zum besten Film gewählt worden, hätte der Academy ein Shitstorm gedroht», sagt Huvane jetzt eher achselzuckend. Rückblickend sei Quentin Tarantinos «Django Unchained» der «richtige Sklavenfilm für die Jetzt-Generation». Als Huvane dies sagt, blickt Brad Pitt bereits ins nächste Grinsen.

Und wie beim nahenden Ende jedes Partyabends fragt man sich auch im Partyzelt von *Vanity Fair*, ob das jetzt alles war. Ob das Kino nicht mehr zu bieten hat und ob der Egotrip und unser eigenes Kopfkino nicht vielleicht doch die besseren Filme und Selfies schiessen? George Clooney lieferte eine Antwort. Er blieb in London. Vielleicht aus Liebe.

Dann aber landen viele Selfies auch wieder im Abfall, und ein paar grosse Kinofilme ändern unser Leben, werden zu Klassikern – und lässt man ein, zwei, zwanzig oder sechzig Jahre verstreichen, muss man in der Rückschau meist sagen: «Eigentlich war 2013 doch ein verdammt gutes Jahr.» ○

Die unersättliche Frau

Als medizinische Diagnose ist Nymphomanie seit Jahrzehnten ein Relikt. Aber in Köpfen, Pornofilmen und Sexanzeigen ist die Fantasie der mannstollen Frau nicht totzukriegen. *Von Beatrice Schlag*

Der Däne Lars von Trier ist kein Regisseur, der die Massen beschäftigt. Er dreht Filme, die Kritiker komplex, kopflastig oder genial depressiv nennen. Mit anderen Worten: Nichts für einen leichtverdaulichen Kinoabend.

Lars von Triers neuer Film heisst «Nymphomaniac» und dauert über vier Stunden. Er beginnt damit, dass ein netter, älterer Herr in einem Hinterhof eine nicht mehr ganz junge Frau findet, die bewusstlos am Boden liegt und offensichtlich zusammengeschlagen wurde. Er nimmt sie mit nach Hause und macht ihr Tee. Die Frau, die sich Joe nennt, sagt von sich, sie sei ein böser Mensch und eine Nymphomanin. In Rückblenden erzählt sie, wie ihr trotz unzähliger Begegnungen ungestilltes Begehren sie in immer drastischere und demütigendere sexuelle Praktiken verstrickte.

Dass der Film seit der Premiere im Dezember von der Presse seitenlang und fiebrig besprochen wird, verdankt er seinem gezielt provokanten Titel. Obwohl der Warnhinweis «Forget About Love» schon auf den Filmplakaten Liebloses verheisst, ist die Aussicht auf vier Stunden Nacktszenen mit einer Frau, die es von einem Partner zum anderen treibt, scheinbar unwiderstehlich attraktiv. Denn die Nymphomanin, das weibliche Wesen mit der unkontrollierbar unbändigen Lust, ist seit Jahrhunderten ein Fixstern männlicher Fantasien und Ängste.

Gestörte Harmonie der Körpersäfte

Die Geschichte der Nymphomanie ist immer auch die Geschichte dessen, was Frauen an selbstbestimmter Sexualität zugestanden und vor allem nicht zugestanden wurde. Der Begriff ist zusammengesetzt aus Nymphen, den jungen und schönen griechischen Naturgottheiten, von denen sich die Götter begleiten liessen, und aus Manie, dem Wahnsinn. Schon im zweiten Jahrhundert nach Christus stellte der griechische Arzt Galen ein übermässiges Bedürfnis nach Geschlechtsverkehr vor allem bei jungen Witwen fest, «die von der mangelnden sexuellen Befriedigung in den Wahnsinn getrieben werden».

Die Gründe sah Galen in einer gestörten Harmonie der Körpersäfte. Nach der altgriechischen Vorstellung waren die weiblichen Körpersäfte kälter als die männlichen. Das weibliche Verlangen erklärte man sich damit, dass durch den Geschlechtsverkehr der Mutterschoss geöffnet und das Blut erwärmt wurde und somit die Menstruation ermög-

lichte. Weibliche Lust war daher durchaus legitim. Die alten Griechen akzeptierten auch, dass die weibliche Lust stärker sei als die männliche, weil es Frauen mehr an Selbstbeherrschung mangle als Männern. Das Bild der Frau als ein naturgegeben lustgetriebenes Wesen hielt sich in westlichen Ländern jahrhundertlang. Erst im Spätmittelalter begann ein langsamer Prozess der Entsexualisierung der Frau und der Glorifizierung der Mutter. Für den britischen Historiker Keith Thomas ist es kein Zufall, dass die Hexenverfolgungen begannen, als die weibliche Lust noch als heftiger Trieb galt, und aufhörten, als sich die Vorstellung durchgesetzt hatte, Frauen seien sexuell passiv und frei von Lüsterheit.

Im 19. Jahrhundert wurden Frauen definitiv zu Ikonen der Sittlichkeit stilisiert, die ihre grosse Lebensaufgabe einzig in der Mutterschaft sahen. Der mit der amerikanischen Revolution aufblühende Gleichheitsgrundsatz schien Frauen ganz neue Möglichkeiten zu verheissen, sich in der Gesellschaft zu etablieren. Warum sollten sie nicht die gleichen Rechte haben wie Männer? «In den nachfol-

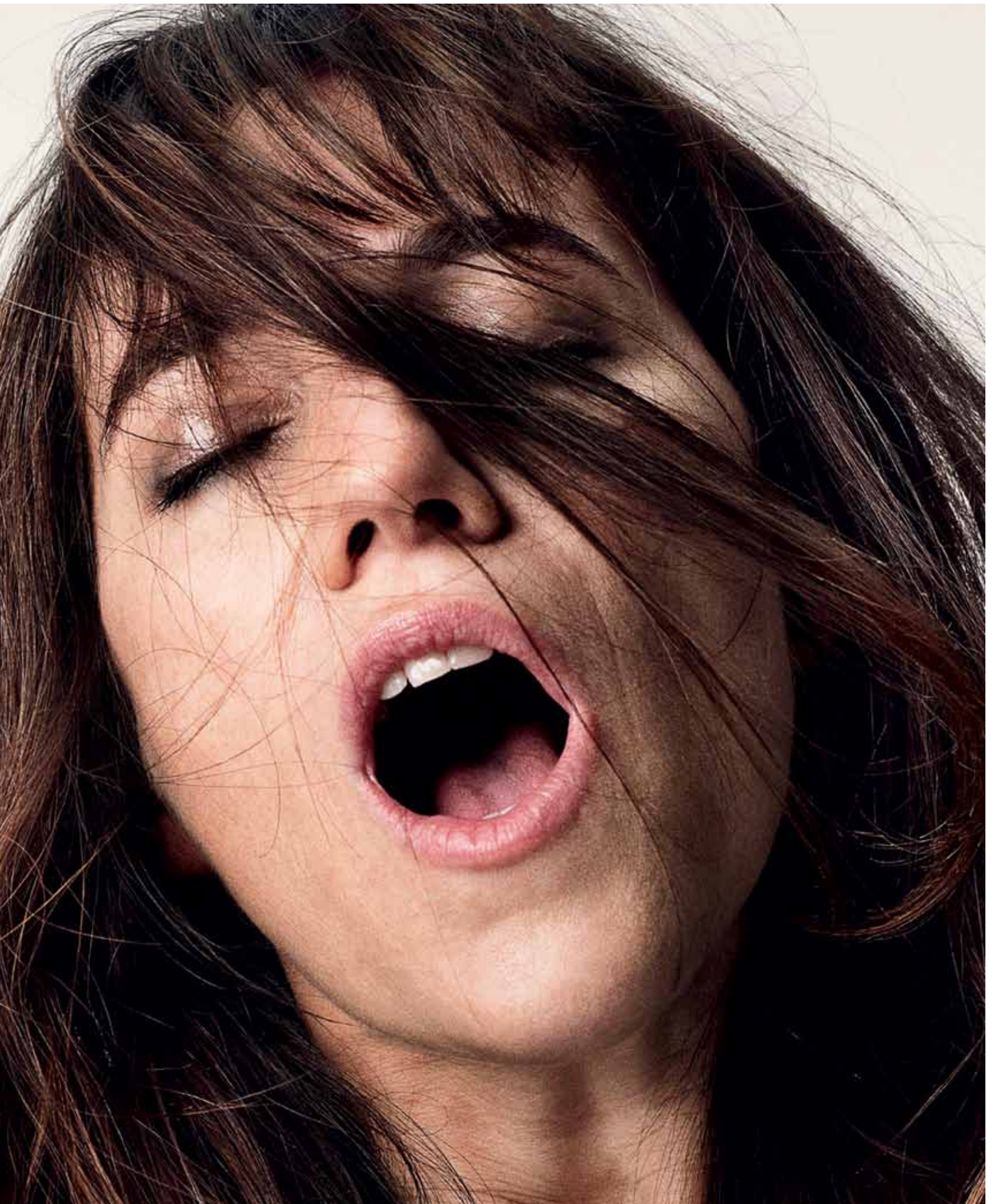
Das Bild der Frau als lustgetriebenes Wesen hielt sich im Westen jahrhundertlang.

genden Jahrzehnten lieferten Naturrecht, Wissenschaft und Medizin auf diese Frage Antworten, die die traditionelle Hierarchie untermauerten», schreibt die New Yorker Geschichtspräsidentin Carol Groneman in ihrem Buch «Nymphomanie». «Ihre biologische Veranlagung hindere Frauen, zusammen mit den Männern an den neu erworbenen politischen und sozialen Rechten zu partizipieren. Das empfindliche Nervensystem, die monatlich wiederkehrende «Krankheit», das kleinere Gehirn sowie die Fortpflanzungsorgane würden es den Frauen verbieten, zur Wahl zu gehen, ausser Haus zu arbeiten, Bücher zu schreiben und am öffentlichen Leben teilzunehmen.»

Eine Welle moralischen Eifers schwappte über die westliche Welt. Protestantische Geistliche appellierten an Frauen, für beide Geschlechter ein Vorbild an Tugend und Reinheit zu geben. Der Furor uterinus wurde in Nymphomanie umgetauft und zur Krankheit erklärt. Frauen, die ausserehelichen Sex hatten oder sich selbst befriedigten, wurden nun als Nymphomaninnen verarztet. Die ärztliche Be-



Das weibliche Wesen mit der unbändigen Lust: Charlotte



Jane Birkin in Lars von Triers «Nymphomaniac».

«Müssen, ohne wirklich zu wollen»

Frauenärztin und Sexologin Karoline Bischof über zwanghaftes weibliches Sexualverhalten.

Heute kommt das Wort Nymphomanie fast nur noch in der Pornografie und in Sexanzeigen vor. Was assoziieren Männer damit?

Eindeutig etwas Positives. Was gibt es Besseres als eine Frau, die unverbindlichen Sex genießt?

Macht das Männern keine Angst?

Doch, natürlich. Sexuell selbstbestimmt auftretende Frauen sind ja fordernd und damit auch gefährlich. Das ist zwar nicht der einzige, aber sicher ein wichtiger Grund, warum sie jahrhundertlang abgewertet wurden.

Haben Sie Patientinnen, die sich selber als Nymphomaninnen bezeichnen?

Ja. Wir brauchen den Ausdruck nicht. Aber es gibt eine kulturelle Definition von Nymphomanie. Es sind Frauen, die viel Sex wollen. Eine Frau, die viel Sex will, ihn genießt und dabei Spass hat, kommt natürlich nicht zu uns in die Praxis. Aber wer sich als Nymphomanin bezeichnet und eine Therapie will, hat ein echtes Problem.

Was ist das Problem?

Diese Frauen leiden, ähnlich wie übrigens viele Männer, weil es ihnen gar nicht um Sexualität geht. In der Regel sind es keine Menschen, die Sexualität besonders genießen und sie deswegen suchen. Was sie suchen, ist Nähe und Liebe. Sie versuchen, ihre Unsicherheit mit dem Gefühl des Begehrtwerdens zu bekämpfen. Das ist ein sehr wichtiger Motivator. Wenn man jeden Abend einen Mann abschleppen kann, rüstet das das Selbstwertgefühl auf. Aber es genügt nicht wirklich, weil da diese dranghafte Komponente reinkommt, dass man sich unwert fühlt, wenn man einmal keinen findet.

Sehen Sie das häufig?

Es ist sehr weit verbreitet, vor allem unter jungen Frauen. Sie gehen bereitwillig mit Männern ins Bett, weil sie denken, das muss einfach sein. Natürlich haben sie vielleicht auch Vergnügen dabei. Aber sie ziehen nicht primär los, weil sie Sex wollen. Man kann es mit Esssucht vergleichen. Esssüchtige genießen das Essen nicht besonders. Dahinter liegt eigentlich ein anderes Bedürfnis. Und weil Essen keine adäquate Art ist, jenes Bedürfnis zu stillen, macht es auch nie



«Sex nie meiden»: Therapeutin Bischof.

wirklich satt. Es bleibt eine ewige Unzufriedenheit, ein ungutes Gefühl, man müsse das, ohne es wirklich zu wollen. Aber man kann es nicht steuern.

Ist das Dranghafte mit einem ungewöhnlich starken Sexualtrieb zu erklären?

Das hängt vom Einzelfall ab. Es ist ganz wichtig, dass man genau unterscheidet: Handelt es sich um eine Frau, die an ihrer Sexualität leidet, oder um eine, die sie genießt und gerne lebt? Letztere hat allenfalls das Problem, dass die Gesellschaft sie schräg ansieht.

Auch heute noch?

Eine Frau, die sehr lustvoll ist, steht bis heute sofort etwas unter Verdacht. Wer Weiblichkeit und lustvolle Sexualität lebt, initiativ ist und auch gerne verschiedene Partner hat, wird nach wie vor schräg angesehen. Man wird schnell als Nymphomanin eingestuft oder in die Nähe der Hure gerückt. Wenn der Mann sich so verhält, ist er ein Held.

Als der Begriff Nymphomanie geprägt wurde, entstand gleichzeitig als männliches Pendant der Begriff Satyriasis. Ist es ein Zufall, dass den Begriff ausser Fachleuten kein Mensch kennt?

Satyriasis wird, wenn das Wort überhaupt gebraucht wird, assoziiert mit dem Lüstling, der Frauen nachgeifert, aber sie nicht kriegt. Man denkt dabei nicht an Casanova. Der moderne Ausdruck für beide Geschlechter ist

Sexsucht. Wir hier nennen es dranghaftes Sexualverhalten, weil diese Leute Sex haben müssen. Damit unterscheiden sie sich entscheidend von denen, die einfach viel Sex wollen, weil sie es gerne haben.

Was halten Sie von dem bei den Anonymen Alkoholikern entliehenen 12-Schritte-Programm, das vielerorts gegen Sexsucht empfohlen wird?

Wir empfehlen nie, Sex zu meiden. Das ist Unsinn. Man kann nie besser eine Sucht erzeugen, als wenn man Leute zur Abstinenz zwingen will. Wir machen etwas sehr anderes. Denn wir sind der Meinung, dass das Problem solcher Frauen nicht darin besteht, zu viel Sex zu wollen, sondern dass sie den Sex zu wenig genießen können. Wir arbeiten mit ihnen daran, das Geniessen zu lernen. Dann wird meist die Häufigkeit weniger wichtig, und man kann sich möglicherweise auch auf einen Partner beschränken.

Und wenn einen der Partner sexuell langweilt?

Der Drang nach Abwechslung ist nur entscheidend, wenn man nicht genießen kann. Aber natürlich entfällt beim eigenen Partner irgendwann das aufregende Element der Eroberung. Deswegen ist die zentrale Frage, was eine Frau an der Sexualität genießt. Braucht sie dringend die Eroberung, oder kann sie auch genießen, was sie zu Hause hat, weil sie ihren Körper gut findet? Viele Frauen mögen ihren Körper nicht. Und sie können ihn auch nicht so einsetzen, dass sie ein Maximum an Lust für sich herausholen. Aber das kann man lernen.

Wie unterscheidet sich dranghaftes Sexualverhalten bei Frauen und Männern?

Bei Männern geht es in der Regel weniger um die Suche nach Liebe und Beziehung. Und das Dranghafte ist bei Männern sehr viel sichtbarer, obwohl ich nicht glaube, dass es viel häufiger ist. Aber Frauen gehen im Ausgang einfach mit, das ist nicht so spektakulär. Ausserdem sind bei Männern öfter als bei Frauen auch Drogen und Alkohol involviert.

Was ist interdisziplinäre Sexologie?

Wir machen in unserem Zentrum Sexualtherapien, aber auch Gynäkologie und Physiotherapie, wenn Patienten beispielsweise eine Sexualtherapie wollen, aber auch körperliche Schmerzen haben. Deswegen interdisziplinär. Es geht nicht nur um Sexualtherapie.

Karoline Bischof ist Fachärztin für Gynäkologie und Geburtshilfe, Sexologin und Sexualtherapeutin. Sie arbeitet am Zürcher Zentrum für interdisziplinäre Sexologie und Medizin.

handlung der Nymphomanie reichte von Eisbeuteln auf die Genitalien über Ansetzen von Blutegeln bis zur Verätzung oder Beschneidung der Klitoris und Entfernung der Eierstöcke. Die letzten Klitorisbeschneidungen von Frauen wegen Nymphomanie fanden in Europa und den USA in den Sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts statt.

Mann als toller Hecht, Frau als Hure

Eine der Nymphomanie entsprechende Diagnose für sexuell überdurchschnittlich aktive Männer wurde ebenfalls geschaffen. Die Krankheit hiess Satyriasis. Es ist in der Medizingeschichte nicht bekannt, dass deswegen je ein Mann sterilisiert oder kastriert wurde. Und es sagt einiges über das dem jeweiligen Geschlecht gesellschaftlich zugestandene Mass an sexueller Aktivität aus, dass zwar jeder den Begriff Nymphomanie kennt, aber kaum einer je von Satyriasis gehört hat. Ein Mann mit viel Geschlechtsverkehr ist ein toller Hecht, eine Frau krank oder eine Hure.

Bedingt durch den wachsenden Einfluss der Psychoanalyse, wurde Nymphomanie im 20. Jahrhundert nicht mehr als körperliche Krankheit, sondern als neurotische Störung behandelt. In den fünfziger Jahren brachte der Sexualwissenschaftler Alfred Kinsey auch diese Einsicht ins Wanken. Sein aufsehenerregender, 1953 erschienener Report über «Das sexuelle Verhalten der Frau» berichtete, dass von den fast 6000 befragten amerikanischen Frauen nur die Hälfte bei der Hochzeit noch Jungfrau war, über ein Viertel mindestens einmal fremdgegangen war und 14 Prozent regelmässig multiple Orgasmen erlebten. Die prüde, tugendhafte Amerikanerin, je nach Gesichtspunkt verehrt oder verspottet, war weitgehend eine Mär. Der Mormonenprediger Billy Graham tobte: «Der Schaden, den dieses Buch anrichtet, ist unermesslich.» Nicht für Frauen.

Als erster Wissenschaftler warnte Kinsey eindringlich vor Kategorisierungen wie frigid, sexuell unterentwickelt oder übersexualisiert,

«Ich hatte oft vier, fünf Männer am Tag. Ich wollte nicht einmal wissen, wie sie heissen.»

ebenso vor den Versuchen, Nymphomanie und Satyriasis als gesonderte Erscheinungen zu etikettieren: «Sie können bei objektiver Analyse nicht mehr bedeuten als Positionen innerhalb einer kontinuierlichen Kurve.» Auf die Frage, was eine Nymphomanin sei, gab er die legendäre Antwort: «Jemand, der mehr Sex hat als man selber.»

Völlig zum Erliegen gebracht wurden die alten Vorstellungen von Nymphomanie durch den in den sechziger Jahren erschienenen Bestseller «Die sexuelle Reaktion». Darin wie-



«Jemand, der mehr Sex hat als man selber»: Sexforscher Kinsey mit Team.

sen die Sexualforscher William Masters und Virginia Johnson nach, dass sehr viele Frauen durch entsprechende Stimulierung der Klitoris multiple Orgasmen bekommen. Sie waren nicht abnorm oder nymphoman, sondern die Mehrheit. «Nymphomanie ist ein überholter, chauvinistischer Begriff, der in Wissenschaft und Medizin nichts zu suchen hat und von denkenden Menschen nicht verwendet werden sollte», schrieb 1973 der renommierte Sexologe Eugene Levitt. 1987 strich die amerikanische Psychiatrie-Bibel DSM («Diagnostic and Statistical Manual of Mental Disorders») das Wort Nymphomanie aus ihrem Vokabular. Das Wort Satyriasis war gar nie aufgenommen worden.

Inzwischen wird der Ausdruck Nymphomanie dem Volksmund und der Sex-Industrie überlassen. Die Fachleute ersetzen ihn durch geschlechtsneutrale Wörter wie Sexsucht oder Hypersexualität, die beide umstritten sind. An «Sexsucht» wird kritisiert, dass keine körperliche Abhängigkeit von einer chemischen Substanz bestehe. An «Hypersexualität» wird bemängelt, dass es wie bei «Nymphomanie» keine quantitativen Normen gebe, wie viel Sex gut und wie viel zu viel sei. Der amerikanische Arzt und Therapeut Patrick Carnes, der das Wort Sexsucht in die Welt setzte, misst dem Wort keinerlei Bedeutung zu. Er wählte den Begriff, weil ihn seine Patienten an Alkohol- und Drogensüchtige erinnern: «Sie können

das Verhalten, das ihr Leben ruiniert, nicht in den Griff bekommen.» Er meint nicht gelegentliche Ehebrecher, sondern Menschen, die mehrmals täglich Sex haben müssen und sich dafür so schämen, dass sie ständig daran denken, sich umzubringen.

Sex in dunklen Autos

Eine von ihnen ist die Filmausstatterin Michelle M., die sich auf Vermittlung einer Sexsuchtklinik zu einem Gespräch bereit erklärte. «Ich wollte nicht einmal wissen, wie die Männer heissen. Wir hatten Sex in dunklen Strassen und in Autos. Wenn ich auf ein Filmset kam, wusste ich nach zwei Stunden, wer mit mir im Klo verschwindet, wenn ich ihn frage. Es ist wie ein lautloser Hundepfiff, den nur manche hören. Nicht alle, die untreu sind, sind sexsüchtig, aber die, die den Hundepfiff hören, ja. Ich hatte meist vier, fünf Männer am Tag. Die Momente, in denen ich dabei war, mir zu beschaffen, was ich sexuell brauchte, waren die einzigen, in denen ich meinen Selbsthass nicht spürte. Ich war auf Eroberung fixiert und fühlte mich ganz.»

Irgendwann suchte sie einen Therapeuten auf. «Ich lerne sehr langsam, wie mein Selbsthass nicht noch grösser wird. Ich versuche, morgens mein Bett zu machen und die Rechnungen pünktlich zu bezahlen. Der Morgen ist hart. Manchmal ist es so schwer, dass ich denke, was soll das alles?» ○

Origineller, intelligenter, besser

Entscheiden die Schweizer wieder einmal gegen Regierung, Parlament und Wirtschaft, reibt sich die Welt verwundert die Augen. Dabei handeln die Eidgenossen doch meist wie verantwortungsvolle Erwachsene, wie ich in meinem neuen Buch «Die Besserköner» darlege. *Von Wolfgang Koydl*

Das Ausland nimmt die Schweiz meist nur zur Kenntnis, wenn sie tut, was sie am besten kann: wider den Stachel zu löcken. Das ist stets dann der Fall, wenn die Schweizerinnen und Schweizer an der Wahlurne keck und offen aussprechen, was andere Europäer nur denken oder sich klammheimlich hinter vorgehaltener Hand zuraunen. Verwundert verdrehen Ausländer aber auch die Augen, wenn die Eidgenossen sich selbst freiwillig höhere Steuerlasten aufbürden oder Annehmlichkeiten und Bequemlichkeiten versagen.

Die Abstimmung über eine Regulierung der Zuwanderung war nur das vorläufig letzte Beispiel. Quasi als Bonus offenbarte sie zusätzlich die Kluft zwischen Regierungen und Regierten in Europa. Der Kaiser bekundete sein Missfallen, weil ihn ein präpotenter Bengel blossstellte, derweil sich seine Untertanen schadenfroh feixend in die Seite knufften. Der Volksentscheid gegen eine Verlängerung des gesetzlichen Jahresurlaubs wiederum diente vielen Nichtschweizern als Beleg für den unverständlichen Masochismus der Eidgenossen. Und als die vermeintlich so wirtschaftshörigen Geldgnome im letzten Frühjahr den Abzockern in der Wirtschaft die Flügel stutzten, rieb man sich ebenfalls verwundert die Augen – na, so was, ausgerechnet die Schweiz macht Front gegen den wildgewordenen Kapitalismus.

Exotische Vokabeln

Mit anderen Worten: Die Aufregung des Auslands schwappt immer dann besonders hoch, wenn die Schweizer wie vernunftbegabte, verantwortungsvolle Erwachsene handeln, die über ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen. Dass diese schlichte, in den Präambeln der meisten demokratischen Verfassungen ebenfalls niedergelegte Tatsache die Europäer zuverlässig jedes Mal erneut aus dem Häuschen geraten lässt, sagt freilich mehr über die Nachbarn der Schweiz aus als über diese selber.

Das Erstaunlichste an der ausländischen Reaktion freilich ist, dass sie sich jedes Mal aufs Neue wiederholt, als ob die Eidgenossenschaft die direkte Demokratie und die Volksrechte erst kürzlich erfunden hätte. Fast könnte man den Eindruck gewinnen, die 26 Kantone hätten sich irgendwo im unzugänglichen Regenwald von Borneo versteckt, wo sie bis vor kurzem, unbemerkt von der Aussenwelt, ihr eigenes und eigenwilliges Leben geführt hätten.

Aber die Schweiz liegt mitten in Europa, so sehr sogar, dass man buchstäblich über sie stol-

pern muss, wenn man auf dem Kontinent unterwegs ist. Auch Verständigungsschwierigkeiten sollte es nicht geben. Das Land hat als Amtssprache kein archaisches, für Aussenstehende kaum erlernbares Idiom wie Baskisch oder Albanisch, sondern gleich drei der grössten europäischen Verkehrssprachen. Literatur, Medien, Gesetzestexte, Debatten und Diskussionen – sie sind für Millionen Europäer unmittelbar und ohne Übersetzung eingängig. Die paar exotischen Vokabeln wie «Vernehmlassung» oder «Traktandenliste» sind schnell erklärt.

Ich habe leicht reden, könnte man nun zu Recht einwenden. Denn ich habe dieses Land inzwischen ein klein wenig besser kennengelernt. Doch als ich vor knapp drei Jahren von

Die Schweiz – ein Rätsel, eingewickelt in ein Geheimnis, versteckt in einem Enigma?

London nach Zürich zügelte, erging es mir auch nicht anders als den meisten Europäern. Die Schweiz war Terra incognita, ein Buch mit sieben Siegeln, selbst für mich, der ich in räumlicher Nähe in Süddeutschland aufgewachsen war und nicht im fernen Hamburg oder in Schleswig-Holstein. Was Winston Churchill einst über Russland sagte, könnte ebenso gut auf die Schweiz zutreffen: Es ist ein Rätsel, eingewickelt in ein Geheimnis, versteckt in einem Enigma.



«Psst! Ich kann deine Gedanken hören.»

Auch ich kannte nur die üblichen Klischees, die guten wie die schlechten: Schokolade und Schwarzgeld, Rolex und Rohstoffgauner, Wilhelm Tell und Waffenschieber, Heidi und Hedge-Fund-Ganoven. Nun schleppen wir alle Klischees über fremde Völker und Länder mit uns herum. Daran hat auch die Tatsache nicht viel ändern können, dass die Welt durch Reisen und das digitale Netz so sehr geschrumpft sein soll. In jedem Russen steckt weiterhin nicht nur ein Alkoholiker, sondern immer auch ein verkappter Imperialist. Auch jeder Ire trinkt natürlich gerne, nur dass er dann lyrisch wird und grosse Literatur absondert. Die von Napoleon diagnostizierten perfiden englischen Krämerseelen haben sich ebenfalls erstaunlich gut gehalten, ebenso wie deren ausschweifende Trinkgewohnheiten. Als Auslandskorrespondent kennt man Klischees besonders gut, schliesslich werden sie von den Redaktoren daheim als fester Teil der Berichterstattung erwartet.

Lösung gründlicher diskutiert

Als Neuling hatte ich also viel zu lernen in der Schweiz. Das ist eigentlich eine gute Voraussetzung für einen Korrespondenten, denn es bedeutet, dass er das Gastland mit frischem Blick in Augenschein nimmt. Alles ist neu, kein Thema langweilig, weil längst bekannt. Alles und jeder ist eine spannende potenzielle Geschichte. Anfangs hielt ich natürlich auch Ausschau nach den gängigen Vorurteilen: Ordnung, Sauberkeit, Pünktlichkeit oder die bereits von Friedrich Dürrenmatt beklagte Totalüberwachung durch den Mitbürger. Natürlich wurde ich fündig. In jedem Vorurteil steckt ein Quäntchen Wahrheit.

Zugleich aber erschloss sich mir ein Land, wie ich es noch nie gesehen hatte. Ich stolperte von einem Aha-Erlebnis in das nächste. Die Schweiz, so viel war rasch klar, hat dieselben Probleme wie andere hochentwickelte, postindustrialisierte Staaten: Überalterung, Zuwanderung, Energieversorgung, Globalisierung. Aber ihre Lösungsansätze erwiesen sich oft als origineller, intelligenter, ungewöhnlicher, besser. Vor allem schienen sie gründlicher und breiter diskutiert worden zu sein als anderswo. Und am Ende entschied dann kein Ausschuss, kein Kabinett und kein Parlament, sondern der Bürger – frei und in eigener Verantwortung.

Eine Selbstverständlichkeit, sollte man meinen. Doch wenn es selbstverständlich wäre, würde sich nicht der Rest der Welt jedes Mal



«Wir sind so frei.»

erneut über die Schweiz wundern. Als ich Freunden und Bekannten von diesem wunderschönen Land erzählte, erntete ich denn auch stets die gleichen Antworten: «Wahnsinn! Klingt ja toll! Das haben wir nicht gewusst! Und das funktioniert? Warum machen wir das nicht so? Wir sind doch nicht dümmer, oder?»

Nein, dümmer sicher nicht. Aber vielleicht nicht mutig genug für die Freiheit. Denn dazu

In der Schweiz führen «die da oben» die Aufträge aus, die jene hier unten ihnen erteilen.

braucht es einen freien Geist, und Freiheit ist immer auch mit Risiko verbunden. Fehlritte haben Konsequenzen, für die ich geradestehen muss. Schweizer wissen, dass sie alleine die Verantwortung tragen, wenn sie bei einer Abstimmung Mist gebaut haben. Sie können die Schuld nicht wegschieben – an einen Kanzler, Präsidenten oder eine Regierung, an «die da

oben, die sowieso machen, was sie wollen». In der Schweiz führen «die da oben» die Aufträge aus, die jene hier unten ihnen erteilen. Wenn es eine Schuldzuweisung gibt, dann in umgekehrter Richtung: Die Regierung schiebt dem Volk den Schwarzen Peter zu.

Mutti Merkels Einfluss

Zufällig fielen meine Jahre in der Schweiz mit der Zeit zusammen, in der meine Tochter volljährig wurde. In diesem Alter können es junge Menschen nicht erwarten, endlich auch legal frei von elterlicher Bevormundung zu sein. Dieses schwindelig machende Gefühl grenzenloser Freiheit kollidiert dann relativ rasch mit der Realität, dass die Eltern den Nachwuchs nicht mehr aus jeder Bredouille retten dürfen, weil der volljährig und mündig geworden ist.

Eltern verfolgen diesen Abnabelungsprozess mit gemischten Gefühlen. Teils aus echter Sorge, teils, weil sie den Kindern nicht so recht zutrauen, auf eigenen Beinen zu stehen. Von

den Eltern gelingt uns meist die Emanzipation. Warum also fällt es meinen europäischen Landsleuten dann so schwer, sich von dem Einfluss zu lösen, den Vater Staat (und mancherorts Mutti Merkel) auf sie ausübt?

Der Staat bezieht seine Existenzberechtigung, seine Macht daraus, den Bürger möglichst eng an sich zu binden. Der demokratische Staat nennt das Fürsorge. Aber Fürsorge kann schnell zur Fessel werden. Freiheit sieht anders aus. Deshalb dreht sich alle Welt nur immer dann perplex zur Schweiz um, wenn ihre Bürger an die Wahlurne gehen und wieder einmal schlicht sagen: «Wir sind so frei.»



Wolfgang Koydl

Die Besserkänner.
Was die Schweiz so besonders macht.
Orell Füssli. 222 S., Fr. 19.90





Der Berg hat einen Mann geboren: Abenteurer Messner.

Stil & Kultur

Wir Bergvölker

Von Daniele Muscionico

So sieht ein Bergvolk aus. Ein Bergvolk wie du und ich. Reinhold Messner oder der Berg hat einen Mann geboren. Keine Maus, keinen Menschen, einen Mann. Denn das ist wie unser Bild beweist: Reinhold Messner, Bergvolk, Grenzgänger.

Was hier wie eine Demontage wirkt, ist gedacht als ihr Gegenteil. Dieses Porträt ist ein Starschnitt. Es stammt von einem, der wie

sein Gegenstand in Österreich gleichfalls als Meister extremer Kontraste gilt, der Fotograf Andreas H. Bitesnich. Und wem beim Anblick dieser Fallstudie Vergleiche mit einem nordamerikanischen Wildrind in den Sinn kommen, der hat entweder ein bösesartiges Gemüt – oder zu viele Indianerfilme gesehen.

Die Frage ist: Wieso kann man als Frau Reinhold Messner nur mit Ironie begegnen? Wer fragt das? Man sich selbst, aus Höflichkeit? Nun, ehrlicherweise ist es so, dass man nicht wirklich darauf versessen ist, die Antwort zu kennen. Ehrlicherweise will man lieber eine zweite Frage nachschieben, nämlich: Der Tatbestand der Sa-

ture hat angesichts dieses Bildes gute Gründe, nicht?

Reinhold Messner, Yakzüchter, Schlossbesitzer, Impresario von fünf Museen zur Aufklärung der Mensch-Berg-Beziehung. Reinhold Messner, Experte in Sachen Risiko, Motivation, Leadership und Riskmanagement. Man kann ihn mieten, und dann wird er reden, von den vierzehn Achttausendern, die er alle bestiegen hat. Und dass der fünfzehnte Achttausender er selber sei.

Andreas H. Bitesnich hat in Messner ein Modell gefunden, das so fotogen ist wie üblicherweise nur eine Landschaft. Ein Naturereignis ohne Allüren und Karrieregelüste. Bitesnich ist der Bildhauer unter den öster-

reichischen Fotografen, der Steinhauer viel leicht, darum kanntet er sein Gegenteil so perfekt ins rechte Licht. Dieses Bild tut so, als sei es ein Rohling. In Wahrheit aber ist es von perfidem Raffinement. Reduktion, Intensität, Effekt. Man kann dazu auch Kraftmeierei sagen, aber das sagt man nicht. Denn Bitesnich feiert Geburtstag und eine Retrospektive. Er ist ein Held, genau wie Messner. Zwei, die sich gefunden haben. Dass eine Frau da nicht dazwischenkommt, kann man gerne akzeptieren.

Bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Simon Beckett:** Der Hof (*Wunderlich*)
- 2 (2) **Graeme Simsion:** Das Rosie-Projekt (*Fischer Krüger*)
- 3 (–) **Stefan Bachmann:** Die Seltsamen (*Diogenes*)
- 4 (3) **Jonas Jonasson:** Die Analphabetin, die rechnen konnte (*Carl's Books*)
- 5 (5) **Ingrid Noll:** Hab und Gier (*Diogenes*)
- 6 (4) **Lucinda Riley:** Die Mitternachtsrose (*Goldmann*)
- 7 (6) **Haruki Murakami:** Die Pilgerjahre des farblosen Herrn Tazaki (*Dumont*)
- 8 (–) **David Glattauer:** Die Wunderübung (*Zsolnay*)
- 9 (9) **Arne Dahl:** Neid (*Piper*)
- 10 (7) **Gillian Flynn:** Cry Baby – Scharfe Schnitte (*Fischer Scherz*)

Sachbücher

- 1 (–) **Wolfgang Koydl:** Die Besserköner (*Orell Füssli*)
- 2 (1) **Michelle Halbheer:** Platzspitzbaby (*Wörterseh*)
- 3 (–) **Thilo Sarrazin:** Der neue Tugendterror (*DVA*)
- 4 (3) **Jacky Gehring:** Body Reset – Das Erfolgsprogramm (*Weltbild*)
- 5 (4) **Roberto Saviano:** Zero Zero Zero (*Hanser*)
- 6 (2) **Jacky Gehring:** Body Reset – Schnelle Küche (*Weltbild*)
- 7 (–) **Roger Schawinski:** Wer bin ich? (*Kein & Aber*)
- 8 (5) **Guido Maria Kretschmer:** Anziehungskraft (*Edel*)
- 9 (6) **Micheline Calmy-Rey:** Die Schweiz, die ich uns wünsche (*Nagel & Kimche*)
- 10 (10) **Waris Dirie:** Sifa (*Drömer/Knaur*)

Quelle: Schweizer Buchhändler- und Verlegerverband SBVV/Mediacontrol

Apropos: «Aida»

Am Sonntag hatte im Zürcher Opernhaus Verdis «Aida» Premiere. Dass die Regisseurin Tatjana Gürbaca den Triumphmarsch zu einem Leidenszug macht, dass sie alles Ägyptische weglässt und das Stück in die hiesige Zeit versetzt, passt hier ganz gut. Selbst dass die Handlung in einer unterkühlten Designerwohnung spielt, ist stimmig – obschon dies heutzutage in jedem zweiten Theaterstück der Fall ist. Dass sich aber der Kriegsheld Radames unsterblich in eine korpulente Big Mama (Aida) verliebt, nein, das ist in einer nach Realismus strebenden Inszenierung nur schwer hinzunehmen – auch wenn die Darstellerin (Latonia Moore) hervorragend singt. Auf prunkvolle Kostüme und Bühnenbilder kann man durchaus verzichten. Auf ein glaubwürdiges Liebespaar nicht. (rb)

Literatur

Der vergessene Vater

«Der Graf von Monte Christo», grösster Held der Abenteuerliteratur, hatte ein reales, verwegenes Vorbild. Von Wolfram Knorr

Edmond Dantès wird fälschlicherweise der Napoleontreue angeklagt, für fünfzehn Jahre im Château d'If eingekerkert, um als geheimnisvoller «Graf von Monte Christo» wiederaufzuerstehen. Kein Epos wurde so häufig verfilmt, für Bühne, Radio, Comics und TV bearbeitet wie das des unsterblich gewordenen flamboyanten Rachegotts. Kein Epos spielt mit Verbrechen und Sehnsucht nach Gerechtigkeit, Niedertracht und Vergeltung so souverän wie «Der Graf von Monte Christo». Bis heute beeinflusst der Graf moderne Helden wie Batman oder Jason Bourne. Von Juni 1844 bis August 1846 erschien das furiose Abenteuertriumm von Alexandre Dumas (1802–1870) erstmals im *Journal des débats* in Fortsetzungen und wurde sofort ein Erfolg.

Pure Fantasie? «Das Leben», lautet der Titel eines Romans von Milan Kundera, «ist anderswo». Das stimmt natürlich, aber eben nicht immer und verblüffenderweise selbst bei einer wild-romantischen Abenteueri wie dem «Grafen von Monte Christo» nicht. In einem Aufsatz schrieb Dumas dazu, er habe sich von einer Verbrechen Geschichte aus den Pariser Polizeiarchiven inspirieren lassen, um einen seltsamen Hinweis am Schluss anzufügen: «Und nun steht es jedem frei, eine andere Quelle für den «Grafen von Monte Christo» zu suchen als die hier von mir angebotene.» Die andere Quelle wurde nie so richtig ernst genommen, bis der amerikanische Journalist Tom Reiss ihr eben doch nachging und nach penibler Recherchearbeit mit einer verblüffenden Enthüllung aufwarten konnte: Mit demjenigen des fiktiven Grafen von Monte Christo meinte Dumas seinen leiblichen Vater, den man zu Unrecht aus der Geschichte verbannt hatte. Und tatsächlich stand das Leben von Dumas' Vater dem fiktiven Helden seines Filius an abenteuerlichen Wendungen und bizarren Fügungen in nichts nach. Für diese spannende wie informative Ausgrabung erhielt Reiss im vergangenen Jahr den Pulitzerpreis.

Gefährliches Pflaster für Dunkelhäutige

Thomas Alexandre Dumas (1762–1806) war ein Dunkelhäutiger oder «Mulatte», wie es damals hiess, Sprössling des Adligen Alexandre Antoine Davy, Marquis de la Pailleterie und einer Sklavin. Antoine war ein Bruder Leichtfuss, der es vorzog, sich in die französische Antillenkolonie Saint-Domingue (Haiti) zu seinem jüngeren Bruder abzusetzen, der eine ertragreiche Zuckerplantage führte. Im Ancien Régime war das Geschäft mit Zucker so

lukrativ wie heute das mit Öl. Doch die brüderliche Liebe hielt nicht lange. Es kam zum Zerwürfnis, und Antoine Davy zog sich mit seiner schwarzen Geliebten Marie-Cassette für ein höchst unaristokratisches Leben in den Dschungel zurück, wo Thomas das Licht der Welt erblickte.

Wes Geistes Kind der Marquis war, zeigte er bei seiner Rückkehr nach Frankreich: Er liess Marie-Cassette zurück und verkaufte, um die Überfahrt bezahlen zu können, seinen Sohn an einen Kapitän, um ihn in Frankreich zurückzukaufen. In den Besitz eines Erbes gekommen, führte er in der Nähe von Paris ein Luxusleben und liess dem Filius eine erstklassige Erziehung angedeihen. Das war möglich, weil auf französischem Boden jeder frei war – im Gegensatz zu den Kolonien natürlich! So konnte Thomas Alexandre zum attraktiven, von der Damenwelt begehrten und vielbewunderten Fechtmeister heranwachsen. Ganz ungefährlich war das Leben in Paris für Dunkelhäutige trotzdem nicht. Es gab Gegner wie den königlichen Anwalt Guillaume Poncet de la Grave, der stetig wettete: «Die Verbringung

Angesichts der Situation entschloss er sich, seinen Adelstitel abzulegen.

allzu vieler Schwarzer nach Frankreich, ob nun als Sklaven oder unter welchem Vorwand auch immer, stellt eine Gefahr dar, und wir werden die französische Nation in Bälde entstellt sehen.» Das blieb nicht folgenlos; 1777 erliess Ludwig XVI. die «Déclaration pour la police des noirs», in der beschlossen wurde, Farbige, die nach Frankreich kommen würden, in «depôts» zu internieren und ansässige Farbige mit einem Zertifikat zu registrieren. Klingt alles gespenstisch zeitlos!

Angesichts dieser sich verschlechternden Situation entschloss sich Thomas Alexandre am 2. Juni 1786, seinen Adelstitel abzulegen und sich als «Dumas, Alexandre» beim Sechsten Regiment der Dragoner einzuschreiben; auch den Namen «Thomas» sollte er nie wieder benutzen. Es wurde sein Alter vermerkt (24 Jahre), seine Grösse (1,83 Meter) und sein Aussehen («ovales Gesicht und braunhäutig, kleiner Mund, dicke Lippen»). Er begann als einfacher Soldat, fiel aber rasch als glänzender Reiter und Fechter auf. Einmal soll der Heisssporn drei Duelle an einem Tag gegen Kameraden ausgefochten haben. Ob Legende oder nicht,



Drei Duelle an einem Tag: General Dumas (1762–1806), Vater des Schriftstellers Alexandre Dumas.

sein Sohn, der Schriftsteller, griff die Geschichte in seinen «Drei Musketieren» auf, wo d'Artagnan gleich nach Ankunft in Paris gegen Athos, Porthos und Aramis antreten muss.

Im Revolutionsommer 1789, Frankreich war pleite, weil es George Washington und seinen Unabhängigkeitskrieg massiv unterstützt hatte, wurde Dumas' Einheit in die Kleinstadt Villers-Cotterêts geschickt, um die Bevölkerung vor marodierenden Banden zu schützen. Dort lernte er den Gastwirt Claude Labouret und dessen Tochter Marie-Louise kennen, in

die er sich sofort verliebte. Der Vater stimmte einer Ehe nur unter der Bedingung zu, dass er die Beförderung zum Korporal abwartete. Der Schwiegervater sollte noch Bauklötze staunen, denn schon drei Jahre später war Alex (wie er sich von da an nannte), nach tollkühnen Kämpfen gegen die royalistischen Nachbarn an der belgischen Grenze, zum Oberstleutnant aufgestiegen und schliesslich vom Brigade- zum Divisionsgeneral befördert worden. Allerdings, so Tom Reiss, «brauchte [man] schon einen besonderen Mut, um im Sommer 1793 einen Gene-

ralsposten anzutreten». Das Land war in einer verheerenden Lage. Die Österreicher marschierten wieder in Belgien ein, die Seemacht Grossbritannien überfiel die Zuckerkolonien, und Royalisten im Land probten den Aufstand. Die Regierung gründete den «Wohlfahrtsausschuss», ein besonders makabres Gremium, das vor allem Scharen auf die Guillotine schickte – auch aus den eigenen Reihen.

Chef war der erst 24-jährige Offizierssohn Louis Antoine de Saint-Just, auch «Erzengel des Schreckens» genannt. Besonders fein war seine

Methode, die Offiziere zum Sieg zu zwingen, indem er ihnen mit der Guillotine drohte. Bevor Saint-Just selber dort landete, starben viele Generale, und auch Alex Dumas war zeitweise höchst gefährdet. Sowohl als Oberbefehlshaber an den westlichen Pyrenäen gegen die Spanier als auch als Oberkommandierender der Alpenarmee. Das war der Härtestest. Innerhalb eines Jahres waren drei Generale verschlissen worden, er war der vierte, mit einer miserabel ausgerüsteten Armee. Dem «Wohlfahrtsausschuss» war das wurscht. Als Farbiger war er den Jakobinern sowieso verdächtig. Weil er die Alpenüberquerung immer wieder hinauszögerte, folgte tatsächlich die Aufforderung, nach Paris zurückzukehren, der er allerdings nicht Folge leistete, sondern er drang erfolgreich ins Piemont vor. Die grossen Henker wie Robespierre landeten nun selbst auf der Guillotine, aber der neue, gemässigte Wohlfahrtsausschuss wusste trotzdem nicht so recht, was er mit dem «Helden vom Mont Cenis» anfangen sollte.

Inzwischen hatte sich langsam, aber sicher ein anderer, der Dumas gefährlich werden sollte, aus der Deckung nach vorne gearbeitet: Napoleon Bonaparte (1769–1821). Er wurde zum starken Mann des neuen Regierungsdirektoriums und kommandierender General der französischen Italienarmee, was zu Reibereien mit Alex Dumas führte, den das selbstherrliche Gebaren seines neuen Chefs zur Weissglut trieb. Als Dumas beim Feldzug gegen die Österreicher Heroisches leistete, Napoleons Adjutant General Berthier ihn aber in seinem Bericht als blossen Beobachter hinstellte, platzte Dumas der Kragen, und er schrieb einen Brief von horrender Unverfrorenheit: «18. Januar 1797. *General*, Ich habe erfahren, dass der Trottel, dessen Aufgabe es ist, Ihnen über die Schlacht vom 27. Bericht zu erstatten, gemeldet hat, dass ich während jener ganzen Schlacht reiner Beobachter geblieben sei. Ich wünsche ihm keine solche Beobachtung, denn er hätte sich dabei in die Hosen geschissen. *Salut et fraternité!* Alex Dumas». Doch die Subordination vergass Napoleon nie. Im Schlachtenbericht ans Direktorium wurde Dumas' Name ignoriert.

Kaum hatte Napoleon die Eroberung Norditaliens abgeschlossen, war er besessen von einem Ägypten-Feldzug, der allerdings kläglich endete und Alex Dumas zum Verhängnis werden sollte. Während Nelsons britische Armada die französische Flotte, die bei Alexandria vor Anker lag, in Grund und Boden schoss, litten die Franzosen Hunger und Durst in und um Kairo, wurden von Aufständischen entführt und dezimiert und mussten lange auf eine Rückkehr warten. Napoleon allerdings machte sich im August 1799 mit seiner Entourage auf den Rückweg, während es Dumas mit Getreuen auf einem Segler gerade bis Tarent, ins südlichste Italien, schaffte. Das gehörte zum Königreich Neapel, war monarchistisch



Gewaltiges Denkmal: Autor Dumas (1802–1870).

und folglich kein Freund der Franzosen. Und dort wurde er für zwei Jahre eingekerkert. «General Dumas' Inhaftierung in der Festung von Tarent», so Tom Reiss, «sollte später natürlich seinem Sohn als Grundlage für die Erfahrungen des zu Unrecht ins Verlies geworfenen Helden Edmond Dantès in *«Der Graf von Monte Christo»* dienen.»

Im brodelnden Topf

Es gibt noch andere Parallelen. Im Roman lernt Edmond im Kerker Abbé Faria kennen, ein Universalgenie, das Edmond in die Philosophie und die Naturwissenschaften einführt und ihm die Schatzkarte übergibt, die diesem zu sagenhaftem Reichtum verhilft. Auf den Ägypten-Feldzug nahm Napoleon eine Reihe von Wissenschaftlern mit, unter anderem den

Während Dumas im Kerker schmachtete, riss Napoleon die Macht an sich.

einflussreichen Déodat Dolomieu (nach dem die Dolomiten ihren Namen haben). Er geriet mit in die Festung von Tarent, wurde später nach Messina gebracht, wo er in Einzelhaft die Schrift «Über die Philosophie der Mineralogie» verfasste, einen Meilenstein der Geologie. Ein Onkel Alex Dumas' väterlicherseits betrieb auf einer Karibikinsel namens Monte Cristo einen schwungvollen Zucker- und Sklavenhandel. Während Dumas ohne jede Verhandlung im Kerker schmachtete, riss Napoleon die Macht an sich und machte rückgängig, worauf viele Politiker und Intellektuelle stolz waren: die Gleichheit aller Menschen. Sein Staatsstreich war in grossen Teilen von Plantagenbesitzern

und Sklavenhändlern unterstützt worden. Marie-Louise, Dumas' Gattin und die Mutter des Schriftstellers, schrieb immer wieder Briefe an die Regierung, um Auskunft und Hilfe bitend; beantwortet wurde kaum einer.

Bald waren Politiker und Unternehmer zu der ernüchternden Erkenntnis gelangt, dass Emanzipation, angesichts aller anderen Länder, die mit der Sklaverei Millionen scheffelten, das Land nicht konkurrenzfähig macht. Deshalb akzeptierte Napoleon den Handel mit Sklaven wieder. Dem Nationalen Kolonialinstitut, an dem Kinder aller Hautfarben unterrichtet wurden, strich er die Mittel, und ein paar Wochen nach dem Sklavendekret erliess Napoleon ein Gesetz, wonach alle im Ruhestand befindlichen schwarzen und farbigen Offiziere und Soldaten nicht mehr in Paris und Umgebung wohnen durften. Offiziersposten seien nur noch mit Weissen zu besetzen.

Als Alex Dumas 1801 zurückkehrte, war er ein gebrochener, invalider Mann und benötigte nun eine Sondergenehmigung, um in seinem Haus in Villers-Cotterêts wohnen zu dürfen. Die Pension, die ihm zustand, wurde einbehalten; sein Gesuch, in der Armee bleiben zu können, abgeschmettert. Eine im späten 19. Jahrhundert errichtete, privat finanzierte Statue des Generals wurde nie enthüllt und im Winter 1941/42 von den Nazis zerstört. Im Übrigen wurde ganz gezielt dem Namen des Autors Alexandre Dumas ein «père» angefügt und dessen Sohn wiederum ein «fils», um damit das Interesse am General möglichst gering zu halten.

Mit dem Monte-Christo-Heros, einem Übermenschen lange vor Nietzsche, hat der Filius dem einstigen Helden vieler Schlachten ein gewaltiges Denkmal gesetzt. Nur so ertrug er Honoré de Balzac, der ihn «diesen Neger» nannte; die Karikaturen, die ihn mit wulstigen Lippen darstellten, wie er in einem brodelnden Topf seine weissen Figuren kocht. Auch die Goncourts hielten im Tagebuch fest, wenn Dumas erschien: «weiss krawattiert, weiss bewestet, riesenhaft, schnaufend, glücklich wie das grosse Los eines Negers». Sehr spät widerfuhr dem Sohn Gerechtigkeit: 2002 wurden seine Gebeine aus dem Geburtsort Villers-Cotterêts in den nationalen Tempel der Republik, das Pariser Panthéon, übergeführt. Dort liegen sie, nahe bei Victor Hugo, einem der wenigen wirklichen Freunde.

Seinem Vater dagegen blieb nichts, nicht einmal seine Rassenzugehörigkeit. In einer Biografie-Skizze aus dem Jahre 1808 werden seine Verdienste gewürdigt, aber alle Verweise auf seine Rasse, selbst auf seine adlige Herkunft, wurden getilgt.

Tom Reiss: Der schwarze General. Das Leben des wahren Grafen von Monte Christo. DTV. 540 S., Fr. 37.90

Böse Schweizer, gute Ausländer

Das Theater Basel erklärt die Hälfte der Schweizer zu Rassisten. Und ruft zu einer Revolution gegen das Volk auf.

Von Rico Bandle

Regisseur Volker Lösch träumt von der Revolution. Hier bei uns. In Interviews ruft er immer wieder zum aktiven Widerstand gegen das System auf. Eigentlich hätte er über das Ergebnis der Masseneinwanderungsinitiative in Jubel ausbrechen müssen: Der Stimmbürger hat gegen den Willen der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Elite einen radikalen Kurswechsel durchgesetzt. Wenn das nicht eine kleine Revolution ist. Aber weit gefehlt. Lösch fordert einen Aufstand gegen den Volksentscheid. Mit anderen Worten: Staatlich alimentierte Künstler sollen an der Seite der wirtschaftlichen und politischen Elite gegen die einfache Bevölkerung aufbegehren. Mao lässt grüssen.

Das Liebäugeln mit totalitärem Gedankengut scheint in der Theaterszene en vogue. Erst kürzlich hat der Schweizer Regisseur Milo Rau in einem Pamphlet dem Leninismus gehuldigt.

Lösch bringt nun in Basel Max Frischs «Biedermann und die Brandstifter» als Proteststück gegen die rassistische Schweiz auf die Bühne. Im Programmheft werden gewählte SVP-Parlamentarier als «braun angehauchte Freaks» und «Toupetträger» verhöhnt, SVP-Mitglieder als «Exemplare» bezeichnet, offensichtlich gehören sie für die Theatermacher nicht zur Gattung Mensch. Dass die Masseneinwanderungsinitiative angenommen wurde, führen die Theaterleute einzig auf Fremdenfeindlichkeit zurück; dass eventuell andere Gründe massgebend gewesen sein könnten, wird gar nicht erst in Betracht gezogen. Man will doch nicht die eigenen Vorurteile hinterfragen.

Kampf der Chöre

In Frischs 1958 uraufgeführtem Stück will ein Gastgeber (Biedermann) trotz vielen offensichtlichen Hinweisen nicht wahrhaben, dass er zwei bössartige Brandstifter bewirbt, die alsbald sein Haus abfackeln werden. Wer sind die Brandstifter? Da Frisch diese Frage offenlässt, setzt jeder Regisseur das ein, was ihm politisch opportun erscheint: Kommunisten, Nazis, Islamisten – alles wurde schon gesehen. Bei Lösch sind es furzende und rülpfende Ausländer. Allerdings, das will der Regisseur uns wohl sagen, sind diese Ausländer bloss ein Hirngespinnst der rassistischen Schweizer.

Damit dies auch alle begreifen, hat Lösch eine Parallelhandlung eingefügt. Da ist ein Chor von Migrantinnen (nicht Schauspieler), der seine Erfahrungen in der Schweiz wiedergibt. Die Chormitglieder haben ausschliesslich po-



Vorurteile: Basler Frisch-Inszenierung.

sitive Eigenschaften: Sie sind sympathisch, bunt, selbstkritisch, weltoffen, warmherzig – und natürlich sind sie alle Opfer der Schweizer Fremdenfeindlichkeit. Ganz anders der Chor der Schweizer (bestückt mit Schauspielschülern): Er ist unsympathisch, rassistisch, egoistisch. Am Schluss übergiesst der Schweizerchor die Ausländer mit Benzin und fackelt sie ab. Soll das etwa lustig sein? An der Premiere hat niemand gelacht, der Jubel am Ende war aber umso stärker. Das Publikum fühlte sich durch dieses einfache Weltbild offensichtlich angesprochen.

Nach dem Schlussapplaus traten die beteiligten Mitarbeiter des Theaters nochmals auf die Bühne und lasen einen Appell vor. «Wir als Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Theaters Basel sind entsetzt über das Ja vom 9. Februar 2014 und wollen das so nicht stehen lassen», skandierten sie im Chor. Man lehne jede Form von Rassismus und Abschottung ab. Das einhellige Staccato klang bedrohlich, die kollektive Kampfrhetorik hatte etwas Abstossendes an sich.

Man möchte sich nicht vorstellen, was jene Mitarbeiter erdulden müssten, die es wagten, bei diesem Appell nicht mitzumachen.

Biedermann und die Brandstifter: Theater Basel, Schauspielhaus

Aufbruch in die Welt von gestern

Von Peter Rüedi

Jazz ist eine aktuelle Musik, gewiss, aber auch eine historische und, *as time goes by*, zunehmend auch eine Art, andere Musiken zu hören. Folkloren querweltein, zunächst, die Musiker mit Jazzerfahrung erst aus dem Schattenreich der Musikethnologie zum Leben erwecken. Solche Orpheus-Gänge in die Unterwelt beschränken sich nicht auf Volksmusikalisches. Jazzmusiker unternehmen ihre Entdeckungsreisen auch in entferntere Regionen der europäischen Musikergeschichte. Und in die näheren der Jazzgeschichte, in der sie geschichtsvergessenen Zeitgenossen jede Menge Entdeckungen vermitteln. Wer, Hand aufs Herz, hat noch eine Ahnung vom genialen Gesamtwerk des Exzentrikers Jelly Roll Morton? Wann kommt, ein halbes Jahrhundert nach Gil Evans, wieder mal einer, der in einer neuen Sprache diese mitreisenden alten Polyfonien erzählt?

Auch wenn die beiden Franzosen, der Akkordeonist Vincent Peirani und der Sopransaxofonist Emile Parisien, ihr sprühendes neues Duo-Album «Belle Epoque» nennen, geht es ihnen nicht um einen Retro-Maskenball oder um nostalgische musikalische *frivolités*. Die beiden nehmen es nicht so genau mit dem Zeitbegriff, sie sind aus auf Stimmungslagen, die sie virtuos beschwören. Beide sind Partner von Daniel Humair in dessen Quartett Sweet & Sour und rauschen hier durch einen musikalischen Bilderbogen, der in der Hälfte der Stücke einem roten Faden folgt, und der heisst Sidney Bechet. Parisien ist ein sehr eigenständiger Sopransaxofonist mit einem sophisticated Klang bis hin zu Klarinettenfinessen (wenn er will); kein Imitator von Bechet (oder sonst wem) auf dem Horn, das, einmal abgesehen vom mächtigen Vibrato des Altmeisters, gern einen Stich ins Trötige kriegt. Peirani andererseits entlockt seinem Balg sereneste, leiseste Obertöne und krudeste tiefe Akkordfetzen, er ist ein sehr orchestraler Akkordeonist, Perkussionist, arpeggierender Klangteppichweber und melomaner Sänger in einem: in eher abgelegenen Bechet-Originalen, dem Klassiker «St. James Infirmary», Ellingtons «Dancers in Love» und wunderbaren Eigenerfindungen. Ein Riesenspass.



Vincent Peirani & Emile Parisien: Belle Epoque. ACT (Duo Art) 9625-2

«Mischung aus Schopenhauer und Schwarzenegger»

Seine Fans verehren ihn fast kultisch, Hollywoods Schauspieler-Elite reisst sich darum, mit ihm arbeiten zu dürfen: Filmmacher Wes Anderson über Nostalgie, die Heilkraft von polnischem Wodka und sein jüngstes Werk «Grand Budapest Hotel», das diese Woche in die Kinos kommt. *Von Claas Relotius*

Wenn man ehrlich ist, sieht der schlaksige Mann, der etwas ziellos über den Flur des Berliner «Adlon»-Hotels spaziert, aus wie ein grosses Kind in einem deutlich zu weiten Anzug – Tweed-Jackett, gepunktete Krawatte, mit den langen Haaren und diesem zarten Gesicht eines heranwachsenden Aristokraten: Wes Anderson erinnert eher an einen jungenhaften, verschrobenen Dandy als an einen Mann, der als Autor, Regisseur und Produzent seiner eigenen Filme die künstlerischen Zügel so fest in der Hand hält wie kaum ein anderer Filmmacher seiner Generation. Die eigenwilligen Werke des 44-Jährigen, so gut wie immer ein Panoptikum noch eigenwilligerer Charaktere, kommen oft harmlos oder gar märchenhaft daher und erzählen doch mehr über die Tragik menschlicher Beziehungen, als manch andere es jemals könnten. Während ein Concierge um ihn herumwirbelt, betrachtet Anderson mit kindlicher Begeisterung das Treiben in der Lobby. Musik hallt durch den Raum, der Hotelpianist spielt «Imagine». «Wunderbar kitschig!», befindet Anderson.

Mister Anderson, können Sie gut mit Kitsch umgehen?

Auf jeden Fall liebe ich dieses Wort: Kitsch! Das kommt aus dem Deutschen, richtig? Ja, ich glaube, manchmal mag ich Kitsch.

Wann zum Beispiel?

Na ja, nicht unbedingt, wenn jemand auf dem Piano eine Friedensballade klimpert – das ist zu viel des Guten. Ich glaube, man sagt: «Kitsch ist aufdringlich und bedeutet einen Mangel an Diskretion.» Dort, wo also nur angedeutet werden könnte, wird alles ausgesprochen. Das kann ja sehr abschreckend sein. Trotzdem rührt es mich, wenn ich zum Beispiel alte Liebesbriefe aus meiner Kindheit wiederfinde. Und das ist definitiv Kitsch, weil sich ja jeder auf dieses rührende Bild einigen kann. Ich würde aber nie jemandem davon erzählen. Das wäre mir schon wieder zu aufdringlich.

Der tschechische Schriftsteller Milan Kundera schrieb einmal, Kitsch sei «die absolute Verneinung von Scheisse».

Oh, dem würde ich zustimmen – sowohl im wörtlichen als auch im übertragenen Sinn. Wo nur Reinheit herrscht, wird das Schöne zum Abklatsch.

Würden Sie Ihre Filme eigentlich als kitschig bezeichnen? Man kann sich ja als

Zuschauer durchaus bequem darin einrichten.

Nun, mein letzter Film, «Moonrise Kingdom», handelt von einem Jungen und einem Mädchen, die aus einem Pfadfinderlager abhauen und sich zu zweit gegen die Erwachsenenwelt stellen. Als Exposition ist das auf jeden Fall Kitsch, keine Frage. In den vielen Details des Drehbuchs gibt es dann aber genügend Brüche, hoffe ich.

Es gibt diese Metapher des schönen Scheins der Kunst, der notwendigerweise dem bösen gesellschaftlichen Sein gegenübersteht. Ist auch das nur Klischee, oder glauben Sie daran?

Künstler wollen das gerne so sehen, aber vielfach ist es natürlich ein Klischee. Das hat auch viel mit Selbstüberschätzung zu tun. Denn machen wir uns nichts vor: Kunst kann genauso gut alles Schlechte kaschieren. Auf der Suche nach einem Schauplatz für den neuen Film «The Grand Budapest Hotel» war ich viel in Osteuropa unterwegs. Wie ich dort erfahren habe, stammt von dem ungarischen Dramatiker George Tabori der schöne,

«Meine Kindheit roch leider nicht nach Blumenerde, sondern nach Benzin.»

einfache Satz: «Notwendig ist Theater nicht, es ist Luxus.» Ich sehe das ähnlich. Wenn ich zwischen Marx und Mozart wählen müsste – dann würde ich wahrscheinlich immer Marx wählen, weil vor der Kunst das Handwerk kommt und vor dem Handwerk die gesellschaftlichen Verhältnisse kommen.

So viel Bodenständigkeit überrascht, wenn man den überbordenden, fast barocken Stilwillen Ihrer Filme vor Augen hat.

Ich finde, Karl Marx und ein gewisser Stilwille für das Schöne schliessen sich überhaupt nicht gegenseitig aus. Der wunderbare Jean-Luc Godard hat das mal ganz charmant angedeutet in seinem Film «Masculin-féminin». Kennen Sie den? Darin geht es um liebestolle Grossstädter, die hin- und hergerissen sind zwischen schönem Schein und politischen Ambitionen. Godard hat dabei immer wieder marxistische Thesen eingebaut. Der halbe Film aber ist mit der Musik von Mozart unterlegt.

Der Untertitel des Films lautet: «Die Kinder von Marx und Coca-Cola». Sie sind in den

Siebzigern aufgewachsen. Können Sie sich selbst in dieser Beschreibung wiederfinden?

Wenn Coca-Cola nicht für Kapitalismus, sondern für kommerzialisierte Popkultur steht – und das tut es ja hier –, dann auf jeden Fall. Mir gefällt diese Gegenüberstellung. Sie drückt das Unbehagen aus, das viele Leute empfinden, die nach 1970 geboren und in diesem sehr bizarren Umfeld aus Konsumwelt und Kulturkritik gross geworden sind. Eine Ära, die ja eigentlich bis heute anhält. Ich bin ohne jeden Zweifel ein Kind dieser Zeit.

Es wäre vielleicht auch eine passende Beschreibung für das Publikum, das Ihre Filme verehrt: zwischen zwanzig und vierzig Jahre alt, postmoderne Grossstädter, mit den Romanen von Salinger aufgewachsen und sich dem Erwachsensein, solange es geht, verweigernd.

Ich habe vor einiger Zeit mal gelesen, die Fans meiner Filme seien alle progressive Nostalgiker, die sich als Avantgarde verstehen und doch nur in der Vergangenheit ruhen wollen.

Ergibt das keinen Sinn für Sie?

Doch, klar. Ich bin ja selbst so ein Typ, der ständig das Neue sucht und dabei immer wieder das Alte findet. Jedes Mal, wenn ich einen neuen Film mache, habe ich das Gefühl, damit etwas zu schaffen, was mir überhaupt noch nicht gelungen ist. Dann ist der Film irgendwann fertig, und die Leute, die ihn als Erste sehen, sagen mir: «Wes, das ist toll, aber noch der allergrösste Kulturbanause würde erkennen, dass das ein Wes-Anderson-Film ist.»

Der Schauspieler Edward Norton hat kürzlich in der Sendung «Saturday Night Live» ein Video gezeigt, in dem er in einer Parodie ausführt, wie ein von Ihnen gedrehter Horrorfilm aussehen würde.

Ich habe nur darauf gewartet, dass das jetzt kommt. Jaja, Edward setzt sich in dem Streifen einfach eine Owen-Wilson-Perücke auf. Ansonsten ist natürlich alles mit alten Plattenspielern und so weiter ausgestattet. Gruselig wird es nicht mal annähernd. Ein Wes-Anderson-Film eben. *(Lacht)*

Woher rührt eigentlich Ihre Vorliebe für Retro-Ästhetik?

Mir ist wichtig, dass meine Filme zeitlos sind. Wenn Sie genau hinschauen, sind sie rein optisch selten genau einem Jahrzehnt zuzuord-



«Ich glaube, man nennt dieses Gefühl Faszination»: Regisseur Anderson.

nen, sondern kombinieren immer gleichzeitig mehrere Perioden. Zum anderen zieht mich der Gedanke an das Vergangene ungemein an. Ich habe ein paar Jahre in Paris gelebt und bin zu der Zeit regelmässig in ein altes Filmarchiv an den Champs-Élysées gegangen, wo man die Negativaufnahmen verschiedener Pariser Orte aus dem letzten Jahrhundert anschauen konnte. Ein ziemlich nerdiges Hobby, aber ich bin ein Freund solcher Zeitreisen.

Es gibt Leute, die sind schon im Kindesalter sehr nostalgisch. Wie war das bei Ihnen?

Ich bin nicht sicher, ob ich als Kind wirklich ein Gefühl dafür hatte, was Nostalgie ist. Auf jeden Fall konnte ich mich meist schlecht von Dingen trennen und noch schlechter loslassen. Vor ein paar Jahren sind mir Bilder in die Hand gefallen, die ich als Kind von meinen Freunden gemalt hatte. Alle Bilder zeigen meine Freunde, aber nie als sie selbst, sondern immer als vorzeitliche Ritter oder Westernhelden. Wahrscheinlich war ich schon immer ein wenig aus meiner Zeit gefallen.

Erinnern Sie sich noch an den Geruch Ihrer Kindheit?

Da brauche ich jetzt Zeit zum Überlegen. Wie kommen Sie darauf?

Auf dem Weg hierhin erzählte der Taxifahrer von sich aus, dass seine gesamte Kindheit in seiner Erinnerung nach Blumenerde gerochen habe.

Fantastisch! Warum Blumenerde?

Er sagte, weil sein Vater Bestatter gewesen sei und immer die Erde vom Friedhof an den Stiefeln nach Hause getragen habe. Vielleicht kann der Geruch einer Kindheit mehr über jemanden verraten als viele andere Dinge, nach denen man fragen kann.

Wahrscheinlich sogar. Ich bin in Texas geboren. Meine Kindheit roch leider nicht nach frischer Blumenerde, sondern nach Benzin. Wenn die grossen Raffinerien gefördertes Öl verbrannten, legte sich immer dieser Geruch über die Stadt. Das klingt jetzt furchtbar nach Gestank, ich weiss, und wenn man nicht in Houston aufgewachsen ist, kann man es wohl nicht verstehen, aber: Heute, da ich in New York lebe, fehlt mir dieser Geruch, denn er bedeutet für mich Heimat. Wenn ich weiter nachdenke, passte dazu auch gut der Essiggeruch der Super-8-Filmstreifen, auf denen ich als Teenager zusammen mit meinen Brüdern die ersten Videos gedreht habe. Tja, Essig und Benzin – das war meine Kindheit.

Was sagt uns das jetzt?

Dass ich eine ziemlich männliche Kindheit hatte, finde ich. (*Lacht*)

Hat es einen Grund, weshalb in so gut wie jedem Ihrer Filme die Vaterfigur eine so wichtige Rolle spielt?

Wes Anderson

Wesley Wales Anderson wurde 1969 in Houston, Texas, geboren. Er studierte Philosophie an der University of Texas, wo er seinen späteren Arbeitspartner Owen Wilson kennenlernte. Gemeinsam schrieben sie das Drehbuch zu Andersons erstem Spielfilm «Bottle Rocket» (1996) sowie für dessen Nachfolgewerke «Rushmore» (1998) und «The Royal Tenenbaums» (2001), welches Letzterer mit einer Oscar-Nominierung für das beste Drehbuch ausgezeichnet wurde. Weitere Erfolge feierte Anderson mit den Kinofilmen «Die Tiefseetaucher» (2004), «Darjeeling Limited» (2007), «Der fantastische Mr. Fox» (2009) und «Moonrise Kingdom» (2012), für die er jeweils als Autor, Regisseur und Produzent verantwortlich war. Nach einem mehrjährigen Aufenthalt in Paris lebt Wes Anderson heute in New York. (*cr*)

Meine Eltern haben sich früh getrennt. Meine beiden Brüder und ich sind grösstenteils bei meiner Mutter aufgewachsen. Wir waren keine völlig zerrüttete Familie oder so, aber wenn ein Vater nicht da ist – und in den Filmen sind die Väter ja zumindest emotional oft nicht da –, dann macht sich das immer irgendwie bemerkbar. Wie bei den meisten Teenagern gab es bei mir ein paar Jahre, da fand ich wenig Zugang zum Vater, aber das hat sich spätestens seit dem College wieder gelegt. Mark Twain schrieb ja mal: «Als ich vierzehn war, war mein Vater so ignorant, dass ich ihn um mich herum kaum ertrug. Als ich jedoch 21 wurde,

Bill Murray sagte: «Wunderbar, das klingt nach Sex, Drugs and Rock 'n' Roll!»

war ich erstaunt, wie viel der alte Mann in den sieben Jahren dazugelernt hatte.»

Irgendwie überrascht es nicht, dass Sie Mark Twain mögen. Kommt daher Ihr Sinn für Abenteuergeschichten?

Wenn man in Houston aufwächst, muss man sich in Abenteuergeschichten flüchten, um etwas zu erleben. Mark Twains Geschichten hatten für mich als Kind immer etwas von Aufbruch und Neuanfang, selbst wenn sich die Protagonisten am Ende nur im Kreis gedreht haben. Ich wollte damals auch ständig weg.

Wohin?

Als ich zwölf Jahre alt wurde, erklärte ich meinen Eltern, warum es das Beste für mich wäre, auf der Stelle auszuwandern und alleine nach Paris zu ziehen. Ich hatte überhaupt keine Ahnung oder Vorstellung von Frankreich, geschweige denn Kenntnisse der Spra-

che. Aber ich hatte sogar schon Handouts mit Argumenten für meine Eltern angefertigt, etwa dass die Mathematikurse in Frankreich deutlich besser seien. Sie haben mich nicht ernst genommen. Zum Glück!

Sie haben einen Abschluss in Philosophie. Was hat Sie an diesem Studium gereizt?

Wenn ich ehrlich bin, habe ich Philosophie vor allem deshalb studiert, weil mein älterer Bruder es auch studierte. Es klang wie etwas, was mich interessieren könnte.

Hat es aber nicht?

Doch. Ich habe viel gelesen, womit ich sonst sicher nie in Berührung gekommen wäre. Allerdings habe ich auch immer nur das Nötigste getan.

Gehörten Sie etwa zu den jungen Herren, die Philosophie nur deshalb studierten, um Bourdieu zitieren und damit Frauen beeindrucken zu können?

Ja, genau zu denen habe ich gehört. Aber ich hatte leider oft Probleme, mir die richtigen Zitate zu merken. Meist habe ich philosophische Zitate mit Popzitate verbunden. Oder ich habe Popzitate genommen, zum Beispiel von den Rolling Stones oder unbekannteren Bands, und sie als Zitate von Philosophen verkauft. Meistens ging das gut.

Eines haben Sie doch sicher noch parat.

«Alle wahre und reine Liebe ist Mitleid, und jede Liebe, die nicht Mitleid ist, bedeutet... Zerstörung!» Das ist gewissermassen eine Mischung aus Schopenhauer und Schwarzenegger. Metaphysik und Mechanik! Nein, ernsthaft: Was mich während des Studiums wirklich gereizt hat, war das Schreiben von Kurzgeschichten. Darauf habe ich die meiste Zeit verwendet.

Gibt es einen Philosophen, der Sie beim Entwickeln von Geschichten inspiriert?

Keinen bestimmten. Wobei mich beim aktuellen Film das philosophische Konzept eines Hotels interessiert hat. Bei einem Hotel handelt es sich ja eigentlich zunächst um nichts anderes als um ein Vakuum. Seine Bedeutung bezieht es allein aus den Gästen. Nehmen wir doch dieses schöne Hotel hier, in dem wir jetzt sitzen: Da unten laufen Menschen rum, die gerade auschecken. Bevor die nächsten Gäste kommen, dauert es zwei Stunden. In diesem Zeitraum verliert das «Adlon» genau genommen vollkommen seine Funktion. Es bewegt sich also eigentlich ständig zwischen Sein und Nichtsein. Ich finde diese Vorstellung sehr seltsam.

Ihre Filme werden immer wieder mit modernen Märchen in Verbindung gebracht, tatsächlich handeln sie aber doch eher von realen Utopien. Nehmen wir das Pfadfinderlager in «Moonrise Kingdom» oder das fiktive Belle-Epoque-Hotel in Ihrem neuesten Film – Foucault hätte all diese Orte als «Widerlager zur wirklichen Gesellschaft» bezeichnet, weil sie innerhalb bestimmter



Meisterwerk: «Moonrise Kingdom», 2012.



Abenteuerkomödie: «Darjeeling Limited», 2007.



Jüngster Coup: «Grand Budapest Hotel», 2014.

Grenzen ihren ganz eigenen Regeln folgen.

Der Gedanke an solche «Widerlager» gefällt mir. Ich mag Orte, die die Gesellschaft praktisch innerhalb bestimmter Grenzen auf links drehen. Und ich mag, dass die Menschen dieses Spiel darin mitspielen. Ich glaube, das wichtigste dieser Widerlager ist jenes, das man vielleicht am leichtesten übersieht und das genau genommen natürlich gar kein geografischer Ort ist – die Familie. Innerhalb einer Familie tun die meisten Menschen Dinge, die sie sonst nie tun würden. Hier gelten eigene Gesetze.

Gibt es abseits der Familie vergleichbare Refugien, die Sie sich im echten Leben schaffen?

Da bin ich dann eher fantasielos. Wenn ich nicht gerade mit anderen zusammenarbeite, ziehe ich mich komplett zurück in mein Schneckenhaus und lebe meistens wie ein Einsiedler. Allenfalls zum Abendessen gehe ich dann manchmal raus. Und wenn mein Handy klingelt, schaue ich wie erstarrt aufs Display und warte, bis das Klingeln wieder aufhört. Ich bin gerne unter Leuten, aber es kostet mich auch viel Kraft.

Für den Dreh von «The Grand Budapest Hotel» haben Sie sich mit Ihrer gesamten Crew für mehrere Wochen in einem brandenburgischen Kurhaus niedergelassen. Kostete Sie das Überwindung?

Nein, es war sogar meine Idee. Solche Drehs sind etwas ganz anderes. Da geht es meist wie auf einer Klassenfahrt zu. Alle Hotelzimmer auf einem Gang, morgens gemeinsames Frühstück, abends gemeinsames Abendessen – grossartig! Als ich Bill Murray von dem Plan erzählt hatte, war er gleich

begeistert. Er sagte: «Wunderbar, das klingt nach Sex, Drugs and Rock 'n' Roll!» Tatsächlich gab es dann nichts davon. Okay, Jeff Goldblum und Jude Law haben nachts manchmal ein paar Jazzstücke auf dem Klavier gespielt. Aber Sex oder Drogen? Es gab nur Görlitz...

Ein Ort, wie gemacht für Filmstars und ihre ausschweifenden Eskapaden.

Vor allem im Winter. Zu den grössten Highlights zählte, zum Abendessen über eine Brücke nach Polen zu gehen. Für Amerikaner ist es ja durchaus skurril, zum Dinner das Land zu verlassen. Wir haben uns in Polen immer wieder mit der gesamten Crew den Bauch vollgeschlagen. Das polnische Essen wird mit viel Liebe serviert, aber es ist auch ziemlich rustikal. Den meisten Jungs hat das nichts ausgemacht, aber mir wurde es an einem Abend zum Verhängnis. Vielleicht lag es daran, dass ich normalerweise wenig esse. Jedenfalls dachte ich, mein Bauch platze gleich. Mir wurde schwindlig, ich habe rumgeschrien, was ich normalerweise wirklich nie tun würde, und einen Arzt angefordert. Ich war mir sicher, ich würde sterben und das Erscheinen meines Films nicht mehr erleben.

Wie kam es, dass Sie heute noch sehr lebendig hier sitzen?

Nach einer halben Stunde kam der Kellner genervt aus der Küche und stellte mir einen halben Liter selbstgebrannten Wodka vor die Nase. Er sagte, ich solle drei grosse Züge davon nehmen, dann würde es mir besser gehen.

Hatte er recht?

Er hatte selbstverständlich recht. Es geht doch nichts über polnische Hausmedizin! Die hilft sogar gegen Hypochondrie.

Mister Anderson, es herrscht nun bereits seit einigen Jahren ein regelrechter Hype um Ihre Arbeit. Trotzdem weiss man, abgesehen von Ihren eigenen Werken, kaum etwas über Ihren persönlichen Filmgeschmack. Welche drei Filme hätten Sie gerne selbst gedreht?

Das ist leicht: «Chinatown» und «Rosemary's Baby» von Polanski. Und «Coming Home» mit Jon Voight und Jane Fonda. Diese drei Filme, das sage ich immer wieder, haben alles: perfekte Drehbücher, perfekte Besetzungen, perfekte Bilder.

Gibt es Filmemacher, die Sie besonders bewundern?

Die Coen-Brüder und Pedro Almodóvar. Und bis heute Ingmar Bergman. Das sind und waren Leute, die ihre eigenen Drehbücher schreiben, ihr eigenes Team haben, alles aus einer Hand machen und vollkommen selbstständig arbeiten. Gerade Bergman, der ja leider nicht mehr lebt, ist für mich noch immer das Vorbild schlechthin, wenn es darum geht, wie eigenwillig man als Filmemacher zu Werke gehen sollte.

Wer hat Sie als Erster für das Kino begeistert?

Das waren genau genommen zwei. Als ich noch ein Kind war, hatte ich bei Hitchcock und bei Spielberg immer das Gefühl, dass sie etwas wissen, was allen anderen Menschen immer verborgen bleiben wird. Das war beruhigend und sehr verstörend zugleich. Ich glaube, man nennt dieses Gefühl Faszination.

Andersons neuester Film, «The Grand Budapest Hotel» wurde bei den Filmfestspielen Berlin mit dem Silbernen Bären/Grosser Preis der Jury ausgezeichnet. Er kommt am 6. März in die Kinos.

Top 10

Knorr's Liste

1	12 Years a Slave	★★★★★
	Regie: Steve McQueen	
2	Philomena	★★★★★
	Regie: Stephen Frears	
3	The Wolf of Wall Street	★★★★★
	Regie: Martin Scorsese	
4	American Hustle	★★★★★
	Regie: David O. Russell	
5	Das finstere Tal	★★★★☆
	Regie: Andreas Prochaska	
6	Dallas Buyers Club	★★★★☆
	Regie: Jean-Marc Vallée	
7	Der Goalie bin ig	★★★★☆
	Regie: Sabine Boss	
8	Traumland	★★★★☆
	Regie: Petra Volpe	
9	The Monuments Men	★★★☆☆
	Regie: George Clooney	
10	Nymphomaniac 1	★★☆☆☆
	Regie: Lars von Trier	

Kinozuschauer

1 (-)	Mr. Peabody & Sherman	17 180
	Regie: Rob Minkoff	
2 (-)	Jack Ryan: Shadow Recruit	12 908
	Regie: Kenneth Branagh	
3 (2)	American Hustle	9832
	Regie: David O. Russell	
4 (1)	The Monuments Men	9811
	Regie: George Clooney	
5 (4)	Der Goalie bin ig	8125
	Regie: Sabine Boss	
6 (3)	Vaterfreuden	7066
	Regie: Matthias Schweighöfer	
7 (7)	Dallas Buyers Club	6419
	Regie: Jean-Marc Vallée	
8 (5)	The Wolf of Wall Street	6079
	Regie: Martin Scorsese	
9 (6)	12 Years a Slave	5813
	Regie: Steve McQueen	
10 (-)	Pompeii (3-D)	4474
	Regie: Paul W.S. Anderson	

Quelle: Schweizerischer Filmverleiher-Verband;
Zuschauerzahlen vom Wochenende (Deutschschweiz)

DVD-Verkäufe

1 (-)	Achtung, fertig, WK (Impuls)
2 (-)	Gravity (Warner)
3 (1)	Prisoners (Ascot Elite)
4 (2)	2 Guns (Sony)
5 (5)	The Butler (TBA)
6 (6)	White House Down (Sony)
7 (4)	Red 2 (Ascot Elite)
8 (3)	Riddick (Impuls)
9 (-)	Insidious: Chapter 2 (Sony)
10 (-)	The Philosophers (Ascot Elite)

Quelle: Media Control



Pas de deux: Emma Thompson und Tom Hanks in «Saving Mr. Banks».

Kino

Traumtänzer im Clinch

«Saving Mr. Banks», die Geschichte über die Verfilmung von «Mary Poppins», wird zum neckischen Disney-Märchen.
Von Wolfram Knorr

Man darf sich Pamela L. Travers, Autorin des Kinderbuchs «Mary Poppins», als glücklichen Menschen vorstellen. Mit ihrer Zaubergeschichte einer Fee, die eine Familie rettet, gelang ihr ein Wurf von einem Märchen. Doch dann stürzt ein Mann in ihre heile Welt wie aus einem allerheiligen Himmel – denn er ist der Schöpfer eines ungleich grösseren Paradieses, in dem es auch Feen gibt, aber vor allem keine Inflation, keine Krisen, kein Raub, geschweige denn Mord. Der Architekt dieser Superidylle war Walt Disney, der sich Travers «Mary Poppins» wie einen weiteren Baustein zur Vergrösserung seiner Kunstwelt einverleiben wollte. Er fühlte sich dazu verpflichtet, denn kraft seines Willens und seiner Fantasie hatte er der banalen Wirklichkeit schon so viele Träume abgetrotzt, dass der von Madam Travers einfach dazu gehörte. Sie aber weigerte sich. Ihr war Disneys Schöpfung, geschaffen mit einer *Mus musculus*, einer lächerlichen Hausmaus, genannt Micky, schlicht zu infantil.

Schon während des Zweiten Weltkriegs hatte der Eskapismus-Mogul den Kontakt zu Pamela erfolglos aufgenommen. Aber Disney blieb hartnäckig, rückte ihr gnadenlos auf die Pelle. Wollte er einen Stoff, kannte er keine Rücksicht – und «Mary Poppins», die Story einer Kinderfrau, die dem borniert-steifen Bankier Banks die fehlende Liebe zu seinen Kids verschafft,

gehörte so unabdingbar in sein Imperium, dass er Pamela so lange zusetzte, bis sie 1960 tatsächlich aufgab und mit der Einschränkung, das Drehbuch dürfe nicht verändert werden, die Verfilmungsrechte verkaufte. Disney änderte ungerührt eine ganze Menge – nicht am Drehbuch, sondern während des Drehs. Damit hatte er sie ausgetrickst, mit schönen Folgen: «Mary Poppins» wurde einer der erfolgreichsten, aber auch kreativsten Disney-Filme; 1964 mit fünf Oscars ausgezeichnet.

Es geht also in «Saving Mr. Banks» mit Emma Thompson als zickig arroganter Pamela L. Travers und Tom Hanks als jovialem, engelsgeduldigem Disney um den Fight zweier Traumtänzer, der das Zeug zu einer Screwball-Komödie hätte. Aber Disney gehört zu jenen US-Koryphäen, auf die kein Schatten fallen darf, die zu «Klassikern» wurden. Folglich ist hier Disney gefährlich nahe am «hohlen Gipskopf» (Egon Friedell über das Goethe-Bild); ein edler, hehrer Onkel, der nichts Negatives an sich hat. Bei John Lee Hancock (Regie) und Kelly Marcel (Drehbuch) wird er deshalb zu einer Art Moses im Zwirn, der einer uneinsichtigen Europäerin mit Schafsgeduld die Gesetze der Popkultur nahezubringen versucht.

Das ist natürlich Humbug. Disney hatte seine dunklen Seiten. Aber auch wenn «Saving Mr. Banks» kein Disney-Biopic ist, sondern der

kurlige Pas de deux eines ungleichen Paares, hätte ein wenig Realitätsnähe den Figuren gut getan. So bleibt, trotz Hanks und Thompson, die ihre Sache sauber erledigen, eine seifige Traumtänzerromanze, bei der man den Verdacht nicht los wird, sie sei nur produziert worden, um für Vergnügungsparks zu werben. ★★★☆☆

Weitere Premieren

The Grand Budapest Hotel — Ein sacherinsüßer Zuckerbäckerladen voll kunterbunter Pralinen ist dieser wunderbar kuriose Spass von Wes Anderson («Moonrise Kingdom»). Der hagestolze Concierge (Ralph Fiennes) eines fantastischen Hotels aus vergangenen Zeiten, der einem weiblichen Stammgast (Tilda Swinton) auch sexuell zu Diensten ist, gerät durch ihren Tod in die irrsten Windungen eines Kriminalstücks. Es geht um ein Testament und ein Gemälde und wilde Besitzansprüche. In dem stilistisch grotesken Nostalgie-Hochamt tritt eine ganze Riege erstklassiger Mimen, von Willem Dafoe über Bill Murray bis Léa Seydoux et cetera, in kleinen Rollen auf. Das ist höchst vergnüglich, zumal mit verschiedenen Nostalgiezeitebenen jongliert wird. Anderson hat sich dabei nicht nur von Stefan Zweig inspirieren lassen, wie es im Nachspann heisst, auch ganz gewiss von Comics à la Jacques Tardi und seinen burlesken Gründerzeitkrimis. ★★★★★



Höchst vergnüglich: «Grand Budapest Hotel».

Fragen Sie Knorr

Wie kommt es, dass alle Jack Nicholson und Robert De Niro so wahnsinnig gut finden, wo doch beide im Wesentlichen diese immer gleiche Höhnisch-Grinsen-Visage draufhaben? P.K., Villars-sur-Glâne



Ich weiss nicht, ob wirklich alle die beiden noch gut finden. Sie waren mal hervorragend, zu einer Zeit, als sie in ihren Rollen noch gefordert wurden. Irgendwann gefror ihre Mimik zum Image. Bei De Niro war's der diabolische Mafioso, bei Nicholson der wölfische

Tokyo Family — 1953 gelang Yasujiro Ozu mit «Reise nach Tokio» ein Klassiker des japanischen Films, und weil sein ehemaliger Regieassistent Yoji Yamada auf eine fünfzigjährige Regiekarriere zurückblicken kann, fühlte er sich quasi verpflichtet, sein Vorbild mit einem Remake des Klassikers zu ehren. Yamada änderte nichts am Drehbuch, ausser dass er die



Ein wenig Hoffnung: «Tokyo Family».

Story eines Rentnerpaars aus der Provinz, das seine drei Kinder in der Hauptstadt besucht und von einem zum anderen geschoben wird, in die Gegenwart verpflanzt. Ein Schaden ist das nicht, die Zustände haben sich kaum geändert. Schon Ozu griff auf den US-Film «Make Way for Tomorrow» von 1937 zurück («Kein Platz für Eltern»). War bei Ozu, geprägt durch den Krieg, die Grundstimmung melancholisch, gibt es bei Yamada ein wenig Hoffnung. Allerdings verlangt sie viel Geduld. ★★★☆☆

Mr. Peabody & Sherman — Er läuft zwar schon, darf aber nicht ignoriert werden, weil er der originellste Animationsfilm seit langem ist: Hier bekommt ein Hund das Sorgerecht für einen Menschen zugesprochen! Und der Hund ist genial, der mittels einer Zeitmaschine seinem Adoptivjungen Geschichtsunterricht erteilt! Wenn sie etwa da Vinci besuchen, der gerade Mona Lisa das besondere Lächeln einzublauen versucht. Ein irrer, rasanter Spass. ★★★★★

Grins-Irre. Ähnlich war's bei Ben Kingsley, nachdem er Gandhi gespielt hatte, oder Armin Müller-Stahl, der den Thomas Mann gab. Seitdem wirken sie wie hochkonzentrierte Hefewürfel, die jede Drama-Backform sprengen und sich in den Filmen geistig ausdehnen, als seien sie in allen Rollen entweder weiterhin Mafioso, Irrer, Gandhi oder Thomas Mann. Oft sind sie selbst an den Produktionen beteiligt. Sie wollen halt nicht aufs Altenteil.

Wolfram Knorr

Der Journalist und Buchautor gehört zu den renommiertesten Filmkritikern der Schweiz.

Fragen an: knorr@weltwoche.ch
Unveröffentlichte Fragen können nicht beantwortet werden.

Fernseh-Kritik

Spinnt die «Arena»?

Von Alex Reichmuth

Die Sendung lief genau eine Viertelstunde, als sich Oskar Freysinger umschaute. «Ich bin ja der Einzige in dieser Runde, der Ja zur Initiative gesagt hat», stellte er fest. Der SVP-Nationalrat und Walliser Staatsrat hatte sich nicht getäuscht: Er war von lauter Nein-Sagern umzingelt.

Unter dem Titel «Spinnen die Schweizer?» wollte die «Arena» von SRF klären, ob das Image der Schweiz wegen dem Abstimmungs-Ja zur Einwanderungs-Initiative Schaden genommen hat. Freysinger gegenüber standen Ralf Stegner von der deutschen SPD, der der Schweiz «Verblödung» vorgeworfen hatte, der ehemalige Botschafter Thomas Borer («Ich gehöre zu den Abstimmungsverlierern») und der Schriftsteller Adolf Muschg, der ein «gemischtes Nein» in die Urne gelegt haben will. Von der hinteren Reihe meldeten sich zudem die Nein-Sager Markus Lehmann (NR, CVP), Petra Gössi (NR, FDP), Martin Bäumle (NR, GLP) und Martin Naef (NR, SP) zu Wort.

Muschg verteidigte das «totale Ungleichgewicht» (Freysinger) mit der Beateuerung, «alle an diesem Tisch» würden «die Leute verstehen». Von Verständnis war in der Folge jedoch nicht viel zu spüren. Es wurde immer lauter und heftiger. Freysinger wurde vorgeworfen, Demagogie zu betreiben und mit Faschisten zu sympathisieren. «Ich fürchte, Sie denken wirklich, was Sie sagen», schleuderte Stegner dem Walliser entgegen.

«Diese «Arena» war keine Abstimmungs-«Arena», rechtfertigt Redaktionsleiterin Marianne Gilgen auf Anfrage den eklatanten Nein-Überhang und führt den Parteienproporz an. Weiter behauptet Gilgen, das Ja oder Nein zur Initiative habe bei den diskutierten Fragen «keine Rolle mehr gespielt».

Moderator Urs Wiedmer versuchte den aufgebracht Freysinger noch während der Sendung zu beruhigen. Er sei «nicht allein», beschied er ihm, «denn alle in der Runde sagen ja, man müsse den Volkentscheid umsetzen». Angesichts der Schärfe dieses Arguments muss man sich fragen: Spinnt die «Arena»?

Arena: jeweils Freitag, 22:20 Uhr, SRF 1

Turbulente Zeiten

An der Zürcher Bahnhofstrasse tut sich was: Neues von Trudie Götz; Hugo Boss baut aus; PKZ setzt ein Zeichen. Von Hildegard Schwaninger



Lächeln der Sphinx: Geschäftsfrau Götz.

An der Zürcher Bahnhofstrasse, einer der teuersten Einkaufsmeilen der Welt, bewegt sich viel, und mittendrin steht **Trudie Götz**, unverwundlich und energiegeladent, seit über vierzig Jahren mit Trois Pommes Schweizer Boutiquenkönigin. Wieder hat Trudie Götz ihr Reich erweitert. Sie übernahm das traditionelle Modehaus Day; letzte Woche lud sie zur Eröffnung. Architekt **Heinz Müller**, ihr Lebenspartner und also naturgemäss Hausarchitekt von Trois Pommes, brachte frischen Wind in den Laden; dieser präsentiert sich luftig und einladend.

Trudie Götz, immer innovativ, stellt als neues Modelabel Maison Takuya vor, Taschen, die in Bezug auf ihren Qualitätsanspruch mit Hermès vergleichbar sind. Zu Ehren von Maison Takuya gab sie ein Diner im «Haute», Zürichs Nobel-Member-Klub mit spektakulärer Aussicht mitten in der City. Serviert wurde Hackbraten mit Kartoffelstock, ein Lieblingsmenü der Schweizer. Unter den Gästen ein paar interessante Frauen: **Christa Carenini**, die eine Modeboutique in Kilchberg hat und auch einen Architekten, **Erminio Carenini**, als Ehemann, die Businessfrauen **Andrée Darphin** (Schmuck Monies) und **Beatrice Rossi** (Juwelen), die mit ihren Geschäftsräumen Nachbarinnen an der von Trudie Götz dominierten Storchengasse sind, Galeristin **Irène Preiswerk** und **Beatrice Dreher**, die jahrelang als Modeunternehmerin Götz' schärfste Konkurrentin war.

Der Expansionsdrang von Trudie Götz ist ungebrochen. Bald übernimmt sie die Hälfte der Räume des Modehauses Weinberg an der Bahnhofstrasse. Ein Wermutstropfen ist Prada. Prada übernimmt das Haus an der Bahnhofstrasse, wo **Olivier Burger** mit dem Modehaus Burger domiziliert war, das jetzt ein Stück weiterzieht und sein Angebot auf PKZ Women und PKZ Men verteilt. Aus Burger werden drei Stockwerke Prada. Gibt Trudie Götz, die den Namen Prada in Zürich positioniert hat, ihre Prada-Boutique auf, wenn das Mutterhaus



Zieht weiter: Modeunternehmer Burger.

selbst so präsent ist in der Stadt? Auf diese Frage antwortet Götz mit dem Lächeln der Sphinx.

Es geht turbulent zu an der Bahnhofstrasse. Hugo Boss erweitert seine Boutique um die

Räume des benachbarten «Starbucks», das geschlossen ist. Zurzeit gibt es viele Baustellen; Monoboutiquen der teuren Uhrenmarken beherrschen das Bild und an der unteren Bahnhofstrasse modische Massenware. PKZ-Women, das seit gestern Abend in neuem Glanz erstrahlt, könnte dem Trend zur Verhässlichung der Bahnhofstrasse entgegenwirken.

Eines der schönsten Luxusgeschäfte der Bahnhofstrasse ist Landolt-Arbenz, wo seit 1882 kostbare Schreibgeräte verkauft werden. Eine prestigieöse Füllfeder aus der Bleistift-Dynastie Faber-Castell kommt auf den Markt; **Anton-Wolfgang Graf von Faber-Castell** höchstpersönlich reiste in die Schweiz, um sie vorzustellen. «Pen of the Year 2014» ist die «Catherine Palace St. Petersburg», gewidmet der kunstsinnigen **Katharina der Grossen**, die lebensfroh und gebildet war, selbst musizierte und in engem Kontakt zum französischen Philosophen **Voltaire** stand, dem Vordenker der Aufklärung. Also einer Frau, die dem Beuteschema Faber-Castells für potenzielle Käufer entspricht. Anton-Wolfgang Graf von Faber-Castell ist ein eleganter Herr. Der deutsche Aristokrat (Stammsitz in Nürnberg) hat eine Schweizer Mutter: **Katharina** (genannt **Nina**) **Sprecher von Bernegg**, Enkelin des Generalstabschefs der Schweizer Armee im Ersten Weltkrieg, **Theophil Sprecher von Bernegg**. Von Faber-Castell hat das Lyceum Al-



Anton-Wolfgang Graf von Faber-Castell.

pinum Zuoz besucht, später in Zürich Jus studiert und den Polytechniker-Ruderclub verstärkt. Seinen ersten Sportwagen MB B verdiente er sich als Model, ein Umstand, über den sein Vater gar nicht begeistert war. Dass eine seiner schönen Töchter heute modelt, begeistert wiederum Graf Anton-Wolfgang nicht. Sein jüngerer Bruder ist der in Küsnacht lebende Kunstmarktberater **Christian von Faber-Castell**. Jetzt ist die 253-jährige Firmengeschichte des weltweit renommiertesten Unternehmens in der Schreibgerätebranche als Bildband «Faber-Castell since 1761» (Collection Rolf Heyne) erschienen.

Im Internet

www.schwaningerpost.com

Entfesselte Romantik

Die Sklavin Devina Weiss*, 26, und ihr Meister Dominik Schenk, 32, leben unter einem Dach. Dominanz und Unterwerfung bestimmen ihren Beziehungsalltag. *Teil 1*



Sadomasochistisches Paar: Schenk, Weiss.

Dominik: Eine Auseinandersetzung hatten wir, als es um die Frage ging, ob wir die Familie über die Art unserer Beziehung aufklären wollen. Wie erklärt man der Grossmutter, dass die Enkelin zu Hause aus dem Hundnapf trinkt? Wir fanden schliesslich einen Kompromiss, was bei uns eher selten der Fall ist. Schliesslich sind wir ein sadomasochistisches Paar. Ich bin der Meister. Meine Freundin Devina ist meine treueregebene Sklavin.

Devina: Authentischer Sadomasochismus bedeutet etwas anderes, als man uns in Büchern wie «Fifty Shades of Grey» oder dem Kinoklassiker «9 1/2 Weeks» weismachen will. Dort geht es um erfolgreiche Männer, die ihre Geliebten zu Aktionen verleiten, die die Frauen faszinieren und gleichzeitig überfordern. Der riesige Erfolg bei einem mehrheitlich weiblichen Publikum lässt erahnen, dass sich Millionen von Leserinnen offenbar nach einer starken Hand sehnen. Und nach entscheidungsfreudigen Männern, auf die sie sich verlassen können.

Dominik: Ich war schon immer dominant veranlagt mit einer sadistischen Ausrichtung. In ganz jungen Jahren getraute ich mich nicht, diese Neigung auszuleben. Später bemerkte ich erstaunt, dass viele moderne, starke und selbständige Frauen – in einem strukturierten Rah-

men – genau darauf stehen. Pinkfarbene Handschellen und weiche Peitschen interessieren mich aber ebenso wenig wie eine Partnerin, die SM als Experiment und blosser Abwechslung vom sexuellen Alltag sieht. Wenn ich eine Neuskalvin teste, bestelle ich beim ersten Date die Drinks für beide und bitte sie später, mir an der Bar eine Serviette zu holen. Frauen, die nicht wirklich devot veranlagt sind, motzen sofort und sehen meine Interventionen als Bevormundung. Kurz, sie genügen meinen Ansprüchen nicht.

Devina: Das Gleiche gilt für jene Männer, die meinen, ein Klaps auf den Po oder ein perfekter Fesselknoten genüge, um ihren Status als Meister zu festigen. Was ich suche, ist eine strenge und konsequente Führung, die nicht nur körperlich, sondern auch geistig stattfindet und in den Alltag hineinreicht. Und in Dominik habe ich meinen diesbezüglichen Traummann gefunden.

Dominik: Eine subtile Sanktion kann schmerzhafter sein als die Anwendung von roher Gewalt. Einmal verprasste Devina ohne meine Erlaubnis fünfzig Euro. Ich bestrafte sie, indem ich ihr auftrag, so viele persönliche Dinge im Internet zu verkaufen, bis der gleiche Betrag wieder in der Haushaltskasse war. Eine gute Strafe bringt im Idealfall beiden Parteien etwas. Der Meister sollte immer angemessen bestrafen, vor allem auch, weil die Sklavin die Grenzen immer wieder austesten wird, um festzustellen, ob sie sich in guten Händen befindet. In solchen Situationen ist es natürlich schlecht, wenn das ganze Pulver bereits verschossen ist.

Devina: Die meisten Menschen glauben, Sadomasochismus zeichne sich durch körperliche Strafen und dunkle Folterkeller aus, durch Latexkostüme und durch Menschen, die per Zufall in diesem Rahmen aufeinandertreffen. In Tat und Wahrheit können die verwegenen Aktionen stattfinden, wenn ein Vertrauensverhältnis untereinander besteht und man weiss, wie der andere seelisch und geistig tickt.

Teil 2 in der nächsten *Weltwoche*

* Name geändert

Dominik Schenk, Devina Weiss: Liebe auf den ersten Hieb. Ein SM-Leitfaden für Paare. Schwarzkopf & Schwarzkopf, 2013

Protokoll: Franziska K. Müller

Drohhusen

Von *Andreas Thiel* — Alle reden, während Putin handelt.

Ashton: Herr Putin! Diese russische Intervention auf der Krim ist absolut inakzeptabel!

Barroso: Jawohl! Russland hat die territoriale Integrität der Ukraine verletzt!
Steinmeier: Und damit hat Russland gegen das Völkerrecht verstossen!

Burkhalter: Und gegen die Uno-Charta!

Merkel: Ich erinnere Sie, Herr Putin, an das Budapester Memorandum aus dem Jahre 1994!
Ashton: Herr Putin, wir fordern Sie dazu auf, die Unabhängigkeit Kiews zu respektieren!

Burkhalter: Was haltet ihr von der Idee, in Genf eine internationale Kontaktgruppe zur Ukraine unter dem Dach der OSZE zu bilden?
Barroso: Genau. Und dann führen wir unter dem Patronat der OSZE in der Ukraine erst einmal Volksabstimmungen durch.

Steinmeier: Richtig! Das ukrainische Volk soll selbst entscheiden, was es will.

Burkhalter: Das ist allerdings keine gute Idee. Damit haben wir in der Schweiz sehr schlechte Erfahrungen gemacht.

Barroso: Aber wir können uns doch hier nicht vor der ganzen Welt zu den Hampelmännern Russlands machen lassen!

Ashton: Und zu den Hampelfrauen!

Merkel: Wir werden Sanktionen gegen Russland verhängen.

Barroso: Und Einreisesperren.

Burkhalter: Wir könnten in der Schweiz russische Guthaben suchen und einfrieren.

Steinmeier: Genau, Russland muss mit schweren Handelssanktionen rechnen, wenn es sich nicht beugt.

Merkel: Wir werden Russland kein Gas mehr abkaufen.

Putin: Gut, dann drehen wir Europa halt den Gashahn zu.

Barroso: Aber Wladimir, so haben wir es doch auch wieder nicht gemeint.

Steinmeier: Nimm doch nicht immer alles so ernst, was wir sagen.

Ashton: Du bist aber auch immer so schnell beleidigt.

Merkel: Wir können doch über alles erst einmal in aller Ruhe reden.

Burkhalter: Also bilden wir jetzt eine Kontaktgruppe?



Zu schön

Oscar-Preisträgerin Jennifer Lawrence, 23, fällt nicht nur als Schauspielerin auf, sondern auch als Model – etwa in der neuen, überaus polierten Kampagne für Dior. Von Jeroen van Rooijen



«Das bin nicht ich»: Jennifer «J. Law» Lawrence.

Fünfzehn bis zwanzig Millionen Dollar – so viel lässt das Modehaus Christian Dior springen, um Superstar Jennifer Lawrence während der nächsten drei Jahre mit frischer Garderobe zu versorgen. Die Zahl, die im Netz kursierte, während sich Hollywood für die Oscar-Verleihung warmlief, wurde natürlich nicht bestätigt – aber auch nicht dementiert. Sowieso spielt die Gage, wie man seit Clooney und Nespresso weiss, gar keine Rolle, solange die Liaison zum gegenseitigen Vorteil ist. Und das scheint hier der Fall zu sein.

Little Miss Lawrence aus Louisville, Kentucky, vor wenigen Jahren noch ein unbedarfter Leinwandfratz mit wild wechselnden Styles, Frisuren und Haarfarben, ist unter den Fittichen von Dior-Kreativchef Raf Simons zur Lady gereift. Für den Belgier, der zuvor für Jil Sander in Mailand tätig war, ist sie die Idealbesetzung, um seiner Vision der Marke Dior ein Gesicht zu geben. Lawrence ist schön, *classy* und sexy – aber auch direkt, offen und schlagfertig. Keine Zuckerpuppe auf Wolke sieben, sondern eine moderne Frau, die sich in sehr jungen Jahren schon auf dem Olymp ihres Fachs wiederfindet.

Jennifer Lawrence beweist eine gute Portion Humor – so etwa letztes Wochenende, als sie bei den Oscars ins Stolpern geriet. Das war ihr schon ein Jahr zuvor im cremefarbenen Kleid (von Dior) passiert. Das Problem sei nicht das Kleid, meinte sie anschliessend, sondern die Konstruktion der Bühne («They need to make it more accessible»). Oder wenn sie, Grimassen schneidend, hinter Taylor Swift bei den Golden Globes herschleicht: Diese Szene und das Kleid – ein langes weisses Etwas aus Tüll mit zwei horizontalen schwarzen Balken – wurden inzwischen dutzendfach parodiert und kopiert – «Lawrencing» nennt sich der Comedy-Act.

Dieser Tage kommt die dritte Miss-Dior-Kampagne mit «J. Law». Sie zeigt die US-Schauspielerin mit verwehtem Haar und dem obligaten, vor dem Oberkörper in die Kamera gerichteten Luxushandtäschchen. Die Kampagne, fotografiert von Patrick Demarchelier, ist eine leise Enttäuschung für die Fans von Mrs Lawrence. Denn die junge Frau wurde während der digitalen Nachbearbeitung der Werbefotos übel zugerichtet. Die Schultern sind unnatürlich schmal, die Wangenknochen absurd akzentuiert, der Gesichtsausdruck komplett glattgestrichen.

Die Retusche ging so weit, dass sich Jennifer Lawrence kaum selbst erkannte. «Das sieht ja kein bisschen nach mir aus», lachte sie in die Kameras der Fernsehsendung «Access Hollywood», als ihr das Bild erstmals gezeigt wurde. Und fügte an: «Natürlich ist das Photoshop. Das bin nicht ich, denn so wie auf dem Foto sieht kein Mensch aus!» – Diese Spontanreaktion sollte Dior zu denken geben. Denn natürlich darf die Mode der Natur nachhelfen. Aber bitte nicht bei einer Frau, die noch voll in der Blüte ihrer Jugend steht.

Beutel für Kultivierte

- 1 Gepäckkontrolleure wissen: Der stilvolle Kulturbeutel, auch Necessaire genannt, unterscheidet den reisenden Bonvivant vom gewöhnlichen Pauschaltouristen. Wer das Thema auf die Spitze treiben will, der leistet sich den sündhaft teuren *toiletry case* im typischen Intrecciato-Ledergeflecht der italienischen Luxusmarke **Bottega Veneta**. Dieser muss dann aber im Hotel im Safe aufbewahrt werden. 605 Franken. www.bottegaveneta.com
- 2 Das «Pliage»-Nylontäschli von **Longchamp** ist für die besseren Töchter der Goldküste seit einiger Zeit ein Muss – die französische Marke steht für eine bourgeoise Kombination aus praktischem Nutzwert und Pariser Chic. In der Boutique an der Zürcher Bahnhofstrasse bekommt man auch das Necessaire «Boxford» aus Polyester-Canvas. 100 Franken. www.longchamp.com
- 3 Ein gutes Stück demokratischer, aber nicht minder zeitgeistbewusst präsentiert sich der «F35 Cheyenne»-Kulturbeutel des völker- und generationenverbindenden Zürcher Taschenlabels **Freitag**. Das aus gebrauchten LKW-Planen geschnittene und mit dem typischen Freitag-Duft gesegnete Accessoire ist hart im Nehmen und hat sogar einen bruchsicheren Spiegel mit eingebaut. 90 Franken. www.freitag.ch
- 4 Die Gewohnheiten der Menschen studieren und sich überlegen, wie man ihnen helfen kann – mit diesem noblen Designethos haben sich die Brüder Dexter und Byron Peart ein kleines Imperium des stilvollen Packens aufgebaut. Ihr Label heisst «**Want Les Essentiels de la Vie**» und ist in Kanada ansässig. Der sandfarbene *washbag* ist aus Bio-Baumwolle mit Lederdetails. 212 Franken. www.mrporter.com



1



3



2



4

Der Kübel



Klappern und Scheppern.

Ältere Semester können noch davon erzählen, wie es früher klapperte und schepperte, wenn die Müllabfuhr kam und die feuerverzinkten Eimer mit der Aufschrift «Patent Ochsner» auf die Güselwagen gehievt wurden. Jüngere Generationen verbinden mit dem Namen nur noch das Geschepper einer bernischen Rockband. Doch die Firma Ochsner gibt es noch, und sie erinnert sich mit einer gelungenen Neuaufgabe ihres klassischen Ochsner-Kübels gerade an ihre lange Geschichte. Den überarbeiteten «s664» gibt es in Edelstahl und in verschiedenen Grössen – zu etlichen davon wird ein praktisches Kehrblech mit Handbesen mitgeliefert. Sauber machen kann so schick sein. patent-ochsner.com

Hat das Stil?

Leser fragen, Jeroen van Rooijen antwortet

Warum wird heute so viel Schwarz getragen? Es gibt doch freudvollere Farben. *Doris H., per E-Mail*



Wahrscheinlich haben die japanischen Avantgardisten der frühen achtziger Jahre die Trauerkleidung zur Alltagskluft erhoben. Heute assoziieren nur noch ältere Menschen Schwarz mit Tod und Trauer. Alle anderen denken an Rock 'n' Roll, an coole Designertypen und an das Bonmot, gemäss dem keine Farbe so schlank macht wie Schwarz. Wahrscheinlich ist Letzteres der Grund für die Omnipräsenz. Kräftige Farben sind keineswegs aus der Mode verschwunden, im Gegenteil: Die Kollektionen sind diesen Sommer so bunt wie lange nicht. Es ist Ihre individuelle Entscheidung, mit Farbe gegen den schwarzen Groove des Alltags anzukämpfen. Meinen Segen haben Sie.

Ihre Fragen zum Stil schicken Sie bitte per Mail an hatdasstil@weltwoche.ch.
Oder per Post an Redaktion *Weltwoche*,
Förrlibuckstrasse 70, Postfach, 8021 Zürich.

Die Süsse des Lebens

Von Peter Rüedi



Im Prinzip weiss ich's ja, spätestens seit der Lektüre von Stuart Pigotts Büchern: Wein lässt sich eigentlich überall machen auf der Welt, in den unwirtlichsten Klimata zwischen Subtropen und Subarktis. Pigott ist ein schräger Vogel und ein unterhaltsamer Schreiber. Der Brite in Berlin unterhält, zumal als Kolumnist der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*, eine innige Beziehung zum deutschen Wein, ebenso aber hat er ein Faible für Exzentrisches aus Querweltein, und so hat er als Gegenprogramm zu diesem gelegentlich etwas kultischen Lob der (wahl)heimatlichen Nische ein Buch mit dem Titel «Wein weit weg» geschrieben, Expeditionsberichte von Norwegen über den Kaukasus bis China. Die Weltgegend, aus der heute zu berichten ist, wird nur gestreift.

Kanada ist nicht die Weinnation, die mir als Erstes einfiele, obwohl ich seit einem Besuch bei Valentin Blattner im jurassischen Soyhières weiss, dass der Spezialist für interspezifische Sorten an kälteresistenten Kreuzungen für ebensolche Destinationen tüftelt. Bei ihm habe ich vor Zeiten zum ersten Mal einen «Inniskillin» getrunken, einen Eiswein aus Niagara-on-the-Lake, nahe den gleichnamigen Wasserfällen an der Grenze zu den USA. Jetzt bin ich ihm eher zufällig wieder begegnet. Die gefrorenen Trauben, aus denen er gepresst wird, sind die der Hybridsorte Vidal, und gelesen wurden sie (im Jahre des Herrn 2006) zwischen dem 16. und dem 31. Januar. Da klirrt es ja schon in europäischen Weingärten, geschweige denn in Ontario am gleichnamigen See. Den Inniskillin-Eiswein gibt es in einer normalen Version und einer als Reserve, etwas länger oder kürzer im Eichenholz (und übrigens auch in Form eines unbarrikierten Rieslings). Bon, kein Eiswein von Schloss Johannisberg. Aber doch sehr überraschend mit seiner erfrischenden Säure (neben aller Süsse), und vor allem durch abenteuerliche Fruchtnoten (Mango, Passionsfrucht, Citrus, Pfirsich et cetera). Ein sich selbst genügendes Dessert. Irgendwie muss sich ja bei (mindestens) minus zehn Grad die Süsse des Lebens mit einem Superlativ behaupten!

Inniskillin Vidal Niagara Peninsula Gold Icewine Oak Aged 2006. 9%. Pedro's Wychälller Trüllikon. Fr. 98.– (37,5 cl). www.pedros-wychaeller.ch

Produkt und Geschmack

Heute empfehlen wir: das grosse, grossartige Menü im «Lampart's» mitten im Mittelland. Von David Schnapp



Perfekt geschmorte Lammhaxe mit Wurzelgemüse: Reto Lamparts «Concerto grosso».

Reto Lampart hat einen recht einfachen, aber überzeugenden Grundsatz für seine Arbeit: Wer gut kochen will, muss gute Produkte verwenden. Der Appenzeller führt mit seiner Frau Anni seit 14 Jahren erfolgreich das nach ihm benannte Restaurant in Hägendorf SO. Wir haben uns viel vorgenommen für diesen Tag: das «Concerto grosso», wie hier das ausführliche Menü genannt wird. Dreizehn Gänge sind aufgelistet, dazu gibt es zwei Amuse-Bouches, zweimal täglich eine Auswahl frisch gebackenen Brots, ein Vordessert, einen Petits-Fours-Reigen inklusive Mini-Berliner sowie schliesslich hausgemachte Pralinés (Fr. 295.–). Einverstanden, auf das Frühstück kann man an diesem Tag verzichten, und das Abendessen fällt schmal aus.

Im Laufe der folgenden Stunden werden wir unter anderem beglückt mit einer hervorragenden, in Portwein pochierten Entenleber, einer saftigen Seezunge aus der Normandie, einem Gambero Rosso sowie einer Jakobsmuschel aus Le Mont-Saint-Michel. Es gibt hocharomatischen Périgord-Trüffel, etwa in einem spektakulären, luxuriösen Gericht auf der Basis klassischer hoher französischer Kochkunst: Eine getrüffelte Poulardenbrust aus der Bresse (von «Chicken King» Jean-Claude Miéral), feine Scheiben von Entenleber und Trüffel, Capuns und Gemüse gehören dazu. Weiter essen wir mit Kalbsschwanz gefüllte Raviolini, eine wunderbar bittere Charlotte aus Kardonen und eine

perfekt geschmorte Lammhaxe mit Wurzelgemüse, stilecht in der kleinen Cocotte serviert.

Harmonie und Gegensatz

Nun ist ein hervorragendes Produkt noch keine Garantie dafür, dass der Koch damit auch etwas Gutes macht. Nicht jeder, der einen Ferrari besitzt, ist automatisch ein guter Fahrer. Reto Lampart überzeugt aber auch durch seinen feinen Sinn für Kombinationen, die harmonisch wirken, aber durch gezielte Eingriffe auch von Gegensätzen leben. So gibt er etwas schwarzen Knoblauch zur Seezunge oder verschiedene Zitrusaromen zum Gambero und spielt mit Schärfe oder Säure. Die Raviolini werden mit altem Greyerzer abgeschmeckt, der die tiefe Salzigkeit des geschmorten Kalbsschwanzes durch ein rasses Element erweitert.

Ein grosses, grossartiges Menü endet mit zwei Desserts, die ins Schema passen: Säure und Süsse werden beim dekonstruierten Cheesecake mit Blutorange kombiniert, während das lauwarmer, edelbittere Schokoladeküchlein durch ein mildes Milcheis und eine herbe Matcha-Tee-Creme ergänzt wird. Unsere Empfehlung: Essen Sie wieder einmal im Mittelland.

Restaurant Lampart's, Oltnerstrasse 19, 4614 Hägendorf. Tel. 062 209 70 60. Sonntags und montags geschlossen. Ausführliche Besprechung des Menüs auf www.dasfilet.ch



Auto

Maximum Porsche

Nach einer Woche im 911 Turbo S fällt es einem schwer, die alltägliche Langsamkeit zu ertragen. *Von David Schnapp*

Der folgende Text enthält Passagen mit sehr hohen Geschwindigkeiten und ist deshalb für Leserinnen und Leser mit Tempoallergien nicht geeignet. Letzte Woche fuhr ich den neuen Porsche 911 Turbo S, den «breitesten Porsche aller Zeiten», wie die freundliche Dame sagte, die mir den Schlüssel zu dem Auto überreichte. An meine erste Fahrt in einem Turbo S erinnerte ich mich lebhaft zurück, da die geballte Kraft des Autos ziemlich viel Aufmerksamkeit erforderte. Der neue Turbo S ist da einen Schritt weiter, er macht es einem fast zu leicht, wirklich schnell unterwegs zu sein.

Porsche 911 Turbo S

Leistung: 560 PS, Hubraum: 3800 ccm
Höchstgeschwindigkeit: 318 km/h
Preis: ab Fr. 270 200.-; Testwagen Fr. 279 010.-



Der 911 Turbo ist das Maximum an Porsche, die «technologische und fahrdynamische Spitze der Elfer-Baureihe», wie der Hersteller schreibt. Das umfasst einen 6-Zylinder-Boxermotor mit doppelter Turboaufladung und 560 PS, einen neuen Allradantrieb, eine aktive Hinterachslenkung sowie eine adaptive Aerodynamik. Kurz: Tempo, Tempo, Tempo. Den Turbo S um Kurven zu scheuchen, fühlt sich an, als würde man mit einem weichen Lappen über einen Holztisch wischen. Die Lenkung des Autos scheint schon zu wissen, was man als Nächstes vorhat, bevor man es selber weiss.

Wer will schon ein Raser sein?

Für Autos wie den Turbo S ist die Schweiz recht eng. Immer kommt schon die nächste Ampel, und wenn man auf die Autobahn fährt und denkt, «jetzt kann's losgehen», zeigt der Tacho schon 150 km/h an, was mit einer Verzeigung geahndet würde laut Bussentarif des Bundes. Als Raserdelikt gilt übrigens eine Übertretung der Höchstgeschwindigkeit um 40 km/h, und ein Raser wollte ich nun wirklich nicht sein. Als Raser ist man ja im helvetischen

Moralkodex bereits auf einer Stufe mit Kriegsverbrechern.

In Deutschland sehen sie das buchstäblich etwas sportlicher, deshalb fuhr ich da hin. Der Turbo S ist ja nicht nur ein Beschleunigungs- und Kurvenwunder, sondern auch ein recht luxuriöser, alltagstauglicher Wagen mit Platz für Einkaufstüten, Kinderwagen et cetera. So brummelte ich auf der Autobahn Richtung Schaffhausen, der Tempomat mit Abstandsautomatik bewahrte mich vor der Straffälligkeit. Die Sonne schien, es war trocken, und auf der Autobahn A81 in Richtung Stuttgart war nichts los. Ich drückte die Taste, auf der «Sport plus» steht, das Display informierte mich, dass die Spoiler (Mehrzahl!) jetzt ausfahren würden und die Bodenfreiheit vermindert werde.

Der Turbo S hat nicht nur einen monströsen, verstellbaren Heck-, sondern auch einen ausfahrbaren Frontspoiler an der Unterseite des Wagens. Das Ergebnis ist eine schier magnetische Strassenlage und die Fähigkeit, sehr, sehr schnell fahren zu können. Die offiziell angegebene Höchstgeschwindigkeit des Autos beträgt beträgt 318 km/h, und – ohne aus Rücksicht auf die Familie ins Detail gehen zu wollen – das ist zu machen.

Nach diesem Exzess war nichts mehr, wie es war, und die alltägliche Langsamkeit nur schwer zu ertragen.



«Innere Erregung»: Jenny, Schriftstellerin.

MvH trifft

Zoë Jenny

Von Mark van Huisseling — Was bedeutet es für eine Schriftstellerin, die als Melancholikerin Erfolg hatte, wenn sie plötzlich happy ist?

Ein fast neues Buch, das Kritikern gefällt; ein neues Zuhause, eine neue Beziehung ... von aussen sieht's super aus. Ist dein Leben gut zurzeit? – «Ähm, ja, es ist spannend.» – «Spannend? Nicht das Gleiche wie gut.» – «Ja, es ist bewegt. Mein ganzes Leben war so bis jetzt, viele Veränderungen, äussere, innere Veränderungen. Und jetzt ist es eigentlich zum ersten Mal so ein wenig, wie soll ich sagen, ich bin angekommen.» – «Für Aussenstehende wirkt es ruhig.» – «Ja, so ist es. Und es muss auch so sein.» – «Es gibt Leute, für die ist <ruhig> negativ besetzt, aber du hast in Interviews gesagt, dein Wunsch sei Ruhe.» – «Ja, das ist so. Und hat natürlich auch damit zu tun, dass ich ein kleines Kind habe. Und vieles absage, zum Beispiel Anfragen aus dem Ausland.» – «Lesereisen oder was?» – «Ja, ich bin viel am Neinsagen, ich sage das aber ohne Bedauern.» – «Bist du zufrieden?» – «Ja.»

Zoë Jenny ist eine Schweizer Schriftstellerin; sie wuchs bei ihrem Vater, dem Verleger und

Buchhändler Matthyas Jenny, in Basel, Griechenland und im Tessin auf. Als sie 23 war, kam ihr erster Roman heraus; «Das Blütenstaubzimmer» (zum Teil autobiografischer Inhalt) war ein Bestseller und wurde in 27 Sprachen übersetzt. Seither lebte sie in New York, Berlin oder London. Und hat mehrere Bücher geschrieben, die sich nicht mehr so gut verkauften. In meinen Augen ist Zoë, mit der ich ein wenig bekannt bin, eine Schriftstellerin, bei der man das Gesamtwerk beurteilen muss. Was ich sagen will: Als Kritiker kann man über ein Buch oder eine Kurzgeschichte von ihr urteilen, das sei jetzt nicht besonders gut. Was sie aber ausmacht, ist, dass sie schreibt, seit sie ein Mädchen ist, und voraussichtlich im Pflegeheim immer noch schreiben wird. Im Unterschied zu Leuten, die sagen: «Das könnte ich auch», macht sie es. Was zu einem umfassenden Werk, das zum Teil gut ist, führt, finde ich. Ferner macht sie es einem mit ihrem Wesen,

das sich, äusserlich wenigstens, zwischen einem Kaninchen, das nachts auf einer Strasse im Wald von Scheinwerfern eines herannahenden Wagens geblendet wird, und einer Frau, die einem ihren Willen aufzwingen will, bewegt, nicht leicht, ihr unaufgeregt zu begegnen.

«Was heisst das für deine Arbeit? Du hast als, sagen wir, Melancholikerin Erfolg gehabt...» – «Wieso eigentlich?» – «Vielleicht, weil der leidende Künstler grosse Werke schafft. Oder ist das klischiert?» – «Zum Gut-schreiben-Können muss ich in einem guten Zustand sein, gut im Sinn von positiv.» – «Not to namedrop, aber Sting hat mir mal gesagt, er habe <Every Breath You Take> geschrieben, als er sehr unglücklich war, und zwar in einer halben Stunde.» – «Ja, Kreativität ist positive Energie. Was nicht heisst, dass man sich nicht mit schwierigen Themen befassen kann. Aber das Schreiben an sich hat etwas Positives, was auch Spass macht.» – «Was ist der Antrieb des Schreibens? Dass es einem nicht gutgeht im privaten Leben oder dass es gutgeht?» – «Der Antrieb ist Leidenschaft, Lust, ein innerer Erregungszustand. Dass es Leiden beinhalten kann, ist nicht ausgeschlossen. Ich habe nicht entschieden, dass es [das, worüber sie schreibt] von einer dunklen Seite kommt, man kann nicht wählen, ich wäre gerne kommerzieller unterwegs, aber wenn ich beschliessen würde, mich zu spezialisieren auf *romantic comedies*, würde ich es wahrscheinlich nicht aushalten.»

«Dein Vater gab dir den Rat, nie einen Schreiber als Mann zu nehmen – <schwierigste Charaktere>. Jetzt bist du mit einem Verleger zusammen, ist der einfacher?» – «Ich weiss es nicht, ich war nie mit einem Schriftsteller zusammen, aber in der Regel bin ich der schwierige Charakter.» – «Und, ist ein Verleger schwierig?» – «Im Moment sieht's nicht so schwierig aus. Und der Altersunterschied zwischen uns hat sich als sinnvoll erwiesen.» – «Er ist 13 Jahre älter als du, das ist nicht wahnsinnig viel...» – «Ja, aber früher ging's in die andere Richtung.» – «Du hattest jüngere Partner, das ist schwierig, die sind unsicher, wollen vielleicht noch auf Reisen gehen, eine Filmschule machen...» – «Ja, schwierig.» – «Du gibst ein Interview für die *Weltwoche*, schreibst ab und zu sogar in der *Weltwoche* – damit stehst du ziemlich alleine da unter Kulturschaffenden. Funktioniert Gruppendruck bei dir nicht?» – «Ich bin kein Produkt von Förderungsprogrammen, es widerspricht meinem Charakter, mich irgendwo anzubiedern. Und ich bin schon so viel kritisiert worden und angegriffen, mir kann man nichts mehr antun. Das hat auch Vorteile: Ich bin vollkommen frei. Meine Kampfzone ist der Schreibtisch.»

Ihr liebstes Restaurant: «Restaurant [de l'Hôtel de Ville de] Crissier», Rue d'Yverdon 1, Crissier, Telefon 021 634 05 05.

1	2	3	4		5	6	7	8		9	10	11	12	13
14				15		16			17		18			
19														
20						21					22			
			23		24				25	26				
27		28							29			30		31
32					33	34		35				36	37	
				38					39			40		
41	42		43		44						45			
46				47					48					
49											50			
	51								52					

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Lösungswort — Sie sammelt viel und verteilt's dann weiter
Die rosa eingefärbten Felder ergeben waagrecht fortlaufend das gesuchte Lösungswort.

Waagrecht — 1 Im Piemont, wo der Spumante herkommt. 5 Zuckersüss, die türkische Stadt. 9 Auf Honshu dann sie, teuer und wie. 14 Dieses Memorandum of Understanding. 16 Pferde im Zweitakt. 18 Statt Masse standesgemässe Klasse, erwartet man bei ihm. 19 In kommunistischen Staaten einst gang und gäbe. 20 Sie betört Feingeister und verstört Tugendbolde. 21 Charme ist der unsichtbare der Schönheit. 22 Ihre kleine Schwester heisst Ariette. 23 Klingt wie Lieder, doch mangelt es ihnen an etwas. 25 Dieser bestimmte Artikel ist total männlich. 27 Das Zahlungsmittel bietet sich als Slogan an. 29 Ein Spalt, sagt der Chirurg. 32 Es strahlt wie sein namensgebender Planet. 33 Mit ihm ist "unser" Roger jetzt sicher per Du. 36 Drei kleine Schweinchen und dieser böse Wolf. 38 Gewesen – und so warten die Franzosen nun auf den nächsten. 39 Er macht uns offiziell kenntlich. 41 Eine Wesensart, die Ärger erspart. 44 Lust ist bei ihr ein Must. 45 Was Month einst für die Ägypter, war er für die alten Griechen. 46 Beim Eruiieren lässt es sich auch gleichzeitig entdecken. 48 Mit Blick gegen Westen: ein Franzose, der Mann wie das Pferd. 49 Gruppe und Gang der kontrollierenden Art. 50 Die Tiere verstecken sich in Gesellschaften. 51 Ansatzweise Nationalist, wer bei ihr mitfiebert. 52 Die Schiffe gehören zweifellos ihm.

Senkrecht — 1 Was Thomas Edison hier genau genommen fehlt. 2 Ach, vergib mir, wird er später klagen. 3 Ausdruck, bei dem der Brite keine Miene verzieht. 4 Hormon und Arzneimittel. 6 Von Beginn an Bundesstaat der USA. 7 Mit anderem Wort der Veranlagung ähnlich und lebenswichtig. 8 Unser so genanntes Düngemittel wird in Indien vergöttert. 10 So weit das Auge reicht nur Sand, aber nicht am Strand. 11 Auf ihm windsurfend Richtung Ärmelkanal. 12 Obama Day - gefeiert wird er dort. 13 Wesen aus dem Wasser, aber nein: keine Nixe. 15 Nanas Sohn ist so betörend schön wie Adonis. 17 Dreidimensional, teils kolossal und genial. 24 Trotzdem, aber nur, wenn es zwischen nichts und weniger ist. 26 ... und ... , und schon haben wir eine Gruppe. 27 John Boyds luftige Sachen tragen noch heute seinen Namen. 28 UNESCO-Welterbe – gleich eine ganze Stadt in Europa. 30 Nicht trinkbar, die Pflanze, dafür königlich. 31 Ein Bequemer mit etwas gebeugtem Rücken. 34 Nicht vorher und nicht nachher, dann ist es einer. 35 Wird teils als Schwäche ausgelegt, wenn solche Liebhaberei gepflegt. 37 Wir leben als solche von Dingen, die wir nicht begreifen. (Bellow) 40 Was man im Tiefschnee so macht. 42 Aus Monarchie wurde dort Theokratie. 43 Robert, Hubert und Berthold – für ihn sind es zu viele, buchstäblich. 47 Wir!, rief Berlusconi gerne dem Volk zu.

© Fritz Müller - Rätselfactory AG

Lösung zum Denkanstoss Nr. 357

	M	E	T	Z	G	E	T	E		B	I	K	E	
B	E	S		E	H	R	E	N	M	A	N	N		B
A	N	T	H	R	A	Z	I	T		I	N	U	L	A
R	U	E		B	R	I	L	L	E	N	E	T	U	I
Y		R	U	E	B	E		A			N	E	N	A
O	P	E	R	N		H	A	N	D	E	L		D	
N	E	L	L		K	E	N	G	A		E	D	A	M
	R		A	M	E	N	Z		S	A	B	A		I
A	S	S	U	A	N		A	U	S	R	E	I	S	E
D	I	E	B	S	T	A	H	L		A	N	N	A	N
R	E	N		O			L	E	I	D		O	L	E
A	N	T	E	N	E	N	X			A	R	S	E	N

Waagrecht — 1 METZGETE 8 BIKE 11 BES 12 EHRENMANN 14 ANTHRAZIT 15 INULA (bot. Name für Alant) 17 RUE (Doppelmord in der Rue Morgue, Erzählung von E.A. Poe) 18 BRILLENETUI 19 RUEBE 21 NENA (ihr Hit: "99 Luftballons") 22 OPERN 24 HANDEL 27 NELL 28 KENGA 29 EDAM 32 AMENZ (vorübergehende Verwirrtheit) 34 SABA (Königreich im Altertum) 36 ASSUAN 38 AUSREISE 41 DIEBSTAHL 42 ANNAN 43 REN (gehört zur Familie der Hirsche, einzige domestizierte Art) 44 LEID 45 OLE (span. Ausruf, skand. Vorname) 46 ANTENEN 47 ARSEN

Senkrecht — 1 MENU 2 ESTEREL 3 ZERBEN 4 (al-)GHARB 5 ERZIEHEN 6 TEIL (der oder das) 7 ENTLANG 8 BAIN (-Marie) 9 INNENLEBEN 10 KNUTE 11 BARYON (Elementarteilchen) 13 BAIÁ (port. f. Meerbusen, Bucht) 16 LUNDA (-Schwelle, Erhebung im Norden von Angola und Westen von Sambia) 20 URLAUB 23 PERSIEN (Name zur Zeit des Schahs Reza Pahlavi, der heutige Iran heisst wörtlich "Land der Arier") 25 ANZAHL 26 DASS 28 KENT 30 DAINOS 31 MIENEN 33 MASON 35 ARADA (türk. f. dazwischen) 36 ADRA (kurz f. Adventistische Entwicklung- und Katastrophenhilfe) 37 SENT 39 ULEX (bot. Name für Stechginster) 40 SALE

Lösungswort — THERAPEUTIN

EMS
WIR DENKEN WEITER

EMS – Innovativ, weltweit
erfolgreich in den Geschäftsbereichen
Hochleistungspolymere
Spezialchemikalien

FORM FOLGT DYNAMIK.

JETZT MIT LEXUS PREMIUM-PREISVORTEIL VON CHF 5000.-*



ERLEBEN SIE DEN NEUEN IS 300h LIVE: JETZT TESTEN UND VON ATTRAKTIVEN ÜBERRASCHUNGEN PROFITIEREN! LEXUS-FAHREN.CH/IS

/LexusSwitzerland

DIE SPORT-LIMOUSINE LEXUS IS 300h: Hochkultivierte Dynamik in atemberaubender Gestalt. Bewegendes Design vereint mit höchst leistungsfähiger Vollhybridtechnologie. Ausgestattet mit Komfort und Sicherheit, weit über das klassenübliche Mass hinaus. Alles für das grenzenlose Fahrvergnügen. AUF DIE PROBEFAHRT FOLGT DIE BEGEISTERUNG.

THE NEW IS 300h

LEXUS
NO.1 PREMIUM HYBRID

JETZT PROFITIEREN: IHR LEXUS PARTNER OFFERIERT AUF DIE GESAMTE VOLLHYBRID-PALETTE EIN 2,5%-PREMIUM-LEASING.



NEW CT 200h impression
Ab CHF 31700.-* / CHF 274.-/Mt.
(3,6 l/100 km, 82 g/km, A)

NEW IS 300h
Ab CHF 43 900.-* / CHF 415.-/Mt.
(4,3 l/100 km, 99 g/km, A)

NEW GS 300h impression
Ab CHF 59 900.-* / CHF 639.-/Mt.
(4,7 l/100 km, 109 g/km, A)

NEW LS 600h comfort
Ab CHF 140 900.-* / CHF 1499.-/Mt.
(8,6 l/100 km, 199 g/km, F)

RX 450h impression
Ab CHF 71 000.-* / CHF 616.-/Mt.
(6,3 l/100 km, 145 g/km, C)

LEXUS CENTER: BASEL EMIL FREY AG BERN-OSTERMUNDIGEN EMIL FREY AG CRISSIER EMIL FREY SA ERLBACH-ZOLLIKON EMIL FREY AG GENÈVE EMIL FREY SA NORANCO-LUGANO EMIL FREY SA SAFENWIL EMIL FREY AG SCHLIEREN EMIL FREY AG ST.GALLEN EMIL FREY AG WETZIKON GRUSS EHRLER AG ZÜRICH NORD EMIL FREY AG

*Empfohlener Netto-Verkaufspreis (nach Abzug Lexus Premium-Preisvorteil) inkl. MwSt. IS 300h (2,5-Liter-Vollhybrid, 4-türig) ab CHF 48 900.-, abzüglich Lexus Premium-Preisvorteil CHF 5000.- = CHF 43 900.-. Leasingrate monatlich CHF 415.25 inkl. MwSt. Ø Verbrauch 4,3 l/100 km, Ø CO₂-Emissionen 99 g/km, Energieeffizienz-Kategorie A. Abgebildetes Fahrzeug: IS 300h F SPORT (2,5-Liter-Vollhybrid, 4-türig) ab CHF 62 500.-, abzüglich Lexus Premium-Preisvorteil CHF 5000.- = CHF 57 500.-. Leasingrate monatlich CHF 543.35. IS 250 impression (2,5-Liter-V6, 4-türig) ab CHF 46 800.-, abzüglich Lexus Premium-Preisvorteil CHF 5000.- = CHF 41 800.-. Leasingrate monatlich CHF 394.65. Sonderzahlung 25% vom Nettopreis. 48 Monate, 10 000 km/Jahr. E.H. Jahreszins: 2,53%. Kautions 5% des Finanzierungsbetrags. Restwert gemäss Richtlinien der Multilease AG. Vollkasko obligatorisch. Eine Kreditvergabe ist verboten, falls diese zur Überschuldung des Konsumenten führt. Lexus Premium-Leasing und Lexus Premium-Preisvorteil gültig für Vertragsabschlüsse ab 14.01.2014 mit Inverkehrsetzung bis 30.04.2014 oder bis auf Widerruf. Kraftstoffverbrauch gemessen nach den Vorschriften der EG-Richtlinie 715/2007/EWG. Durchschnittswert CO₂-Emission aller in der Schweiz immatrikulierten Fahrzeugmodelle: 148 g/km.